

Inhaltverzeichnis:

Debatte I: Von Potsdam bis zum deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Die Nachbarschaft von Polen und Deutschen in den Jahren 1945 - 1991.....	2
Debatte II: Gestaltung der deutsch-polnischen grenzüberschreitenden Beziehungen seit dem Durchbruch im Jahre 1989 bis zum Beitritt Polens zur Europäischen Union in 2004.....	20
Debatte III: Beispiele guter Praxen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ihre Bedeutung für die Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen – grenzüberschreitende Wirtschaft..	42
Debatte IV: Beispiele bewährter Praktiken in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ihre Bedeutung für die Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen – grenzüberschreitende Kommunikation	70
Debatte V: Effektive Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	86
Debatte VI: Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach 2013	101
Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit: Nachbarn und Partner.....	117
Programm der Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vereinbart.....	121

Debatte I

Von Potsdam bis zum deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Die Nachbarschaft von Polen und Deutschen in den Jahren 1945 - 1991.

Szczecin, den 8. September 2010

Teilnehmer:

Prof. Heinrich Olschowsky aus Berlin

geb. im Jahr 1939, deutscher Publizist, Literaturkritiker, Historiker und Übersetzer der polnischen Literatur, pensionierter Professor der Humboldt-Universität in Berlin

Prof. Krzysztof Ruchniewicz aus Wrocław

geb. im Jahr 1967, polnischer Historiker, Direktor des Willy Brandt-Zentrums für Deutsches und Europäisches Studium an der Universität Wrocław, u.a. wissenschaftlicher Koordinator des Projekts "Das deutsch-polnische Lehrbuch für Geschichte"

Dr. Tomasz Ślepowroński aus Szczecin

Historiker, stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte und Internationale Beziehungen an der Universität Szczecin, Autor von Werken u.a. zu den Themen: der Grenzkonflikt zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen (PRL) in der Pommerschen Bucht und die ostdeutsche und polnische Geschichtsschreibung von Vorpommern (1945-1970)

Moderatoren:

Bogdan Twardochleb (die Tageszeitung „Kurier Szczecinski“)
Andrzej Kotula (das Stadtamt von Szczecin)

Piotr Krzystek, Bürgermeister von Szczecin:

Willkommen in Szczecin, in einer besonderen Stadt, weil es die einzige polnische Stadt ist, die so groß ist und so nahe an der Grenze liegt. Eine Stadt, die auf natürliche Weise nicht nur die Polen in der Metropolregion beeinflusst, sondern auch unsere deutschen Nachbarn und Partner auf der westlichen Seite der Grenze, die viele Jahre lang in eine unnatürliche Art und Weise den Raum teilte, der/die seit Jahrhunderten einheitlich und kohärent gebaut wurde. Das Fehlen dieser Grenze ist für uns eine Herausforderung, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit so gut wie möglich zu gestalten. Es ist wichtig, dass diese Kooperation durchdacht ist, so dass sie die Ergebnisse auf beiden Seiten der Grenze bringt und wir uns nahe kommen. Ich denke, dass wir heute in einem freien Polen und in einem ganz anderen, vereinten Deutschland einen gewissen Erfahrungsschatz haben. Wir haben u.a. Errungenschaften der Euroregion "Pomerania" und Ergebnisse vieler wichtiger Projekte. Vor uns stehen neue Herausforderungen, neue Perioden der EU-Programmierung, weitere Möglichkeiten, Bereiche der Zusammenarbeit zu erweitern und weitere gemeinsame Projekte durchzuführen. Diesem Ziel sollte auch in der Zukunft der Europäische Verbund für Territoriale Zusammenarbeit dienen - eine Herausforderung für uns, dieses Instrument, von der Europäischen Union als Hauptaufgabe angegeben, hier auf dem polnisch-deutschen Grenzgebiet richtig zu verwenden und dadurch Erfolge zu erreichen und viele wichtige, praktische Projekte durchzuführen, die für die Entwicklung des Grenzgebiets wichtig sind. Wir haben also sehr viel zu tun und ich denke, die Diskussion darüber, wie diese Zusammenarbeit in der nahen Zukunft aussehen sollte, ist heute eine der wichtigsten Aufgaben. Wir befinden sich in der richtigen Zeit: das Jahr 2011 steht bevor, was die Vorbereitung der nächsten Periode der EU-Programmierung bedeutet, um Mittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu beschaffen und Lösungen zu betrachten, die in vielen Orten Europas verwendet werden, wo die Erfahrungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit noch besser als bei uns sind. Also lassen wir uns die Reihe von Debatten der Annäherung dienen. In dem geistigen, aber auch im praktischen Sinne. Ich sehe hier im Saal viele Menschen, die mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Alltag praktisch zu tun haben: Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, verschiedenen Institutionen, die miteinander zusammenarbeiten. Und die Jugend. Sowohl im Bereich der Bildung stehen vor uns viele Chancen, viele Möglichkeiten und viele Projekte.

Heute greifen wir zur Vergangenheit, zur Geschichte. Denn ohne unser Wissen von der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen ist es schwer, ihre Zukunft zu bauen.

Dr. Volker Böhning, Landrat des Landkreises Uecker-Randow:

Ich kann mich nur den Worten von Bürgermeister Krzystek anschließen. Wir wollen auf einer anderen Ebene zusammenarbeiten. Wir besprechen heute den Zeitraum von 1945 bis 1991. Und ich glaube, wir stellen fest, dass diese Zusammenarbeit damals eigentlich nicht existierte. Aber in den 90er Jahren bis heute waren wir in der Lage, viel zu gegenseitigem Nutzen zu tun. Ich gehe von der Annahme aus, dass viele Sachen nach vorne geschoben werden sollten. In unserer Grenzregion wollen und müssen wir zusammenarbeiten, um erfolgreich sein zu können.

Bogdan Twardochleb:

Unsere Gäste wurden bewusst ausgewählt. Professor Heinrich Olschowsky kam aus Berlin. Er ist Slawist. Bevor er in den Ruhestand getreten war, war er Leiter des Lehrstuhls der westslawischen Literaturen an der Humboldt-Universität. Geboren 1939 in Opole. In seinem Lebenslauf gibt es zwei sehr wichtige Worte. Seit 1945 – Eingeborener. Das war damals ein sehr wichtiges Wort in Polen. Die Geschichte der Eingeborenen gehört zu einem sehr dramatischen Teil der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Krieg. Und das zweite Wort: seit 1958 - Spätaussiedler in der DDR. Herr Heinrich Olschowsky ließ sich im Januar 1958 mit seiner Familie in Weimar nieder. Dieses Wort ist auch für innerdeutsche Beziehungen sehr wichtig. Auch um die komplizierten Fragen in deutsch-polnischen Beziehungen im Allgemeinen zu verstehen. Literaturkritiker, Essayist, Literaturwissenschaftler, Übersetzer ... Wenn ich alle Leistungen von Herrn Professor Olschowsky angeben wollte, dann könnte es bis zum Ende der heutigen Debatte dauern. Er übersetzte unter anderem Bruno Jasienski, Henryk Sienkiewicz, Kornel Filipowicz, Julian Przybos, Tadeusz Rozewicz ... Mit Rozewicz ist Herr Professor wohl am engsten verbunden. Er schrieb in der DDR wahrscheinlich die erste große Monografie der Avantgarde von Krakau ("Awangarda Krakowska") und viele andere Bücher. Ich möchte einen Essaytextstelle aus den frühen 90er Jahren anführen, der sehr gut und interessant das Verhältnis vom Herrn Professor zu den polnisch-deutschen Fragen kennzeichnet. *"Mehr und mehr begriff ich meine Einweihung in die zwei verschiedenen Kulturen als Chance, zwischen ihnen zu vermitteln und so die Verständigung zu unterstützen. Kulturanstöße der polnischen Tauwetter von 1956 waren ein großer Anreiz, Slawistik als meine Studienrichtung zu wählen. Ich halte mich heute für einen klärenden Ermittler. Weil die Sache mich betrifft und ich besondere Erfahrungen als Spätaussiedler habe, sei es eine Garantie, dass der gewünschte Abstand nicht zu kalter Gleichgültigkeit oder völlig unverbindlicher Höflichkeit wird."*

Jünger als Herr Professor Olschowsky, Professor Krzysztof Ruchniewicz. Geburtsjahr 1967. Historiker, der sich auf die deutsche Geschichte, europäische Integration und deutsch-polnische Fragen spezialisiert. Er konzentriert sich auf das zwanzigste Jahrhundert. Er studierte in Wrocław und Saarbrücken. Seine Doktorarbeit schrieb er zum Thema "Warschau-Berlin-Bonn. Politische Beziehungen in den Jahren 1949-1958." Die Habilitation zum Thema "Polens Bemühungen um deutsche Entschädigungen in den Jahren 1945-1975." Herr Professor Ruchniewicz ist Direktor vom Willy Brandt-Zentrum für Deutsches und Europäisches Studium an der Universität Wrocław. Die Bibliographie seiner Werke ist auch sehr umfangreich, so wie die Liste der wichtigen Funktionen, die von ihm ausgeübt werden. Eine der wichtigsten Aktivitäten ist die Arbeit in der Polnisch-Deutschen Schulbuchkommission und die gemeinsame Bearbeitung des polnisch-deutschen Lehrbuches für Geschichte.

Und der jüngste in unserer Gruppe der Eingeladenen ist Herr Dr. Tomasz Ślepowronski, aus der Universität Szczecin. Er ist auch Historiker, stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte und Internationale Beziehungen der Universität Szczecin,. Er arbeitet in der Abteilung für Deutschkundliche Beziehungen. Vor einigen Jahren tat er sich mit seiner hoch ausgezeichneten Magisterarbeit hervor, in der er den Konflikt zwischen der kommunistischen DDR und der Volksrepublik Polen in der Pommerschen Bucht in den Jahren 1987-1989 beschrieb. Er befasst sich auch mit der sogenannten Geschichte der Geschichtsschreibung. Er veröffentlichte ein wichtiges Buch: "Die polnische und ostdeutsche Geschichte in den Jahren 1945-1970". Jetzt, zusammen mit Berndt Aischmann aus Schwerin, der mit uns auch da ist,

bearbeitet er die Auswahl von Materialien zur Geschichte der deutsch-polnischen Grenze seit 1945, die Auswahl aus der polnischen und deutschen Presse.

Wie Sie sehen können, haben alle unsere Gäste verschiedene persönliche Erfahrungen und Erlebnisse, die mit der deutsch-polnischen Grenze verbunden sind. Professor Heinrich Olschowsky erlebte die Entstehung der Grenze gleich nach dem Krieg, wenn viele immer noch nicht glaubten, dass sie da entsteht, wo sie abgesteckt wurde. Professor Ruchniewicz wurde erwachsen, wenn die polnisch-ostdeutsche Grenze stabil war, und es schien, dass niemand in der Lage ist, sie zu missachten. Und Dr. Slepowronski beobachtete und beschrieb das spektakuläre Finisage der Grenze in der Pommerschen Bucht.

Andrzej Kotula:

Ich sehe auf den Saal und auf uns und ich habe den Eindruck, dass wir uns alle gut kennen. Einige von uns beobachten, überwachen, untersuchen und beschreiben deutsch-polnische Beziehungen, aber sehr viele von uns in diesem Raum sind Schöpfer, Mitschöpfer dieser Beziehungen in dem Grenzgebiet oder in der weiteren Bedeutung – in den kulturellen und politischen Grenzen. Wir alle haben sicherlich persönliche Erfahrungen, Beobachtungen, Schlussfolgerungen ... Das war für uns, bei der Organisation unseres Treffens, sehr wichtig. Wie waren dagegen unsere Absichten ? Manche unserer nächsten Diskussionen werden sich auf heutige, ganz aktuelle Problemen, Herausforderungen und Fragen konzentrieren... Wir werden darüber schon als Pragmatiker oder Praktiker in dem Grenzbereich diskutieren. Doch fiel es uns ein, dass zumindest einige von uns sich dessen bewusst sind, dass heute die ausgezeichneten nachbarlichen deutsch-polnischen Beziehungen, obwohl - hier und da – Unterschiede der Interessen, Konflikte, Probleme auftreten, im allgemeinen die Kultur des Dialogs und das Niveau des Vertrauens - eine steigende Tendenz aufweisen. Man kann sagen, dass wir alle hier versammelten Beispiele für das Phänomen sind, was eine gute Nachbarschaft von Polen und Deutschen an der Grenze ist. Ich betone besonders : an der Grenze, weil wir mit dem täglichen Kontakt zwischen den gewöhnlichen Polen und gewöhnlichen Deutschen da zu tun haben, nicht nur zwischen den Eliten. Diese Menschen, obwohl sie nicht unbedingt tiefe historische oder philologische Kenntnisse haben, finden eine gemeinsame Sprache, sie können sich trotz der Sprachbarriere verständigen und können schon sehr gut sehr enge Beziehungen zueinander bauen, während diese Grenze, als eine Barriere der Kontrolle, nicht mehr existiert. Aber andererseits sind wir uns auch eines historischen Phänomens bewusst. Wir beschlossen, dass der Versuch des Nachdenkens darüber, wie man den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen erreichte, aus unseren Grenzerfahrungen, uns den Umfang dieses Phänomens noch verdeutlichen kann, und uns vielleicht klar macht, dass wir ein Teil des historischen Prozesses, seine Schauspieler und Autoren sind. Das ist - denke ich - sehr wichtig, sich daran zu erinnern, dass wir nicht nur gute Beziehungen bauen, aber dass wir sie auch an die künftigen Generationen mit vollem Bewußtsein ihres Phänomens übergeben müssen. Und das ist auch eine Frage an unsere Gäste, ob sie diese Meinung vertreten. Und eine weitere Frage, ob es so sein musste ? Wenn wir z.B. an die Jahre 1945, 1950, 1955, 1972 (wenn die Grenze zwischen der kommunistischen DDR und der Volksrepublik Polen geöffnet wurde) denken, waren wir zum Erfolg verurteilt ? Oder ganz im Gegenteil: alle politischen Abschwünge, die Tatsache, dass wir seit mehreren Jahrzehnten im Grunde genommen wenig Einfluss auf unser eigenes Schicksal hatten, weil man irgendwo außer uns entschied, wie wir hier leben und in welchen politischen Verhältnissen wir leben werden, all das verursachte, dass wir zum Scheitern verurteilt waren, zur ewigen Feindlichkeit. Und hier kommt die Frage, die Stanislaw Stomma in

dem Titel seines berühmten Buches stellte: *Ist es Fatalismus der Feindseligkeit?* – eine Frage, die immer noch begründet ist. Es wäre gut, sich danach wieder zu fragen. Sind wir Teil eines logischen historischen Prozesses und war der europäische Charakter unserer gegenwärtigen Beziehungen unvermeidlich ? Oder ganz im Gegenteil: wir fuhren gegen den Strom und verdanken das vor allem unserer eigenen harten Arbeit, trotz überwiegend verschiedenen Abschwüngen, und manchmal auch politischen Konjunkturen. Ich führe ein Zitat aus dem Buch von Prof. Krzysztof Ruchniewicz an, aus dem Kapitel unter dem bezeichnenden Titel: “Die Beendigung”: *“Das Problem der Beziehungen zu Deutschland war eine der Schlüsselfragen in der polnischen Außenpolitik nach 1945. Seine erfolgreiche Lösung behinderten historische Bedingungen und die politische Situation, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa gebildet wurde. Jeder dieser Faktoren hatte ein doppeltes Gesicht. Das Erbe der Vergangenheit, vor allem des Zweiten Weltkriegs rief bei Polen eine besondere Vorsichtigkeit, Abstand, manchmal sogar Feindlichkeit gegenüber den Deutschen hervor. Andererseits konnte der negative Charakter der deutsch-polnischen Beziehungen im zwanzigsten Jahrhundert ein Argument für die Notwendigkeit einer friedlichen Regelung dieser Beziehungen in der Zukunft sein, so dass sich Tragödien nicht mehr wiederholen.”* Lasst uns versuchen, vom Ende anzufangen, von der Beurteilung der Gegenwart, und erst dann greifen wir aufs Jahr 1945 zurück und versuchen, den Weg zum heutigen Stand nachzugehen.

Heinrich Olschowsky:

Der Blick auf die eigenen Lebenserfahrungen, also darauf, was zwischen der Nachkriegszeit und der heutigen Tag geschehen ist, mutet wie ein Wunder an. Wie viele Jahre sind inzwischen vergangen? Über 60! Eigentlich ein Menschenleben! Von der Feindseligkeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind wir zu einer Situation gelangt, in der Polen und Deutschland aus souveräner Entscheidung zusammen leben wollen, in der die Deutschen nicht mehr voneinander getrennt leben müssen und in der man eine europäische Partnerschaft aufbauen kann ... Der Begriff “Partnerschaft” ist mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Partner sind selten gleich stark und müssen es nicht sein. Natürlich unterscheiden sie sich oft voneinander. Aber gerade dieser Unterschied, als Wert begriffen, mag ein Grund sein, sich gegenseitig zu respektieren und gegenseitige Achtung zu zeigen. Wenn man zur Kenntnis nimmt, was der andere Partner meint, was er befürchtet und was ihn erfreut, so kann es zu einer echten Begegnung kommen. Wir sind nicht immer der gleichen Meinung, polnische und deutsche Interessen unterscheiden sich oft. Man sollte aber Erfahrungen austauschen und darüber sprechen. Die Ereignisse der letzten Jahre belehren uns, dass es schlecht ist, wenn wir statt miteinander nur übereinander reden. Wenn keiner der Partner so tut, als sei er sich selbst genug, dann können wir einen Zustand der Normalität erreichen, der uns manchmal überrascht.

Krzysztof Ruchniewicz:

In der Äußerung meines Gesprächspartners kamen zwei Begriffe vor : “*das Wunder*” und “*die Partnerschaft*”. Es scheint mir, dass man mit diesen beiden Worten unsere heutige Nachbarschaft beschreiben kann. Mehrmals wurde auch der Begriff “*die Grenze*” wiederholt. Wir sind zueinander verurteilt. Ob es uns gefällt oder nicht, Polen und Deutschland sind Nachbarn. Vielleicht aus diesem Grund sind unsere Beziehungen so intensiv. Sie waren nicht immer friedlich. Aber es gab auch Zeiten, in denen Polen und Deutschland zusammen arbeiteten.

Ich gehöre zur Generation, die sich an die sehr gründlichen Kontrollen an der Grenze erinnert, und unter anderem an die Mundharmoniken, in den Pass eingeklebte zusätzliche Seiten für die Stempel vom Grenzübertritt, für die es bald kaum Platz in den Pässen gab. Nach dem Beitritt Polens zur Schengenzone fuhr ich einen Tag nach Dresden, und ich beschloss mir ein wenig Unbekümmertheit zu gönnen, und trotz der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 km/h überquerte ich die Grenze bei 100 km/h. Auf der deutschen Seite wurde ich angehalten. Aber das Gespräch über die Geschwindigkeit, mit der ich fuhr, wechselte zum Gespräch über die Bücher, die ich im Kofferraum hatte (weil die deutschen Zollbeamten beschlossen, mein Gepäck zu überprüfen). Mein Freund, der Herausgeber des Neisse-Verlags hat mich gebeten, ein Paket Bücher über Günter Särchen mitzunehmen, die in Wroclaw gedruckt waren, unter dem Titel "Der Patron". Gerade das Buch wurde zum Thema des sehr freundlichen Gesprächs. Der Zöllner hatte vom Helden dieses Buches noch nie gehört, aber der Titel des Werkes faszinierte ihn. Ich erzähle ihm, dass es die Geschichte von einem Deutschen aus der DDR ist, dem die Stasi den Decknamen "Patron" gegeben hat. Aber wenn es um die deutsch-polnische Nachbarschaft geht, ist Särchen sicherlich, im übertragenen Sinne, ein solcher Patron. Ich gab dem Zollbeamten das Buch mit dem Kommentar, dass er drin viele Beispiele dafür findet, welche enormen Schwierigkeiten der DDR-Bürger in den 50ern, 60ern beim Überschritt der polnisch-ostdeutschen Grenze hatte. Die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen, die angeblich - das war schließlich Politik - zwei befreundete Nationen, Polen und die DDR verbinden sollte. Wo der gegenseitige Austausch sein soll, wo es wirklich zur Annäherung zwischen den beiden Ländern kommen sollte. Särchens Beispiel zeigte doch, dass es nicht so klar war, dass es oft mit großen Opfern bezahlt wurde, wenn man einfach auf eigene Faust, nicht mit Hilfe des einen oder anderen Kollektivs, nach Polen kommen wollte, um private Kontakte anzuknüpfen, die ausgeschlossen wurden.

Ich wollte mit diesem Beispiel den Charakter der polnisch-ostdeutschen Beziehungen in dieser Zeit darstellen. Aber diese Kontakte unterschieden sich nicht von den polnisch-westdeutschen Beziehungen. Die ersten Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland kamen nach Polen eigentlich nach 1956. Sie waren Korrespondenten und Vertriebene. Kurzum, sie waren Menschen, die schon ein Verhältnis zu Polen hatten, und - natürlich - in erster Linie ihre alten Heimatsorte sehen wollten, die aber bei dieser Gelegenheit - denn so war die Politik des polnischen Staates - auch in andere Städte, z.B. nach Warschau, Krakau geschickt wurden.

Erst am Ende der 50er begannen Deutsche aus der Bundesrepublik Deutschland in Auschwitz anzukommen. Auf diese Weise wurden erste Kontakte angeknüpft. Wenn wir über die Ebenen der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 sprechen, müssen wir unbedingt die politische Ebene berücksichtigen, sowohl die internationale Situation, die Welt in zwei feindliche Blöcke geteilt, als auch die Tatsache, dass Polen und die DDR viele Jahrzehnte lang, außer nur weniger Ausnahmen, auch keine Beziehungen hatten. Bitte beachten Sie, dass auch die Frage der deutsch-polnischen Grenze, der Anerkennung dieser Grenze in dem Görlitz-Vertrag, nicht geschlossen war. Politiker der sowjetischen Besatzungszone, die die kommunistischen Gruppen vertraten, stellten die Bedeutung der Grenze in Frage. Bis 1948 unterstützte eigentlich keiner von ihnen diese Grenzabsteckung. Nur als Folge von Stalins Vorgehen wurden sie gezwungen, den Zgorzelec-Vertrag zu unterzeichnen und die Oder-Neiße-Linie als "Grenze des Friedens" anzuerkennen. Dass diese Tatsache nur politisch behandelt wurde, da konnten sich die Polen schnell nach den Ereignissen von 1956 überzeugen, als nicht nur ostdeutsche Korrespondenten oder andere Personen, die die DDR vertraten, abberufen wurden, aber auch gab man den Polen

zu verstehen, dass, wenn sie nicht still sitzen, d.h. den Sozialismus in Frieden und Freundschaft nicht aufbauen, dann das Problem der Oder-Neiße-Linie in Frage gestellt wird. Dies ist die berühmte Aussage vom Januar/Februar 1957, in der es sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Nicht ohne Grund tritt das Problem der Grenze auch in späteren Jahren auf, im Rahmen der Gespräche, die Polen mit der BRD führt, um gegenseitige diplomatische Beziehungen anzuknüpfen. Dann schlägt die DDR vor, in Bezug auf den Zgorzelec-Vertrag ein neues Abkommen zwischen Polen und der DDR über die Absteckung der deutsch-polnischen Grenze zu unterzeichnen. Wie war die Reaktion der polnischen Seite, können Sie sich vorstellen, da im Text des Vorschlags erwähnt wurde, dass dieses Abkommen nach zehn Jahren wieder neu verhandelt wird. All dies verursachte, dass Gomulka, aber auch andere kommunistische Politiker, die dann in Polen an der Macht waren, den Eindruck hatten, dass es wieder ein unfaires Mittel der DDR ist, um die polnisch-westdeutschen Verhandlungen und die Anknüpfung der Beziehungen mit der BRD zu verzögern. Es ist erwähnenswert, dass die Sowjetunion erst 1965 die Absteckung der deutsch-polnischen Grenze an der Oder und Neiße anerkannte. Bis 1965 war dieses Thema eigentlich auch durch die Sowjetunion in Frage gestellt. Auf diese Weise war es leichter - bei der Betonung, der einzige Garant der Grenze zu sein - die Polen in bestimmten Rahmen zu halten, immer als politisches Instrument die Tatsache zu nutzen, dass die Grenze an der Oder-Neiße-Linie sowohl durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, als auch durch die westlichen Mächte nicht anerkannt war. Eigentlich kann man sagen, dass bis Ende der 80er Jahre die Grenze an der Oder und Neiße auf gleiche Weise behandelt wurde, das beste Beispiel dafür ist der Konflikt in der Pommerschen Bucht. Am Beispiel dieses Konfliktes konnte man zum ersten Mal wirklich erfahren, dass es in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern nicht nur Freundschaft, sondern auch mehrmals Konflikte gab. Unter diesen Ebenen der gegenseitigen Beziehungen, neben der politischen Situation nach 1945, sollten auch andere, äußerst wichtige Ebenen berücksichtigt werden. Vor allem zwischenmenschliche Beziehungen. Der Anfang der deutsch-polnischen Beziehungen im Jahre 1945 war negativ, sowohl für die Polen als auch für die Deutschen. Es war nicht nur die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg - im Fall von Polen - die den Aufbau der freundschaftlichen Beziehungen verhinderte. Auch die Erinnerungen der Deutschen an die letzten Monate des Krieges und die ersten Monate der Nachkriegszeit, die mit Flucht, Vertreibung oder Aussiedlung verbunden waren, verhinderten auch das Anknüpfen von Kontakten. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir unter den Polen und Deutschen keine Menschen finden - Professor Olschowsky gehört zu solchen - die sehr schnell auf irgendeine Weise diesen Fatalismus der Feindseligkeit überwandern und sie begannen nach Dialog und Verständnis zu suchen, und in einigen Fällen, insbesondere in der Generation, die selbst die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit erlebte - auch nach Versöhnung. Diese Personen, aktiv vor allem in den 60er und 70er Jahren, wurden zum Vorbild auch für andere. Sie bauten eine Atmosphäre auf, in der wir heute leben und funktionieren.

Tomasz Ślepowronski:

Ich wollte mit einer Frage beginnen: Was war die Ursache für das Wunder der gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen? Was hat dazu beigetragen, dass diese Kontakte heute sich so gut entwickeln, insbesondere wenn wir auf die Mikrokontakte schauen, an der Grenze, abgesehen von den Ereignissen der großen Politik? Ist das die große europäische Idee, zu deren Autoren auch Westdeutschland gehört, und wir seit Ende der 80er Jahre so sehr an dieser Idee teilnehmen wollten? Oder die deutsch-polnische Zusammenarbeit? Welcher Faktor war stärker? Meiner Meinung nach, dieses zweite Element - die deutsch-polnischen Beziehungen. So

unterschiedliche Beziehungen, mit dieser großen Last der Vergangenheit seit 1945. Und diese Arbeit, die mehrere Jahrzehnte dauerte, und dazu führte, dass unsere Beziehungen mit den beiden deutschen Staaten dazu beigetragen haben, dass wir im Jahr 1990 ohne größere Probleme die Form der deutsch-polnischen Grenze bestätigen konnten.

Aber ich möchte hier "Anwalt des Teufels" (Advocatus Diaboli) sein, das heißt: Verfechter der DDR. Denn wenn wir die beiden deutschen Staaten betrachten, sagen wir heute oft, dass die gute Tendenz in den deutsch-polnischen Beziehungen mit der Lehrbuchkommission verbunden ist, mit allem, was das Team von Willy Brandt in den 70er Jahren brachte, d.h. mit der Öffnung Polens und der Anerkennung seiner Grenzen, die nach 1945 bestimmt wurden. Aber ich denke, der zweite deutsche Staat, der schlechtere, so scheint es, der weder frei noch demokratisch war, hat jedoch eine wichtige Rolle in der Geschichte gespielt. Und das sollten wir nicht vergessen. Vor ein paar Monaten stellte Herr Professor Bialecki die Frage: Was würde passieren, wenn die DDR nicht existierte? Und wenn seit 1945 Polen an die Bundesrepublik Deutschland grenzte? An den demokratischen Staat, aber auch an das Land, wo Ausgesiedeltenmilieus, Vertriebenenverbände völlig frei revisionistische Sprüche verbreiten konnten. Wie würden wir dann mit den Deutschen umgehen? Wäre es vielleicht nicht so, dass trotz all seines Totalitarismus und des Mangels an Souveränität, uns, den Polen den Kontakt mit einem solchen deutschen Staat, der keine revisionistischen Sprüche anbringt, ermöglicht, uns daran zu gewöhnen, dass der Deutsche anders sein kann? Dass vielleicht unter Zwang, aber doch dieser Deutsche den Drang nach Osten nicht fortsetzen kann. Dass dieser Deutsche - trotz aller Künstlichkeit der Freundschaft - derjenige sein kann, der nicht die Hand ausstreckt, oder man ihm nicht erlaubt, nach den Gebieten zu greifen, die ihm einst gehörten. Ich denke auch, dass eine wichtige Rolle in den polnisch-deutschen, insbesondere in den polnisch-ostdeutschen Beziehungen, die 70er Jahre spielten. Dieser erste und grundsätzlich der einzige Moment der polnisch-ostdeutschen Koexistenz, wenn diese formalen Kontaktbarrieren schwächer wurden. Die offene Grenze. Die Tatsache, dass wir in die DDR fahren konnten, natürlich vor allem um einzukaufen, und die Ostdeutschen zu uns kommen konnten, bedeutete, dass es zum ersten Mal ohne besondere staatliche Kontrolle, vor allem hier an der Grenze, zu persönlichen Kontakten kommen konnte. Ich habe den Eindruck, wenn ich die Geschichte von Menschen betrachte, die sich dann kennen lernten, ein paar Tausend Ehen, die dann geschlossen wurden, diese persönlichen Kontakte außer Ideologie, außer Politik, dass sie dazu führen konnten, dass nach 1990, nach der Wiedervereinigung Deutschlands, die Situation an der deutsch-polnischen Grenze so und nicht anders aussieht.

Bogdan Twardochleb:

Ich will zu diesem Wort zurückkommen, das Professor Olschowsky verwendet hat: ein Wunder. Um es gut zu verstehen. Sie haben, Herr Professor, diese Grenzen von Anfang an beobachtet. Sie wurden im Bezirk Opole geboren, und dann kamen Sie in die Woiwodschaft Schlesien, und später wieder in die Region von Opole, und so mussten Sie hier in einer völlig anderen Struktur leben. Sie waren in einer deutschen Familie geboren, und dann stellte sich plötzlich heraus, dass Sie Einheimischer sein sollten. Das bedeutete sehr viel. Weil euch angewiesen wurde, Ureinwohner zu sein, wurdet ihr nicht ausgesiedelt. Im Gegenteil, ihr durftet nicht ausgesiedelt werden, weil ihr Ureinwohner wart. Sie haben selbst diese Grenze erfahren. Sie lebten in einem deutschen Milieu in der Region von Opole, von der deutschen Grenze weit entfernt. Aber die deutsch-polnischen Beziehungen und Kontakte haben sich dort irgendwie entwickelt. Dort, in

der Opole-Region, lebten seit vielen Jahren Eingeborene mit Polen aus verschiedenen Gegenden, mit Ostpolen zusammen. Und alle hatten wohl ganz gute Beziehungen zueinander, trotz der Tragödien auf beiden Seiten.

Heinrich Olschowsky:

Ich bin in der Nähe von Oppeln (Opole) geboren worden und lebte nach 1945 etwa zehn Jahre in Polen. Die auf unsereinen damals gemünzte Bezeichnung "Autochthone" war mir fremd. Die Geschichte meiner Familie war ein wenig dramatischer, was der heutigen Generation nur schwer zu vermitteln ist. Wer, wie mein Vater, den Namen Olschowsky trug und ein deutscher Lehrer war, galt nach dem Krieg in den Augen vieler Polen in Schlesien als ein Verräter. Wie konnte man mit einem solchen Namen kein Pole sein? Die Folge war ein Befehl, den deutschen Lehrer mit dem polnischen Namen zu vertreiben. Allein. Die Familie, Mutter und vier Söhne, sollten bleiben. Schließlich kam, dank vieler heimlicher und verheimlichter Bemühungen die „Begnadigung“, der Vater durfte und wir alle mussten bleiben. Das Schicksal der Aussiedlung, das zu dieser Zeit in Oberschlesien die Familien der deutschen Beamten grundsätzlich betraf, ist uns erspart geblieben. Es war ein zwiespältiges Los und eine schwierige Zeit der Eingewöhnung. Die Eltern sprachen kein Polnisch, und ein eifernder Nationalismus identifizierte jeden deutsch Sprechenden als einen Feind und Nazi. Durch die immer dichteren Kontakte mit der Außenwelt, eignete sich mein Vater ein wenig Polnisch an, die Mutter aber blieb isoliert und diskriminiert auf das Häusliche verwiesen. Die heranwachsenden Kinder lernten die neue Sprache schnell. Problematisch wurde es für mich in der Schule. Die Politik der „Repolonisierung“ in den ehemals deutschen Gebieten wurde administrativ durchgesetzt, ohne die Betroffenen nach ihrem Willen zu befragen. Die Aktivisten dieser Kampagne mochten das als Genugtuung und Vergeltung für die zuvor erfahrene zwangsweise Germanisierung aufgefasst haben. Im Gymnasium empfand ich den Druck, mir eine fremde Identität aufzwingen zu wollen; meines Namens wegen sollte ich ein Pole sein, aber ich war keiner. Andererseits wurde mir die Sprache bald vertraut, ich interessierte mich für Literatur überhaupt und damit selbstverständlich auch für die polnische, die allein zugänglich war. Ich erinnere mich an eine Episode aus dem Jahre 1953 oder 1954. Unser Klassenlehrer stammte aus dem Osten und hatte keinerlei Ahnung von den Verhältnissen in Schlesien. Er fragte also: Wer spricht zu Hause Deutsch? Das einzugestehen war ein Makel, also versuchten manche meiner Mitschüler sich herauszureden. Mir blieb nichts anderes übrig, als zu sagen, dass in meinem Elternhaus Deutsch gesprochen wird. Daraufhin verbreitete er in der Schule, ich müsste zur „fünften Kolonne“ gehören, denn wie kann es sein, dass einer, der zu Hause deutsch spricht, gute Noten in Polnisch bekommt. In seiner Logik gingen Nationalismus und Stalinismus Hand in Hand.

Die Grenze an Oder und Neiße war für mich eine undurchlässige Barriere. Meine älteste Schwester war seit 1945 westlich davon hängen geblieben, sie lebte in Weimar. Und erhielt erst zehn Jahre nach dem Krieg, 1955, die Erlaubnis, die Familie in Schlesien zu besuchen. So sah die „Grenze der Freundschaft“ in Wirklichkeit aus. Ab Mitte der 50er Jahre öffnete sich für jene, die sich als Deutsche fühlten, die Möglichkeit, die Genehmigung zur Ausreise zu erlangen. Es waren viele verschiedene Formalitäten zu erledigen (in der Zwischenzeit ist mein Vater bei einem Unfall verstorben), und die von den Ämtern vorgebrachten Begründungen für die Ablehnung waren schon seltsam. Wir bekamen zu hören: Ihr vier Brüder werdet nie nach Westdeutschland ausreisen, wir werden doch nicht die Bundeswehr stärken! Und so landeten wir schließlich bei unserer Schwester in der DDR.

Die Grenze war eine trennende künstliche Schöpfung. So habe ich sie wahrgenommen. Meine Eltern waren wie die meisten Deutschen östlich von Oder und Neiße nicht darüber informiert, was die Potsdamer Beschlüsse für die Zukunft bedeuten würden. Aber natürlich hofften wir, dass dies nur eine vorübergehende Lösung sei, die unmöglich für immer so bleiben könne. Im Laufe der Zeit haben hat sich unser Denken natürlich verändert. Für mich war die Ausreise nach Deutschland, der Übergang nach Weimar kein einfacher Prozess. Ich musste psychisch damit fertig werden. Meine Mutter, die von der polnischen Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war, fasste das entsprechend negativ auf. Ebenso mein Vater. Für mich - mit meinem frisch erworbenen Wissen und zwiespältigen Schulerfahrungen, den Freundschaften mit Schülern aus Stanislawów oder Lwów - bildete all das eine Mischung aus Einsichten und Emotionen, mit der ich zurechtkommen musste. Es war schwierig. Und es scheint mir, dass ich erst in Weimar nach und nach verstanden habe, was das alles für mich bedeutet. Ich kam zum Schluss, dass die DDR diesbezüglich keinerlei glaubwürdige Lösung bot, denn ohne dass man über die beiderseits schmerzlichen Dinge sprach, war Aussöhnung gar Freundschaft nicht möglich. Wer aber in der DDR öffentlich zu sagen wagte, dass die „Friedengrenze“ für ihn mit dem Verlust der Heimat verbunden ist, den hielt man für einen „Kriegsbrandstifter“. Als ich Abiturient überlegte ich, was ich mit meiner Erfahrung anfangen sollte, mit der Kenntnis der Sprache, der polnischen Kultur und Mentalität. Wie konnte ich das alles sinnvoll in meine Zukunft einbringen? Ein Grund unter anderen für meine Entscheidung, Germanistik und Slawistik zu studieren, war „das Tauwetter“ in Polen, eine günstige Atmosphäre für „unfrisierte Gedanken“ und interessante künstlerische Neuerungen.

So entschloss ich mich, die Polonistik zu meinem Schwerpunkt zu machen. Es war ein schwieriger Spagat: die moralische Verantwortung als Deutscher für den Krieg und alles, was der Nazismus Polen verbochen hatte auf der einen Seite, auf der anderen die stark ethnozentrische Erziehung der polnischen Schule, die mich zur Ablehnung reizte. Ich war 16, als ich mit meiner polnischen Klasse nach Auschwitz fuhr. Und diese Erfahrung ist nicht leicht aus dem Gedächtnis zu tilgen. Neue Perspektiven öffneten sich für mich während des Studiums durch mein Engagement in der katholischen und evangelischen Studentenschaft, dort konnte man offen über persönliche Erfahrungen und das historische Erbe der jüngsten Vergangenheit reden.

Krzysztof Ruchniewicz:

Ich erlaube mir der Aussage von Herrn Slepowronski zu widersprechen. Weil die Frage von Professor Bialecki schlecht formuliert war. Es reicht, in die Dokumente hineinzusehen, um sich zu überzeugen, dass man im Jahr 1953 während einer Demonstration der DDR-Bürger an der polnisch-ostdeutschen Grenze [die Proteste, die mit der Revolte der Arbeiter in Ostberlin am 17. Juni 1953 begannen], unter anderem die Revision der Oder-Neiße-Linie forderte. Dieses revisionistische Element erscheint auch in 1956, wenn noch während des Juni-Aufstandes in Posen die DDR-Behörden vorschlugen, eine Gruppe von Arbeitnehmern da zu schicken, die den polnischen Arbeitern erklären sollten, dass sie falsch vorgehen. Auch damals - in den Diskussionen und Gesprächen in der DDR - taucht die Frage der Oder-Neiße-Linie auf: wenn die polnischen Arbeiter weiter so rebellisch sind, was ist dann der Sinn für die Anerkennung der Grenze. Eigentlich bis zum Ende der 60er Jahre zieht sich die Grenzfrage immer wieder durch die Dokumente durch. Es ist auch sorgfältig durch die Stasi beobachtet und dokumentiert. Es ist wahr, dass es keine Organisationen der Vertriebenen gab, wie in der BRD, aber man muss sich

bewusst machen, dass ein Viertel der DDR-Bürger aus den Gebieten kam, die sich innerhalb des polnischen Staates befanden. Ziehen wir 17 Millionen Menschen in der DDR in Betracht, ist das eine große Gruppe von Menschen! Das bedeutet nicht, dass unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg den Behörden der sowjetischen Besatzungszone das Problem nicht bekannt war, oder dass sie nicht versuchten, Kontakte mit dem neuen, sozialistischen Polen zu suchen. Obwohl es schwierig war. Auch damals, im Jahre 1947 wurde die deutsch-polnische Gesellschaft gegründet, die Helmut von Gerlach-Gesellschaft genannt wurde. (Es ist eine recht bekannte Figur aus Schlesien, die sich nach dem Ersten Weltkrieg besondere Verdienste um die deutsch-polnische Annäherung erwarb. Er wurde als Schirmherr der Gesellschaft für die neuen Kontakte mit Polen – hieß es – gewählt). Man fing an, eine Zeitschrift herauszugeben, die einzige - wie sich herausstellte - in der gesamten Geschichte der DDR, die sich auf die polnischen Fragen konzentrierte: "Ein Blick auf Polen". Neben der Gesellschaft der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft war die Helmut von Gerlach-Gesellschaft die einzige "nationale" Organisation, die erstmals in der sowjetischen Besatzungszone existierte, später in der DDR. Aber das Problem bestand darin, dass es zwar leicht sei, wenn es um die Behörden geht, die Organisation zu schaffen, und es war auch von oben leicht, sie zu lösen. Wer waren ihre Mitglieder? Vor allem die Bewohner der Grenzgebiete an der Oder und Neiße. Warum? Denn im Rahmen dieser Treffen, die organisiert wurden, und Filme, die gezeigt wurden, betraf ein Teil von ihnen die Situation jenseits der Grenze. Es war noch nicht möglich, die Grenze zu überqueren, aber viele Menschen verloren da ihre "kleine Heimat" und ließen sich an der polnisch-deutschen Grenze nieder. Da sie immer die Hoffnung hatten, dass sich die internationale Situation ändert und sie zurückkehren können. In den frühen 70er Jahren waren diese Hoffnungen nicht mehr aktuell. Und mit der Öffnung der Grenze zwischen der Volksrepublik Polen und der kommunistischen DDR konnte man von da an seine kleine "verlorene Heimat" einfach wieder sehen.

Es ist sehr wichtig, was Herr Professor Olschowsky sagte. An seinem Beispiel zeigte er, wie kompliziert und komplex die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen ist. Vor 1989 wurden diese Beziehungen mehrmals verallgemeinert: sie waren entweder schwarz oder weiß. Oft vergaß man ihre Spezifität zu zeigen. Die Geschichte ist eigentlich nie schwarz und weiß. Es gibt auch etwas dazwischen. Aber in dem Bild der deutsch-polnischen Beziehungen kamen die Zwischentöne nicht so häufig vor. Schließlich wurde die Eröffnungsbilanz in den Jahren 1989/1990 am besten von einem der deutschen Karikaturisten gezeigt. Er gebrauchte ein Motiv der Brücke. Im Hintergrund stellte er eine deutsch-französische Brücke vor, auf der es einen großen Verkehr in beiden Richtungen gab. In dem Vordergrund befand sich dagegen eine deutsch-polnische Brücke, die ein Loch in der Mitte hatte, die Brücke eigentlich unvollendet. Auf der einen Seite steht Bundeskanzler Helmut Kohl und auf der polnischen Seite Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki. Aber die Lücke in der Brücke zwischen ihnen verursacht, dass ihre Hände zu kurz scheinen, damit sie sie reichen konnten. Also, mit verschiedenen "Pfötchen" versuchen sie sich wenigstens zu berühren. Und damit wird treffend gezeigt, dass im Jahr 1989/90 die deutsch-polnischen Beziehungen in der Wirklichkeit von Anfang an gebaut werden mussten. Der gleiche Künstler stellte ein paar Jahre später wieder ein ähnliches Bild vor. Diesmal zeichnete er drei Brücken. Auf der deutsch-französischen Brücke hat sich nichts geändert. Auf der deutsch-polnischen wurde bereits das Loch repariert, und die Reparaturmannschaften versuchen, diese Brücke zu verbessern, was darauf hindeutet, dass noch nicht alles richtig funktioniert. Aber es gibt auch eine dritte Brücke: deutsch-tschechisch, die gerade gebaut wird.

Bogdan Twardochleb:

Jemand, der die Autobahn von Szczecin nach Berlin kennt, erinnert sich daran, dass noch vor zehn Jahren eine der Brücken auf der Autobahn eine zerstörte Joch hatte, in der Brücke gab es eine Lücke und man konnte nur eine Fahrspur benutzen. Und die Autobahn selbst, mit einer nicht reparierten Strecke ähnelt einer solchen löchrigen Brücke. Aber die Reparaturarbeiten sind im Gange und bald verschwindet das Loch.

Aber ich denke, es lohnt sich, bis zum Jahr 1945 zurückzukommen. Viele Jahre lang verbreitete die polnische und deutsche Propaganda die Ansichten, dass die Potsdamer Grenze dauerhaft und garantiert ist. Aber was genau wurde in Potsdam unterzeichnet ? Inwieweit waren diese Bestimmungen dauerhaft ? Es wurde dann über eine Friedenskonferenz gesprochen, die endgültig neue Grenzen garantieren sollte, aber diese Konferenz fand nie statt. Das ist meiner Meinung nach sehr wichtig.

Andrzej Kotula:

Seit den Nachkriegsjahrzehnten haben wir mit dem Problem der Grenze an der Oder und Neiße zu tun. Diese Grenze hatte laut verschiedener Interpretationen einen unterschiedlichen Status. Und sie war auch ein Problem auf globaler Ebene, als Teil der s.g. Ordnung von Jalta oder Potsdam. Sie gehörte zu den wichtigen Themen der 2 +4 Verhandlungen, in denen über die Wiedervereinigung von Deutschland und die Bedingungen dieser Vereinigung entschieden wurde.

Heinrich Olschowsky:

Diese neue Grenze ist, abgesehen vom politischen Kontext, auch im Hinblick auf die geistige Verständigung zwischen den Menschen wichtig. Sie besaß einen künstlichen Charakter, weil beiderseits des Grenzflusses die angestammte Bevölkerung ausgetauscht wurde: die Deutschen zogen nach Westen und an ihre Stelle kamen Menschen aus Ost- und Zentralpolen. In der neu gebildeten Grenzregion war man einander doppelt fremd. Mit zwei Sprachen, zwei Kulturen, zwei Lebensgewohnheiten hatte man in den alten Grenzregionen wie Westpreußen, Schlesien, Masuren oder den ostpolnischen „Kresy“ über Jahrhunderte umzugehen gelernt. Natürlich nicht konfliktfrei, aber es waren doch Regionen der Vermittlung und des gegenseitigen Durchdringens. Jetzt, infolge des Krieges sind sie als Bereich der Kulturvermittlung verschwunden. Mit der neuen Grenze kam es zu einer neuen Situation: Auf den beiden Seiten lebten nun fremde Menschengruppen, man verstand einander nicht, es vertiefte sich die Wahrnehmung der Konfrontation zwischen beiden Völkern und Kulturen. Ich glaube, es ist nicht unwichtig, zu zeigen, welchen Weg die nachwachsenden Generationen zurücklegen mussten, um neue gute nachbarliche Beziehungen zu schaffen.. Und das ist auch einer der Gründe, warum ich das Wort „Wunder“ verwendete.

Tomasz Ślepowronski:

Politisches „Spielen“ mit der deutsch-polnischen Grenze fand natürlich statt. Es kann nur die Frage gestellt werden, wie viel die polnischen Bürger darüber wussten. Inwiefern war das Bild verbreitet, mit dem die Propaganda in dem kommunistischen Polen zu beeindrucken versuchte,

das Bild der DDR als Garant unserer Grenze, und inwieweit die Informationen über die DDR als Bedrohung zum Bewusstsein der Polen kamen. Das zweite Bild war nicht da. Ich denke auch, dass ein wichtiges, aber heute vergessenes Element die ganz weit entwickelte, wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, die sogar in der schwierigsten Zeit der Macht von Ulbricht und Gomulka - zwei Menschen, die einen aufrichtigen Hass zueinander zeigten - dazu führte, dass trotzdem eine Menge von Instituten, Fabriken, Kombinate, Staatslandwirtschaften (PGR) usw. die Kontakte aufrechterhalten haben. Sie waren nicht immer authentisch, aber sicherlich führten sie in gewisser Weise zu einer Annäherung. Polen war mehrmals beeindruckt, was in der DDR geschah, z.B. die Entwicklung von Technik und die Organisation. Und die deutsche Seite war von dem so genannten "Warschauer Tempo" des Wiederaufbaus Polens nach dem Krieg fasziniert. Ich denke, dass diese nichtpolitischen, schwer zu erfassenden Elemente helfen konnten, sich aneinander zu gewöhnen. Natürlich konnten sie nichts ersetzen. Es ist klar, dass soziale Massenkontakte, die wir heute haben, damals, wegen der Schließung der Grenze, fehlten.

Heinrich Olschowsky:

Natürlich war die DDR, wie sie Heiner Müller nannte, eine "stalinistische Kolonie". Insofern konnte man in der ostdeutschen öffentlichen Meinung die Grenze nicht anzweifeln. Das galt als selbstverständlich. Für die polnische öffentliche Meinung war das in einem gewissen Grad beruhigend, vor allem für die Vertreter der jungen Generation, die nur in die DDR reisen konnten. Aber damit war auch ein innerdeutsches Problem verbunden. Wir können nicht die Tatsache übersehen, dass Teile des Verbands der Vertriebenen und manche konservative Politiker in ihrer Kampagne gegen die Oder-Neiße-Grenze auch antikommunistisch argumentierten. Es hieß, wenn erst die Kommunisten nicht mehr der Macht sind, dann können wir mit den Polen auch eine Grenzkorrektur aushandeln. Das war eine Illusion, die sich über viele Jahre gehalten hat. In der DDR waren es Minderheitsmilieus, die sich der Tatsache bewusst waren, dass Polen im Jahr 1945 nicht das Subjekt der weltpolitischen Entscheidungen war, sondern ihr Objekt. Für die emotionale Einstellung zur politischen Situation war es wichtig, dass die Polen, im unversöhnlichen Jargon „Vertreibungnation“ genannt, auch als vertriebene Opfer wahrgenommen wurden.

Andrzej Kotula:

Lassen wir uns bewusst sein, dass hier an der Grenze 20-40% der Bewohner der deutschen Grenzregion Vertriebene oder deren Nachkommen sind. Es ist nicht nur für Polen typisch, dass unsere Eltern und Großeltern hierher nach dem Krieg kamen. Auch ein großer Teil der deutschen Gemeinschaft hatte lange nach dem Krieg ein Gefühl des Wurzelmangels. Joseph Chalasinski schrieb noch vor dem Zweiten Weltkrieg über die zeitgenössische deutsch-polnische Grenzregion in Schlesien und gab solch eine Definition der Grenzregion: "die Bevölkerung, die beide Seiten der Grenze bewohnt, auf verschiedene Weise, wirtschaftlich, kulturell, durch Familienverbindungen miteinander verbunden und durch die politische Grenze getrennt ist". Das ist eine soziologische Definition, die unter der Grenzregion vor allem die Bevölkerung versteht, nicht das Gebiet. Die Gemeinschaft ist etwas Natürliches, und die Grenze - etwas Künstliches, was trennt. Im Sinne dieser Definition ist unsere deutsch-polnische Nachkriegsgrenzregion eigentlich kein Grenzgebiet. Diese Frage berührte Herr Professor Olschowsky. Eine solche Grenze, ein Gebiet gegenseitiger Einwirkungen und langjähriger Tradition der Nachbarschaft war und ist, in gewissem Sinne bis heute, Schlesien. Und die Frage lautet: wann - Ihrer Meinung

nach – beginnt unsere Grenze, im sozialen Sinne, sich zu gestalten ? Vielleicht seit 1972, als die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen geöffnet wurde und zum ersten Mal nach dem Krieg es zu Massenkontakten von Polen und Deutschen kommt, den DDR-Bürgern, und ungefähr zur gleichen Zeit, infolge der Ostpolitik Brandts und des Warschauer Pakts in 1970, begannen auch die BRD-Bürger nach Polen zu kommen, in der Mehrheit auch die deutschen Vertriebenen. Weil gerade sie in einem gewissen Grad an Polen interessiert waren, obwohl vor allem an West- und Nordpolen.

Krzysztof Ruchniewicz:

Das Problem der Grenze und ihres Ursprungs ist älter als die Potsdamer Konferenz. Dieses Problem wurde noch während des Krieges diskutiert, u.a. durch die polnische Regierung im Exil. Unterschiedliche Szenarios wurden abgewägt. Eines der Elemente, das man berücksichtigte, waren die Verluste des polnischen Staates, nicht nur Menschenverluste, sondern auch materielle Schäden. Man verlangte Entschädigung für alles, was Polen infolge des Krieges verlor. Polens Schicksal spielte sich doch anders ab, die polnische Regierung entschied darüber nicht, welche Form die deutsch-polnische Grenze haben wird, sondern die Großmächte. Und hier soll man Teheran erwähnen , weil da zum ersten Mal Verhandlungen über diese Grenze geführt wurden. Sie wurden in Jalta fortgesetzt, wo keine feste Form der Grenze bestimmt wurde. Man stellte nur fest, dass Polen im Westen viel mehr gewinnen sollte. Aber wie viel, erteilte man nicht. Erst in der Zeit zwischen Januar/Februar und Juli/August 1945 wurden die Entscheidungen getroffen (die in Moskau, als sich auf Grundlage der neuen Studien herausstellt, bereits im Jahr 1944 getroffen waren), wie die deutsch-polnische Grenze in der Zukunft aussehen sollte. Diese Entscheidungen betreffend haben wir mit verschiedenen Erklärungen zu tun. Einmal sprach man über die Potsdamer Konferenz, dann über das Potsdamer Abkommen. Diese Begriffe sollten die Bedeutung des Dokuments oder der in Potsdam getroffenen Entscheidungen betonen. Heute sprechen wir über die Potsdamer Beschlüsse, die - vom Standpunkt des Völkerrechts - einen anderen Charakter haben. Die Beschlüsse sind kein Pakt. Darum hat man vor Jahren gekämpft (und von Folgen dieser Diskussionen kann man noch heute hören). Warum ? Infolge der Grenzverschiebungen verlor Polen de facto die Hälfte seines Territoriums, mit zwei großen Zentren, die aus politischer, kultureller oder wirtschaftlicher Sicht wichtig waren: Vilnius und Lemberg und. Polen erhielt Schadenersatz im Westen auf Kosten Deutschlands. Die polnische Seite betrachtete von Anfang an diese Veränderungen als dauerhaft und denkt so bis heute. Diese Dauerhaftigkeit betonte auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung - eine der Bestimmungen der Potsdamer Konferenz - die z.B. in Niederschlesien in 100% durchgeführt wurde. Gerade in diesen deutsch-polnischen Grenzregionen, in die die Menschen unter anderem aus Oberschlesien zu kommen begannen, musste man die Nationalität bestimmen. Das gilt nicht nur für Oberschlesier, sondern auch für Kaschuben, die auch in polnischen Ämtern ein sogenanntes Zertifikat der Loyalität vorlegen mussten. Es war oft mit vielen Tragödien verbunden, weil viele der Menschen, die überprüft worden sind, sich weder für Polen noch für Deutsche hielten, sondern nur für "Einheimische". Sie waren Schlesier, Kaschuben, etc. Und erst der Staat, früher der deutsche, heute der polnische, zwang diese Leute zu wählen. Um die Staatsangehörigkeit anzunehmen. Entschieden sie sich, dem deutschen Volk zuzugehören, waren sie gezwungen, das Land zu verlassen. Dieser Prozess dauerte bis in die 70er Jahre. Seit 1955 wurde die sogenannte Familienzusammenführung wieder aufgenommen. Ein Teil dieser Bevölkerung kommt in die DDR, der andere Teil in die BRD. Das sind die Bestimmungen zwischen den Roten Kreuzen. Nach der Unterzeichnung des Normungsabkommens im Jahr 1970

wurde die Familienzusammenführung wiederbelebt. Dann verlässt vor allem die Masurenbevölkerung Polen, die für die Deutschen optierte.

Laut der Aufzeichnung der Potsdamer Beschlüsse findet die endgültige Festlegung der Grenze auf der Friedenskonferenz statt. Es ist schwer, Potsdam als Friedenskonferenz zu betrachten. Daher bemühte sich die polnische Diplomatie, aber auch die Diplomatie derjenigen Länder, die unter dem Einfluß der Sowjetunion waren, um den Prozess der Unterzeichnung von Friedensverträgen zu beenden. Solche Versuche werden in den nächsten Jahren aufgenommen, u.a. der große Versuch im Jahr 1959, aus der nichts erfolgt. Dies bedeutet, dass mit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ost und West, hat man begonnen zu betonen, nicht nur in Deutschland, sondern auch zum Teil durch die Westmächte, wie wichtig eine zukünftige Friedensregelung ist, die letztlich die Grenze bestätigt. Daher, noch im Jahr 1989 gab es verschiedene Pläne, um dieses Problem zu lösen. Die Pläne der deutsch-polnischen gemeinsamen Gebieten, in denen zwei Staaten regieren würden, versuchte man noch in den 50er Jahren zu formulieren, vor allem in den deutschen Milieus der Vertriebenen, und die ganze Zeit betonte man die Vorläufigkeit dieser Lösungen. Diese Konzepte setzten voraus, dass es für einige Zeit (oft wurden 10 Jahre erwähnt) keine Grenze gibt und die Bevölkerung dieser Länder auf dem Gebiet zusammenleben wird, erst später soll die Volksabstimmung durchgeführt werden, wie in dem Saargebiet – das als Vorbild gestellt wurde - in dem die Menschen entscheiden müssen, ob sie als Ganzes genommen Polen oder Deutschland zugehören wollen. All diese Pläne riefen natürlich enorme Meinungsverschiedenheiten und Widerspruch in Polen hervor. Daher wurde 1989 die Bedingung gesetzt, dass es nicht zur Wiedervereinigung von Deutschland kommen kann, ohne dass vorher die Oder-Neiße-Linie anerkannt wird. Oder anders gesagt - der Status quo der Grenzen in Europa. Und die Beschlüsse der 2+4 Konferenz, die von Experten des Völkerrechtes als Quasi-Friedensvertrag behandelt werden, eine ausreichende Urkunde, die endgültig die Frage der Oder-Neiße-Linie als bisher eine offene Frage in diesem Teil Europas schließt. Das Grenzabkommen zwischen Polen und Deutschland zerstreute endlich alle Zweifel.

Wenn es um das deutsch-polnische Grenzgebiet geht... Ich denke, dass wir mit dem Grenzgebiet immer zu tun hatten. Es gibt keine solche Situation, solange wir in Europa leben, wo die Grenzen sich häufig verändert haben, und in einer Grenzregion nicht wohnen. Auch Schlesien änderte mehrmals in den letzten tausend Jahren seine Staatsangehörigkeit. Trotzdem - und das betonte Herr Professor Olszowski - wuchsen immer einige kulturelle Schichten. Des Zusammenlebens oder Mangels daran. Die historische Perspektive hilft uns, dies zu verstehen. Wir sind klüger, wenn wir etwas über die Vergangenheit wissen. Bitte beachten Sie, dass die Zeit nach 1945 nur eine der Phasen der deutsch-polnischen Beziehungen ist. Es ist ein Teil der Geschichte der Grenzregion. Für einige kann die Geschichte eine Warnung sein, zum Beispiel davor, was zu viel Nationalismus verursachen kann, auf der einen oder der anderen Seite. Eine Warnung, dass die Strukturen zerstört werden, die sich über viele Jahrhunderte oder Jahrzehnte gesammelt haben. Es kann aber auch ein Anreiz sein, diese Strukturen wieder aufzubauen. Jetzt erfahren wir eben - jemand kann sagen, dass dies eine künstliche Weise ist, aber meiner Meinung nach ist das nicht der Fall – wie es wieder aufgebaut wird, was wir heute unter dem Begriff der Grenzregion verstehen, das heißt, der Austausch, das gegenseitige Durchdringen von Kulturen, Sprachen, Waren und so weiter ... Und es ist eigentlich schwer, sich im heutigen Europa die Situation vor etwa 30-40 Jahren vorzustellen, als diese Länder tatsächlich Rücken an Rücken standen.

Bogdan Twardochleb:

Gerade an diesem Ort, geht es eher nicht um den Wiederaufbau sondern um den Bau der Grenze.

Andrzej Kotula:

Herr Professor, was sagen Sie dazu ? Aus Ihrer Sicht - haben wir es hier mit der Kontinuität oder einer kulturellen oder geistigen Pause des deutsch-polnischen Grenzgebietes zu tun ?

Heinrich Olschowsky:

Ich glaube nicht, dass man ein Sighdatum für den Neuaufbau der Grenzregion nennen kann. Es scheint sicher, dass die Öffnung der Grenze im Jahr 1972, der ungehinderte Grenzverkehr zwischen Menschen von hüten und drüben, insbesondere derjenigen, die gleichsam nebeneinander wohnten, und das Gefühl einer gewissen Freiheit – weit reichende Auswirkungen in verschiedenen Bereichen hatten. Dieses war ein ambivalentes, aber in vielerlei Hinsicht sehr positives Erlebnis. Vielleicht waren die Reisen aus der DDR nach Polen touristisch nicht besonders interessant, aber die Tatsache, dass diejenigen, die dort ihre Heimat verloren hatten, nun in einer ganz anderen Atmosphäre als früher nach Polen kommen konnten – das hatte seine Bedeutung. Die Öffnung der Grenze, wenn auch nur in einer Richtung (die DDR-Bürger hofften, dass nach dem Grundlagenvertrag mit der BRD sich auch die innerdeutsche Grenze ein wenig öffnet) war eine Chance. Und sicherlich bestätigen das die Bewohner des östlichen Deutschlands. Diese Entscheidung von Gierek und Honecker hat viele überrascht. Sehr viele Menschen zogen daraus Nutzen. Laut Statistik besuchten 6 Millionen Polen die DDR und auch die DDR-Bewohner kamen in großer Zahl nach Polen.

Tomasz Ślepowronski:

Die gesamte Überführung der Bevölkerung in diesem Teil Pommerns, das wir heute Vorpommern nennen und die völlige Schließung der Grenze bedeuteten, dass nach 1945 - meiner Meinung nach - das Grenzgebiet im Sinne der geistigen Wahrnehmung des Gebietes als gemischtes Territorium – nicht da war. Die Bewohner, insbesondere der polnischen Seite der Grenze, betrachteten die Grenze, das Gebiet westlich von Szczecin, als geschlossen. Als eine Stelle, wo polnische Spatzen wenden und nicht mehr weiter fliegen, weil es da nichts mehr gibt. Man dachte auch so daran im Zusammenhang mit der Entwicklung des Ballungsgebiets von Szczecin. Das war ein verwahrloster Bereich. Was besonders heute zu sehen ist, wenn in den Gebieten westlich von Szczecin sehr intensiv Wohnanlagen gebaut werden. Ich denke, dass die Polen wirklich gefühlt haben, dass sie an der Grenze leben, als die Grenze geöffnet wurde, als die schrecklichen Kontrollen aus den DDR-Zeiten endeten, als Visa verschwanden, und besonders dann, wenn nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union und Schengenzone der Grenzübergang etwas sehr Angenehmes, Natürliches wurde. Oft frage ich den Deutschen, die auf der anderen Seite der Grenze wohnen, ob sie auch die Grenze nicht sehen. Es ist schwierig, eine klare Antwort von ihnen zu bekommen, aber ich denke, das wir diejenigen sind, die so ein Grenzgebiet bauen wollen. Jedoch empfinde ich so einen großen Wunsch auf der anderen Seite nicht.

Andrzej Kotula:

In diesem Jahr feiern wir nicht nur den Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrags, sondern auch den Jahrestag der Entstehung von "Solidarnosc". Das ist ein wichtiges Jubiläum, denn es belangte auch unsere deutschen Nachbarn an. Ich erlebte es auch selbst: ich war einmal in meinem Leben deportiert, und es war aus der DDR. Weil ich da war, als die Streiks in Polen ausbrachen, und plötzlich stellte sich heraus, dass die Grenze geschlossen werden sollte. Herr Professor, Sie haben das aus Ostberlin beobachtet: Hat die Zeit von "Solidarnosc", deren erstes Ergebnis die Schließung der Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen war, die Polen und Ostdeutschen nahe gebracht? Hat sie die gegenseitigen Beziehungen beeinflusst? Seit der Schließung der Grenze gab es eine Welle von solidaritätsfeindlicher Propaganda, aber in der Tat auch von antipolnischer. Es gab doch solche Aussagen wie: faule Polen wollen nicht arbeiten, deshalb muss das ganze sozialistische Lager sie unterhalten. Wie waren die Reaktionen der Bewohner der DDR, wie war die Wirksamkeit dieser Propaganda? Ist es zum Rückschritt in den gegenseitigen Beziehungen gekommen? Der Beginn von "Solidarnosc" in Polen bedeutete gleichzeitig, mit der Schließung der Grenze, das Ende des achtjährigen Prozesses der Annäherung von Polen und Ostdeutschen.

Heinrich Olschowsky:

Ja, auf jeden Fall war es so. Das ist ein sehr wichtiges Datum. Im November 1980 wurde die Grenze geschlossen. Einen Tag später war ich in Frankfurt an der Oder und als ich vom Bahnhof mit dem Taxi fuhr, sagte der Taxifahrer: "Na, endlich. Nun kann meine Frau um fünfzehn Uhr einkaufen gehen und sie bekommt noch was." Denn früher war um diese Zeit in der Regel schon alles ausverkauft. Natürlich von den Polen. Das war vox populi. Und ich glaube, es gab viele DDR-Bürger, die so dachten. Die ostdeutsche Gesellschaft war schon irritiert und das war ein guter Boden, um darauf alte, böartige, antipolnische Stereotype neu zu züchten. Aber ein paar Tage später kam die Ernüchterung. Denn mit der Schließung der Grenze nach Polen und dem Ende der Bewegungsfreiheit, die man seit acht Jahren gern nutzte, wurde klar, dass man jetzt weder nach Westen noch nach Osten fahren konnte. Man saß in der Falle, und dies war das absonderliche Schicksal der Deutschen in der DDR. Und ich meine, dies war dann auch ein Anlass zum Erwachen: ein 12-jähriger Junge konnte mit dem Schüleraustausch nach Polen reisen, aber derselbe im Alter von 20 Jahren durfte das nicht mehr. Warum? Und wenn er dort Freundschaften geknüpft hatte, nach der Schließung der Grenze konnte er sie nicht mehr pflegen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass ich als Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften zwar kein Problem hatte, eine Dienstreise ins östliche Nachbarland zu machen. Aber wenn ich es als Privatperson tun wollte, musste ich mich auf den Kopf stellen und bei verschiedenen Institutionen vorstellig werden, bevor ich endlich die Erlaubnis bekam, mit meiner Frau Polen im Jahr 1986 privat zu besuchen. Die Jüngeren und auf solche Spielchen nicht vorbereiteten waren wütend. Sie verstanden nicht, warum sie bisher vom Staat oder der FDJ zum Jugendaustausch nach Polen geschickt wurden, und nun verbietet ihnen derselbe Staat die Kontakte und Freundschaften fortzusetzen, die sie vor Jahren geknüpft hatten.

Prof. Ulrich Drechsel:

In der Zeit von "Solidarnosc" arbeitete ich als polnischer Lehrer an der Universität in Greifswald. Dann beobachtete ich einen plötzlichen Anstieg des Interesses von meinen Kollegen daran, was

in Polen geschieht. Vielleicht war es die Folge davon, dass wir zu diesem Zeitpunkt in süßer Ahnungslosigkeit lebten, weil wir das westliche Fernsehen nicht anschauen konnten. Die Tageszeitung "Trybuna Ludu" kam zu uns mit dreitägiger Verspätung, und mindestens dort konnte ich einige Informationen über Polen finden. Aber ich war auch eingeladen, Vorträge über Polen zu geben, und ich wusste nicht, wie ich mich vor dem drücken konnte. So wie Prof. Olschowsky konnte ich dienstlich nach Polen fahren, und als ich zurückkehrte, Heidenangst habend, schmuggelte ich in die DDR ein Poster von "Solidarnosc". Das war damals ein großes Risiko. Für mich waren die Ereignisse in Polen sehr bewegend. Während einer der offiziellen Besuchen in Poznan im Jahr 1981 habe ich zum ersten Mal von Katyn gehört, davon habe ich früher nichts gewußt. Aber ich besuchte die Ausstellung von Katyn nicht, der Mut verließ mich. Ich beschloss, dass es für mich, für den einzigen Vertreter der DDR, zu riskant war. Um an die Universität Warschau zu kommen, die dann streikte, verbarg ich meine Identität und den Reisepass des DDR-Bürgers, weil ich fühlte, dass solcher nicht eingelassen werde. Ich tat das, weil ich früher ein Plakat mit der Aufschrift sah, dass die größten Feinde unter anderem in Moskau, Prag und Ostberlin leben. Als Bürger der DDR fühlte ich mich zum Teil als Held und Empfänger des Plakates.

Krzysztof Ruchniewicz:

Natürlich waren persönliche Kontakte an der polnisch-ostdeutschen Grenze vorhanden. Die Zeitungen haben darüber berichtet. In den Archiven wurden die Berichte erhalten. Während der Lektüre dieser Berichte ist mir doch ins Auge gefallen, dass Diskussionen über die deutsch-polnischen Probleme völlig vermieden wurden. Nämlich über die Vergangenheit, sowohl über die alte als auch die neue aus der Sicht der Zeitgenossen, und zwar über den zweiten Weltkrieg, Aussiedlung und Vertreibung der Deutschen. Die Kontakte waren in der Tat Treffen, während derer - mehr oder weniger - ein oder anderes Lied gesungen, ein oder anderes Bier getrunken wurde. Ich wäre vorsichtig, über die Qualität und Bedeutung dieser Kontakte zu sprechen. Daher - ich stimme zu - ist es wichtig zu betrachten, wie es von der lokalen Perspektive aussah. Natürlich kam die Zusammenarbeit auf der Ebene der Berufsgruppen vor. Aber bitte beachten Sie, dass es bis 1956 nur zwei Grenzübergänge zwischen Polen und der DDR gab. Wenn man zum Beispiel die Vorschriften aus den frühen 50er Jahren für die ostdeutschen Eisenbahner liest, wie man sich beim Überschreiten der Grenze verhalten soll, zum Beispiel, dass alle Fenster geschlossen werden müssen, ein besonderer Schutz sein muss etc., konnte man schnell zum Schluss kommen, dass eben die politische Makrovorstellung durch die beiden Gesellschaften empfangen wurde und ihre Kontakte bedingte. Noch im Jahr 1990, als ich mit dem Zug die Grenze zwischen der DDR und der BRD überschritt, sahen die Verfahren, Vorsichtsmaßnahmen und Kontrollen gleich aus. Wenn die lokalen Erfahrungen unterschiedlich waren, desto wichtiger ist es, die Mikrogeschichte zu erforschen, in der ihr - unter anderem als Bewohner der Grenzregion - Spezialisten seid.

Ich stimme zu, diese Regionen waren künstlich geteilt und es dauerte oft Jahrzehnte, bis sie anfangen, sich wieder miteinander zu kommunizieren und irgendwie zu funktionieren. Manche Dinge sind unumkehrbar und wir sind nicht in der Lage, diesen Zustand wiederherzustellen, in dem sie sich Jahrzehnte vorher befanden. Aber die Nachkriegssituation unterscheidet sich von dem heutigen Zustand dadurch, dass der politische Wille da ist, dass Polen und Deutsche zusammenarbeiten wollen. Und darin auch sehe ich ein Wunder.

Debatte II

Gestaltung der deutsch-polnischen grenzüberschreitenden Beziehungen seit dem Durchbruch im Jahre 1989 bis zum Beitritt Polens zur Europäischen Union in 2004

Löcknitz, den 12. Oktober 2010

Teilnehmer:

Bernd Aischmann

deutscher Journalist und Publizist, ehemaliger langjähriger stellvertretender
Regierungssprecher von Brandenburg

Marcel Bulla

Vertreter der Staatskanzlei von Mecklenburg-Vorpommern

Adam Krzeminski

Journalist und Publizist des Wochenblatts "Polityka" ("Die Politik")

Marek Tałasiewicz

ehemaliger langjähriger Woiwode von Szczecin und Mitvorsitzende des Ausschusses für
Grenzzusammenarbeit Polens und Deutschlands in der deutsch-polnischen
Zwischenregierungskommission für Regional- und Grenzzusammenarbeit

Moderator:

Andrzej Kotula (das Stadtamt von Szczecin)

Peter Heise, Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft der Euroregion Pomerania:

Herzlich willkommen in Löcknitz, in dem deutschen Büro der Euroregion Pomerania. Mein Kollege, Herr Paweł Bartnik, vertritt das polnische Büro der Euroregion Pomerania. Ich bin froh, so viele namhafte Polen und Deutsche zu sehen, die mir von der Zeit der Gründung der Euroregion bekannt sind.

In diesem Büro, in diesem Gebäude in Löcknitz arbeiten heute Polen und Deutsche. In den neunziger Jahren – in den Jahren der Schaffung der Euroregion und der Gestaltung unserer Zusammenarbeit stellten wir uns gar nicht vor, dass in Löcknitz Polen arbeiten werden. Die heutige Zusammenarbeit war eine Vision, die uns damals, in den Jahren 1991-1992, noch nicht ganz wirklich erschien.

Ich möchte, dass unsere Debatte über die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen von 1989 bis zum Beitritt Polens zur EU im Jahr 2004 (es war wohl die interessanteste Zeit in unserer Geschichte) für uns alle sehr interessant ist und uns auch eine Perspektive für die Zukunft gibt. Den Organisatoren wünsche ich, dass dieses Thema auf den folgenden Sitzungen fortgesetzt wird. Die Tatsache, dass wir heute eine Partnerschaft mit der Stadt Szczecin, mit der Woiwodschaft haben, zeugt davon, dass wir uns damals in den 90er Jahren gut vorbereitet haben und in der Euroregion unsere Hausaufgaben gemacht haben.

Patryk Ceran, Leiter der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit im Büro des Präsidenten von Szczecin:

Ich möchte im Namen der polnischen Organisatoren alle begrüßen. Die Idee unserer Diskussionen ist die Integration von Milieus, die sich normalerweise mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befassen und an diesem Thema interessiert sind. Es ist unser Ziel: neue Potenziale, Projekte, Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit zu verbinden. Wir sind dem Herrn Heise sehr dankbar, dass er uns ermöglicht hat, die Debatte hier, in Löcknitz durchzuführen.

Dennis Gutgesell, stellvertretender Landrat des Landkreises Uecker-Randow:

Ich denke, unsere Zukunft ist eine gemeinsame Zukunft. Wir haben in den letzten Jahren geschafft, vieles zu realisieren. Aber da ist noch viel vor uns. Nächstes Jahr werden wir volle Freizügigkeit der Arbeitnehmer haben und wir werden mehr und mehr eine gemeinsame Region. Ich war in Szczecin während der vorigen Debatte, und dann erfuhr ich viele interessante Sachen. Deshalb freue ich mich, dass ich jetzt an der folgenden Debatte teilnehmen kann.

Andrzej Kotula:

Ich möchte die Absichten unserer Sitzung vorstellen. Wir sprechen heute von den letzten zwanzigjährigen Erfahrungen in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, in den deutsch-polnischen Beziehungen, vor allem an der Grenze, aber in dem breiten politischen Kontext.

Meiner Meinung nach, ist es unmöglich, die Realien der Grenzregion ohne den sogenannten hochpolitischen Kontext zu verstehen. Gewisse Regierungsinitiativen sind auch nicht zu verstehen, ohne dass man die inspirierende Rolle der Grenzregion analysiert, oder die Rolle der

Grenzregion als ein bestimmtes Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen. Ich will nicht, dass das Ergebnis unserer Gespräche als Passwort für Enzyklopädie der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen sein wird. Ich möchte, dass das Ergebnis unserer Überlegungen eher eine Reflexion darüber sei, welches Potential es uns in den letzten zwanzig Jahren zu schaffen gelang, aber gleichzeitig eine Reflexion über Sünden – entweder der Unterlassung etwas zu unterlassen oder Mangels an Fortsetzung sowie keine Vision zu haben, über Sünden, die wir dabei haben, die wir begangen haben, eine Reflexion darüber, welche Schlussfolgerungen aus diesen Sünden für uns für die nächsten 20 Jahre gezogen werden können.

Ich werde nicht unsere Gäste, die Teilnehmer an der Debatte, unsere Kollegen vorstellen, denn wenn Sie hier sind, wissen Sie genau, wer hier sitzt und warum. Die heutige Debatte unterscheidet sich von der vorigen dadurch, dass wir heute die Schauspieler damaliger Ereignissen eingeladen haben, und für mich sind die 90er Jahre besonders wichtig. Ich denke, dass die neunziger Jahre ein gewisses Modell der Zusammenarbeit hier an der Grenze schufen, dann entstanden auch bestimmte Institutionen. So gehen wir heute zurück in der Zeit, um nachzudenken und die Wirksamkeit dieser Institutionen zu bewerten.

Aber vielleicht werde ich mit der ersten Frage beginnen. Ich gestehe, dass ich ein Problem hatte, welches Datum als Beginn damaliger Ereignisse, ein Durchbruchdatum, das wesentlich die Beziehungen an der Grenze bewirkte. Es fiel mir ein, dass man als Startdatum die Berufung durch den Sejm die Regierung von Tadeusz Mazowiecki annehmen kann, weil der Regierungswechsel in Polen eine völlige Neuorientierung der polnischen Politik gegenüber Deutschland bedeutete. Es lohnt sich daher aus diesem Blickwinkel zu schauen, was vor diesem Zeitpunkt war und was nachher zu geschehen begann.

Ich erinnere daran, dass am 24. August 1989 durch den Sejm die Regierung von Tadeusz Mazowiecki berufen wurde - die erste nichtkommunistische Regierung in Mittel-Ost-Europa, die am 12. September 1989 vereidigt wurde. Weil wir unsere Realien, unsere Grenzregion ohne den allgemeinen politischen Kontext nicht verstehen können, stelle ich die erste Frage an Adam Krzeminski: Bitte schauen Sie synchron auf die Geschichte: Was ist an diesem Tag, am 24. August 1989 nicht nur in Polen, sondern auch in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland passiert? Wie waren die Beziehungen Warschau-Bonn und Warschau-Ost-Berlin an diesem Tag? Was war der Ausgangspunkt, wenn man das von mir angegebene Datum akzeptiert?

Adam Krzeminski:

Der 24. August 1989, das ist nur ein Datum, ich schlage vor, noch allgemeiner das zu betrachten. Der deutsche Historiker Heinrich August Winkler stellt in dem genialen Buch "Der lange Weg nach Westen. Die Geschichte von Deutschland 1806-1990" eine These auf, dass im Jahr 1989 zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands die deutsche Frage (d.h. die Vereinigung von Deutschland) und die polnische Frage (d.h. das Erringen der Souveränität) miteinander zusammenfielen. Das ist ein Phänomen, das in dem 19. Jahrhundert nicht vorkam, denn da war es *entweder..oder* – das heißt, Deutschland siegt und dann verliert Polen oder Polen gewinnt und dann sind Preußen von den Siegermächten abhängig. So war es auch nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem Zweiten Weltkrieg. Jetzt behauptet Winkler, dass seit den 60er Jahren, das heißt, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die politischen Eliten - die politische Klasse von Westdeutschland und die polnischen Eliten, sowohl die Solidaritätskreise in den 80er Jahren, als

auch die Reformer in der regierenden Partei feststellten, dass man nationale Ziele ohne deutsch-polnische Fragen und somit auch ohne Anerkennung der Oder-Neiße-Linie einerseits, und - ohne Akzeptanz der Wiedervereinigung Deutschlands andererseits, nicht erreichen kann. Im August 1989, als Tadeusz Mazowiecki zu Ministerpräsidenten ernannt wurde, begannen die Deutschen aus der DDR über Ungarn und die Botschaften von Westdeutschland zu fliehen und die polnische Frage unter den Deutschen tritt in den Hintergrund. In dem Bewusstsein der Deutschen aus der DDR war Polen bereits frei, man entkam durch die Botschaft in Warschau, aber dann waren die Ostdeutschen mit ihren eigenen Problemen beschäftigt und nicht mit der Solidarität mit Polen. Dennoch dürfen wir nicht vergessen, dass weder Polen, noch ein polnischer Politiker jemals gegen den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands stand, als die Berliner Mauer bereits gefallen war. Solche Versuche wurden in Paris, in London unternommen, aber nicht in Warschau. Das ist ein Beweis für diese Interessengemeinschaft - das ist die Bezeichnung von Professor Skubiszewski, Minister in der Regierung von Tadeusz Mazowiecki. Diesem Ausdruck schloß sich Hans-Dietrich Genscher im September an. Zum ersten Mal in der Geschichte von Deutschland, Polen und Europa fanden diese beiden Nationen, die im 19. Jahrhundert durch die Teilungen Polens, im 20. Jahrhundert - durch zwei Kriege und Entstehung des polnischen Staates auf Kosten des Territoriums von Preußen geteilt waren, einen gemeinsamen Weg.

Jetzt gehe ich zur Grenzregion über. Wenn die Europäische Union zwei Gründungsmomente hat - der eine ist die deutsch-französische Versöhnung in Westeuropa, ist die Annäherung und Interessengemeinschaft von Polen und Deutschland der zweite Gründungsakt der Europäischen Union. So wie im Westen die Grundlage nicht nur ein Händedruck von Adenauer und de Gaulle ist, sondern auch die Kohle- und Stahlgemeinschaft, so im Osten ist die Zusammenarbeit, die enge Zusammenarbeit trotz Verletzungen, Abneigungen, Komplexe, die in beiden Gesellschaften bestanden, die Grundlage der Nachbarschaft von Polen und Deutschen. Deshalb, als sich im Jahr 1991 die Idee der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entwickelte, griffen wir sie in der Politik sofort auf. Damals ging es gerade darum: es tauchte die Idee der Zusammenarbeit entlang dieser künstlichen Grenze auf, die im Juni 1945 auf der Landkarte Europas nach Lust und Laune von einigen Politikern markiert wurde, das heißt, von Stalin, Churchill und in der Gegenwart der polnischen Vertreter der damaligen Regierung von Lublin. Diese markierte Linie war ein Problem für die Deutschen - sie wurde, ich erinnere daran, dreimal anerkannt, d.h. im Jahr 1950 durch die DDR, im Jahre 1970 von Willy Brandt, im Jahre 1990 von Hans-Dietrich Genscher ... Das war also ein Problem, mit dem die beiden Gesellschaften zurechtkommen mussten. Europas Zusammenkleben an dieser Grenze war wie ein Zuschütten des Grabens von St. Andrzej, der immer noch nach dem Krieg seit 1945 ein europäisches Problem war. Die Berliner Mauer und die Grenze an der Oder und Neiße sind zwei Seiten derselben Medaille: es gibt keine Zerstörung der Berliner Mauer, ohne die Grenze anzuerkennen, und es gibt keine Einigung Europas ohne Zusammenarbeit an der Grenze. Ein Test der Politik zwischen Bonn und Warschau und später zwischen Berlin und Warschau, ist eben das, was an der Grenze passiert. Nach 20 Jahren der Zusammenarbeit ist die Bilanz positiv - das ist nicht mehr der Graben von St. Andrzej.

Andrzej Kotula:

Ohne diese wichtigen Aspekte ist es unmöglich, das Thema, das wir heute besprechen, zu verstehen. Ich habe an die übrigen Herren eine Frage nach der regionalen Perspektive dieser Ereignisse. Sie sind Mitschöpfer der Grenze - die natürlich nicht topographisch, sondern politisch verstanden wird. Sie waren damals Beamte der staatlichen Verwaltung. Es gab eine

Zeit, in der polnische Bürger Pässe bereits ohne Probleme bekamen und es begann unter anderem ein riesiger Geschäftsverkehr, vor allem nach West-Berlin, es begannen sogenannte Schmuggelzüge zu fahren, es entstand ein Polenmarkt in West-Berlin und es kam zu einem "Polenansturm", so wurde es in den Medien in Berlin bezeichnet.

Wie hat sich Ihr Abenteuer mit der Grenzregion angefangen, und wie ist Ihre Rolle dabei?
Erinnern Sie sich an Ihre ersten, mit der deutsch-polnischen Grenze verbundenen Tätigkeiten?

Marek Tałasiewicz:

Unsere Denkweise befand sich in diesem größeren System, weil es etwas erlaubte oder etwas nicht begünstigte. Ich werde versuchen, diese Paris-Berlin-Warschau-Bonn- Verallgemeinerung auf der Ebene von Szczecin und polnischem Westpommern zu konkretisieren. Nun, für mich war ein solcher Moment, vielleicht nicht so sehr ein Durchbruchmoment, aber eher ein symbolischer, Anfang 1991. Warum ? Denn noch im Jahr 1990, als ich Woiwode war, war mein Partner der Generalkonsul der DDR in Szczecin. Das war der Konsul noch der DDR, nicht des vereinten Deutschlands. Erst kurz nach dem Neujahr kam ein Mann, der schon der Generalkonsul der vereinigten Bundesrepublik Deutschland war. Das war für mich ein handfestes Symbol auf dem Niveau von Szczecin, für mich war das Ende der DDR erst im Dezember 1990.

Ich erinnere mich zum Beispiel auch daran, was Mitte 1990 (diese Themen erschienen häufiger in den lokalen Zeitungen) Hartmut Koschyk sagte, dass die zukünftige Grenze des vereinten Deutschlands nicht unbedingt an der östlichen Grenze des Dritten Reiches markiert werden muss, sondern irgendwo in der Mitte zwischen der deutschen Vorkriegsgrenze und der heutigen Grenze. So wäre es gerecht. Helmut Kohl sagte dann auch, dass sich das vereinte Deutschland noch zum Thema der Grenze äußern müssen. Das war damals nicht so selbstverständlich. Erst der Grenzvertrag entschied darüber, wie die Grenze aussehen wird. In Szczecin traf ich mich mit General Viktor Dubynin, Kommandant der Nordgruppe der Streitkräfte der Sowjetarmee und hier, nicht weit von Szczecin und Löcknitz, standen sowjetische Genossen, in Uniform und bewaffnet. Das waren nicht die Soldaten von dem vereinten Deutschland, sondern Zehntausende von sowjetischen Soldaten.

Als im März der erste Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern in Szczecin angekommen war - Herr Dr. Alfred Gomolka, sprachen wir darüber, wo es die Hauptstadt des Bundeslandes gibt. Denn sie könnte entweder in Schwerin, noch in Neubrandenburg, sowie auch in Rostock sein. Es war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt, wie es sein wird, mit wem wir wirklich umgehen werden müssen. Herr Ministerpräsident Gomolka wollte dann auch, dass an unseren Gesprächen Woiwoden von Koszalin, Pila teilnahmen, weil Mecklenburg-Vorpommern aus den Bezirken entstand, die früher mit Szczecin, Koszalin und Pila mitgearbeitet hatten.

Es scheint mir heute, dass damals viele Prozesse ganz intuitiv verliefen, je nach guten Absichten, gutem Willen und der Vorbereitung der lokalen Entscheidungsträger. Die Behörden in Warschau (ich vermute, dass auch die deutsche Regierung) befassten sich mit der Politik eines großen Kalibers. In Polen änderte sich die Staatsform, die Regierung war mit dem Bauen der neuen Republik beschäftigt. Tadeusz Mazowiecki hatte einmal in Szczecin gesagt, und dann wiederholte er es oft, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von grundlegender

Bedeutung ist, weil die deutsch-polnischen Beziehungen in der Tat so sein werden wie die Grenzbeziehungen in der Praxis aussehen werden. Ich behandelte es sehr ernst! Es scheint mir, dass wir unseren Pflichten, gute Beziehungen zu schaffen, besser oder schlechter, aber doch im allgemeinen mit positivem Ergebnis nachkamen. Ich möchte dieses wegweisende Thema mit dem Satz enden: etwas fang im Frühjahr 1991 an, zu formalisieren, zu werden - in einem guten Sinn dieser Worte - weil im März Premierminister Gomolka war, und im April kam nach Szczecin Herr Karol Swarc, der dann stellvertretender Minister in dem Zentralen Planungsbüro war und sagte, dass der Ausschuss für die deutsch-polnische Zusammenarbeit gebildet werde und dass man den größten Wert in dieser Kommission auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit lege. Daher entsteht im Ausschuss das Komitee für Polnisch-Deutsche Zusammenarbeit an der Grenze, und die Regierung möchte, dass in dieser Zusammenarbeit Szczecin eine dominierende Rolle auf der polnischen Seite spiele, und dass ich einwillige, Veranstalter und Vorsitzende dieses Komitees werde. Es gab dann keine Begrenzungen. Wir sollten selbst, unseren Standpunkt auf allgemeine strategische Aspekte der Probleme an der Grenze bestimmen, unter Berücksichtigung der Interessen von Polen und dem vereinten Deutschland. Dabei halfen die Kontakte auf der Regierungsebene. So war der Ausgangspunkt.

Marcel Bulla:

Vielen Dank für die Einladung und dafür, dass wir in diesem Kreis diskutieren können, was wir in den vergangenen zwei Jahrzehnten gemacht haben. Gut, dass die Organisatoren uns ermöglicht haben, sich mit diesem Thema zu befassen, weil das Thema und seine Bedeutung in den deutsch-polnischen Beziehungen zu selten in der Publizistik angesprochen wurde und der breiten Öffentlichkeit gezeigt war. Marek Tałasiewicz, als der erste Woiwode von Pommern, schon unter neuen Umständen, uns seit unserer ersten Begegnung vor 20 Jahren tatsächlich partnerschaftliche Unterstützung und Kontakte bot. Was machte ich im Jahr 1991 ? Zu dieser Zeit begann ich in der Staatskanzlei des Landes Mecklenburg- Vorpommern zu arbeiten und die erste Aufgabe, die ich in meinem neuen Job erhielt, war den Besuch von Professor Alfred Gomolka in Polen vorzubereiten. Die Arbeit begann ich im März 1991 und die Vorbereitungen des Besuchs sollten drei Tage dauern. Damals waren wir gewohnt, in so einem schnellen Tempo zu arbeiten. Das Ziel der ersten Reise war Szczecin, wo wir am 15. März 1991 kamen. Es war eine große, zahlreiche Delegation, die aus vielen Personen bestand. Natürlich stellte sich jeder von uns die Frage, wie wir in Szczecin die erste Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern empfangen werden, die nach Änderungen 1989 nach Polen kommt ? Wir hatten ein umfangreiches Programm des Besuches, wir waren in Koszalin und Pila, aber das wichtigste Treffen fand in Szczecin in dem Woiwodschaftsamt statt, mit dem damaligen Woiwoden Herrn Marek Tałasiewicz.

Ich möchte betonen, was meine Vorredner gesagt haben: wir müssen die bahnbrechende Arbeit an der Grenze in dem Kontext der zeitgenössischen deutsch-polnischen Beziehungen in dem breiten Kontext der Politik sehen. Wir hatten dann positive äußere Bedingungen, die die Eröffnung eines neuen Kapitels in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen begünstigten. An der Grenze beteiligten und gestalteten wir aktiv diese Prozesse und in Szczecin fanden wir Partner, die uns mit offenen Armen empfingen, die ähnliche Ideen hatten und so wie wir dachten: dass wir in der Zukunft die deutsch-polnische Zusammenarbeit selbst in die Hand nehmen und ihre neue Grundlage bauen müssen. Der Besuch im März 1991 bedeutet für mich den Beginn der Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der heutigen

Woiwodschaft von Westpommern. Dann unterzeichneten wir eine wichtige Vereinbarung, die erste gemeinsame Erklärung, die die Grundlage für die Zusammenarbeit in den nächsten zehn Jahren zwischen unserem Bundesland und der damaligen Woiwodschaft von Szczecin, Koszalin und Pila wurde. Bis zur Verwaltungsreform in Polen im Jahr 2000, als die Zusammenarbeit durch die Woiwodschaft von Westpommern übernommen wurde. Seither wurde die Zusammenarbeit an der Grenze sehr intensiv und mit dem Geist des gegenseitigen Verständnisses durchtränkt, obwohl wir viele praktische Probleme lösen sollten, die in den spezifischen politischen Rahmen, in denen wir waren, nicht immer gelöst werden konnten. Aber schon damals fühlten wir unseren direkten, sehr positiven und wirklichen Einfluß auf die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Bernd Aischmann:

Für mich war der 17. Juli 1990 besonders wichtig, als sich in Paris die sogenannte Ottawa-Gruppe sammelte, die Gruppe, derer Mitglieder vier Außenminister der Großmächte und der alten BRD und der DDR, sowie der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski waren. Ich war damals Journalist. Wir waren ein wenig von der Reise, von dem Flug müde. Wir gingen in das Café und da wurde über Gerüchte gesprochen, dass Minister Skubiszewski nicht ganz hundertprozentig dem Weg der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zustimmt. Es handelte sich darum, dass vor der Wiedervereinigung eine deutsch-polnische Vereinbarung unterzeichnet werden sollte, die unter anderem (das war am wichtigsten) die deutsch-polnische Grenze, die polnische Westgrenze sichern würde. Natürlich war es für mich völlig verständlich, dass Polen wissen wollten, wie diese "deutsche Konstruktion" aussehen sollte: die Vereinigung von Deutschland mit Rücksichtnahme auf die deutsch-polnische Grenze; wohin geht das alles, was wird mit der polnischen Grenze passieren ? Umso mehr, dass es in der alten BRD viele Kräfte gab, bis an die Spitze der Regierung, die nicht hundertprozentig mit der Form der Grenze einverstanden waren.

Nach dem berühmten Mittagessen, an dem sowohl Minister Skubiszewski als auch Minister Hans-Dietrich Genscher teilnahmen, fand am späten Nachmittag in dem Konferenzzentrum eine große internationale Pressekonferenz mit ungefähr 200 Journalisten statt, und Professor Skubiszewski sagte, dass eine Übereinstimmung erreicht wurde, dass vor der Wiedervereinigung kein deutsch-polnischer Vertrag abgeschlossen wird. Meiner Meinung nach war das von der Seite Polens, von der polnischen Außenpolitik, eine riesige Geste des Vertrauens, die u.a. die Vereinigung von Deutschland ermöglichte.

Der deutsch-polnische Vertrag vom November 1990 stützte sich auf der Bestimmungen der Potsdamer Konferenz und auf dem Abkommen, das im Jahr 1950 in Zgorzelec Polen mit der Regierung der DDR abgeschlossen hatte, sowie auf der Vereinbarung in 1970 zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Schwerin spielte in dieser Geschichte ebenfalls eine wichtige Rolle, weil am 21. September 1945 die damalige Sowjetische Militärverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern eine sogenannte Landzunge von Szczecin bildete und sie der polnischen Verwaltung übergab. Der damalige Kreis Randow verlor fast die Hälfte seines Territoriums. Auch ein Teil der Insel Uznam entfiel auf die polnische Verwaltung. Warum sage ich das ? Ich sage das, weil es in dem Potsdamer Abkommen nicht ausdrücklich festgestellt wurde, dass Szczecin zu Polen gehören wird. Das war da nicht formuliert. Das Potsdamer Abkommen wurde von allen weiteren Vereinbarungen übernommen.

Im Abkommen vom November 1990 berief man sich wieder auf alle früheren Vereinbarungen, einschließlich der vom Mai 1989 zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR über die Abgrenzung der Seegebiete in der Pommerschen Bucht, was für diese Region eine sehr wichtige Rolle spielt. Aber da wurde nicht alles, was die deutsch-polnische Grenze betrifft, eindeutig gesagt. Die Geschichte löste eine neue Debatte aus: Was wird mit Szczecin passieren? Fällt Szczecin vielleicht doch an Deutschland zurück ? Diskussionen brachen hauptsächlich in den Kreisen der Landsleute in der Bundesrepublik aus. Daraus, natürlich - wie man auf polnisch sagen würde: Gott sei dank - wurde es nichts. Wir konnten darüber zur Tagesordnung übergehen. Auch dank - nicht zuletzt wichtig - dem Vertrauen, das uns die polnische Seite zeigte, und das die Einheit von Deutschland ermöglichte. Ich persönlich wurde im Dezember/Januar 1990/91 von dem damaligen Vorsitzenden der Fraktion des Bürgerverbands im Landtag von Brandenburg gefragt, ob ich Lust hätte, dieser Partei in der Regierung von Brandenburg beizutreten, als stellvertretender Sprecher der Bundesregierung, mit dem Umfang der Pflichten: deutsch-polnische Medienkontakte. Ich stimmte zu, weil es für einen Journalisten immer eine interessante Erfahrung ist, wenn er auf die andere Seite der Barrikade gehen kann. Ich hatte da ähnliche Erlebnisse wie Marcel Bulla. Meine Erstauftritt in der Bundesregierung von Brandenburg war die sogenannte "Affäre mit dem Plan von Stolpe", über die wir wahrscheinlich noch sprechen werden. Das ist ein spannendes Thema, das für mich damals sehr wichtig war.

Andrzej Kotula:

Marek Tałasiewicz sagte einen sehr wichtigen Satz: damals wurde intuitiv gehandelt und von Intuition und Erkennung eigener Interessen, Prioritäten, Methoden des Handelns, Techniken der Dialogführung geleitet. Es wurde dann das Instrumentarium des Handelns und der Zusammenarbeit gebildet, das in dem deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vorgesehen war. Ich interessiere mich für die Hintergründe des Bauens des Instrumentariums. Ich erinnere, dass eines der wichtigsten Elemente des Instrumentariums die deutsch-polnische Zwischenregierungscommission für Regional- und Grenzzusammenarbeit war und - meiner Meinung nach - der wichtigste seines Ausschusses - der Ausschuss für die Grenzzusammenarbeit Polens und Deutschlands - so in gewissem Sinne ein Think-Tank, der Projekte der Tätigkeiten bearbeitete und Probleme, Bedürfnisse erkannte und das immer noch unter enormem Druck von Zeit, Ereignissen, enormen Problemen und Zivilisationsversäumnissen an der Grenze, riesigen Staus an den Grenzübergängen. Zur gleichen Zeit wurde das Deutsch-Polnische Jugendwerk geschaffen, es entstand die Stiftung der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit, die ersten Auswirkungen des Ausschusses für die Grenzzusammenarbeit waren die Verträge über die Grenzübergänge, über kleinen Grenzverkehr und anderes ... Das war das erste Instrumentarium.

Ich habe eine Frage zu dieser Tätigkeiten: Was war Ihre Erkennung von Prioritäten? Welche Institutionen, rechtliche Regelungen waren, nach Ihnen dann, am dringendsten benötigt ? Hatten die beiden Regierungen in Warschau und Bonn eine Vorstellung der Grenze oder warteten sie auf die Impulse, die von der Grenze selbst kamen?

Adam Krzeminski:

Ich möchte auf ein großartiges und historisches Phänomen hinweisen. In Polen im Jahr 1989, während des Falles der Berliner Mauer, im November 1989 und später - Dezember, Januar 1990

- gab es keinen einzigen Moment, in dem die Mehrheit der polnischen Gesellschaft für die Beibehaltung der Mauer wäre. Die Forschungen zeigten eher ein Gefühl der Unsicherheit als Bedrohung. Die polnische Öffentlichkeit vertraute dann den neuen Eliten an, die sagten, dass es im gemeinsamen Interesse die Vereinigung von Deutschland und die Freiheit für Polen liegen. Du sprachst vom 24. August 1989; etwa zur gleichen Zeit sagten zwei Mitglieder von "Solidarność" - Bronislaw Geremek und Adam Michnik: die Deutschen haben ein Recht auf die Vereinigung. Dann - ich erinnere mich - brach eine ziemlich heftige, aber kurze Diskussion in der Presse aus (u.a. Leszek Miller kritisierte in der Tageszeitung "Trybuna Ludu" Adam Michnik, dass er das Wesentliche der polnischen Politik wiedergibt). Aber in der politischen Klasse gab es im Argumentieren keinen starken Widerstand. Das ist ein sehr wichtiges Element, das oft übersehen wird, wenn man über die Wiedervereinigung von Deutschland spricht - ein Gefühl, dass die Vereinigung von Deutschland für Polen von Nutzen ist. So ist alles nun eine Folge dieser Überzeugung, dass Polen diesem Prozess nicht im Weg stehen wird. Mit einem Wort das, was zuvor über Professor Skubiszewski gesagt worden war, dass er den ganzen Prozess nicht hemmen wollte. Dann unterzeichnete eben Dietrich Genscher den letzten Vertrag, nicht Bundeskanzler Kohl. Den ganzen Monat lang waren wir in Warschau auch nicht sicher, wir wußten nicht, wie sich die Ereignisse weiter abspielen. Janusz Reiter schrieb dann den Text, zu dem er sich nun widerwillig bekennt, dass vielleicht die sowjetische Armee in Polen sogar bleiben müsste. Diese Unsicherheit entstand u.a. infolge der schlaun Manöver von Helmut Kohl. Trotzdem gab es zu keiner Zeit die Ablehnung der Wiedervereinigung von Deutschland, es gab keinen Bund gegen die Vereinigung. Die Polen stellten die Vereinigung nicht in Frage. Es ist bekannt, dass sich Margaret Thatcher und Mitterand äußerten, dass eigentlich eben die Polen ein Recht darauf hatten, sich gegen die Wiedervereinigung von Deutschland auszusprechen. Aber Jaruzelski sagte, dass Franzosen und Briten Handlungsmöglichkeiten haben und wenn sie wollen, können sie sich gegen die Vereinigung erklären.

Ich möchte noch einmal betonen, dass das Bauen der Zusammenarbeit an der Grenze in Warschau völlig unterstützt war, und es gab keinen gesellschaftlichen Widerstand. Manchmal geschah es, dass in den Medien Diskussionen ausbrachen, im Sejm fanden Debatten über die Ratifizierung des Vertrags statt, man trat gegen ihn auf. Aber es war immer eine Minderheit in der polnischen politischen Klasse, wenn auch nur Minderheit. Von Warschau wurde die Zusammenarbeit an der Grenze nicht verhindert, aber es gab auch keine Modelle der Zusammenarbeit. Ein Modell könnte die deutsch-französische Nachbarschaft sein. Der deutsch-polnische Vertrag war keine Kopie des deutsch-französischen Vertrags, aber einige Sachen wurden übernommen: zum Beispiel, Partnerschaft der Städte, Jugendwerk. Aber wir ahmten in Polen auch viele verfassungsrechtliche Regelungen - fünfprozentige Klausel, konstruktives Misstrauensvotum. Es war offensichtlich, dass die Bundesrepublik und ihr Recht ein Modell ist, das Polen gern annimmt - wie das Gesetz über die Gewerkschaften, die eine Kopie des deutschen Gesetzes ist. Dann war es klar, dass sich die Interessengemeinschaft nicht nur auf dem allgemeinen Förderungswillen der Vereinigung Deutschlands und der Freiheit Polens stützte, sondern dahinter verbarg sich das Gefühl, dass diese beiden Länder organisch mitarbeiten sollten. Natürlich war die Grenzregion eine Stelle, wo diese Zusammenarbeit stattfand, sich bewahrheitete oder mit endete mit Mißerfolg.

Bernd Aischmann:

Ich ziehe mich darauf an, was Herr Adam Krzeminski sagte. Hier an der Grenze trafen sich zwei Regionen, die von den gleichen politischen Systemen abstammten, aber die sozialen und politischen Transformationen verliefen da auf sehr unterschiedliche Weise, weil die Qualität der Veränderungen unterschiedlich war. Wir wissen, dass die Annahme der Verfassung der Bundesrepublik in den neuen Bundesländern viele Probleme verursachte. Aber es war auch große Hilfe und enorme Solidarität. Auf der anderen Seite der Grenze waren solche Phänomene nicht da. Wir stellten uns auch die Frage, was für eine Grenze es sein wird, ob es auch die Grenze des Wohlstandes wird, oder die Grenze zwischen den Reichen auf der einen Seite, und den Armen auf der anderen? Politiker sahen dann zwei mögliche Wege für die Region: einerseits konnten wir beginnen, miteinander zu kämpfen und zu konkurrieren, oder man konnte einen gemeinsamen Weg gehen, und - als eine Region - versuchen, gemeinsam gegen die Konkurrenz von außen zu widersetzen. Obwohl es dann sehr schwierig war. Was mussten die Politiker in so einer Situation tun ? Vor allem mussten sie sich sehr schnell kennen lernen. Zuerst kam Ministerpräsident Gomolka, gleich danach Manfred Stolpe, Ministerpräsident von Brandenburg. Man musste sich darum bemühen, dass die Grenzregion eine Region war und deshalb sollte man so schnell wie möglich ein Instrumentarium in Form von Komitee der Grenzzusammenarbeit gründen, das im April 1990 in Görlitz ins Leben gerufen wurde. Andere Formen der Zusammenarbeit waren auch sehr wichtig: darunter die Schaffung der Euroregion Pomerania ein paar Jahre später, ohne die wir heute nicht da wären, wo wir sind. Mit einer Reihe von Problemen mussten wir es weiter schaffen. Bonn und Warschau stimmten unseren Tätigkeiten zu und wir hatten freie Hand. Die Zusammenarbeit entstand aus der Region, von hier aus ging die Initiative heraus. Während dieser 20 Jahren waren natürlich unangenehme Zwischenfällen - in Brandenburg, in Löcknitz, der Krieg auf die Rollen in Frankfurt an der Oder ... Aber es trafen sich doch die Gesellschaften, die nach 1945 eigentlich keine Möglichkeit hatten, sich irgendwann kennen zu lernen, miteinander zu sprechen, zu verstehen. In diesen Ländern ließen sich viele Deutsche nieder, die sich nahe der polnischen Grenze ansiedelten, weil sie seit Jahren hofften, dass sie in ihre Geburtsorte zurückkehren können. Sie konnten nie ihre Trauer nach der Vertreibung offenbaren und die Last brachten sie in die neue Periode des Lebens mit. Hier, in diesem Bereich gibt es auch neofaschistische Kräfte.

Gehen wir in die 80er und 90er Jahre des 20. Jahrhunderts zurück, ich möchte hinzufügen, daß in den 80er Jahren, als Politiker noch gar nicht über die Wiedervereinigung von Deutschland sprachen, sendete die polnische Opposition klare Signale, dass die Vereinigung etwas Selbstverständliches ist, Professor Geremek befürwortete öffentlich die Vereinigung von Deutschland. Natürlich wurde es solchen Stimmen in der BRD aufmerksam zugehört, während in der DDR in den 80er Jahren öffentlich verurteilt wurde, was in Polen passiert war. Bei der Zerstörung der Berliner Mauer sollte die Rolle von "Solidarnosc" und der demokratischen Opposition in Polen richtig eingeschätzt werden. In diesen ersten Jahren entstanden in erster Linie wichtige Strukturen, Instrumente der Zusammenarbeit, die in den Verträgen vorausgesetzt wurden, und die Verträge wurden tatsächlich die Grundlage dieser Zusammenarbeit. In den frühen Jahren der Zusammenarbeit wurden Grenzübergänge ein Problem - die endlosen Staus, Lastwagen, die die Übergänge versperrten. Auch das Problem lösten wir ganz effektiv.

Ich möchte noch auf die Euroregionen hinweisen, die damals etwas völlig Neues und nicht immer positiv wahrgenommen waren, die Schaffung der Euroregion Pomerania weckte

Streitigkeiten. Die Zusammenarbeit von dieser Art, durch die Regierung von Schwerin unterstützt, war bisher nicht bekannt und ihr Unverständnis in einigen Kreisen rief Meinungsverschiedenheiten hervor, es gab Zweifel an dieser Form der Zusammenarbeit. Wir waren der Meinung, dass an der deutsch-polnischen Grenze diese Form der Zusammenarbeit (Euroregionen) genutzt werden kann, die sich an anderer Stelle (z.B. an der deutsch-französischen oder deutsch-niederländischen Grenze) bereits bewährt hatte. Diese Zusammenarbeit funktionierte besonders gut auf der kommunalen Ebene. Wir mussten lange und ausdauernd überzeugen, um unseren polnischen Partnern zu zeigen, dass das wirklich eine nützliche Form der Zusammenarbeit ist, und dass sie zum Nutzen beider Seiten verwendet werden kann. Aber andererseits konnten wir sowohl Zweifel als auch Angst verstehen, wir versuchten offen zu diskutieren, konkrete Argumente anzugeben. Aber heute würde ich manches anders machen - Diskussion und Fragen sollten mit dem Planen einhergehen. So zuerst soll es besprochen, dann realisiert werden. Das Konzept sollte gemeinsam sein. Es ist manchmal schwer, einen Partner zum fertigen Konzept zu überzeugen.

Marek Tałasiewicz:

Ich möchte wieder zur Sache von Pommern-Meklenburg-Brandenburg und damaligen Jahren kommen. Wenn wir heute über die Freuden der Geburt der deutsch-polnischen Zusammenarbeit sprechen, sollen wir auch die Geburtswehen erwähnen und die Frage stellen, ob es sich gelohnt hat. Vor allem wussten wir nicht, was geboren wird - vielleicht ein Schaf mit einem Kalbskopf oder etwas anderes? Wir versuchten. Wir waren uns bewusst, geht etwas schief, so werden wir schuldig, und wenn etwas erfolgreich ist, gibt es viele Väter des Erfolges und das werden sicherlich nicht wir. Ich erinnere mich an die heutigen Führer der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, die mich in den 90er Jahren einen Verräter, Faschisten nannten...

Ich wollte noch ein paar Dinge erwähnen, um manche Themen zu konkretisieren. Selbst in wissenschaftlichen Arbeiten, akademischen Skripten gibt es bestimmte Ungenauigkeiten. Entweder Daten oder Kontexte sind nicht richtig. Zum Beispiel wird es geschrieben, dass die deutsch-polnische Zwischenregierungskommission für Regional- und Grenzzusammenarbeit aufgrund des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit entstand. Inzwischen wurde der Vertrag im November unterzeichnet, und die erste Sitzung der Kommission fand im April statt. Die ersten Gespräche über dieses Treffen waren noch früher geführt worden. Der Vertrag beschloß nicht über die Kommission, nur sanktionierte ihre Existenz. Weil die polnische Regierung damals noch keine Strategie hatte - sie hatte aber eine Menge guten Willens - waren die Aufgaben der Kommission im April 1991 Jahre sehr vage bestimmt, zum Beispiel wurde es festgestellt, dass die Kommission Forschungen erleichtern und Probleme in der Grenzregion lösen soll ... Wie unterschiedlich die Kommission durch die polnische und deutsche Seite betrachtet war, zeugt das Beispiel (ich glaube, zu Gunsten von Polen), dass der Vorsitzende auf der polnischen Seite der Minister war, der für regionale Entwicklung verantwortlich war, und auf der deutschen Seite war ein Berufsdiplomat. Diese Asymmetrie kam in gewissem Grad später auch in den Ausschuss für deutsch-polnische Zusammenarbeit an der Grenze. Die Mitglieder des Ausschusses in Polen waren Entscheidungsträger - ehemalige Woiwoden, die in den Sitzungen etwas absprechen und darüber entscheiden konnten. Auf der deutschen Seite waren Beamte. Meine Partnerin war zum Beispiel eine Frau, die der älteste Referent irgendwo in der Staatskanzlei war. Wenn eine Idee, ein neuer Gedanke während der Sitzung des Ausschusses auftauchte, konnten die polnischen

Vertreter diese Idee entwickeln, annehmen oder ablehnen und die deutschen Vertreter mussten zu ihren Vollmachtgebern gehen, um die Erlaubnis zu erhalten oder nicht, und auf die nächste Sitzung zurückzukommen und Ansichten vorzulegen. Wir hatten dann auch den Eindruck, dass selbst die deutschen Partner sich widerwillig Informationen gaben: Sachsen informierte Mecklenburg nicht gern, und Mecklenburg sagte in den Sitzungen nicht unbedingt alles den Vertretern von Dresden. Mitte 1991 fand die erste Sitzung des Ausschusses für deutsch-polnische Zusammenarbeit an der Grenze statt. Bevor wir im Team zu arbeiten begannen, trafen wir uns in der Arbeitsgruppe, wir tranken Tee, schauten in den Himmel und fragten uns, wie wir das bearbeiten können, was wir uns als die wichtigsten Probleme der Grenze vorstellten. Wir nahmen bestimmte Arbeitsbereiche und einige Regeln an. Wir waren uns einig, dass es zehn wichtigste Bereiche der Arbeit des Ausschusses gibt, um aus der deutsch-polnischen Grenzregion ein zusammenhängendes Gebiet zu machen. Zunächst war es notwendig, die Grenzübergänge auszubauen und zu bauen. Wenige erinnern sich nun daran, dass die Warteschlangen an der Grenze ungefähr zwanzig Kilometer lang waren, man musste drei Tage lang warten, um Kolbaskowo zu überschreiten und es gab ein Problem, ob Toiletten oder Übergänge zu bauen.

Wir nahmen einen Grundsatz an, dass jeder Fall, den der Ausschuss löst, systemhaft behandelt wird. Die Idee war, nicht nur diesen konkreten Fall zu lösen, aber auch zu ermöglichen, eine ganze Klasse solcher Fälle zu lösen. Wenn über Grenzübergänge gesprochen wurde, wurden Regeln festgelegt, die unsere deutschen Kollegen sehr schwierig fanden. Erstens, man nahm ein Prinzip an, dass die Grenzübergänge entworfen werden und überall gebaut werden, wo es nur möglich ist, wo es technisch möglich ist. Zweitens - wo es nur möglich ist, gibt es eine gemeinsame deutsch-polnische Abfertigung, d.h. nicht so, dass zuerst die polnische Abfertigung und dann die deutsche stattfindet oder umgekehrt, nur dass wir es gemeinsam tun. Um das zu erleichtern, wurde angenommen, dass auf den Grenzübergängen nur eine Infrastruktur sein wird - auf der polnischen oder auf der deutschen Seite, und die Kosten dieser Infrastruktur sollte die eine oder andere Verwaltung tragen. Das nächste Prinzip, das (angeblich) eine Verletzung des internationalen zeitgenössischen Sitten war, wurde die Unterzeichnung des Abkommens über den Grenzverkehr, in dem alle bestehenden und geplanten Übergänge genannt wurden. Was bedeutete das ? Nun, das Bauen jedes anderen Übergangs verlangte nicht mehr jeweilige zwischenstaatliche Vereinbarungen, es bestand nur in einem Wechsel der Noten zwischen den Außenministern. Es gab keine Notwendigkeit, die nächste zwischenstaatliche Vereinbarung für jeden weiteren Übergang einzeln zu schließen.

Der zweite Bereich war die Gründung der deutsch-polnischen Bank der Entwicklung der Grenzregion. Über die Bank wurde wohl drei Jahre lang gesprochen. Der Partner auf der polnischen Seite war die Polnische Bank der Entwicklung und auf der deutschen Seite Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Drei Jahre lang zerbrachen sich die Herren den Kopf darüber, ob es eine Möglichkeit gibt, eine deutsch-polnische Bank zu gründen, die die Entwicklung der Grenzregion finanzieren würde. Dann machte der Stolpe-Plan viel Böses in dieser Diskussion, er enthielt die Idee, dass es die Deutsche Bank mit deutschem Aufsichtsrat, deutscher Leitung sein sollte, die Projekte auf der polnischen Seite finanzieren würde. In den Jahren 1991-1992 war es noch keine gute Situation, ein solches System anzunehmen. Der Plan von Stolpe war eine Vision, die diesen Zeiten voraus war. Er wurde auch wegen der Art und Weise der Einführung negativ bewertet, und zwar durch Überraschung; Herr Ministerpräsident Stolpe legte ein dickes Buch auf den Tisch und sagte, das sei der Plan für die kommenden Jahre.

Wir waren dazu nicht bereit – weder die Medien noch die öffentliche Meinung - diesen Plan gut anzunehmen. Es gab da auch positive Elemente im Hinblick auf wirtschaftliche Projekte, zum Beispiel das deutsche Autobahnnetz in Polen zu erweitern - wie es damals hieß, die grüne Linie der Oder zu bauen, d.h. Deutschland wird sich an der Oder entwickeln und bei uns entsteht ein Landschaftspark ohne Industrie. So was könnte dann nicht von den Polen akzeptiert werden. Infolgedessen wurde diese Bank nicht gegründet, und nach einigen Jahren der Diskussion entstand die deutsch-polnische Gesellschaft für die Wirtschaftsförderung als Ersatz. Es war ein Unternehmen, das das ganze nächste Jahr diskutierte, ob es eine Stiftung oder eine Aktiengesellschaft sein sollte ? Und schließlich wurde daraus eine Aktiengesellschaft gebildet: Woiwoden gingen in den Vorstand und das Unternehmen wurde gleichermaßen von den Regierungen der Bundesländer und von der polnischen Regierung über die Budgets von vier Grenzwoiwodschaften finanziert.

Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte man viel erzählen. Damals waren Enthusiasten, es waren aber auch Probleme. Zum Beispiel führten wir eine Diskussion darüber, was zu tun ist, damit deutsche Banken deutschen Investoren Kredite gewähren wollten, die Vermögen in Polen kaufen. Das war der Fall der Fischzentrale in Szczecin, wo der deutsche Anleger, der die Zentrale erweitern wollte, kein Darlehen bekam, weil die Deutsche Bank entschied, dass das Vermögen des Anlegers in Polen kein Vermögen ist und dass er beweisen muss, ein Vermögen in Deutschland zu haben.

Ein weiterer Bereich betraf die Veröffentlichung der deutsch-polnischen Broschüre für Rechts-, Zollregelungen, Landnutzung, der Broschüre über die Rechtshilfe in der Grenzregion. Wir unterzeichneten auch eine Vereinbarung, um den Übergang über die Grenze den Rettungseinheiten zu ermöglichen, die zu einem plötzlichen Unfall fahren. Die Idee war da, dass die Feuerwehr oder Krankenwagen nicht zum Grenzübergang zu fahren brauchten, sich dort zu melden, überprüft zu werden, etc. Das konnte man leichter erledigen - von der polnischen Seite beim Woiwoden, von der deutschen Seite beim Bürgermeister. Dabei entstand ein Problem, das bis heute ungelöst ist – die Haftpflichtversicherung nicht der Feuerwehrmänner selbst, aber die Versicherung für die Schäden, die durch polnische Feuerwehrleute in Deutschland und durch deutsche Feuerwehrleute in Polen gemacht werden. Wenn der polnische Feuerwehrmann einen deutschen Hund überfährt und der deutsche - ein polnisches Huhn, dann muss auch jemand dafür verantwortlich sein.

Als weiteres Team entstand eine Gruppe für die Zusammenarbeit im Bereich der Umweltschutz, ein grenzüberschreitendes Naturschutz-Team. Dann entwickelte sich die Idee, einen Landschaftspark im Tal der Unteren Oder zu bauen. Nach zwei Jahren der Analyse stellte sich heraus, dass es nicht nur ein deutsch-polnischer Park sein soll – es wurden zwei gebildet: der polnische Landschaftspark und der deutsche Nationalpark. Ich weiß nicht, ob es heute eine Idee von Integration dieser Parks gibt, damals wurde es deutlich, dass das rechtliche Niveau des Schutzes dieser Parks in Polen und in Deutschland asymmetrisch, ungeeignet ist, dass man sie nicht verbinden kann.

Ein weiterer Bereich war der Austausch von Jugendlichen mit besonderem Schwerpunkt auf Fremdsprachenlernen und Zusammenarbeit in Bildung und Sport. Das Jugendwerk wurde bereits erwähnt, auch dann wurden Gymnasien in Gartz und Löcknitz gebaut. Auch dann erschienen große Probleme, ich weiß nicht, ob sie bis heute gelöst worden sind. Es geht um die

Ausgabe der Zeugnisse, polnische Gymnasiasten in Löcknitz legten doch zwei Abiturprüfungen – die deutsche und die polnische, denn ein deutsches Abitur wurde von den polnischen Behörden nicht anerkannt und umgekehrt. Als ich auf der Regierungsebene zu erklären versuchte, wo das Problem ist - es stellte sich heraus, dass das Problem auf der deutschen Seite lag: Deutschland verknüpfte die Frage der Anerkennung von Zeugnissen mit dem deutsch-polnischen Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit (darin steckte das Problem der Sammlungen der Bibliothek von Preußen, die sich in Polen befanden). Wir wollten die Frage von Zertifikaten regeln und die Deutschen wollten sie mit anderen Fällen verbinden. Diese Anerkennung von Zeugnissen ist auch jetzt, wenn die Deutschen den Arbeitsmarkt für Polen öffnen, die Sache der Nomenklatur, weil einige Berufe anders in Polen und anders in Deutschland genannt werden. Ich weiß eigentlich nicht, ob jemand, der auf Polnisch ein "Mechaniker" von Beruf ist, auch ein "Mechaniker" in Deutschland ist.

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur und Wissenschaft. Dann wurde an die großartige Dinge gedacht, eines von ihnen war die Frage der Viadrina-Universität. Die Idee war, dass es eine Universität sein wird, die zwei Partner hat - den deutschen und den polnischen. Ein polnischer Partner sollte - wie man vermutete - die Universität Szczecin sein, aber die damaligen Behörden an der Universität Szczecin wollten lieber ihre Zukunft auf Skandinavistik und nicht Germanistik stützen. Die Folge war, dass der Partner Adam-Mickiewicz-Universität wurde, aber daraus ergaben sich andere Probleme. Herr Ministerpräsident Stolpe lud polnische Studenten an die Viadrina-Universität ein, und als die Studenten auf die Liste eingeschrieben wurden, stellte sich heraus, dass niemand wußte, wie sie finanziert werden sollten. Denn die polnische Regierung konnte nicht die Stipendien für polnische Studenten an ausländischen Hochschulen geben, wenn sie da nicht gerichtet wurden, und die Brandenburger Regierung konnte nicht die Stipendien für Ausländer an der eigenen Hochschule geben. Ich spreche über die Situation im Jahr 1992. Dieses Problem musste gelöst werden. Wie es gelöst wurde, ist schon eine andere Sache. Das ist ein weiteres Beispiel daran, dass man jedes Problem systematisch zu lösen versuchte, zum allgemeinen Nutzen.

Die Raum- und Regionalplanung ist, meiner Meinung nach, ein Mißerfolg der letzten 20 Jahre. Es wurde angefangen, gewisse Bearbeitungen für einen gemeinsamen deutsch-polnischen Bereich der Planungs- Wirtschafts- Rauntätigkeiten vorzubereiten, von der südlichen Grenze bis an die Ostsee. Es sollte eine gemeinsame deutsch-polnische Karte von wirtschaftlichen Initiativen, Investitionen und geplanten Projekten gebildet werden. Bei Gelegenheit kam zum Beispiel ans Licht, dass die Deutschen die Verlängerung der Autobahn A20 bis Schwedt entwerfen, unter der Voraussetzung, dass auf der polnischen Seite die Autobahn schon sein wird. Inzwischen ist auf der polnischen Seite nur eine Waldschneise und niemand hatte die Absicht, etwas anderes zu bauen. Dann gab es einige Initiativen in Deutschland, Szczecin, Wroclaw und erst jetzt machen wir das gemeinsame Planungsunternehmen von Meklenburg-Brandenburg-Westpommern für den gemeinsamen Raumplan dieses Gebietes, aber nur im Nordteil. Zum ersten Mal seit 20 Jahren gibt es eine Chance, das erfolgreich abzuschließen.

Die kommunale Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen den Gemeinden – ihr Ziel waren nicht die Euroregionen. Die Euroregionen entstanden statt einer anderen Zusammenarbeit (so wie die deutsch-polnische Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft anstelle der Bank erstellt wurde), weil es sich herausstellte, dass die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die eine Rechtsfähigkeit haben würde, oder mit anderen Worten, Geld aus

verschiedenen Quellen gewinnen könnte, war bei dem damaligen gesetzlichen Stand nicht zu realisieren. Die Euroregionen haben doch auch keine Rechtsfähigkeit, die Rechtsfähigkeit haben dagegen Gemeindeverbände, die zu den Euroregionen gehören. Erst jetzt ändern vielleicht die Europäischen Verbände für territoriale Zusammenarbeit diese Situation. Die Diskussion über die Euroregion Pomerania war überhaupt nicht eindeutig, was die Folge der unterschiedlichen Erfahrungen war. Die Erfahrung von Szczecin war, dass nach polnischen Kommunalpolitikern diese Euroregion mindestens drei- oder am besten vierseitig sein sollte: deutsch-polnisch-dänisch-schwedisch. Die Annahme dieser Voraussetzung bedeutete, dass sich die Euroregion weniger mit der Lösung von unmittelbaren Problemen befassen würde. Es gab auch verschiedene Ungeschicklichkeiten und Missverständnisse. Zum Glück geht jetzt alles in guter Richtung.

Zum Schluß - die Zusammenarbeit der Medien. Die Idee war, die Wahrnehmungsweise des Nachbarn zu beeinflussen. Wir führten auch soziologische Forschungen, die zeigen sollten, wie die Menschen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehen. Die Ergebnisse der Forschungen waren interessant, sie zeigten, dass antideutsche Stimmungen am schwächsten an der Grenze waren und je weiter nach Osten, desto größer war das Gefühl der Gefahr. Zum Beispiel befürchteten die Bauern in der Woiwodschaft Lublin am meisten die deutsche Bedrohung und die Arbeiter der ehemaligen Staatslandwirtschaften an der westlichen Grenze - nicht. Daher hatten wir keine Angst vor den gesellschaftlichen Stimmungen, umso mehr, dass wir in diesen Jahren eine Art Marktpuffer in Form enormer Grenzmärkte hatten. War es eine graue oder schwarze Zone, standen diese Menschen in der Regel nicht in der Schlange für Arbeitslosengeld. Dann wurden auch solche Initiativen ergriffen wie der deutsch-polnische Journalistenklub "Unter den Stereo-Typen", der Preis des Woiwoden von Szczecin - sowohl für deutsche Journalisten, die über die deutsch-polnische Zusammenarbeit schreiben, als auch für polnische Journalisten, die auch darüber schreiben, es waren Fotowettbewerbe, die deutschen Seiten in den polnischen Zeitungen in Szczecin und umgekehrt, man organisierte auch deutsch-polnische mehrstufige Familienregatte ... Die Idee war, dass die Menschen sich daran gewöhnen, zusammen zu leben.

Wenn ich mit einem Satz diese ersten Jahre der Zusammenarbeit zusammenfassen sollte, würde ich sagen, dass zuerst wir einander in die Augen schauten, zu überprüfen, ob wir ehrliche Absichten haben, und dann einfach damit begannen, in die gleiche Richtung zu sehen (ich und Marcel Bulla haben es noch bis heute) und wir wollten das gleiche sehen.

Andrzej Kotula:

Marek Tałasiewicz beantwortete auf einmal einige meiner Fragen, die ich nicht mehr brauche, zu stellen. Aber mir liegt auch daran, dass Sie eine bestimmte Bewertung oder Selbsteinschätzung machen. Zum Beispiel die Tatsache zu nutzen, dass hier die Herren Peter Heise und Paul Bartnik, Direktoren der Euroregion Pomerania sind, stelle ich die Frage: Glauben Sie, meine Herren, dass Pomerania heute aus der Perspektive von 15 Jahren des Bestehens, ein effektives und gut ausgenutztes Werkzeug der Zusammenarbeit ist ?

Die zweite Frage geht an Paweł Bartnik, Leiter der Schulaufsichtsbehörde in den 90er Jahren und Mitbegründer der polnisch-deutschen Schulen in Polen und Deutschland: entspricht das heutige Modell der Bildung, die Infrastruktur der Bildung auf beiden Seiten der Grenze den

aktuellen Herausforderungen, der heutigen Realität und Bedürfnissen an der Grenze? Da ich den Eindruck habe, dass in dem Maße, in dem damals alle Tätigkeiten visionär waren, befinden wir uns heute an der gleichen Stelle und es geschieht wenig Neues in diesem Bereich.

Schließlich eine Frage an alle: wir sprechen hier viel über den Plan von Stolpe, seine inspirierende Rolle, aber auch schlechte Soziotechnik, über ungeschickten "Verkauf" des Plans in Bezug auf die Medien, im sozialen und politischen Sinne (das gestand Manfred Stolpe selbst, als ich ihn danach viele Jahre her gefragt hatte). Allerdings war das ein Beispiel oder ein Versuch des strategischen Denkens. Ich interessiere mich für Ihre Bewertung dieses Plans. Denn damals, in den frühen 90er Jahren rief der Plan in den polnischen Medien und bei einigen Politikern nahezu Hysterie hervor, die man in solchen Formulierungen bemerken konnte wie: Oderraum oder Oderland, Teilung, Drang nach Osten... Das war im April 1991. Gibt es heute, 20 Jahre später, andere Versuche, Konzepte des strategischen Denkens über diese Grenzregion ?

Adam Krzeminski:

Ich äußere mich als Beobachter von außen. Die Kritik an den Details überzeugt mich, die Kritik daran, wie der Plan von Stolpe vorgestellt wurde, überzeugt mich auch, aber ich denke doch, dass dieser Plan eine große und positive Rolle gespielt hatte. Erstens: nicht nur weil es ein Aufklebschildchen war, denn es ist einfach, eine Idee, eine schöne Formulierung in einer Rede zu werfen, aber in diesem Fall wurden Daten genau und fertig bearbeitet und obwohl es sich politisch als mangelhaft zeigte, konnte man jedoch damit auf die konkreten Sachen beziehen (z.B. um eine Bank zu erstellen).

Zweitens: 10 Jahre später gebrauchten Professor Bronislaw Geremek und Joschka Fischer gemeinsam, in einer Publikation in "Der Tagesspiegel" und in "Rzeczpospolita" den Ausdruck "Oderverband". Was erschien früher als Schreckgespenst, tritt 10 Jahre später in der Formulierung der deutschen und polnischen Außenminister als Vision für die Zukunft auf, das heißt, dass *die Inkubation* von einer Idee, nach 10 Jahren von der polnischen Seite angenommen wurde. Nun heißt das die Oder-Partnerschaft, die in der Tat das ist, was einst auf den Tisch gelegt worden war. Also: Hut ab!

Ich führe eine Anekdote der deutsch-polnischen Zusammenarbeit an. Vor zwei Jahren war ich in Weimar - anlässlich des Weimarer Dreiecks. Ich sagte dort: es wäre gut, wenn es die Partnerschaft der Städte - Weimar und Zamosc entstände. Und nun, die Weimarer hörten etwas falsch und dachten, dass Zamosc sich für die Partnerschaft schon entschieden. So ging die ganze Delegation der Stadtverwaltung von Weimar nach Zamosc einen Vertrag zu unterzeichnen. In Zamosc hatte niemand etwas davon gehört, aber ... heute ist diese Partnerschaft schon da. Die Deutschen fuhren hin und überzeugten Zamosc. Manchmal muss man so handeln.

Andrzej Kotula:

Effektivität der Euroregionen als Instrument zur Erreichung der Ziele?

Paweł Bartnik:

Meine Herren, Sie sagten sehr viel über die Geschichte, über die Ereignisse vor 15-20 Jahren. Ich möchte mich auf die letzten Fragen beziehen. Die Euroregionen spielten ihre Rolle und spielen sie immer noch, aber - meiner Meinung nach - verliert dieses Konzept schon an Bedeutung. Es gibt eine neue Wirklichkeit, neue Herausforderungen und neue Probleme, die angegangen werden müssen. Dieser Vorschlag, den die Europäische Union vorlegte, d.h. den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit, ist eine Idee, über die man sich beugen muss, weil die gesetzlichen Regelungen an der Grenze, die gemeinsam, deutsch-polnisch sind, aus diesem grenzüberschreitenden Verein einen Partner für alle ringsherum bilden, nur einen Partner. Also kommen wir eigentlich zu der Idee zurück, über die Sie vorher gesprochen haben: machen wir zusammen, nicht getrennt. In diesen Euroregionen haben wir oft getrennt gearbeitet und jetzt ist die Voraussetzung, dass wir gemeinsam handeln müssen. Die Europäische Verbände ist nur juristischer Begriff, den wir benutzen können. Nach diesen 15 Jahren - so viele Jahre feiert bald unsere Euroregion - sind wir schon dem Moment gewachsen, wo wir zusammenarbeiten und über das gemeinsame Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung sprechen können. Von dieser Denkweise überzeugt mich die EU-Vorschrift, die von einer differenzierten Entwicklung spricht. Wenn wir heute auf den beiden Seiten große demografische, wirtschaftliche, soziale Probleme haben, kann es paradox in dieser Situation unser Vorteil sein - das gemeinsame Problem oder die gemeinsame Armut, die uns vereinen. Derjenige, der die deutsch-polnische Grenzregion vertreten wird, wird Partner für Warschau, für Berlin und für Brüssel. Jemand, der mit unserer Geschichte, mit der Geschichte dieses Landes, seiner Probleme, seiner Aufgaben, Herausforderungen fährt und sagt, dass wir Hilfe brauchen, aber auch dass wir das gewährleisten, was die Grundlage der EU ist - eine gemeinsame Denkweise an die ganze Region. Noch eine Sache, von der ich stets spreche und wie ein Mantra wiederhole: Szczecin und seine Rolle an der Grenze. Es gibt nicht so viele Städte in Europa, die so groß und so nah der Grenze liegen, Bratislava, Straßburg, Basel ... Die grenzüberschreitende Rolle von Szczecin, die Entwicklung der Stadt kann dazu führen, dass sich das ganze Gebiet entwickeln wird. Im Interesse von Löcknitz, Pasewalk, Prenzlau, aber auch Goleniow, Miedzzydroje, Chojna liegt die Entwicklung von Szczecin. Das bringt uns allen Erfolg - auf der einen und auf der anderen Seite der Grenze. Eine deutsch-polnische Metropole - das ist eine echte Herausforderung, die vor uns steht, und niemandem anderen in Polen! Das ist eine Herausforderung für Politiker, Anwälte, Visionäre. All diejenigen, die vor 20 Jahren an der Grenze arbeiteten, waren Visionäre und Draufgänger, und heute können wir sagen, dass es ihnen gelungen ist. Jetzt fragen wir nach neuen Visionären und einer neuen Vision der Grenzregion. Sicherlich können wir nicht in den Erinnerungen ertrinken, wir müssen uns neue Aufgaben stellen und sie realisieren.

Peter Heise:

Unsere Geschichte war sehr kompliziert. Besonders die Situation in Szczecin war völlig anders als das Beispiel der Euroregion Spree-Neiße-Bober. Als wir die Idee der Euroregion Pomerania schufen, gab es strukturelle Veränderungen in Deutschland und die damalige Vision der Zusammenarbeit mit dem Nachbarn auf der niedrigsten Ebene war unbekannt. Am Anfang wussten wir gar nicht, ob es uns gelingt oder nicht, und Polen war uns überhaupt nicht bekannt - weder seine Geschichte noch Verwaltungsstruktur. Dann, wenn wir unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung hier mit der Aufgabe der Schaffung einer neuen Struktur kamen, war es eine interessante Aufgabe.

Die Konstruktion der Euroregion sollte uns heute weiter führen, weil z. B. es nicht gelang, ein Abkommen über die Kultur zwischen Polen und Deutschland abzuschließen, und das ist eine riesige Unzulänglichkeit, ein großer Mangel. Ich sage das als Bürger, der sich der Probleme bewusst ist, die sich aus dem Fehlen dieses Dokuments herausgeben. Wenn wir eine solche internationale Vereinbarung hätten, wäre es den Gemeinden einfacher, zusammen zu arbeiten. Es wäre nützlich, neue Konzepte aufzunehmen, das sind Aufgaben für die Zukunft. Die Menschen müssen sich miteinander treffen. Das Treffen ganz anderer Menschen von beiden Seiten der Grenze in diesen sehr komplizierten Bedingungen war eine Chance, die man zuerst geistig begreifen sollte. Die Ansiedlung der Menschen in der Grenzregion wäre auch nicht möglich, wenn das Klima nicht freundlich wäre, so ist es sicherlich ein Faktor, der zum Nachdenken über die gemeinsame Grenzregion bringt. Wir werden das Konzept des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit vertiefen und es gelingt uns, eine Institution zu schaffen, die mit einer Stimme im Namen unserer gemeinsamen Euroregion sprechen wird. So werden wir eine Rechtsfähigkeit haben, dann können wir auch Anträge stellen und die Sachen realisieren, die wir geplant haben.

Mathias Enger:

Ich denke, Herr Heise hat Recht, dass uns eine Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit fehlt. Als Szczecin um den Titel der europäischen Kulturhauptstadt 2016 konkurrierte, wurden von der deutschen Seite mehr Vorschläge als von der polnischen eingebracht. Es war eine sehr intensive Zusammenarbeit ohne Vertrag. Wenn die Menschen gleiche Interessen vertreten, ist eine Zusammenarbeit vorhanden. In den 90er Jahren, vor der Entstehung der Euroregion Pomerania, erinnere ich mich daran, dass der Woiwode von Szczecin eine der Diskussionen mit einem Satz beigelegt hatte: in Szczecin gibt es nicht nur polnische Steine und man spricht nicht nur Polnisch. Dieser Satz hat die Gespräche gemildert, die Menschen haben gelernt, sich einander anders als auf der Brücke in Frankfurt zu behandeln. Damals war der Woiwode eine Person, die von der Atmosphäre der Wende fasziniert war, eine Person, die (und die Stadt auch) von der deutsch-polnischen Debatte beansprucht war, von der Suche nach einem gemeinsamen deutsch-polnischen Weg, nach der Form der künftigen Zusammenarbeit. Diese Person wurde durch das Generalkonsulat der BRD unterstützt, wo die Diplomaten waren, die auch in scharfen Debatten erklärten, warum die Haltung Deutschlands so und nicht anders aussieht. Sie nahmen nicht nur an den Diskussionen teil, sondern auch gaben den Anstoß zu den ersten deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen. Auf beiden Seiten waren Personen, die in den 90er Jahren unglaublich beteiligt waren. Manchmal gingen sie ein Risiko ein, um die Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Initiativen der Politiker wurden durch die Initiativen der Gesellschaft gefördert, z.B. Anfang der 90er Jahre leitete eine kleine Gruppe der Menschen aus Wien ein Projekt "Odermündung – die Landschaft des Jahres" ein, um zusammen mit den Bewohnern ein gemeinsames touristisches Konzept der Region zu schaffen. Auch hier war die erste deutsch-polnische Protestinitiative der Bürger: gegen die Öffnung des Grenzübergangs Dobieszczyń - Hintersee. Dank diesen Tätigkeiten können wir uns heute gegenseitig unterstützen, z.B. sich gemeinsam der radikalen, extremistischen Rechte widersetzen. Wir freuen uns, dass die polnische Seite den Landrat von Uecker-Randow-Kreis unterstützte, als er vor den Kommunalwahlen gegen die anti-polnische Plakate NPD auftrat.

Bernd Aischmann:

Einer meiner Freunde aus Szczecin hatte ein Haus in Dobra gebaut. Seine Tochter begrüßte mich kürzlich sehr schön auf deutsch, ohne Akzent. Sie geht zur Schule in Löcknitz und es ist hier ganz gewöhnlich, so ist die Realität der Grenzregion. Die Einwohner von Szczecin fahren gern in den Zoo in Ueckermünde. Ich persönlich glaube nicht an irgendeine Art von allgemeiner Vision für die Region, der Plan von Stolpe war keine solche Vision und kein Allheilmittel. Das war eine Sammlung von Marketingvorschlägen, was man eventuell machen kann. Dieses Dokument wurde in kurzer Zeit fertig gemacht, weil seine Vorbereitung im März 1991 beauftragt wurde, und im April 1991 war das Dokument schon fertig. Ich war schockiert, denn das Dokument bereitete eine Marketingfirma aus West-Berlin vor, und das Thema der Aufgabe war polnische Mentalität und polnische Geschichte, und sie hatten davon keine Ahnung. Im Jahr 1991 war Berlin immer noch geteilt und das Problem bestand darin, dass Berlin und Brandenburg sich einigten, aber weder Mecklenburg-Vorpommern noch Szczecin darin einbezogen wurden. Stolpe wollte mit diesem Dokument ein Gespräch aufnehmen. Zum Beispiel sollte der polnische Teil der Insel Uznam ein wirtschaftliches Zentrum werden. Wer die Geschichte kennt, weiß, wie kompliziert die Situation von der Insel Uznam, von Szczecin war ... Die Bearbeitung wurde von Ökonomen gebildet, die viele Komplexe und heikle Kontexte nicht berücksichtigten.

Ich glaube nicht an eine Vision, ein Allheilmittel, denn wir, die mit der Region zu tun haben, deren Richtung der Entwicklung aus Hunderten von individuellen Geschichten hervorgeht, wie die der Tochter meines Freundes, die eine deutsche Schule besucht. Weil die Grenzregion so eine besondere Region ist. Ich denke, die endgültige Entwicklungsrichtung der Region, eine gemeinsame Vision wird sich aus vielen Projekten, vielen Elementen ergeben. Wir sollten unseres tun. Als Historiker denke ich, dass man sich mehr mit der Geschichte der Region beschäftigen muss, mit der gemeinsamen Geschichte der Region, um sie niederzuschreiben, so dass wir von dieser Geschichte Schlussfolgerungen ziehen. Diese Aufgabe muss auch eine der Aufgaben der Euroregion werden, denn die Zeugen von den Zeiten, den ersten Jahren, diesen schwierigen Jahren sind immer weniger. Es kann Einheit werden, wenn die Leute es wollen und sie müssen auch etwas dafür tun.

Peter Heise:

Im Gegensatz zu Ihnen, glaube ich an solche Visionen, und nicht umsonst erzählte ich davon, dass die polnischen Bürger zu uns kommen. Es ist für uns gewöhnlich. Wir sind eine andere Euroregion, eine schwache. Anders als z.B. Malmö und Kopenhagen. Wir beobachteten ihre Zusammenarbeit. Das sind die Städte, die durch eine Brücke verbunden sind, sie führen eine Menge von gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Projekten durch, sie benutzen gemeinsam den Flughafen in Kopenhagen, sie haben unterschiedliche wirtschaftliche Zentren. Das ist etwas, was getan werden kann und muss.

Wenn wir keine Vision haben, wird es so wie jemand sagte, vielleicht Helmut Schmidt: Wer keine Vision hat, ist ein Idiot. Ich kenne die Euroregionen, die ein gemeinsames Parlament haben und in den Sitzungen des Parlaments Pläne für das nächste Jahr diskutiert werden. Wir haben noch nicht alles gemacht, es gibt Unterschiede, z.B. auf der Rechtsebene, die die Zusammenarbeit verhindern. Wir sollten immer sprechen und sich darin unterstützen, was für uns alle gut ist. Unser Übel ist die Raumplanung, es war die Kommission, aber sie wurde gelöst. Viele Sachen

wären nicht so problematisch, wenn sie gemeinsam geplant wären. Nicht alle Ideen waren gut, manchmal waren Polen selbst miteinander nicht einig.

Einige von euch sagen, dass wir keine Verträge brauchen. Wenn wir das Niveau der Einigung Europas durch Verträge erhöhen können, sollte es getan werden, weil wir doch zusammen arbeiten wollen.

Marek Tałasiewicz:

Was ergibt sich aus der Vision und Praxis? Manche Konferenzen sind nicht zufällig "Zwischen Vision und Praxis" genannt. Es wäre ein Missverständnis, wenn der gesamte Aufwand verwendet wurde, um eine Vision zu schaffen. Bevor wir diese Vision vervollkommen hätten, würden sich die Bedingungen ändern, wir würden eine neue Vision brauchen und wir könnten nicht mit der Wirklichkeit mithalten. Ich sagte weder damals noch heute, dass wir bestimmte Konzepte nicht brauchen. Ich sage nur, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein Priorität ist. Es ist sinnlos, auf eine Vereinbarung über Wissenschaft und Kultur zu warten. Tuen wir, was wir in der bestehenden Wirklichkeit tun können. Nutzen wir die Instrumente aus, die vorhanden sind. Das Instrument muss mit den Menschen verbunden werden, die Menschen müssen wollen, nach dem Dreiklang des wirksamen Handels: man muss wissen, wollen und können. Manchmal wissen wir, was und wie wir tun wollen, aber die Entscheidungen hängen nicht von uns ab. Unsere Effektivität ist auch von Bedingungen abhängig, die wir nicht schaffen, die wir sie nur beeinflussen können. Ich war der Bevollmächtigte des Präsidenten für eine Metropolregion, für eine grenzüberschreitende Metropolregion. Ständig wiederholte ich den Grundsatz, dass das grenzüberschreitende Metropoldenken in allen Fällen vorhanden sein soll. Wenn Szczecin sich mit der Modifizierung von öffentlichem Verkehrssystem befasst, oder überhaupt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, kann nicht nur das Verkehrsmittel innerhalb der Stadt Szczecin betrachtet werden, sondern es soll eine Karte machen - ein Konzept der öffentlichen Verkehrsmittel im vertraglichen grenzüberschreitenden Stadtgebiet. Wir können uns nur darüber streiten, wie weit das grenzüberschreitende Gebiet reicht. Die Idee ist, dass jeder Beamte sich das merkt, dass wir in der grenzüberschreitenden Region sind. Wenn wir über Kultur, Radwege, Touristen- und Segelveranstaltungen sprechen - sollten wir denken: Das ist unsere Sache, nicht nur die Sache von Pasewalk, Löcknitz ...

Es gibt einige äußere Bedingungen, die wir lösen müssen, es gibt ein Modewort: es sollte Lobby sein. Politische Förderung in Warschau, Bonn, in Angelegenheiten, die uns betreffen. Die Frage der Oder: seit 20 Jahren reden wir über die Oder, über die Achse der Oder. Auf keine Weise können wir uns einigen. Polen will die Oder auf die Liste der Binnengewässer von strategischer Bedeutung einschreiben, und die Deutschen glauben, dass die Oder eine Naturerscheinung ist. Soll es ein Kohlekraftwerk in Mecklenburg sein, oder nicht ? Hat die Kraftwerk "Dolna Odra" ("die Untere Oder"), das im Zusammenhang mit der Energieversorgung von Berlin und Schweden gegründet wurde, Entwicklungsperspektiven in diesem Zusammenhang oder nicht ? Die Ausgabe von Zeugnissen, auch wenn von den handwerklichen ... Ein Euroregio-Ticket, das erlauben würde, sich mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zu bewegen und die Museen in der gesamten Euroregion zu besuchen.

Das sind Fragen, die wir als Schlüsselfragen für Szczecin oder Mecklenburg-Vorpommern nennen können. Nennen wir es wie wir wollen, aber es soll bloß zur Lösung der Probleme führen können.

Marcel Bulla:

Wir müssen uns bewusst werden, wenn wir über die Grenzregion sprechen, wie wir diese Region definieren. Eine Grenzregion? Ein nahe der Grenze liegendes Gebiet? Aus meiner Sicht konzentriert sich die Diskussion in den letzten Jahren um die Euroregion herum, also um ein schmaleres Innenbereich herum, was auch in dem Plan von Stolpe abgezeichnet wurde. Ich denke, aus der Sicht der Regierung des Bundeslandes ist die Zusammenarbeit viel breiter und nimmt daran das gesamte Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und auch die gesamte Woiwodschaft von Westpommern - als unser Partner teil. Ich denke, es ist ähnlich, wenn es um Regionen Brandenburg - Woiwodschaft Gorzow Wielkopolski und Sachsen - Woiwodschaft Niederschlesien geht. Man muss die Grenzregion richtig definieren und auch diese Aspekte dabei berücksichtigen, wie z. B. das Planungs- oder Verkehrsaspekt. Das zweite Problem, das dazu gehört, besteht darin, dass wir nicht davon ausgehen können, dass wir über die gleiche Struktur sprechen. Wir müssen uns immer bewusst werden, dass wir über zwei verschiedene Verwaltungssysteme sprechen, die einander gegenüberstehen. Wir haben ein ziemlich zentralistisches System in Polen und eine Bundesverfassung in der Bundesrepublik Deutschland. Daher muss man genau betrachten, wo und wie Kompetenzen der Macht angeordnet sind - auf der lokalen, regionalen, zentralen und europäischen Ebene. Wir müssen wissen, welche Kompetenzen wir brauchen. Wenn wir über große Verkehrsprojekte sprechen, dann kann darüber nicht in Löcknitz entschieden werden. Wir müssen sehen, wer welche Zuständigkeiten hat und verursachen, dass die Entscheidungsträger an den Gesprächen teilnehmen.

Heute wurde das Thema der Förderung aus EU-Mitteln nicht erwähnt. Meiner Meinung nach war das Auffinden der Unterstützung für die deutsch - polnische Euroregion Pomerania ein wichtiges Element der Zusammenarbeit und sowohl heute, als auch in der Zukunft können wir das nutzen. In der Euroregion sind Projekte gemeinsam vorbereitet, gemeinsam durchgeführt, gemeinsam finanziert und was natürlich sehr wichtig ist - es gibt ein gemeinsames Team, das diese Projekte verwaltet. Das sind Erfolge, die wir der Euroregion verdanken, die uns den Anstoß und Werkzeuge gab, um bestimmte Projekte durchführen zu können. Die Euroregion leistete auch einen wichtigen Beitrag zu der Einleitung Polens in die Europäische Union.

Adam Krzeminski:

Ich höre Ihren Gesprächen, Aussagen von Experten zu und meiner Meinung nach ist diese Vision vorhanden. Heute haben Sie alle über ein Gefühl von Gemeinschaft in der Region von Kolobrzeg bis Schwerin gesprochen. Über ein Gefühl, ein Bürger der Region zu sein, die sich in beiden Ländern befindet, und jeder ist ihr Teilnehmer und ihr Mitschöpfer. Mir gefiel auch, was Herr Bartnik sagte: dass die junge Generation auch etwas haben muss, was ihre Phantasie anspricht, was erlaubt, ihre eigene romantische Aufgaben zu finden und das Gefühl zu haben, dass auch wir etwas tun, anstatt nur zu wiederholen, was andere vor uns getan haben. Ich finde es auch sinnvoll, den preußischen Grundsatz zu übernehmen: wir marschieren getrennt, greifen vereint an. Zwei Trends: ein von unten kommender im Verhältnis zu dem zweiten, dem staatlichen, der auf den Verträgen basiert, gesetzliche Grundlage hat. Diese Vision besteht darin, über die

Grenzen des eigenen Staates hinauszutreten, so dass man sich für den Zustand, die Zukunft und die Entwicklung des Nachbarn verantwortlich fühlt. Das ist auch in dem gemeinsamen Text von Geremek und Fischer sichtbar: dass die deutsch-polnische Grenzregion ein Schwungrad der Entwicklung dieses Teils von Europa sein kann. Das lässt sich machen, denn heute ist es eine problematische Zone, sowohl in Polen und als auch in Deutschland. Dieser Mangel kann zur Entstehung einer neuen Interessengemeinschaft führen. Man kann nur fragen, ob Ihre Region Minderwertigkeitskomplex loswird, in Bezug auf die Regionen, die "Zugpferde" in der Entwicklung in ihren Ländern sind und sie danach streben wird, in der Region das deutsch-polnische "Siliziumtal" zu schaffen. Vielleicht liegt darin die Zukunft ?

Debatte III

Beispiele guter Praxen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ihre Bedeutung für die Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen – grenzüberschreitende Wirtschaft

Torgelow, den 13. Januar 2011

Teilnehmer:

Dr. Volker Böhning

Landrat des Landkreises Uecker Randow

Alexander Buwelski

stellvertretender Präsident von Szczecin

Ralf Gottschalk

Bürgermeister von Torgelow

Krystyna Iglicka

Professorin an der Universität Warschau

Christian Justa

Direktor einer Filiale der Bundesagentur für Arbeit in Pasewalk

Sylvia Müller-Wolff

Vertreterin von EURES-T in Karlsruhe

Andrzej Przewoda

Direktor des Regionalen Arbeitsamtes in Szczecin

Iwona Ziejewska

EURES-Vertreterin in Szczecin

Moderator:

Mathias Brüggmann

Journalist, "Handelsblatt"



Ralf Gottschalk

Ich bin froh, dass wir uns in Torgelow mit so einem Aspekt der deutsch-polnischen Zusammenarbeit befassen werden wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Willkommen im Raum, wo der Stadtrat in der Regel tagt, aber kulturelle Veranstaltungen hier auch statt finden. Ich nehme an, wenn Sie die Umgebung von Torgelow betrachten, verbinden Sie die Stadt mit der Land- und Forstwirtschaft, aber sicherlich werden Sie überrascht sein, dass die Wurzeln von Torgelow die Produktion oder sogar die Industrie bereits seit mehreren Jahrhunderten sind und besonders in den letzten 250 Jahren. Wenn ich auf die letzten 20 Jahre schaue, muss ich sagen, dass dieses industrielle Profil uns zu den Höhen und Tiefen geführt hat. In den 90er Jahren verloren wir sehr viele Arbeitsplätze in der Industrie, daraus ergab sich eine lang dauernde Arbeitslosigkeit, Migration und ein sehr großer Rückgang der Zahl der Bevölkerung. Wir haben aber auch mit Erfolgen zu tun. Die Arbeitsplätze nahmen in den letzten Jahren um 1000 Plätze zu. Dieses Wirtschaftswachstum fand in den alten industriellen Strukturen der metallurgischen Verarbeitung statt und ich freue mich, dass wir ein Stück der Zukunft gewinnen konnten, indem wir fortsetzten, was wir schon seit Jahrhunderten getan hatten. Szczecin liegt etwa 40 km in einer geraden Linie. Für uns ist es also sehr vernünftig, damit wir den Blick von dieser Perspektive nicht abwenden.

Mathias Brüggmann

Ich bin bisher noch nie in Torgelow gewesen, aber ich kenne es von Szczecin, wo vor kurzem Ihre metallurgischen Betriebe auf den Bildungsmessen präsentiert wurden, um Auszubildende

zu gewinnen. Dies zeigt, dass wir uns im Zentrum des Entwicklungsbereiches befinden. Etwas über die Region zu sagen, ein Gespräch über die Stärken und Schwächen zu starten, fangen wir vielleicht mit den Leuten an, die uns etwas über die wirtschaftliche Lage, über Probleme erzählen können, zum Beispiel über die Arbeitslosigkeit; sie sagen uns auch, wie deutsche Unternehmer diesseits der Grenze die völlige Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes ab Mai dieses Jahres betrachten.

Christian Justa

Der Arbeitsmarkt in der Region ist durch die zurückgehende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Dies ist sowohl mit der Migration als auch mit der demographischen Situation verbunden, aber vor allem – mit einer zunehmenden Zahl von Arbeitsplätzen; es wurde hier über 1.000 neuen Arbeitsplätze in 2005-2009 geredet. Neben ihnen haben wir noch 200 Teilzeitstellen. Trotz der ländlichen Struktur unserer Region haben wir immer eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften, nach Fachleuten, die nicht immer vorhanden sind. Manchmal müssen wir sie ausbilden. Unsere Region zeichnet sich auch durch die niedrigeren als durchschnittliche Gehälter aus. Wir haben auch einen sehr niedrigen Koeffizienten von Ausländern - 0,6% aller Beschäftigten in unserer Region, unter 18 Tausenden der arbeitstätigen Menschen in unserem Landkreis. Wenn wir das Grenzgebiet betrachten, vor allem - die nächste große Stadt jenseits der Grenze, denken viele von uns sofort an den 1. Mai 2011. Manche gehen noch von der Annahme aus, dass dort wirklich polnische Bürger auf den gepackten Koffern sitzen und bald uns überschwemmen. So ist es aber nicht. Die Schlussfolgerung von vielen Studien und Prognosen sind, dass die Polen, die nach Deutschland kommen wollten, bereits da sind. Wenn es um die Migrationsströme innerhalb der Europäischen Union geht, haben wir noch immer damit zu tun, aber nur da, wo es immer einfach war: Großbritannien, Irland, Schottland. Wo es seit 2004 keine Einschränkungen gab. Deutschland ist sicherlich kein Einwanderungsland Nummer 1. Prognosen stützen sich darauf, dass wir solche Bedingungen wie vor 2004 haben, d.h. Österreich und Deutschland teilen zwischen einander 60% des Potenzials der Migration aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Vielleicht kommen einige Menschen, die sich zuvor für Irland und Großbritannien entschieden hatten, auf den Kontinent, weil es einfacher ist, von hier aus nach Hause zu fahren. Wer hierher kommt, ist eher eine Person, die Freunde, Familie und Bekannte in Deutschland hat, und das bedeutet - Bayern, Baden-Wittenberg, Stuttgart, aber sicher nicht Mecklenburg-Vorpommern und Torgelow. So müssen wir weiter noch etwas tun, etwas wird sich doch nicht von sich selbst ändern. Wenn diese freien Stellen, die wir im Angebot haben, mit polnischen Arbeitern besetzen wollen, müssen wir für sie werben und wir müssen uns gegen die Konkurrenz anderer Regionen in Deutschland verteidigen. Was für uns von Nutzen ist, ist die Nähe von Szczecin und der Woiwodschaft Westpommern. Dort kann man weiterhin leben, in Deutschland arbeiten, und am Feierabend nach Hause gehen. Höhere Löhne, die man in Deutschland verdienen kann, können in den wirtschaftlichen Umlauf in der Heimat gebracht werden. Für uns wäre es an der Grenze ein gewisses Optimum, wenn etwas in diesem Bereich getan werden konnte. Aber die 1200 Stellen, die in Mecklenburg-Vorpommern jeden Monat aus der Statistik herausfallen, weil diese Leute aus verschiedenen Gründen ihre Arbeit beenden, können sicherlich gar nicht mit neuen Arbeitnehmern aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten besetzt werden.

Andrzej Przewoda:

Wenn wir das Problem des potenziellen Phänomens der Erwerbsmigration betrachten, das nach dem 1. Mai dieses Jahres erfolgen kann, wenn der deutsche Arbeitsmarkt für die polnischen Arbeiter ganz geöffnet wird, muss man sich überlegen, ob es auf unserer Seite, in Vorpommern ein Potential gibt, ob man die Menschen finden kann, die daran interessiert sein werden, auf der deutschen Seite eine Arbeit aufzunehmen. Befriedigen wir den einfachen Bedarf, einerseits die Erwartungen der deutschen Unternehmer, andererseits, ob es die Menschen gibt, die an einem Job auf der anderen Seite der Grenze interessiert sind, aber gleichzeitig auch diejenigen, die über entsprechende Qualifikationen verfügen, gemäß der Nachfrage auf der deutschen Seite. Wenn wir reine Arbeitsmarktstatistik in Vorpommern ansehen, scheint es, dass dieses Potenzial vorhanden ist und dass man sehr ernsthaft daran denken kann, dass ein Teil der Menschen in Vorpommern, die heute keine Arbeit haben, daran interessiert sein können und die Beschäftigung auf der anderen Seite der Grenze finden können. Ende November stieg die Arbeitslosenquote in unserer Region über 16%, in absoluten Zahlen - über 100.000 Menschen. Es ist wichtig das zu betrachten, wie die Struktur der Gruppe aussieht und ob und in welchem Umfang diese ganze Menge von Leuten in der Tat Interesse daran haben kann, eine Arbeit in Deutschland aufzunehmen. Und inwieweit können wir Gebrauch von ihren Kompetenzen haben. In Westpommern ist die Struktur der Arbeitslosigkeit seit einigen Jahren sehr ähnlich geformt. Sie hat einige besondere Merkmale, Indikatoren. 40% der registrierten Arbeitslosen wohnen in Kleinstädten, in kleinen Gemeinden, in den Dörfern. Dies sind Effekte der sozio-ökonomischen und wirtschaftlichen Merkmale unserer Region - die Folgen des Zusammenbruchs der großen Staatslandwirtschaften, die wir seit mehreren Jahren tragen und die unsere Wirtschaft beeinflussen. Ein weiterer sehr wichtiger Indikator, der beachtenswert ist, ist die Tatsache, dass 45% der registrierten Arbeitslosen ohne Arbeit für mehr als 12 Monate bleiben. So sind das die Leute mit relativ geringen beruflichen Qualifikationen und diejenigen, deren Rückkehr auf den Arbeitsmarkt verhältnismäßig am schwierigsten ist und dieser Prozess die meistkomplexen Tätigkeiten und Instrumente erfordert.

Westpommern ist eine der Regionen in Polen, die durch das Problem der Arbeitslosigkeit auf eine besondere Weise betroffen ist. Wir gehören zu der Gruppe der Woiwodschaften mit der relativ höchsten Arbeitslosigkeit. In Westpommern kann man auch selbst sehr deutlich große Unterschiede sehen. Wir haben Stadtgebiete, urbanisierte Gebiete, in denen die Arbeitslosigkeit ähnlich wie der nationale Durchschnitt ist und es schwankt um 10% - ich meine hier die Stadt Szczecin, Swinoujscie, Kolobrzeg und schließlich Koszalin. Aber wir haben auch Landkreise, insbesondere im östlichen und zentralen Teil der Woiwodschaft, die Landkreise, die einen ländlichen Charakter haben, mehr auf die Landwirtschaft eingestellt sind, wo die Arbeitslosenquote über 20%, manchmal 25% liegt. Da befindet sich die größte Menge von Menschen ohne Arbeit.

Wie hat sich das über mehrere Jahre gestaltet, zeigt dieses Diagramm. Im Jahre 1999 gab es knapp über 110.000 Arbeitslose. Bis zum Jahr 2004 wuchs die Zahl der Nichtbeschäftigten sehr deutlich und sehr schnell, bis sie das Niveau von 198 000 Menschen in Westpommern ohne Beschäftigung erreichten. Seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union, von 2004 bis Mitte 2008 ist diese Zahl systematisch gesunken. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesen 4 Jahren wurde stark durch die Migration beeinflusst. Eine ganze Menge von Menschen fand eine Arbeitsstelle in diesen Arbeitsmärkten in Westeuropa, die bereits in 2004 für die polnischen

Arbeiter völlig offen waren. Einen Einfluss auf das Sinken der Arbeitslosenquote hatte sicherlich die sehr gute wirtschaftliche Situation in dieser Zeit und sehr dynamische Entwicklung sowie Unterstützung und Ausnutzung der großen EU-Mittel, die Polen seit 2004 nutzen konnte. Und so etwa Mitte 2008 sank die Zahl der Arbeitslosen in unserer Region bis knapp 75.000 Menschen. Es schien damals, dass erstens, wir mit einer sehr günstigen, positiven Erscheinung zu tun haben. Doch im Jahr 2008 - wie wir alle wissen - gab es eine globale Krise und Konjunkturabschwächung, was in unserer Region nicht ungehört blieb. Seitdem wächst die Arbeitslosigkeit systematisch. Heute schwankt sie um 16%. Dies bedeutet, dass etwa 100 Tausend Menschen keine Arbeit haben. Das Diagramm zeigt sehr deutlich auch ein weiteres Merkmal des Arbeitsmarktes in Westpommern, das heißt, Saisonalität der Arbeitslosigkeit. Jede weitere Jahreswende, jede Herbst- und Wintersaison, Anfang des Jahres bedeuten eine vorübergehende Erhöhung der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Dies ergibt sich aus der Besonderheit unserer Wirtschaft, aus zahlreichen Arbeitsstellen, entweder in der Landwirtschaft oder im Baugewerbe und schließlich im Bereich der touristischen Dienstleistungen, die aufgrund unserer geographischen Lage saisonbedingt sind und in der Herbst- und Winterzeit der Reiseverkehr - und damit auch - der Tourismus - sehr deutlich zurück geht. Wie das Angebot an Arbeitsplätzen auf dem Arbeitsmarkt in Westpommern aussieht, versuche ich auch auf diesem Diagramm zu zeigen - die Zahl der Angebote an Arbeitsplätzen, die wirtschaftliche Situation in der Region in den letzten Jahren. Von 2003 bis 2007 steigt systematisch jedes Jahr die Zahl der Angebote von Arbeitsstellen, die in den Arbeitsämtern in Vorpommern erscheinen. Von 40.000 auf 73.000 im Jahr 2007. Dann fangen wir an, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu beobachten - die Zahl der Arbeitsplätze geht sehr deutlich nach unten, auf 46.000 im vergangenen Jahr. In diesem Jahr kann man bereits eine Trendwende beobachten: Wir können sehen, dass diese Abschwächung, die Wirtschaftskrise langsam hinter uns zu sein scheint. Aber die ganze Zeit sind wir noch sehr weit von dem Niveau der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, das wir vor drei Jahren hatten. Also, wenn wir all diese Daten zusammenzählen und das statistische Bild betrachten, können wir über zwei Dimensionen dieses Phänomens sprechen: einerseits scheint es, dass wir ein potenziell großes Angebot an Menschen haben, die an der Arbeit, auch auf der deutschen Seite interessiert sein können, aber andererseits haben wir die Besonderheit des Problems der Arbeitslosigkeit, Besonderheit des durchschnittlichen Arbeitslosen in Vorpommern und wir müssen uns bewusst sein, dass es in den meisten Fällen eine Person ist, die keine hohen Berufsqualifikationen hat, ganz lange ohne Beschäftigung bleibt, die sicherlich unsere Erwartungen nicht erfüllen wird, wenn auch Deutschkenntnisse. Also wird es kein Angestellter sein, der so leicht verschoben werden kann oder dem man einen Arbeitsplatz auf der anderen Seite der Grenze weist. Ein weiteres Problem ist die Frage der Berufsmobilität dieser Personen, der geographischen Mobilität. Werden diese Personen und in welchem Grad daran interessiert sein, einen Job zu finden, der Hunderte Kilometer von ihrem Wohnort entfernt ist. Hier ist zweifellos das Grenzüberschreiten, die Frage der Nähe ein Vorteil. Denn man kann sich vorstellen, eine Arbeit auf der deutschen Seite aufzunehmen, aber in der Situation, wenn sich der Mittelpunkt der Lebensinteressen die ganze Zeit auf der polnischen Seite konzentriert, wenn das nicht mit langer Trennung von der Familie, langfristiger Ausreise oder Wechsel des Wohnsitzes verbunden wäre.

Zusammenfassend scheint es, dass einerseits wir ein enormes Potenzial haben, um diesen Austausch, die Nachfrage der deutschen Arbeitgeber nach qualifizierten Arbeitskräften zu einem gewissen Grad mit dem Angebot der Arbeitnehmer von der polnischen Seite zu erfüllen, aber andererseits können wir nicht vergessen, dass sicherlich die Qualifikationen der Menschen, die

heute in Vorpommern ohne Arbeit sind, nicht immer den Erwartungen der deutschen Arbeitgeber entsprechen werden. Daraus ergibt sich der gesamte Bereich der Herausforderungen, um zu versuchen, die Erwartungen der Arbeitgeber mit den Fähigkeiten, Qualifikationen der Arbeitssuchenden in Einklang zu bringen.

Krystyna Iglicka:

Ich bin keine regionale Spezialistin. Ich bin Wirtschaftswissenschaftlerin und Demographin, aber ich beschäftige mich mit Fragen der Migration aus Polen nach 2004. Ich versuche, dieses Problem eher aus der Sicht des Entsendestaates vorzustellen, denn es scheint mir, dass es gut zu wissen wäre, dass es in dem weltweiten Kampf um Arbeitskräfte Gewinner gibt, die die Mitarbeiter bekommen, aber es gibt auch Verlierer, die Exporteure dieser Arbeitskräfte sind. Meiner Meinung nach gehört Polen zu solchen Verlierern. Wie Sie wissen, haben wir als Land nach 2004 eine der größten Auswanderungswellen seit Mitte der 50er Jahre erlebt. Prognosen aus der britischen und polnischen Seite nahmen an, dass gegen 2004 etwa 30 Tausend Menschen nach Großbritannien fahren werden. Wie wir wissen, sind nach 2004 etwa 2 Millionen Polen ins Ausland gefahren, um da eine Arbeit zu finden. Was bedeutet diese Massenauswanderung der polnischen Arbeiter für den Entsendestaat? Erstens - der Verlust der Bevölkerung. Wir haben - ebenso wie Deutschland - demographische Probleme und in der Zukunft werden sie noch größer. Dies hängt mit der Drainage der Fähigkeiten, der Reduzierung des menschlichen Kapitals, Arbeitskräftemangel auf dem Arbeitsmarkt und der Wachstumsabschwächung, vor allem in einem regionalen Kontext, zusammen. Und hier beziehe ich mich darauf, was Herr Przewoda vor einer Weile gesagt hat, denn es ist keine Chance für manche Regionen. Leider verursachen Migrationen in der regionalen Perspektive, vor allem im Fall der schwächeren Regionen, Probleme in der Zukunft. Dies sind die Nachteile dieser Erscheinung: Verlust von Bevölkerung, Drainage der Fähigkeiten etc. Die Vorteile wurden bereits erwähnt: in der Tat um das Jahr 2004 trat der Export von Arbeitslosigkeit ein; die Arbeitslosigkeit in Polen schwankte dann um 20%. Die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen lag dagegen bei über 30% - das waren junge, gebildete Menschen, die das Land verlassen haben. Nicht diejenigen, die soeben im Profil eines potentiellen Auswanderers gezeigt wurden, dann verreisten ganz andere Menschen. Aber sie erfüllten auch nicht die Erwartungen der Märkte. Das heißt, in gewissem Sinne haben sie das gemacht, weil sie die Arbeiten übernahmen, die die lokalen Arbeitskräfte nicht ausüben wollten. Aber die Arbeiten stimmten nicht mit ihrer Ausbildung überein. Doch in Bezug auf die Makroperspektive, ja, war der Rückgang der Arbeitslosigkeit aufgrund ihres Exportes positiv für das Land. Ein weiteres Vorteil, der auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur und in den Ländern, die Migration erlebt haben, umstritten ist, sind Übertragungen. Einerseits sind einige Leute sehr erfreut, dass Geld aus dem Ausland ins Land gepumpt wird. Die Frage ist nur, ob es für Investitionen bestimmt wird. Dieses Geld wird nicht investiert, sondern dafür bestimmt, um den Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Die Transfers sind mit einem solchen Problem verbunden, das in der ökonomischen Literatur als "moral hazard problem" (das ist eine englische Definition dieses Phänomens) beschrieben wird, wiederum in der regionalen Perspektive. Das ist ein Problem der abschwächenden Konjunktur der Haushalte - derjenigen, die geblieben sind und das Geld aus der Emigration benutzen. In einem gewissen Sinn rechnen die Menschen, die geblieben sind, auf diese sogenannte Exilsozialleistung. Das verursacht, dass die Frauen oder ältere Menschen auf dem lokalen Arbeitsmarkt nicht aktiv werden wollen, da sie wissen, dass diese Übertragung erfolgt. Das ist auch ein Problem für einige Regionen. Das passt auch zur

Woiwodschaft Westpommern. Manche ökonomischen Theorien, z.B. eine Theorie, die "die Distribution des menschlichen Kapitals" genannt wird, und das Thema der Emigration behandelt, sagt in ein paar Worten, dass die Migration ein selektiver Prozess ist, der in der Anfangsphase die dynamischsten und am besten ausgebildeten, die Pioniere anzieht. Die Pioniere sind junge Männer, dynamisch, gebildet, zu allem bereit. Die Tatsache ist, dass solche bereits verreist sind. Nach Großbritannien, Irland und in andere Länder. Was passiert noch weiter? Die Migration hört nicht auf, gar nicht. Die Ausreise dieser am besten Ausgebildeten führt zu der Reduzierung des menschlichen Kapitals in Entsenderegionen d.h. in Westpommern und seiner Anhäufung in den Empfangsregionen und damit steigert ihre Produktivität. In den Entsenderegionen führt das jedoch zu weiterer Stagnation und Migration. Migration ist ein Prozess, der sich selbst antreibt. Dies bedeutet im Allgemeinen, dass die Migrationen nach Deutschland stattfinden werden, aber es müssen nicht die Migrationen der besten und dynamischsten sein. Das werden eher die schlechteren und schwächeren.

Ich möchte noch kurz sagen, was sich aus meinem Studium über Deutschland ergibt hat. Es ist auch nicht so, dass all diejenigen, die es wollten, schon nach Deutschland gefahren sind. Im Jahr 2004 arbeiteten in Deutschland, nach unseren Statistiken, etwa 200 Tausend Menschen, in 2009 - 400 Tausend. So hat sich die Anzahl der polnischen Arbeiter trotz des geschlossenen Arbeitsmarktes verdoppelt. Das sind - neben den Saisonarbeitern - noch die dynamischeren, die die Möglichkeit des freien Dienstleistungsaustausches ausnutzten und Unternehmen gründeten. Vor 2004 war Deutschland auf dem ersten Platz als Gastland der polnischen Einwanderer, nach 2004 fiel es auf den zweiten Platz. Doch aus unseren Forschungen, die jedes Jahr durchgeführt sind (das ist eine gesamtpolnische repräsentative Untersuchung, die "soziale Diagnose" heißt) folgt, dass seit 2008/2009 Deutschland wieder von den Polen als Gastland bevorzugt wird und sich in dem ersten Platz befindet. Dies ist wahrscheinlich mit hohen Erwartungen verbunden und auch damit, dass der britische und irische Markt schon alle aufgenommen hat, die da Platz finden konnten. In Polen ist neben strukturellen Problemen noch ein kultureller Faktor von großer Bedeutung. Migrationen sind kulturell positiv wahrgenommen und eine große Rolle spielt hier noch die Hoffnung, dass Deutschland den Arbeitsmarkt öffnet. Ich forschte über das Potenzial der Reisen. Hier ist auch eine Sache, die damit übereinstimmt, was Herr Przewoda sagte. Nun, die Befragten, unter all den Faktoren, die zur Migration führten, nannten: erstens - der wirtschaftliche Faktor - Unterschiede in den Löhnen und zweitens - der geographische Faktor - die geografische Nähe. Ein weiterer Faktor, der sehr wichtig und sehr oft in Untersuchungen der Migration übersehen ist, ist ein Netzwerk, ein Netzwerk von Verbindungen, also Familie, Verwandte im Zielland. Das ist ein Faktor, der das Risiko verringert, der verursachen kann, dass - so wie wir hier voraussehen - die Menschen ausreisen werden, die weniger mobil und weniger mutig sind. Außerdem ging aus meinen Forschungen heraus, dass das Profil des Befragten ein etwa dreißigjähriger, sogar vierzigjähriger Mann ist, der sich für eine Migration nach Deutschland entscheiden würde. Und daher können neben dem Unterschied in den Löhnen diese geographische Nähe und Sicherheit dank der Familie und den Freunden dazu führen, dass gerade diese Leute verreisen werden. Noch ein Faktor, der durch die Befragten betont war - die Erkennung des deutschen Marktes. Alle diese Faktoren, zusammen angegeben, können als Beschleuniger wirken. Da alle Voraussetzungen für die Migration erfüllt sind. So, dass diese Migration größer sein kann als erwartet. Denn wie ich schon gesagt habe - vor 2004 zeigten die Daten auf knapp 30 Tausend. Meiner Meinung nach werden sicherlich nicht die Mitarbeiter auswandern, die auf dem deutschen Markt am meisten benötigt werden. Die Frage ist, wie sie damit klarkommen. Aber meiner Ansicht nach, reisen sie sicher aus. Das

kann auch eine Art von Bedrohung sein: die Arbeit in Deutschland und das Leben in Polen, das wird am besten durch die Woiwodschaft Opole bewiesen. Da diese Arbeit nicht so nah ist, dass die Menschen, die weniger mobil sind, ausreisen können. Nach einiger Zeit taucht Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber auf - wir haben das in den niederländischen, britischen, irischen Forschungen beobachtet. Es scheint, dass die Reisekosten niedrig sind, man kann mit dem Flugzeug einer billigen Fluggesellschaft fliegen, um mit der Familie das Wochenende zu verbringen... Aber es stellt sich doch heraus, dass die meisten dieser Leute da bleiben. Es wird da ein starkes Emigrationsmilieu gebildet - im Moment wird die Zahl der polnischen Kinder in Großbritannien auf 150.000 geschätzt. Wissen Sie, dass wir ein Land sind, das eine der niedrigsten Geburtenrate unter den EU-Ländern von 1,3 (und die Fertilitätsrate von zwei und noch einem Stück führt dazu, dass die Generationen ersetzt werden können) hat. Aber wenn es um die Geburtenrate unter Polinnen in Großbritannien geht, sind wir gleich nach den Frauen aus Indien, auf dem zweiten Platz, vor Pakistan und Bangladesch. Das zeigt auch eine Art der Veränderung der Migration aus dem Erwerbsprofil in den langfristigen Familien- und Ansiedlerprofil. Ich weiß nicht, ob das, was ich sagte, optimistisch klang.

Sylvia Müller-Wolff

Ich arbeite für das EURES-Netzwerk im Arbeitsamt in Karlsruhe. Die Abkürzung EURES bedeutet European Employment Services. Das ist ein Netzwerk der Europäischen Kommission, im Jahr 1992 gegründet, um die Mobilität zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und dann auch zwischen den Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften und der Schweiz zu verbessern. Jetzt arbeiten etwa 100 EURES-Berater, u.a. habe ich eine Freundin hier in der Region. Unsere Arbeit besteht darin, die Bürger in allen Fragen rund um die Migration zu unterstützen, Fragen zu beantworten, wie man einen Job finden kann, was beachtet werden muss, wenn man eine Arbeit aufnimmt, wie man volle soziale Versicherung bekommen kann, wie die Krankheitsversicherung aussieht, wie man Bestätigung und Anerkennung von Berufsqualifikationen bekommen kann. All dies gehört zu Migrationsfragen. Ich komme aus dem Westen der Bundesrepublik Deutschland, aus der Region am Oberrhein. Wir sind eine Region von drei Ländern: Deutschland, Frankreich und der Schweiz, so haben wir unter uns einen Staat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist. Wir haben mit mindestens 3 Sprachen, verschiedenen Kulturen, Paradigmen, wirtschaftlichen Bedingungen, unterschiedlichen Arbeitsweisen zu tun. Frankreich ist sehr zentralistisch, Deutschland bedeutet Föderalismus und schweizerische Kantone haben in vielerlei Hinsicht eine sehr große Autonomie - hier stößt eine Reihe von verschiedenen Faktoren zusammen. Die Bewohner der Region sind weniger als 6 Millionen. Die Region am Oberrhein umfasst das Elsass auf der Seite von Frankreich, Baden auf der deutschen Seite und 5 Kantone im Norden und im Westen der Schweiz. Unsere Region wird dadurch geprägt, dass wir mit den Menschen zu tun haben, die jeden Tag die Grenze überqueren, weil sie in einem Land leben und in einem anderen arbeiten. Dieses Phänomen tritt bei uns seit vielen Jahren auf, es gibt etwa 19.000 von solchen Leuten, von denen etwa 2/3 aus dem Elsass und 1/3 aus Baden stammen. Die Menschen aus Frankreich fahren zur Arbeit nach Deutschland und in die Schweiz, und aus Deutschland fahren sie in die Schweiz - das sind Einbahnstraßen. Wir haben relativ wenige Mitarbeiter, die sich über die Grenzen in die andere Richtung bewegen, nämlich aus dem deutschen Baden ins französische Elsass oder aus der Schweiz ins Elsass in Frankreich oder nach Baden in Deutschland. Doch die Zahl von Menschen wächst, die zur Arbeit aus Deutschland nach Frankreich fahren. Elsass umfasst ländliche Gebiete, die Region von Straßburg hat sehr interessante Arbeitsstellen, aber im nördlichen Elsass gibt es fast nichts, nur

Landwirtschaft und sehr wenig Industrien. Im Süden vom Elsass überwiegt Automobilindustrie. In der Schweiz gibt es Banken, Pharmaindustrie, und nichts anderes. Auf der französischen Seite waren Immobilienpreise viel geringer, was verursachte, dass viele Deutsche auf die französische Seite umzogen, wo sie Häuser oder Wohnungen kauften, aber sie behielten ihre Arbeitsplätze auf der deutschen Seite. Ebenso sieht es in dem ganzen Dreieck der Länder Deutschland-Frankreich-Schweiz. Die Schweiz war schon immer sehr teuer, es war fast unmöglich, dort ein Haus zu kaufen, deshalb blieben die Menschen im Elsass, in Baden und jeden Tag fuhren sie zur Arbeit in die Schweiz, und so ist es bis heute. Warum verlassen die Leute die gewöhnliche Familien- und Hausumgebung? In erster Linie, weil sie anderswo mehr Geld verdienen. Dies ist die Hauptmotivation, aber der Schlüssel zu allem ist die Sprache. Ohne erforderliche Sprachkenntnisse finden sie auf der anderen Seite der Grenze keine Arbeit. Aber an der Grenze zieht eigentlich jeder aus diesem Phänomen Nutzen. Die Arbeitnehmer zahlen in dem Arbeitsort soziale Versicherung und in dem Wohnort Steuern. Wenn es um die Steuern geht, gibt es zwar keine gesamteuropäische Regelung, aber alles ist in den Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung festgesetzt, Deutschland hat etwa 120 solche Abkommen geschlossen, aber die Vorschriften über die Sozialversicherung sind in der ganzen EU gleich. Jeder Arbeitnehmer, der in der EU beschäftigt ist, es gibt nur wenige Ausnahmen, zahlt seine Sozialversicherungsbeiträge in dem Land, wo er arbeitet. Aber wo gibt er das verdiente Geld aus? In der Regel da, wo er lebt. In den letzten Jahren stiegen die Immobilienpreise auf der deutschen Seite nicht so schnell wie auf der französischen. Plötzlich haben wir mit einem Phänomen zu tun, dass französische Staatsangehörige auf die deutsche Seite umziehen, hier Häuser kaufen, weil sie das in ihrer eigenen Region in der Nähe von Straßburg nicht mehr leisten können. Aber sie passieren täglich die Grenze nach Frankreich, wo sie bisher gearbeitet haben. Dies bedeutet, dass die Zahl von Menschen wächst, die sich jeden Tag über die Grenze bewegen, die in Deutschland leben und nach Frankreich zur Arbeit fahren. Vor drei Jahren gehörten in Kehl – das ist eine Stadt, die an Straßburg grenzt - 8 von 10 Einträgen in das Grundbuch zu den Franzosen, die auf der deutschen Seite ein Haus oder eine Wohnung gekauft haben. Natürlich haben wir seit vielen Jahren die Menschen, die auf diese Weise täglich über die Grenze gehen. Das Phänomen von Menschen, die die Grenze täglich überschreiten und sich auf dem Weg Haus-Arbeit-Haus bewegen, ist bereits in den 60er Jahren aufgetreten. Im Moment haben wir eine neue Situation: viele von diesen Menschen treten in den Ruhestand und stellen einen Antrag auf die Bestimmung der Höhe von der Rente, er kommt damit zu uns. Und so sehen wir, dass es die Menschen sind, die 35-40 Jahre lang in Deutschland gearbeitet, in Frankreich gelebt hatten – dann stellten die großen Firmen Siemens, Michelin, Mercedes, Daimler Chrysler hauptsächlich ausländische Arbeitskräfte an. Am Anfang war es auch so, dass viele Menschen mit hohen fachlichen Qualifikationen auf der anderen Seite der Grenze eine Arbeit aufnahmen, die geringere Qualifikationen als sie hatten erforderte und es war immer der Fall, wenn die Leute auf der deutschen oder schweizerischen Seite der Grenze beschäftigt wurden. Also hatten wir einen Facharbeiter, der auf der deutschen Seite in der Mercedes-Fabrik an der Band gearbeitet hatte, war er jedoch eine Person, die Abitur gemacht hatte, aber er tat es, weil er so viel verdiente, dass er sich damit abfand, die Arbeit auszuüben, die unter seinen eigentlichen beruflichen Qualifikationen war. Das änderte sich heute. Wenn wir die Zahl der Verträge betrachten, die auf der deutschen Seite abgeschlossen wurden, haben wir in der Regel mit unvollständigen Arbeitsverträgen zu tun und meistens sind das auch Arbeitsverträge zwischen einer natürlichen Person und einem Unternehmen, das die Mitarbeiter least. So haben wir immer weniger Menschen, die in den sehr renommierten Großunternehmen auf der deutschen Seite beschäftigt sind. Sehr wichtig sind die Fragen, die im Zusammenhang mit dem Thema der

sozialen Versicherung und Besteuerung kommen. Deswegen haben wir in dem Netzwerk von EURES-Punkten auch sogenannte EUREST-Strukturen, d.h. grenzüberschreitende Strukturen. Denn besondere Umstände erfordern besondere Strukturen. Ich sage immer: wir üben hier an der Grenze Europa aus. Europa wird in den Grenzregionen verwirklicht. Daher hat die Europäische Kommission gerade in diesen Bereichen die EUREST-Strukturen ins Leben gerufen. Die Idee ist, an einem Ort die Vertreter von allen für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt wichtigen Beteiligten zu sammeln. Das Ziel ist - so nahe wie möglich den Bürgern zu sein, sie zu beraten, zu informieren und ihnen zu helfen. Seit vielen Jahren arbeiten wir an den Grenzen mit unseren Kollegen aus Frankreich und der Schweiz zusammen, ich selbst arbeite seit 1987 ohne Unterbrechung an der Grenze und unsere Strukturen funktionieren hier seit 1984. Wir fahren über die Grenze, wo wir die Menschen in allen Fragen beraten, auch in den Fragen der sozialen Versicherungen. Man stellt uns Fragen, wie und wo eine Steuererklärung eingereicht werden muss, wo ich die Bestimmung der Höhe von der Rente beantragen muss, wie ich einen Job finde, ob ich in Deutschland und Frankreich zum Arzt gehen kann, was passieren wird, wenn ich im Ruhestand bin? Habe ich dann immer noch die Freiheit, einen Arzt auf beiden Seiten der Grenze zu wählen? Dies sind Fragen, die wir während unserer vereinbarten Ausfahrtstreffen und in den sogenannten Tagen der offenen Tür für die Bürger beantworten. Dann treffen sich zum Beispiel die Vertreter aller Sozialversicherungsdienste aus unserer großen Region. Das ist so ein Forum, in dem die Bürger den Experten jede Frage stellen können. Wir machen auch Seminare, in denen wir lernen, wie man eine Arbeit suchen soll, aber auch - im Allgemeinen - über kulturelle Unterschiede. Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlungen machen natürlich ihre Handlungen miteinander aus - wir treffen uns einmal im Jahr, die Arbeitsämter aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland - wir sprechen auch unsere Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik ab und versuchen, gemeinsam zur Bewältigung von aktuellen Krisen beizutragen, unabhängig davon, ob die Krise den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften oder das Überangebot an der Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt betrifft. Wir organisieren Messen, zu denen wir Arbeitgeber und Arbeitsuchende aus beiden Seiten der Grenze einladen. Natürlich befassen wir uns auch mit der Bildung, hier haben wir ein Problem mit der Finanzierung. Betreffs der Bildungstätigkeiten, d.h. Berufsbildung, berufsbildende Kurse, Hilfe bei der Beschaffung eines neuen Berufs, das können wir nicht über die Grenzen hinweg finanzieren. All dies ist noch immer in dem nationalen System finanziert. Wir treffen uns immer, wenn es irgendwelche Probleme gibt, wo Lücken vorkommen. Seit Mai des vergangenen Jahres haben wir eine neue Regelung, die die Fragen der sozialen Versicherungen innerhalb der EU regelt. Viele Fragen wurden dadurch verbessert, auch wenn es noch einige Lücken im Gesetz gibt. Wir sind bestrebt, diese Lücken zu füllen, die daraus folgenden Probleme im Forum der nationalen Regierungen oder durch die Einleitung gewisser Handlungen in der Europäischen Kommission zu lösen und in der Regel gelingt es uns. Was uns auch wirklich am Herzen liegt, dass die Berufsausbildung schon von Anfang an auch auf der grenzüberschreitenden Ebene stattfindet - dass junge Franzosen den Beruf auf der deutschen Seite und umgekehrt erlernen können. Deswegen überschreiten die Berater aus beiden Ländern auch die Grenze und beraten diese jungen Menschen. Wir beschäftigen uns auch mit der Weiterbildung für Unternehmer, für unsere Partner, wir schulen auch die sozialen Berater, so dass sie am besten die Bürger informieren können; wir arbeiten in verschiedenen Expertausschüssen auf beiden Seiten der Grenze zusammen, auch in denjenigen auf der politischen Ebene, um Probleme, die an der Grenze gibt, an denen wir jeden Tag von den Bürgerinnen und Bürgern erfahren, die uns besuchen - zu identifizieren und Informationen darüber weiter zu übermitteln - und damit Probleme auf die politische Ebene zu führen, wo sie gelöst werden können. Wir bearbeiten auch Broschüren, zum

Beispiel Büchlein für Leute, die täglich die Grenze aus beruflichen Gründen überschreiten. Hier haben wir die fünfte Auflage dieses Buches, das alle gesetzlichen Vorschriften über die Situation von Menschen, die jeden Tag über die Grenze zum Zwecke einer Erwerbstätigkeit, enthält. Aber wir geben solche Publikationen auch über kulturelle Unterschiede heraus, manchmal zeigen wir ebenfalls Muster in Form von Stereotypen, weil es wichtig zu wissen ist, welche Stereotypen vorkommen. Aber auch Informationen darüber, wie man peinliche Situationen vermeiden kann.

Es scheint mir, dass es sehr viele Möglichkeiten in der Grenzregion gibt, aber der Bürger muss sie zuerst sehen. Man darf nicht über solche Möglichkeiten abgesehen von den Bürgern sprechen, die Prozesse müssen ihnen verdeutlicht werden, die Vorteile gezeigt werden und dann erkennen und identifizieren die Bürger selbst ihre eigenen persönlichen Möglichkeiten.

Mathias Brüggmann

Von diesem Schlaraffenland am Rhein kann man etwas lernen, z.B. dass man in der reichen Schweiz richtig viel Geld verdienen kann, schmackhafte Gerichte mit Sauerkraut in Straßburg essen kann und dazu noch in Deutschland billig einkaufen kann. Aber ich würde sagen, dass ein Problem bei Ihnen noch nicht gelöst ist: wenn man einen französischen Angelschein hat, kann man auf seiner Grundlage nur auf der französischen Seite der Grenze angeln und jenseits der Grenze darf man den deutschen Fisch nicht berühren. Das sind immer noch Situationen, die bei uns im Osten ein wenig anders funktionieren und in unserem Land können Sie auch etwas lernen.

Iwona Ziejewska

Ich bin EURES-Beraterin im Regionalen Arbeitsamt in Szczecin. Sylvia hat Ihnen sehr schön über das grenzüberschreitende EURES, das so genannte EURES-T erzählt. In unserem Gebiet, wenn es um Westpommern geht, wurde eine solche Konstruktion des grenzüberschreitenden EURES noch nicht gebildet. Das ist mit der Tatsache verbunden, dass der deutsche Arbeitsmarkt für uns im Jahr 2004 nicht eröffnet wurde, solche Möglichkeit haben wir erst jetzt, im Mai. Aber als EURES-Berater arbeiteten wir die ganze Zeit mit Kollegen jenseits der Grenze zusammen – mit den EURES-Beratern von den Arbeitsämtern aus Pasewalk und Eberswalde. Erst im vergangenen Jahr, im Zusammenhang damit, dass sich das Datum der 1. Mai 2011 uns langsam näherte, hat dieser Wunsch, die Zusammenarbeit und den Austausch von Erfahrungen zu festigen, zur Schaffung der Oder-Partnerschaft geführt. Dies ist keine grenzüberschreitende Partnerschaft, wie die Partnerschaft von EURES-T, die eine Menge Erfahrung und erweiterter Zusammenarbeit erfordert. Aber ich denke, in der Zukunft kommt es dazu, dass wir hier an unserer Grenze das EURES-T schaffen, um die Polen, die nach Deutschland reisen wollen, zu informieren, ihnen Informationen über Angebote an Arbeitsplätzen, über Möglichkeiten und Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesem Land zu geben. Im Bezug auf unsere aktuellen Aktivitäten konzentrieren wir uns dagegen vor allem darauf, Informationen für unsere Arbeitssuchenden zu gewinnen. In diesem Jahr haben wir als Teil unseres Zuschusses für die Jahre 2009/2010/2011 u.a. geplant, eine Reihe von Informationsbroschüren für die Polen zu schaffen, wie die Möglichkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind und wie dieser Arbeitsmarkt aussieht. An der Oder-Partnerschaft auf der polnischen Seite ist das Regionale Arbeitsamt, dessen Vertreterin ich bin und noch drei Landkreisarbeitsämter in Gryfino, Swinoujście und Police beteiligt. In diesem Jahr ist doch das Hauptprojekt und das Hauptziel

unserer Partnerschaft eine Veranstaltung, die wir am 9. Mai planen, also kurz nach der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes. Die Veranstaltung, die wir zusammen mit Kollegen aus den Woiwodschaften Niederschlesien und Gorzow Wielkopolski betitelt haben – “Die Arbeit bei dem Nachbarn”. Dies wird unter anderem darin bestehen, dass Experten aus der polnischen und deutschen Seite in den wichtigsten Städten der Woiwodschaften Gorzow Wielkopolski, Niederschlesien und Westpommern – bei uns in Szczecin - in einem bestimmten Ort die Polen, die Menschen, die gern in Deutschland arbeiten würden, darüber informieren werden, welche Möglichkeiten es gibt. Aus meinen Erfahrungen als Berater stimme ich jedoch sicherlich mit der Meinung der Vorredner überein, dass diejenigen, die nach Deutschland fahren wollten, bereits ausgefahren sind. Aber jetzt sehen wir ein starkes Interesse an der Saisonarbeit. Eine Menge Leute kommen zu uns und fragen nach einem Job in diesen Branchen: Hotelgewerbe, Gastronomie, aber auch Betreuerinnen für ältere Menschen und Babysitter für Kinder. Wir haben eine Menge Arbeitsplätze für Ärzte - heute etwa 10-15. Allerdings gibt es kein größeres Interesse an diesen Angeboten. Weil die Menschen, die zu uns, zum Regionalen Arbeitsamt kommen und nach einem Job in Deutschland fragen, nicht ausgebildet sind. Ich denke, diese Leute schaffen es selbst, sie haben ihre eigenen Informationsquellen, sie sind sehr tatkräftig und aktiv auf dem Arbeitsmarkt und haben keine Angst vor der Mobilität. Diejenigen dagegen, die zu uns kommen, haben diese Angst vor der Abreise im ihren Inneren. Sie wollen ausfahren und Geld verdienen, aber - das ist vielleicht das wichtigste hier - die meisten kennen die Sprache nicht und genauso, wie Sylvia gesagt hat, sind die Sprachkenntnisse von entscheidender Bedeutung. Die meisten Angebote, die zu unserem Büro kommen, erfordern Deutschkenntnisse. Im Fall der Pflege für ältere Menschen, können wir uns nicht vorstellen, dass die Betreuerinnen ihre Arbeit tun, ohne die Sprache zu kennen. Hier - denke ich – gibt es noch viel zu tun, sowohl von der polnischen als auch der deutschen Seite. Ich weiß nicht, wie es zu lösen ist. Ist die Lösung, Kurse zu organisieren? Viele Leute fragen, ob es möglich ist, zu lernen, d.h., ob der Arbeitgeber einen früheren Kurs vermittelt, vor dem Beginn der Arbeit. Bisher gab es keine solchen Angebote. Ich spreche hier über Deutschland, weil andere Länder wie Norwegen solche Kurse manchmal in ihren Arbeitsangeboten vorsehen. Seit dem ersten Januar bemerkten wir einen kleinen Informationsfluss aus Deutschland über Mittelschulen. Medien waren ein wenig vor uns und wir erhielten viele Anrufe und Anfragen, ob die Arbeitgeber unsere Gymnasiasten brauchen werden, welche Anforderungen an diese Personen gestellt werden, ob Sprachkenntnisse erforderlich sein werden, wie das Thema von Stipendien aussehen wird. Aus verschiedenen Quellen wissen wir so ungefähr, wie es gestaltet wird. Allerdings hoffe ich, dass in der Zukunft Informationen oder Bestimmungen von dieser Art mit uns besprochen werden. Denn wir haben Kontakt mit den Kunden und wir möchten diesen Menschen wirklich konkrete, zuverlässige Informationen vermitteln. Es wird sicherlich in unserer Zusammenarbeit in der Zukunft notwendig sein, dass dieser Informationsfluss über sowohl Arbeitsplätze als auch über verschiedene Projekte klar, besserer und eindeutig sein wird.

Mathias Brüggmann

Jetzt würde ich zu drei Vertretern der politischen Welt übergehen. Ich habe den Eindruck, wenn es um Fragen der Öffnung des Arbeitsmarktes geht – dass es fast keine Zahlen, keine Prognosen gibt. Ich gewinne auch den Eindruck, dass man sich auch kaum auf diese neuen Möglichkeiten vorbereitet. Und doch ist dieses Problem schon lange ein Gegenstand von Interesse und verschiedenen Aktivitäten nicht nur am Rhein. Ich selbst komme aus Hamburg. Es ist auch ein Dreieck von verschiedenen Ländern, weil die Metropolregion mit ihren Hochschulen und

kulturellem Angebot die beiden Nachbarbundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen tatsächlich stark beeinflusst. Viele Bewohner von Hamburg zogen in diese Bundesländer um und in Bezug auf Wohnort, gelang es nach langen Verhandlungen sogar so etwas wie ein angemessener finanzieller Ausgleich im Zusammenhang mit steuerlichen Fragen einzuführen. Hier in der Region ist das nicht anders. Viele polnische Frauen fahren in deutsche Krankenhäuser gebären. Die Fragen sind doch zu erklären, wie Krankenkassen dafür zahlen. Andererseits haben wir junge Menschen in Szczecin, die hier an den Hochschulen ausgebildet werden und später nach Deutschland umziehen. Und doch so etwas kann sich auch nicht ohne angemessenen Kostenausgleich ereignen. Daher stelle ich meine erste Frage an Herrn Böhning: Sind wir auf irgendeine Weise darauf vorbereitet, was geschehen wird, oder einfach treten wir in die neue Realität ein und erst dann schauen wir, was passiert...?

Völker Böhning

In den vorherigen Aussagen haben wir bereits gehört, wie man die Tatsache behandeln kann, dass eine Person in einem Land lebt und in einem anderen arbeitet. Es scheint mir, dass für alle, die sich in der Vergangenheit damit sachlich nicht so sehr beschäftigt haben, dass man leicht sehen kann, dass diese Wirklichkeit jedoch einen entspannten Umgang verlangt. Was dort über viele Jahre hinweg erbaut worden war, ist das, was wir in diesem Moment gemeinsam mit der polnischen Seite bei uns aufbauen werden. Meiner Meinung nach waren die Maßnahmen, die wir in der Vergangenheit in politischer Hinsicht getroffen hatten, auch kleine Schritte der Zusammenarbeit. Wir versuchten, in vielen Bereichen zusammenzuarbeiten und wir können auch auf unsere Erfolge weisen. Ich denke an die polnisch-deutsche Schule. Hier wurde immer wieder erwähnt, dass wir mit dem Problem der Sprachkenntnisse zu tun haben, wenn wir über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer sprechen. Also, wenn junge Menschen die Sprache lernen, dann glaube ich, werden wir eine der wichtigsten Voraussetzungen realisieren, dass wir all dies zusammen machen, was wir nach dem Mai 2011 zusammen planen. Hier ist mit uns Herr Siegfried Wack. Wir rangen immer mit einem Problem, wie das Lernen einer Fremdsprache noch im Kindergarten eingeführt werden sollte. Daher müssen wir zurzeit als Vertreter von "Pomerania" ein paar finanzielle Fragen erklären. Wir möchten dieses Projekt fortsetzen. Dies sind die Fragen - sprachliche Probleme, die wir schon bemerkt haben. Natürlich sehen wir auch auf unserer Landkreisvolksuniversität, die immer mehr Polnischkurse für Erwachsene anbietet. Man muss wirklich sagen, dass es immer mehr Beteiligte gibt. Ein Problem ist diese teilweise sogar Hysterie, für mich ganz und gar unverständlich, die mit der Eröffnung des Arbeitsmarktes verbunden ist. Sicherlich wird es doch nicht so sein, dass im Mai ein großes Chaos ausbricht. Ich freue mich, dass sowohl die polnische Seite als auch unsere - insbesondere in Bezug auf die Äußerung des Arbeitsamtes - klar und deutlich sagen: hier wird es wirklich kein großer Aufschrei. Übrigens ist dies einfach unmöglich. Ich bin allen Vorrednern sehr dankbar dafür, dass sie es einfach und offen gesagt hatten. Wir haben Sprachbarrieren, es gibt immer noch Unterschiede in der Höhe der Löhne. Die polnischen Bürger, die anderswo als in ihrem Heimatland arbeiten wollten, gingen schon einfach in diese anderen Länder und arbeiten dort. Vielleicht erscheinen einige Leute auf unserem Arbeitsmarkt, es kommen auch diejenigen, die die Fragen der Nähe nutzen wollen, d.h. sie können weiter in Polen leben und in Deutschland arbeiten. Es kann vorkommen, dass einige Menschen, die bereits Polen verlassen haben, jetzt eben so arbeiten wollen und das ist etwas, was mit einem großen Gefallen behandelt werden soll. Die Frage der Immobilienpreise: wir sehen, dass sie in Deutschland niedriger als in Polen sind. Es kommen die ersten Trends, die zeigen, dass polnische Bürger hier Häuser kaufen, hier

leben und nach Polen zur Arbeit fahren und das würde auch mit diesem Bild der Wirklichkeit übereinstimmen, die die Dame aus Karlsruhe beschrieben hatte. Das Thema der Beratung war für mich sehr inspirierend. Ich hoffe, das gleiche bei uns zu arrangieren. Natürlich können wir viel von Ihnen lernen, das übernehmen, was Sie bereits vor vielen Jahren erstellt haben. Was wir als politisch Verantwortliche in der Vergangenheit bereits getan haben, ist die Anknüpfung - meiner Meinung nach - sehr guter nachbarlicher Beziehungen mit Grenzlandkreisen. Mein Nachbar hier neben mir ist der Landrat von Police. Auch Herr Krzystek, der die Stadt Szczecin repräsentiert. Ich muss sagen, dass wir gemeinsam bereits viel getan haben, wir haben gemeinsame Wege gebaut und wir werden dies auch weiterhin tun. Wir wollen unseren gemeinsamen Bereich so gut wie möglich ausstatten. Wir wollen auch weiterhin in die Richtung des Nachbarn schauen, sich davon überzeugen, was noch bei ihm gut und toll ist. Das alles, was möglich war, in der Zusammenarbeit zu tun, ist getan worden, zumindest bin ich dieser Meinung. Ich glaube, wir sind für diese ganze Situation, die im Mai beginnt, gut vorbereitet. Ich betrachte es als eine ganz normale Situation. Die Probleme, die wir auf beiden Seiten haben, u.a. die fast gleich hohe Arbeitslosigkeit, verursachen, dass wir jetzt wirklich keinen Grund zu befürchten haben, dass wir plötzlich durch eine Million Menschen überschwemmt werden, die hier einen Job finden wollen. Außerdem ist es überhaupt nicht möglich, wir haben nicht einmal so viele Angebote an freien Stellen, Herr Justa hat bereits darüber gesprochen. Wir können wirklich nicht eine unbegrenzte Menge von Mitarbeitern annehmen und in Polen sieht es sicherlich genauso aus. Das Problem, das Frau Professorin auch beleuchtet hatte - die Frage der Langzeitarbeitslosigkeit - das ist ein echtes Problem. Diesen Langzeitarbeitslosen fällt es genauso schwer, sich in der Arbeitsvermittlung bei uns wie in Polen wiederzufinden. Wenn ich jetzt höre, dass 45% der polnischen Arbeitslosen Langzeitarbeitslose sind, sind das die Leute, die den Arbeitsplatz einfach nicht finden und sie finden ihn auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht. Das sollte jeder wissen und ich appelliere für absolute Ruhe, wir müssen einfach nur all die Regelungen nutzen, die vorhanden sind, die bereits irgend woanders verwendet wurden, zum Beispiel an der deutsch-französischen Grenze, wir können noch auf die Region um Aachen herum sehen - das alles sind Themen, die ausgenutzt werden können. Für uns war es wichtig, sich wirklich aufeinander auch im Zusammenhang mit der Komplexität und Spezifität unserer deutsch-polnischen Geschichte zu beziehen. Es scheint mir, dass wir es geschafft haben. Betrachtet man zwei frühere Debatten, die innerhalb dieses Zyklus stattgefunden haben, in denen wir uns mit der Vergangenheit von Polen und Deutschland befasst haben, sehe ich, dass dies eine ganz andere Vergangenheit als in anderen europäischen Grenzregionen war. Für mich war es sehr wichtig, dass wir noch einmal dazu Stellung nahmen, um unter anderem sehr ruhig damit umgehen zu können, was jetzt vor uns gibt. Aber auch, und es ist immer mein Ziel, stets im Interesse beider Seiten zu handeln. Es kann niemals eine solche Einbahnstraße sein, es muss immer für beide Seiten nützlich sein.

Mathias Brüggmann

Nehmen Sie das, Herr Buwelski, als stellvertretender Präsident von Szczecin, auch so ruhig oder blicken Sie darauf mit Sorgfalt?

Alexander Buwelski:

Wenn Herr Landrat hier über eine "Einbahnstraße" gesprochen hatte, gibt es im Moment keine. Diese so genannten Grenzgänger oder auf polnisch gesagt "die Grenzpassierenden", d.h.

diejenigen, die auf der einen Seite leben und auf der anderen Seite arbeiten, trotz der Tatsache, dass der Arbeitsmarkt noch nicht geöffnet ist, können wir schon heute finden. Interessanterweise sind die meisten von ihnen Polen, die Häuser in Deutschland gekauft haben, weil sie billiger sind und sie sind immer noch an ihren Arbeitsplätzen beschäftigt, vor allem in Szczecin und seiner Umgebung. Weil es hier eine Arbeit gibt, vielleicht nicht eine besser bezahlte Arbeit oder eine Arbeit, die mit der Arbeit in Deutschland zu vergleichen ist, aber ganz einfach - die einzige mögliche. So können wir auf die Region mit großer Neugier sehen, darauf, was passieren wird. Weil, wenn wir das wirtschaftliche Potential von Polen und Deutschland betrachten, oder die Höhe der Einkünfte, stimmt es, dass auf der deutschen Seite die Einnahmen höher sind und das ist die Richtung, in der sich die Mitarbeiter bewegen sollten. Aber andererseits, wenn wir auf Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sehen, vor allem die Gebiete in der Nähe der polnischen Grenze, gehören sie nicht zu den wirtschaftlich führenden und viele Arbeitsplätze bietenden Bereichen. Auf der anderen Seite der Grenze haben wir Szczecin und das ganze Ballungsgebiet von Szczecin, das zwar Einkünfte in vergleichbaren Berufen viel niedriger als in Deutschland bietet, aber gleichzeitig wird es - wegen seiner Größe, Zahl der Bevölkerung und Potential - eigentlich ein viel größerer wirtschaftlicher Motor sein und es wird viel mehr Arbeitsplätze bieten. Die Frage ist daher, in welcher Richtung dieses menschliche Kapital fließen wird. Sind Sie sicher, dass es nach Deutschland fließen wird? Wahrscheinlich zu einem gewissen Grad schon. Aber ich denke, dass es die Berufe betreffen wird, die schlechter bezahlt sind, nicht gern von den Deutschen ausgeübt werden, die härter und weniger prestigeträchtig sind. Einerseits wird es gut für die deutsche Wirtschaft sein, weil es Mitarbeiter sein werden. Es wird gut für die weniger gebildeten Polen sein, weil sie die Möglichkeit haben werden, Geld zu verdienen. Andererseits wird es nicht die Gruppe sein, dank der die deutsche Wirtschaft vorangeht, also die innovativste. Denn es scheint mir, dass die Arbeitsplätze in Szczecin und um Szczecin herum geschaffen werden. Es geht nur darum, dass die Einkünfte in diesen Berufen so attraktiv für junge Deutsche sind, dass sie auch in Szczecin arbeiten wollen. Es scheint mir, wenn wir die letzten 20 Jahre betrachten, dass Lebensstandard und Löhne in Polen systematisch steigen und es gibt bereits Situationen, dass für gute Händler die Höhe der Einkünfte, die sie in den deutschen Grenzregionen erhalten können, man mit dem Niveau der Einkünfte vergleichen kann, das in Polen zu erzielen ist. Also, wenn wir das auf lange Sicht betrachten, ist es wahrscheinlich das die wichtigste Aufgabe für uns, einfach die Sprache zu lernen. Ich weiß nicht, ob es nicht viel wichtiger für die Bewohner der deutschen Grenzregionen sein wird, Polnisch zu lernen.

Mathias Brüggmann

Dann habe ich wieder falsch gefragt. Die polnische Seite braucht keine Angst zu haben. Es ist hier, unter uns, unser Gastgeber, ich stelle die Frage anders: Sollten Sie fürchten, dass Torgelow nach Osten aufbricht? Wie sind diese Aussichten für Ihre Stadt? Hier im Zuschauerraum ist auch der Bürgermeister von Löcknitz, der bereits einige Erfahrungen darin hat. Viele Polen leben in seiner Gemeinde. Haben Sie auch solche Hoffnungen, dass die Leute hier umziehen und andererseits Furcht, dass viele deutsche Arbeitnehmer dann Richtung Szczecin gehen ?

Ralf Gottschalk

Ich möchte hier wieder aufrufen, Ruhe zu bewahren. Die Ruhe sollte nicht mit der Unbekümmertheit, mit dem Leichtsinns verwechselt werden. Es scheint mir, dass wir in den

vergangenen Jahren keine Erfahrungen mit großen Zahlen gesammelt haben. Aber wir haben lokale Erfahrungen. Jedenfalls haben wir versucht, Erfahrungen zu sammeln, und sie sind gut. Zum Beispiel haben wir nur in Torgelow 5 polnische Ärzte mit ihrer privaten Praxis und ich höre von den Bewohnern, dass der Kontakt mit ihren polnischen Ärzten einen guten Eindruck auf sie gemacht hat und das ist doch eine sehr heikle Frage. Die Wahl eines Arztes bedeutet, dass wir uns an eine Person wenden, die wir großes Vertrauen schenken und wie ich höre, wurden Patienten sehr gut von polnischen Ärzten empfangen. Diese Erfahrungen, die wir gesammelt haben, wenn auch sie nur lokal sind, lassen uns sagen, dass wir keine Angst haben sollten und - meiner Meinung nach - wird es auch nicht der Fall sein, dass wir plötzlich anfangen, schlechte Erfahrungen zu sammeln. Ich glaube auch nicht an diese großen Zahlen. Es scheint mir, dass wir als eine kleine Stadt in der Metropolregion von Szczecin - ich wende hier den Begriff an, der von dem Präsidenten von Szczecin verbreitet wird - natürlich vor einer besonderen Herausforderung stehen, aber wir haben auch eine ungewöhnliche Chance. In dieser gemeinsamen Region haben wir gemeinsame Aufgaben zu machen, aber wir müssen auch von Zeit zu Zeit sagen, dass wir gemeinsame Probleme zu lösen haben. Es wäre gut, dass die Probleme hier in der regionalen Struktur ihre Lösung finden würden. Ich glaube wirklich nicht daran, dass jemand aus einer anderen Region hierher kommt und plötzlich hier und jetzt unsere Probleme löst.

Weil ich seit langem von der Richtigkeit dieser Denkweise überzeugt bin, habe ich hier vier Punkte geschrieben, die eigentlich dazu passen, was wir schon lange tun. Zum Beispiel die Bemühungen um die sogenannte duale Bildung, die berufliche Bildung. Unsere Struktur der beruflichen Bildung muss den Menschen aus der ganzen Region zugänglich sein. Es geht hier darum, sich auf bestimmte Ausbildungszentren zu konzentrieren, um trotz der sinkenden Zahl der Schüler die Stellen der Berufsbildung weiter zu behalten und für sie zu werben. Für die Tatsache werben, dass hier junge Menschen aus beiden Seiten der Grenze diese Ausbildung nutzen können. Ich sage das auch, weil ich überzeugt bin, dass dies ein wichtiger Akzent ist: ein klares Zeugnis dafür, dass junge Menschen auch in dieser Region einen Beruf bekommen können, der ihre beruflichen Chancen verbessert. Auch wenn vielleicht nachdem sie einen Beruf bekommen haben, eine Arbeit in einem anderen Bereich aufnehmen. Das zweite Beispiel - die Besonderheit von Torgelow oder vom Landkreis Uecker-Randow ist unsere Arbeitsgruppe unter dem Motto "Wirtschaft-Bildung-Bundesheer". Diese Arbeitsgruppe beschäftigt sich damit, den jungen Menschen noch in den Schulen zu zeigen, was ihnen die Wirtschaft in der Region bietet, damit sie sehen, in welcher beruflichen Richtung sie sich weiter ausbilden lassen könnten. Aber es zeigt auch, dass die Standorte der Bundeswehr attraktiv sein können, wegen der Tatsache, dass es für die Menschen, die ihre Karrieren als Berufssoldaten hier in der Region beenden, noch eine neue berufliche Perspektive ist. Die Idee ist, das Potenzial von gebildeten Menschen in dieser Region zu halten, die Menschen mit Erfahrungen als Befehlshaber. Der dritte Punkt betrifft wirtschaftliche Messen, Seminare, Informationsaustauschpunkte, die gestaltet werden sollten, um den Einwohnern der Region die regionale Wirtschaft zu zeigen. Heute kaufen viele Menschen aus dem Katalog, online, unabhängig davon, wo das Produkt erstellt wird und sie wissen vielleicht nicht, dass ihr Nachbar davon lebt, dass er hier in der Region produziert wird, was sie dort, irgendwo in der großen Welt des Internets kaufen. Dieser Mangel an Identifikation mit der Wirtschaft in der Region ist auch unser Thema, mit dem wir uns beschäftigen wollen, natürlich, indem wir unsere bescheidenen Kräfte nutzen. Und die letzte Frage, die ich bewusst als die letzte bespreche. Es ist eine Frage der Schaffung von Bedingungen für die Infrastruktur. Es ist eigentlich etwas ganz Gewöhnliches für die Stadt, auch wenn es finanziell sehr schwierig

ist. Die Erweiterung des Bereiches der wirtschaftlichen Tätigkeit hier in Torgelow ist nicht nur die Möglichkeit der Expansion für schon bestehende Unternehmen, sondern auch die Einladung für andere, und meiner Meinung nach ist ein so großes Gebiet der wirtschaftlichen Tätigkeit, wie bei uns, immer noch etwas Seltenes in Deutschland. Ich glaube daran, dass wir Lösungen in der Region suchen müssen. Die Konkurrenz mit anderen Regionen führt meiner Meinung nach dazu, dass die anderen mit uns - und das ist gut - ihre Erfahrung teilen, aber ich glaube nicht, dass es wahrscheinlich ist, dass jemand von außen unsere Probleme lösen wird. Wir müssen es selbst tun und deshalb glaube ich, dass wir wirklich unsere Region als eine Region verstehen sollten, in der die Staatsgrenze funktioniert, aber sie ist kein Hindernis für uns, die Idee der Metropolregion von Szczecin zu realisieren.

Diskussion:

Frage:

Über dieses Thema wurde bereits gesprochen. Ab Mai ist es nicht mehr die Einbahnstraße und auch die Deutschen können sich Richtung Polen bewegen. Im Zusammenhang damit frage ich: wie sieht die Situation der deutschen Arbeitnehmer aus, die nach Polen fahren möchten, weil wir jetzt nur über die Broschüren für Polen sprechen, über die Beratung für Polen, aber was mit der entgegengesetzten Richtung los ist und wann das ernsthaft beginnt ?

Antwort:

EURES, EUREST ist eine Initiative, die bereits im Gange ist. Natürlich haben wir nicht diese Erfahrung von vielen Jahrzehnten, die hier Frau Müller-Wolf vorgestellt hatte. Es ist für uns alles viel zu neu. In Wirklichkeit können wir uns wohl auf das Jahr 2006 beziehen, als das Jahr, in dem wir begonnen haben, zu beraten, zu vermitteln, Broschüren, Flugblätter zu machen, für das Thema zu werben und die Hauptidee war natürlich, sich an die polnischen Arbeitnehmer zu wenden. So ist es immer noch. In der Praxis und diese Praxis wird auch nach dem 1. Mai 2011 gleich aussehen. Trotz all unserer Bemühungen und all dieser Werbung hatten wir zu wenig Zeit, um aus dieser Einbahnstraße eine normale Straße zu machen. Ich war froh, dass Frau Müller-Wolf ein Ausmaß dieses Phänomens gezeigt hatte. In der Grenzregion von der Schweiz, Frankreich und Deutschland gibt es auch weiterhin die Einbahnstraßen, selbst wenn Veränderungen auftreten. Unsere Praxis zeigt genau das gleiche Bild. Trotz der Einschränkungen in der Freizügigkeit von Arbeitskräften nach Deutschland, gaben wir als Arbeitsamt in Neubrandenburg im vergangenen Jahr etwa 100 Arbeitserlaubnisse für polnische Arbeitnehmer aus. Wir wissen, dass das Arbeitsamt in Stralsund, in Hinsicht darauf, dass es ihm auch die Insel Uznam unterliegt, im vergangenen Jahr circa 200 solcher Erlaubnisse ausgab. Wir haben wirklich vergeblich in den letzten Jahren versucht, Arbeitsplätze für arbeitslose Deutsche in Polen zu finden. Wir sind in der Lage, polnische Arbeiter, die in Deutschland arbeiten wollen, zu unterstützen, wir sind in der Lage, deutsche Unternehmer zu unterstützen, die polnische Arbeitnehmer suchen, aber wir hatten bisher nicht geschafft, deutsche Arbeitnehmer nach Polen zu schicken. Die Hindernisse wurden heute bereits mehrmals erwähnt: Der Unterschied in der Höhe von Gehältern ist in allen Branchen immer noch zu groß. Ich gebe zu, dass es bestimmte Branchen gibt, in denen die Löhne etwa gleich sind, aber das betrifft nur sehr wenige Sektoren der Wirtschaft. Es gibt noch eine Sprachbarriere. Der polnische Arbeitgeber hat natürlich das Recht, zu erwarten, dass seine Mitarbeiter Polnisch spricht. Die dritte Sache bezieht sich darauf,

womit wir uns noch beschäftigen müssen. Denn meiner Meinung nach nehmen polnische Arbeitgeber derzeit gar nicht an, dass sie tatsächlich deutsche Arbeitnehmer einstellen könnten. Der Arbeitsmarkt in Polen ist für Deutsche seit 2007 geöffnet. Aber ich kannte polnische Arbeitgeber, zumindest bis jetzt, immer als diejenigen, die sagen: ich stelle die Polen ein, aber die Deutschen würden doch bei mir nicht arbeiten. Ich kann ihnen finanziell nicht so viel bieten, die Deutschen haben sicherlich größere Erwartungen als das, was ich ihnen geben kann, ich werde mich nicht darüber den Kopf brechen. Vielleicht ist dies eine falsche Einschätzung, aber so sind meine Erfahrungen. Hoffentlich gehen wir bald von dieser Erfahrung weg und von der Einbahnstraße kommen wir zu einer breiten zweispurigen Straße.

Siegfried Wack, Deutsch-Polnische Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern:

Mit großer Befriedigung habe ich in vielen Aussagen gehört, dass das Thema des Sprachlernens als das wichtigste Thema genannt wird. Herr Landrat sprach über das Projekt des Lernens der polnischen und deutschen Sprache in Kindergärten und wie dieses Projekt durch die öffentliche Meinung betrachtet wird. Aber ich sollte hier etwas korrigieren. Ein Antrag, der in Pommern vorgelegt wurde, ist der Antrag auf ein Projekt, nach dem in polnischen Kindergärten die deutsche Sprache sowie in deutschen Kindergärten die polnische Sprache unterrichtet wird. So möchte ich nur bitten, dass alle dafür verantwortliche Personen über dieses Projekt sprechen, als ein Projekt unter dem Titel: "Lerne die Sprache des Nachbarn kennen". Das gilt für uns auf der deutschen Seite, sowie für unseren Kollegen auf der polnischen Seite. Es ist bedauerlich, dass der Antrag auf Zuschüsse für dieses Projekt eine lange Reise durch Folter nehmen muss. Ich bin der Meinung, wenn ein wenig mehr gutes Willen gäbe, würden alle diese Fragen früher gelöst worden sein. Und ich bitte noch einmal: ein sehr, sehr wichtiges Thema, was nicht durch die Bewegung des kleinen Fingers der linken Hand gelöst werden kann, aber das Thema, das zu einem wichtigen Teil der Verständigung werden sollte, aber vor allem des Verständnisses. Auch des Verständnisses der Kulturen über die Grenzen hinweg. Das Lernen der Sprache ist nicht nur Wörter und Grammatik, sondern auch die Kultur des Nachbarn zu respektieren, kennen zu lernen und in diesem Geist möchte ich Sie um Unterstützung bitten.

Lothar Meistring, Bürgermeister von Löcknitz:

Wir haben gerade viel über eine Einbahnstraße gesprochen. Ich habe so eine persönliche Erfahrung: noch heute am Vormittag war ich auf einem Seminar in der Stadt, die ich noch nicht kannte und es gab da so viele Einbahnstraßen, dass ich in einem Moment den Eindruck hatte, dass ich mich nur im Kreis bewege. Aber zum Glück traf ich einen Bekannten, der auch auf das gleiche Seminar ging und der in der Stadt lebte. Ich folgte ihm. Was macht dieser Mann? Plötzlich fährt er gegen die Verkehrsregeln, er fährt in eine Einbahnstraße in der entgegengesetzte Richtung hinein. Ich stellte fest: OK, fahr nach ihm weiter. Ich dachte, sonst findest du den Weg überhaupt nicht. Und nachher fragte ich ihn natürlich: hör mal, Mensch, du bist eine Einbahnstraße gegen den Strom gefahren. Er antwortete mir: E, noch in der vorigen Woche war das der normale Weg. Es war in Güstrow. Wir müssen uns einfach an neue Angelegenheiten und Situationen auch in den deutsch-polnischen Beziehungen einstellen, in dem Prozess unserer Integration. Hier haben wir mit einer ganz bestimmten Gruppe von Menschen zu tun. In erster Linie geht es uns, um Menschen auf der Suche nach Arbeit. Ich bin sehr zufrieden, dass Sie dieses Thema aufgenommen haben. Wenn wir sehen, wie es im Jahr 2004 nach der EU-Erweiterung

nach Osten war, wie die Bewegung der polnischen Arbeiter aus Polen nach England und überall, wohin sie gehen konnten, aussah, dann dachte ich mir: Oh Gott, und was wird mit den deutschen Staatsbürgern ? Warum sind sie nicht so mobil? Betreffs unserer Region, ich weiß dies vom Herrn Landrat Böhning, dass mindestens 240 Deutsche aus dem Landkreis Uecker-Randow bereits in Polen arbeiten. Es ist nicht so, dass hier nichts passiert. Ich habe in meinem Ort 84 eingetragene Unternehmen, 40 von ihnen sind polnische Firmen, meist Einmannfirmen. Wir reden hier über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer! Jeder Klempner, Maurer und Maler - sie existieren bereits auf dem deutschen Markt, weil sie einfach die wirtschaftliche Tätigkeit registriert haben. Herr Landrat, wie Sie gesagt haben: ruhig und ohne dass man all diese falschen Aussagen fortsetzt, die zumindest teilweise im Zusammenhang der EU-Erweiterung nach Osten erschienen. Wir betrachteten das immer ruhig und vernünftig. Dies ist ein Prozess, etwas, das geschaffen wird. Wir leben wirklich nicht mehr in exotischen Bedingungen, all dies normalisiert sich. Genauso wie im westlichen Teil von Deutschland wird es auch so eines Tages bei uns sein. Die letzte Bemerkung, Herr Wack ich möchte Ihnen völlig zustimmen. Ich bin wirklich immer sehr nervös, wenn es um unsere internationale Politik der Integration geht, wenn wir uns von Projekt zu Projekt bewegen müssen. Dass wir nicht ständig in diesem Bereich arbeiten können, ununterbrochen. Dass wir zu einer Situation kommen, wenn das Projekt zu Ende ist und dann haben wir eine Leere und wir müssen darum kämpfen, das gleiche Projekt aufs Neue aufzubauen. Das ist schrecklich. Politisch verheerend und das hilft überhaupt nicht der Idee der Integration. Ich bin zum Beispiel sehr froh, dass ich in diesem Moment in der ersten Klasse 12 Schülern aus Polen habe, aber wenn es sich herausstellte, dass ich einen polnischen Lehrer beschäftige, könnte ich Probleme haben. Jetzt werden wir einen deutsch-polnischen Kindergarten haben, der aus INTRREGU IVA-Mitteln finanziert wird. Bei uns wird ein neuer Kindergarten gebaut und auf der polnischen Seite wird der Kindergarten ausgebaut und renoviert. Es werden Gebäude entstehen, wir werden einen Austausch von Kindern, Erziehern haben und es ist wohl das, was wichtig ist, Herr Wack: das Leben kennen zu lernen und nicht nur auf das Geld zu schauen. In Bezug auf Inhalt muss man auch etwas tun und deshalb bin ich froh, dass solche Foren wie diese hier stattfinden. Hier ist das Leben.

Frage:

Mein Name ist Beringer. Ich habe ein kleines Unternehmen, die heutige Diskussion ist sehr interessant, weil sie die Wirtschaft im Hinblick auf die Grenzregionen betrifft. Seit drei Jahren versuchen wir eine Filiale auf der Basis von polnischen Arbeitern zu schaffen. Ich sah mit großem Interesse das Buch von Frau Müller-Wolff durch, insbesondere in Bezug auf die unterschiedlichen Mentalitäten in Frankreich und Deutschland. Nun ist meine Frage, ob jemand von Ihnen mich mit diesen unterschiedlichen Mentalitäten helfen könnte. Unser Problem bestand darin, dass wir versucht haben, irgendwie die polnische Sprache zu lernen, aber ein großes Problem für uns sind unterschiedliche Mentalitäten. In den wirtschaftlichen Kreisen konnten wir uns noch auf Englisch kommunizieren, aber die Unterschiede in der Mentalität bleiben übrig. Wer von Ihnen hier im Präsidium kann mich zumindest an jemanden richten, der mich Anweisungen über diese Unterschiede in der Mentalität geben würde und vielleicht EUREST-Büro hätte für mich ein schönes Büchlein über die typisch polnischen und typisch deutschen Verhalten? Wo liegt eigentlich das Problem mit dieser Filiale in Polen? Seit mehr als drei Jahren versuchen wir, wir fanden einen polnischen Partner, der mit uns die Filiale schaffen wollte. Aber wir haben zum Beispiel festgestellt, dass die deutsche kaufmännische Denkweise in Polen überhaupt nicht vorhanden ist. Es war ein riesiges Problem. Vielleicht bedeutet das Ja in

Polen nicht das gleiche in Deutschland. Ich komme aus Luxemburg und das ist für mich sehr interessant, aber ich weiß auch, wie schwierig es ist, in zwei Kulturen zu funktionieren. Da es hier um die Wirtschaft geht, würde ich besonders gerne wissen, wie zum Beispiel in Polen bisher die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen wurde, wie der Handel betrieben wurde?

Antworten:

Ich weiß, dass die Industrie- und Handelskammer von Ostbrandenburg eine Broschüre herausgegeben hat, die sich genau mit dieser Thematik befasst. Da sind die Informationen für Unternehmer, Arbeitgeber zum Thema, worin eigentlich die Unterschiede der Mentalität zwischen Polen und Deutschland bestehen. Diese Broschüre hat etwa 32 Seiten, so ist sie noch ganz klar und konzentriert sich tatsächlich auf die potenzielle Möglichkeit ein Geschäft zu schließen. Wie ich das am besten machen kann, als polnischer Unternehmen in Deutschland und deutsche Firma in Polen, ohne in die Fallen zu geraten, die eben mit dem Unterschied in der Mentalität verbunden sind.

Die Partner können Handelskammern sein. Es gibt auch ein spezielles Netzwerk sowohl der Industrie- und Handelskammern als auch der Handwerkskammern. In fast jedem Bundesland befindet sich die Institution dieses Netzwerkes. Das Netzwerk wird ENTERPRISE EUROPE NETWORK genannt. Früher waren sogenannte EuroInfoCenter, jetzt haben wir so schöne englische Namen und da finden Sie Informationen von dieser Art.

Katrin Lange:

Ich bin Referentin für Außenwirtschaft bei der Industrie- und Handelskammer in Neubrandenburg. Betreffs der Kammern von Handel und Industrie sind sie wirklich Gesprächspartner in den Fragen der Wirtschaft. Die Freizügigkeit von Arbeitskräften ist ein Phänomen, das wir sehr aktiv im Rahmen von Sitzungen, Informationen, Informationsseminaren, etc. überwachen. Ich könnte natürlich Enterprise Europe Network empfehlen, aber in unserem Bundesland befindet sich diese Institution nicht an der Kammer in Neubrandenburg, sondern an der Industrie- und Handelskammer in Rostock. Wir als Kammer in Neubrandenburg haben auch ein polnisches Projekt, das "Das Haus der Wirtschaft" genannt wird und sich in Szczecin befindet. Es arbeitet eng mit Pomerania und mit Service-Bedienungszentren mit. Was könnte ich Ihnen raten? Unser Haus der Wirtschaft unterstützt Unternehmen, aber glauben Sie mir, es ist nicht leicht, so ausführlich die Frage zu beantworten, worin alle interkulturellen Aspekte bestehen. Manchmal muss man sich in die ganze Situation einfühlen. Es scheint mir, dass es Probleme mit dem Eintritt auf den polnischen Markt sowie die polnischen Unternehmer Probleme haben, ihre Produkte auf den deutschen Markt einzuführen. Polnische Unternehmer fragen uns: wie können wir unsere Produkte auf dem deutschen Markt verkaufen? Wir wissen, wie unsere Supermärkte funktionieren, wie sie versorgt werden. Es ist nicht leicht, ich kann nur jedem Unternehmer sagen, wenn er einen anderen als eigenen Markt gewinnen will, dass er einen langen Atem braucht. Ich möchte mich noch einmal insbesondere an die Unternehmer wenden, die heute an unserem Treffen teilnehmen. Wir werden immer mit der Konkurrenz zwischen Unternehmen, zwischen Industriebranchen zu tun haben, aber das Thema der Freizügigkeit der Arbeitnehmer sollte ruhig angegangen werden, ruhig aber aktiv. Aktiv durch die Schaffung attraktiver Arbeitsmärkte, durch die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes. Ich kann nicht verstehen, warum das Bild von Mecklenburg-

Vorpommern so schlecht ist. Wir sollten daher gemeinsam an eigenartigem Marketing für diesen Bereich arbeiten.

Mathias Brüggmann:

Ich möchte Ihnen eine Frage stellen, welche Erwartungen die Wirtschaft in Neubrandenburg in Bezug auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer hat. Welche Hoffnungen haben Sie? Die Aussagen während des Treffens waren eher in dem Sinne, dass es nicht viel hilft. Die Polen, die in Deutschland arbeiten möchten, sind schon da, aber aus den Gesprächen, die ich in den Handwerkskammern, in den Industrie- und Handelskammern führe, ziehe ich Schlussfolgerungen, dass jedoch große Hoffnungen mit der Freizügigkeit der Arbeitskräfte verbunden sind, vor allem von der Seite der ostdeutschen Unternehmen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt Probleme haben, geeignete Arbeitskräfte zu finden, sie haben Angst, ob sie eine ausreichende Zahl von Lehrlingen in der Zukunft haben werden und sie hoffen, auf diese Weise zumindest teilweise diese Probleme zu lösen. Sind diese Erwartungen auch die Erwartungen der Unternehmer in Neubrandenburg?

Katrin Lange, Industrie- und Handelskammer in Neubrandenburg:

Die Erwartungen der deutschen Wirtschaft sind sicherlich so, dass die Unternehmer sehen, dass vor allem in Ostdeutschland, aufgrund des demografischen Wandels anfangen müssen, völlig anders als bisher zu denken, wenn sie dieses Problem lösen wollen. Sie müssen mehrere Instrumente benutzen. Unter diesen Instrumenten können wir solche Dinge berücksichtigen, wie die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze, sogenannter Konten der Zeiterfassung der Arbeit in dem ganzen Leben des Mitarbeiters, die Schaffung von Arbeitsplätzen der Heimarbeit, eine richtige Selbstdarstellung als ein Unternehmen. Dann in diesem ganzen System wird die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu einem der Instrumente, zu einem der Werkzeuge, um die Nachfrage nach den Arbeitskräften zu decken. Nach den Arbeitskräften im Allgemeinen, nicht nur nach Fachleuten. Deshalb haben die Industrie- und Handelskammern im Jahr 2011 für das Motto gewählt: "Die Bereitstellung der Arbeitskräfte und Fachleute". Dies bedeutet, dass wir uns in diesem Jahr besonders mit diesem Thema befassen werden. Es scheint mir, dass das auch die Bedeutung betont, die dieses Thema für die Wirtschaft hat. Das alles bedeutet, dass die Wirtschaft wirklich weit davon ist sagen zu können: wir sind zuversichtlich, aber sowieso wird niemand kommen. Wir sagen nur, dass wir aktiv diese Chance nutzen wollen, auch wenn wir in unserer Region nur 100 oder 1.000 Mitarbeiter erwerben, die an einer Arbeit in Deutschland interessiert werden. Aber wir wollen diese Leute sozial integrieren, mit offenen Armen empfangen und wir glauben deswegen an die Kraft des Symbols vom 1. Mai. Das ist ein wichtiger Tag, der uns vielleicht als eine Region miteinander noch mehr integrieren wird.

Patrick Dahlemann, Stadtrat des Landkreises Uecker-Randow:

Erstens möchte ich all diejenigen loben, die Fremdsprachen lernen. Ich selbst lerne jetzt Polnisch und ich weiß, was für große Hindernisse damit verbunden sind, vor allem für Menschen in einem wenig mehr fortgeschrittenen Alter. Das Wort, das heute am häufigsten verwendet wird, ist das Wort die Sprache. Es scheint mir, dass es ein Fehler wäre - selbst wenn das Projekt durch die Deutsch-Polnische Gesellschaft sehr hoch bewertet wurde - wenn wir uns nur auf die Sprache beziehen würden. Es scheint mir - und das ist natürlich eine Frage an unseren Landrat

Herrn Böhning – man müsste ein wenig Druck zum Beispiel auf die Politiker des Bundeslandes ausüben, dass sie das Lernen der Sprache des Nachbarn in unseren Schulen als die Frage betrachten, die sich von selbst versteht. Wenn wir auf andere Regionen schauen, zum Beispiel am Oberrhein, ist es da offensichtlich, dass Französisch die zweite Fremdsprache ist. Aber desto schwieriger ist es in diesem Fall zu verstehen, dass in unserer Region Französisch als zweite Fremdsprache so oft gewählt wird, weil die Wahl der russischen Sprache noch mit den Vergangenheitsumständen erklären werden könnte. Es ist wohl erforderlich, dass es hier zu einem Wandel im Denken kommt, nicht nur in Schulen und nicht nur in unserem deutsch-polnischen Fahngymnasium, aber hier werden alle anderen Formen der Bildung gemeint, die wir in der Region haben. Überall sollte Polnisch gelehrt werden, das ist ja selbstverständlich. Noch eine Anmerkung. Die Möglichkeit, eine andere Sprache zu lernen ist noch ein anderes Potential, das nicht nur mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer verbunden ist. Es hängt auch mit der Internationalisierung der Studienrichtungen zusammen. Dies würde einen starken Anstieg von Bedeutung der Universität Szczecin für die gesamte Region bedeuten. Zurzeit studiere ich selbst an der Universität Greifswald, für uns ist sie die nächste deutsche Hochschule, aber jeder kann sofort sehen, dass Szczecin viel näher ist. Wenn wir später Lizentiat oder Magister sind, spielt es für mich als deutschen Studenten keine Rolle, ob es ein Titel ist, den ich an der deutschen oder polnischen Universität erworben habe. Letztlich sind diese Titel jetzt überall anerkannt und es ist sehr wichtig für diejenigen jungen Menschen, die hier in dieser Region ihre Abschlussprüfungen bestanden haben, dass sie hier weiterhin bleiben möchten und wir möchten sie hier behalten. Sie hätten viel näher an die Universität Szczecin.

Noch eine Frage: Wie sich Ämter sowohl aus der polnischen als auch aus der deutschen Seite darauf vorbereiten, dass Fragen im Zusammenhang mit der Freizügigkeit von Arbeitskräften erscheinen. Ich weiß, dass das Amt in Torgelow schon Vorbereitungen getroffen hat. Ich weiß, dass es im Amt Angestellte gibt, die Polnischkurse absolviert haben. Sie können die Fragen auf Polnisch beantworten. Wie wird dieses Problem durch die Verwaltung auf beiden Seiten behandelt?

Antwort:

Wenn es um das Lernen der polnischen Sprache in Deutschland geht, wird es bei unserem Bildungsminister Tesch immer wieder ein Antrag darauf gestellt, dass es von ihm nett wäre, wenn er sich damit befassen würde, aber hier kann ich nur lächeln. In unseren 16 Bundesländern können wir nicht einmal ein einheitliches Abitur einführen – hier grüßt Föderalismus uns alle. Natürlich wenn man das Grundgesetz betrachtet, kann niemand auf der Ministerebene selbst verordnen, die polnische Sprache zu lernen. Es ist eine Sache der Freiwilligkeit, wahlfrei. In der DDR war es anders, wir alle konnten, mussten, sollten, hatten Glück, die russische Sprache viele Jahre lang lernen. Ich kann natürlich Russisch sprechen und ich mache es gern, aber wenn es um das Lernen von Fremdsprachen geht, sollte es jeder dann machen, wenn er wirklich will. Wie ich schon gesagt habe – man kann beginnen, Polnisch zu lernen durch unser Netzwerk von Volksuniversitäten und wenn diese Kurse, zum Beispiel an unserer Landkreisuniversität nicht ausreichend sind, dann sollte man auf der Landkreisebene dafür sorgen, die Zahl der Lehrer zu erhöhen. Ein weiterer Punkt: in jedem Büro der Kommunalverwaltung haben wir polnisch sprechende Arbeiter und wenn es ein Treffen gibt, nutzen die Büros die Dolmetscher aus. In der Regel kommt es vor, wenn wir größere Treffen wie heute haben. Es scheint mir, dass in naher Zukunft in allen wichtigen Büros der

Kommunalverwaltung jemand zur Verfügung sein sollte, der in der Lage ist, sich auf Polnisch zu kommunizieren. Ich bin sehr froh, dass die Polen nach wie vor offenbar der Meinung sind, dass sie einen Dolmetscher brauchen, wenn sie zu uns kommen und etwas von uns wollen. Sicherlich ist dies auch eine Frage der Höflichkeit von der deutschen Seite, einen Dolmetscher oder polnisch sprechenden Mitarbeiter zu haben und für mich in der Zukunft ist es einfach eine Frage der Verpflichtung in allen Büros. In Arbeitsämtern bei uns an der Grenze haben wir einen Dolmetscher, also die polnische Sprache ist da. Natürlich versuchen die Mitarbeiter diese Sprache zu lernen, wir alle lernen wohl Polnisch. Ab dem nächsten Monat wird bei uns eine Dame arbeiten, die Polnisch als ihre Muttersprache spricht. Sie hat natürlich auch sehr gut die deutsche Sprache beherrscht. Ich will nicht sagen, dass sie unser führendes Projekt sein wird, aber zumindest kann sie unseren Kunden auf Polnisch antworten. Auf diese Weise kommt die polnische Sprache in unser Büro.

Sylvia Müller-Wolff:

Wir versuchen es auch irgendwie zu lösen. Wir haben einen französischsprachigen Mitarbeiter in unserer Institution. Was unsere EURES-Berater betrifft, sprechen sie alle Französisch und natürlich umgekehrt, Deutsch. Bei uns war es nicht offensichtlich, dass sie die Sprache des Nachbarn lernen. Hier ist es wirklich Blut geflossen. Vor einigen Jahren hatten wir hier eine Initiative der damaligen Ministerin für Bildung. Sie wollte so etwas die Grenze entlang einführen, in Schulen sollte die erste Fremdsprache die Sprache des Nachbarn sein und zwar Französisch. All dies kam nicht zustande. Die Eltern protestierten, fuhr in die Landeshauptstadt, nach Stuttgart. Nun, Stuttgart ist sehr weit von uns, das ist für uns sogar feindliches Schwaben. Es gelang nicht, das durchzuführen. Die erste Fremdsprache ist weiter Englisch. Erst dann kommt Französisch und das ist auch ein Problem. Natürlich haben diese immer weniger Fremdsprachenkenntnisse ihre Folgen. Auch auf dem Arbeitsmarkt. Die älteren Elsässer sprechen alle den elsässischen Deutsch. Wenn sich Elsässer und Bewohner von Baden treffen und Sie diese Sprache hören würden, würden Sie sagen, dass die beiden die gleiche Sprache sprechen, dass der Dialekt immer noch vorhanden ist. Aber die jüngeren Elsässer sprechen nicht mehr Deutsch und die Deutschen haben bisher nie gut Französisch gelernt und jetzt sogar noch weniger. Das ist ein Problem - die Sprachbarriere ist auch bei uns eine große Barriere.

Mathias Brüggmann:

Seitdem in Polen zunehmend ein Rauchverbot an öffentlichen Plätzen beachtet wird, werden kulturelle Unterschiede immer kleiner.

Urszula Berlinska, die Euroregion Pomerania:

Ich wollte über die Initiative erzählen, die wir mit der Stadt Szczecin begannen und die sehr wichtig ist. Wir realisieren ein Netzwerk-Projekt, das so genannte Service- und Beratungszentrum der Euroregion Pomerania, sowohl auf der polnischen als auch auf der deutschen Seite. Unsere Aufgabe ist eben die Beratung zum Unternehmertum. Das heißt: für Unternehmen und Geschäftspartner, für diejenigen, die ihren Wohnsitz, Beschäftigung, eine neue Lösung im Ausland suchen. Das gilt für beide Seiten der Grenze, diese Zentren sind sowohl auf der polnischen als auch auf der deutschen Seite tätig. In unserer Arbeit treffen wir uns mit verschiedenen Fragen, mit verschiedenen Vorschlägen. Ich möchte mich darauf beziehen, was

hier diskutiert wurde und zwar das Phänomen des grenzüberschreitenden Austausches von Mitarbeitern, der Zusammenarbeit von Arbeitgebern, die Erstellung der Firmen. Ich möchte Folgendes hervorheben: Wir sprechen über zwei Länder, die nicht nur unterschiedliche Sprachen sprechen, aber auch, wo ganz anderes Wert des Geldes ist. Wir sind Mitglieder der Union, aber wir zahlen in Polen mit Zloty und in Deutschland ist der Euro. Solange in Polen der Euro nicht eingeführt wird, wird das ein großes Problem sein. Nicht so lange her, bei einem Treffen von deutschen und polnischen Kommunalarbeitern, appellierte Herr Bürgermeister von Gryfino an deutsche Kollegen: In unserer besonderen ökonomischen Zone, in einem Industriepark in Goleniów haben wir neue Unternehmen, die nach Arbeitnehmern suchen. In Goleniów gibt es keine Arbeitnehmer mehr, Leute die aus Szczecin kommen, aus der Umgebung, aber es wäre nützlich, wenn die Mitarbeiter aus Deutschland kommen würden. Nun aber wäre dies ein gutes Angebot, wenn es so einen großen Unterschied in den Löhnen gibt? Ehrlich gesagt, dem deutschen Arbeitslosen, der nach einer Arbeit sucht, lohnt es sich nicht, ins Auto zu steigen und nach Goleniów zu fahren, weil er höhere oder ähnliche Sozialleistungen auf der deutschen Seite hat. Dies ist ein äußerst wichtiges Thema, mit dem wir bald zu tun haben. Außerdem, selbst wenn sich der deutsche Arbeiter entschied, nach Polen zu fahren, oder umgekehrt, dann kommt in einem Moment eine Frage, wie er dorthin gelangen soll. Wir haben hervorragende grenzüberschreitende Busverbindungen von Pasewalk über Löcknitz nach Szczecin. Es ist auch notwendig, Verbindungen mit Schwedt zu untersuchen und zu errichten. Da die Kommunikation Möglichkeiten der Mobilität bietet. Weil wir gerade von Menschen wie Langzeitarbeitslose sprechen, die sich nicht leisten können, hierher mit dem Auto zu kommen. Es gibt noch eine Sache, die schon erwähnt worden ist. Tatsächlich erschien in der Presse von Szczecin eine Information, dass auf der deutschen Seite die berufliche Ausbildung mit Praxis vorgeschlagen wird. Es wurde sogar geschrieben, dass der Gehalt bis 1500 Euro pro Monat betragen sollte. Deswegen begannen die Telefone sowohl in EURES als auch bei uns zu klingen. Die Eltern rufen an, weil in einer Weile, wirklich in kurzer Zeit, im April Gymnasiasten die Schule verlassen. Heute fragen Eltern und Jugendliche, wohin sie sich melden sollten. In der Presse wurde auch mitgeteilt, dass die Sprachkenntnisse nicht erforderlich sind, weil der Arbeitgeber ermöglicht, die Sprache zu lernen. Nun stellen wir uns vor, dass sich die 15-Jährigen auf den Weg von Szczecin nach Pasewalk machen, ohne sich gut zu kommunizieren und mit enormen Hoffnungen auf Monatsgehalt bis 1500 Euro bei einer Praxis. Deswegen überprüften wir es. In der dritten Klasse ist es möglich, in der ersten ist das von 300 bis 500 Euro. Ich sage dies, weil es Mangel an zuverlässige Informationen gibt. Sie müssen darüber informiert werden, an wen sie sich wenden können, dass man in den Kammern für Handel und Industrie, in den Handwerkerkammern fragen kann, dass hier ein völlig anderes System der Ausbildung ist. Auf beiden Seiten liegt vor uns eine Menge Arbeit, denn der Mangel an Informationen ist eine Bedrohung und eine riesige Enttäuschung für junge Menschen.

Andrzej Przewoda:

Denken wir an die Situation, die mit der Möglichkeit der beruflichen Bildung und der Ableistung der so attraktiv bezahlten Praxen verbunden ist, so erschien das Interesse daran sofort und sehr heftig. Es ist nicht verwunderlich, da die erwähnten Löhne die Summen sind, die nicht alle Erwachsenen in unserer Region verdienen können. So mussten die Aussichte auf hoch bezahlte berufliche Praxen tatsächlich sehr attraktiv sein und ein großes Interesse wecken. Aber das ist wirklich ein Beitrag dazu, wie enorm die Notwendigkeit des Austausches von Informationen, ihrer Darstellung auf eine umfassende, ehrliche Weise, die jede Art von Missverständnissen

ausschließen würde und Enttäuschungen aller Art zu verhindern. Denn wir sollen über die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sprechen, im Rahmen eines gemeinsamen Arbeitsmarktes, des kulturellen Austausches und Missverständnisse aller Art können tatsächlich nur unnötige Barrieren bilden. Je besser wir uns darauf vorbereiten, je besser im Moment, ganz am Anfang wir einander informieren, zusammenarbeiten werden, desto schneller und weniger schmerzhaft der Integrationsprozess sein wird.

Krystyna Iglicka:

Ich möchte mich darauf beziehen, was wir gerade über Informationen sprachen. Ich bemerke auch, dass dieses Mal Medien der Situation vorausgingen. Wir hatten gegen 2004 eine völlig andere Situation, so ein wenig euphorisch – die Arbeit wartet auf Polen. Vielleicht verliefen die Migrationsprozesse deswegen so energisch. Jetzt ist auch eine gewisse Unruhe im Zusammenhang mit der Auswanderung der Arbeitskräfte. Nur, dass dieses Mal das durch die Medien vorsichtiger und mehr informierend behandelt wurde. Doch es fehlen tatsächlich Informationen von zuständigen Behörden. Bald endet das Schuljahr. Die zweite Sache, die uns auch fehlt, ist eine Frage der Firmen der Arbeitsvermittlung und unehrlichen Firmen der Arbeitsvermittlung. Viele Polen gingen in die Niederlande, am Anfang diejenigen, die doppelte Staatsbürgerschaft hatten, weil die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt uninteressant war. Sie wählten die Niederlanden auch wegen der nicht so großen Entfernung. Da gibt es in vielen Fällen eine sehr schwierige Situation, weil die Menschen vertrauensvoll, naiv sind, sie kennen die Sprache nicht. Zu diesem Zeitpunkt arbeiten da – nach Schätzungen der Holländer - 150.000 Polen, ohne Sprachkenntnisse und sie wissen sich zu helfen. Es gibt eine ganz große Ausbeutung und viele Probleme und Unternehmen, die aus einem Lieferwagen, einem Handy und ihrem Besitzer bestehen, der dieses Unternehmen ist. Das ist eine enorme Herausforderung, weil ich weiß, dass einige dieser Unternehmen befürchten, dass sie Kunden verlieren und versuchen, nach Deutschland zu ziehen und dort ihr Angebot zu verbreiten, angesichts dessen, was nach dem 1. Mai passieren kann. Ja, die Information ist erforderlich. Es wird sich nicht nur auf das Grenzgebiet beschränken, sondern auch auf das östliche Polen, wo es viel größere Armut ist und die Menschen von dort aus ihren Platz irgendwo hier suchen wollen, um zu arbeiten und um zu leben.

Iwona Ziejewska:

Medien gehen uns immer voraus und sind ein Klotz am Bein unserer Zusammenarbeit. Sie zeigten uns es richtig und nach dem Gefühl von EURES erleichtern sie uns nicht die deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Ich bereitete für Sie ein paar Titel von Artikeln vor, die vor kurzer Zeit erschienen sind, kurz vor Weihnachten und Neujahr, und bereits jetzt, nach Neujahr. Die Titel sind: "Die Deutschen warten schon auf uns. Sie haben eine Menge von Arbeitsplätzen." "Arbeit in Deutschland ohne Einschränkungen." "Polen erobern den deutschen Arbeitsmarkt." und das Interessanteste: "Deutschland räumt unseren Arbeitsmarkt auf. Bald die Massenabfahrten." Sicherlich hilft es uns nicht bei der Zusammenarbeit und ich weiß nicht, was zu tun ist. Wir, als EURES-Berater, haben sicherlich keinen Einfluss auf die Medien, auf die lokalen Zeitungen oder die deutsche Presse und ich weiß nicht, ob wir ihn haben werden. Unsere Kunden ziehen dagegen in Betracht, was die Medien mitteilen und sie kommen zu uns bereits mit diesem Wissen, also kommen sie, um eine Arbeit zu finden. Neuerdings gibt es Situationen, dass sie sich einschreiben kommen, um ab dem 1. Mai arbeiten zu können. Das hilft uns bei der

Arbeit als EURES-Berater in Vorpommern sicherlich nicht. Wie ich schon sagte, haben wir darauf keinen Einfluss, wir schreien um Hilfe, aber wahrscheinlich kann nichts damit getan werden.

Przemyslaw Jackowski, Universität Szczecin, stellvertretender Direktor des Instituts für Deutsche Philologie:

Ich möchte es kurz kommentieren, was Sie über das Erlernen der deutschen Sprache gesagt haben. Wir, als Germanisten, beobachten einen kontinuierlichen, systematischen Rückgang des Interesses an deutscher Sprache. Wir haben einen Prozess der Globalisierung, immer mehr Kinder lernen Englisch. Andererseits - was uns als Germanisten einfach unverständlich scheint - ist in der Region, so nahe an der Grenze, dass das Interesse an der deutschen Sprache immer kleiner wird. Wenn, sagen wir, vor zehn Jahren viel mehr Menschen die deutsche Sprache gelernt haben, so schließt man jetzt Abteilungen mit der deutschen Sprache in den Schulen nacheinander. Es scheint mir, dass wir in dieser Grenzregion mit der Situation zu tun haben, dass hier zwei voneinander abgegrenzte Gesellschaften leben, die ein getrenntes Leben führen und mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sind. Kaum jemand ist sogar bereit, auf die andere Seite der Grenze zu fahren. Die meisten Einwohner von Szczecin besuchen höchstens Geschäfte, machen in Löcknitz Einkäufe, die Deutschen fahren eventuell in Real einkaufen, also 10 km von der Grenze und das ist das Ende all dieser Kontakte. Da gibt es wenig Interesse daran, was auf der anderen Seite der Grenze passiert. Das ist ein riesiges Problem. Andererseits muss ich sagen und ich werde sehr kritisch sein - ich beobachte schon eine lange Zeit (das ist mein Hobby), welche Nachrichten, Informationen, auch solche unterschwelligen, durch die polnischen Medien mitgeteilt werden. Diese Informationen bilden die ganze Zeit das Fundament der negativen Stereotype von Deutschland. Das findet sowohl in der Presse, als auch in den Filmen statt. Die Deutschen sind immer die Bösen. Auch kleinen Kindern wird bereits durch die Medien, durch die soziale Situation beigebracht, dass der Deutsche eine gefährliche Person ist, die eine Bedrohung darstellt. Als Germanist muss ich sagen, dass ich persönlich aus diesem Grund leide. Ich denke, dass die Unterschiede in der Mentalität zwischen Deutschen und Polen sehr klein, irrelevant sind. Die Unterschiede bestehen in Vorurteilen, die sowohl die Polen in Bezug auf die Deutschen als auch die Deutschen gegen die Polen haben. Im Grunde sind das Leben von Polen und Deutschen, ihr Verfahren gleich. Wir können nur unterscheiden, ob sie gute oder schlechte, verantwortliche oder unverantwortliche Menschen sind. Es gibt sowohl unverantwortliche Deutsche als auch unverantwortliche Polen. Aber in Bezug auf die Mentalität, denke ich als Germanist, als jemand, der Polen und Deutsche kennt, dass es wirklich keine großen Unterschiede gibt.

Krystyna Iglicka:

Ich wollte mich auch darauf beziehen, was Sie gesagt haben. Ich kann nicht dem zustimmen, dass ein negativer Stereotyp des Deutschen in der polnischen Presse funktioniert. Es ist überhaupt nicht so. Ich versuche sogar *Advocatus diaboli* ("Anwalt des Teufels") zu sein und Ihre Aussage ein wenig zu mildern - erinnern wir uns, wie es war, als Polen der Schengen-Zone beitrug und was für ein Gefühl der Gefahr in den Medien von der deutschen Seite gab, wer herkommt. Was würden wir nicht sagen, vor allem in der Zeit der Krise - es ist auch sehr wichtig für uns und ich möchte Sie auch darauf aufmerksam machen - was wir während der Wirtschaftskrise in allen anderen Ländern beobachtet haben, in denen Polen waren (obwohl es nicht nur Polen betrifft), aber es hat sich in den letzten Jahren verstärkt - verschiedene fremdfeindliche,

ausländerfeindliche Einstellungen. Da die Einwanderer immer der Sündenbock sind. Im Falle von Arbeitslosigkeit, Mangel an Arbeitsplätzen sind verschiedene Stereotypen, Mythen, etc. eine Bedrohung. Es ist auch eine Art des Problems, das auftreten kann, vor allem in den östlichen Bundesländern, ein Problem – und damit muss man rechnen – das zu verschiedenen antipolnischen Erscheinungen führen kann. Ich denke schon, gerade auch durch die Öffnung des Arbeitsmarktes. Auch mit dieser, was wir nicht sagen würden, einspurigen Bewegung. Auch wir, obwohl wir nur wenige Einwanderer aus der Ukraine haben, die nach Polen kommen, zum Beispiel im August vorigen Jahres, mit der Situation zu tun hatten, dass die Gewerkschaften gegenüber der Verlängerung der Genehmigungen für Saisonarbeit für die Ukrainer sehr zurückhaltend waren. So sieht die Wirklichkeit aus.

Martin Hanf, Lehrer und Journalist:

Ich arbeite und lebe seit zehn Jahren in Szczecin, ich bin Deutscher, ich spreche Polnisch, ich bin einer der ganz wenigen Beispiele dieser falschen Richtung der "Einbahnstraße", von der die Rede war. Heute bin ich hier als Journalist. In der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, treten auch Probleme ein, die sich aus der Tatsache ergeben, dass es nur sehr wenige Journalisten auf der deutschen und auf der polnischen Seite gibt, die sich mit diesen Fragen intensiv befassen und die sich darin auskennen. Andererseits ist es auch wichtig, dass selbst das Interesse der deutschen Medien an Polen nicht besonders groß ist. Aber polnische Medien interessieren sich auch nicht besonders an Deutschland, wenn es um Grenzfragen geht. Das sind daher auch die Gründe dafür, warum diese Situationen, die Sie hier beschreiben, sich in der Presse von Szczecin und in der deutschen Presse ereignen. Natürlich sind Journalisten verschieden, schlecht und gut, ihrer Verantwortung bewusst, sowie ohne dieses Bewusstsein – es ist klar, so ist es in jedem anderen Beruf.

Patrycjusz Ceran, Stadtamt von Szczecin

Da unsere Diskussionen auch der Erkennung dienen sollen, wie Herausforderungen, Chancen, Bedrohungen sind, auch dazu dienen sollen, gemeinsame Projekte zu bauen, zukünftige Handlungen vorauszusagen, wollte ich mich an Ihnen mit einer Initiative wenden, eigentlich mit einem Vorschlag, über den wir bereits im vorigen Jahr gesprochen haben. Heute haben Sie viel über die Informationsbroschüren gesprochen. Wir haben ein hervorragendes Beispiel von der deutsch-französischen Grenze und ich denke, dass wir diese Erfahrungen nutzen sollten. Es entstand eine ganze Reihe von verschiedenen Broschüren, aber es gibt keine umfassende Publikation, die sich an die Bürger an der Grenze richten würde, die ihnen zeigen würde, was ihre Rechte auf der polnischen und auf der deutschen Seite sind. Und das nicht nur in Bezug auf das Arbeitsrecht, aber auch auf die Rechte, die mit den Versicherungen, mit der Gesundheit, mit allen Sozialleistungen verbunden sind, alles, was Immobilien, Sachenrecht und andere praktische und wichtige Fragen betrifft. Es scheint mir, dass wir eine solche Broschüre gemeinsam schaffen könnten. Sie könnte in polnischer und deutscher Sprache, im Internet allgemein zugänglich sein. Andererseits könnten wir Risiko in Form von unlauteren Beratern ausschalten, die sich oft an der menschlichen Leichtgläubigkeit, Unwissenheit, Unkenntnis der Sprache und der Realien des Nachbarn bereichern. In dieser Broschüre können wir auch zuständige Behörden, zuständige Institutionen aufweisen, die weitere Informationen geben können. So einfach eine Form der Vermittlung. Wir würden soziale Versicherungen (in Polen Rentenversicherungsträger), Finanzämter, Arbeitsämter, Stadtrat, Marschallbüro etc. sichern.

Die Vertreter von jedem dieser Ämter und Institutionen würden eine Expertengruppe schaffen, die alle diese Bedürfnisse identifiziert. Dann kann man es mit Hilfe der Mittel für kleine Projekte im Rahmen von Interreg finanzieren, wenn wir das drucken oder veröffentlichen wollten. Das ist ein Element, das für den Bürger wäre. Andererseits erstellen wir ein Netzwerk von Institutionen, in denen die Menschen zusammenarbeiten würden, da - wie Sie gesagt haben - Probleme mit dem Informationsaustausch sind. Diese Menschen könnten die Mail-Datenbank bilden, dadurch Informationen senden und auf diese Weise ihren regelmäßigen Austausch sichern, z.B. informieren, welche Änderungen sind, oder ob wir vielleicht auf etwas reagieren müssen. Es könnte auch dazu dienen, gemeinsam eine Haltung herauszuarbeiten, oder Probleme zu lösen, was letztendlich für die Region von Nutzen sein sollte.

Debatte IV

Beispiele bewährter Praktiken in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ihre Bedeutung für die Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen – grenzüberschreitende Kommunikation

Pasewalk, den 13. Januar 2011

Teilnehmer:

Dr. Volker Böhning

Landrat des Landkreises Uecker-Randow

Ruth Henning

Vorsitzende des Deutsch-Polnischen Journalistenklubs "Unter Stereo-Typen", Redakteurin des
Portals Transoder.online

Wojciech Pomianowski

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Berater für die deutsch-polnische Fragen
Büro der Staatsministerin Cornelia Pieper

Michael Seidel

Chefredakteur der Tageszeitung "Nordkurier"

Krzysztof Soska

stellvertretender Präsident von Szczecin

Bogdan Twardochleb

Journalist in der Tageszeitung "Kurier Szczeciński"

Moderator:

Andrzej Kotula

(deutsch-polnischer Journalistenklub "Unter Stereo-Typen", Stadtamt von Szczecin)



Rainer Dambach, Bürgermeister der Stadt Pasewalk:

Herzlich willkommen in Pasewalk, wir freuen uns, dass so viele von Ihnen zu unserem heutigen Treffen kommen könnten. Die Gemeinde Pasewalk und der Landkreis Uecker-Randow versuchen seit über 20 Jahren, eine Art der Brücke der aktiven Partnerschaft in der Verständigung zwischen unseren beiden Ländern zu sein. Die Gemeinde und die Stadt Pasewalk nahmen bereits früher an der Organisation von vielen gemeinsamen Projekten teil, uns verbindet viele grenzüberschreitende Initiativen, der Informationsaustausch wird größer und obwohl es zwischen unseren beiden Ländern und Völkern noch kulturelle Unterschiede gibt, bemühen wir uns, sie zu überwinden, und auch kulturelle Ähnlichkeiten zu betonen, die sich aus der historischen und kulturellen Vergangenheit ergeben. In dem Gebäude, in dem wir uns befinden, finden viele kulturelle Veranstaltungen statt und ich hoffe, dass es auch in Zukunft eine Stelle für den fortschrittlichen deutsch-polnischen Dialog sein wird.

Andrzej Kotula:

Ich arbeite am Stadtamt von Szczecin. Aber heute würde ich lieber als Mitbegründer des Deutsch-Polnischen Journalistenklubs "Unter Stereo-Typen" auftreten. Je mehr dass wir hier zu viert sind. Neben mir sitzt Ruth Henning aus Berlin, Initiatorin und bereits seit 18 Jahren Vorsitzende des Deutsch-Polnischen Journalistenklubs "Unter Stereo-Typen" und Redakteurin des deutsch-polnischen Webportals Transoder Online.

Von rechts: Dr Volker Böhning, Landrat des Landkreises Uecker-Randow, Herr Krzysztof Soska, stellvertretender Präsident von Szczecin, aber - was heute wichtig ist - langjähriger Radio- und Fernsehjournalist, und auch langjähriger Chef des Polnischen Rundfunks Szczecin, Wojciech Pomianowski aus Berlin, Diplomat und Berater für das polnisch-deutsche Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Berlin, im Büro der Staatsministerin Frau Cornelia Pieper, Michael Seidel, Chefredakteur der Tageszeitung "Nordkurier", Bogdan Twardochleb, Redakteur und Journalist der Tageszeitung "Kurier Szczeciński". Wojciech Pomianowski war zuvor langjähriger Journalist, ausgezeichneter Korrespondent der gesamt-polnischen Zeitungen aus Berlin.

Meine Damen und Herren, vor einer Woche baten mich meine Kollegen im Büro um ein kluges Zitat, das eine gute Einführung in unser Gespräch sein würde. Ich hatte damit ein Problem, aber mein Blick fiel auf ein Fernsehprogramm vor einer Woche, eine Fernsehbeilage zu Gazeta Wyborcza, so zu einer der größten Tageszeitungen in Polen. Ich fand da einen Titel, der mich neugierig machte: "Zerstörer von jenseits der Oder". Dies ist ein Text, der mit Ansehen und positiver Einstellung über das deutsche katastrophische Kino spricht. Ich lese Ihnen einige Sätze aus dem Artikel, die - ich gestehe - mich dazu gebracht hatten, dass ich Tränen lachte. Der Autor stellt fest, dass es in dem polnischen Fernsehprogramm seit einiger Zeit viele deutsche katastrophische Filme gibt. Und dann, vermutlich halb im Spaß, halb im Ernst, schlägt er einige Verallgemeinerungen zu diesem Thema vor: *"Ich wage es nicht, hier tiefere Rückschlüsse über die ewige Vorliebe der Deutschen für die Zerstörung zu ziehen, von den germanischen Stämmen, die mit dem ordentlichen Römischen Reich kämpften bis zu den zwei Weltkriegen. Aber irgendwie freut mich der Gedanke, dass sie in dem XXI. Jahrhundert ihre Fähigkeiten auf die Filmindustrie ausgerichtet hatten. Und sie sind darin wirklich gut."* Und der Artikel wird mit der Pointe geendet: *"Sehen wir folgende Filme oder Fernsehproduktionen, in denen Berlin in Flammen steht, mit Wasser überflutet, oder zugefroren wird, sollen wir daran denken, wie viel wir der Zivilisation verdanken, denn heute nutzen die Deutschen so kreativ und ohne Blutvergießen ihre angeborenen Fähigkeiten."* Und das brachte mich zum Lachen, unter anderem aus diesem Grund, dass ich wusste, dass wir uns in ein paar Tagen im Kreise von Freunden treffen, auch aus dem Klub, nomen est omen, "Unter Stereo-Typen" und wir kennen uns, unter anderem, weil wir uns seit mindestens 20 Jahren, einige von uns länger, bemühen, diese Stereotypen zu bekämpfen. Allerdings, wenn ich eine Zeitung mit solchen Texten nehme, obwohl es die Komplimente sind, legt mir immer die Frage nahe, wie wir in unserer Arbeit wirksam sind.

Aber nun kommt schon eine ernste Frage. Im Grunde an Journalisten gerichtet, an Michael Seidel und Bogdan Twardochleb. Mehr und mehr schmerzhaft mache ich mir letztens bewusst, dass Information, auch Information über den Nachbarn, eine Ware ist. Und ihr selbst und eure Zeitungen schlagen ein Produkt auf den freien Markt vor. Also, bevor wir beginnen, darüber zu reden, welchen Einfluss wir auf Angebot und Nachfrage auf diesem Markt haben, möchte ich Sie fragen: Wie ist Ihrer Meinung nach, aus Ihren eigenen Erfahrungen und Beobachtungen eine Nachfrage nach Informationen über den Nachbarn, die in Ihren Zeitungen veröffentlicht werden ? Die Nachfrage, die bewertet werden kann, selbst durch die Reaktionen der Leser auf Ihre Informationen.

Michael Seidel:

Ich bemerke, dass wir einen ähnlichen Stil haben, ich provoziere auch gern. Ja, die Information ist eine Ware. Was man auf sich selbst überprüfen kann, denn niemand kauft eine Zeitung, wenn es da keine Sachen gibt, die ihn interessieren. Aber Journalismus hat auch seine Rolle, eine öffentliche Rolle. In dem deutschen Pressegesetz des Bundeslandes ist das klar definiert, es werden da eindeutig die Aufgaben der öffentlichen Presse formuliert. So lautet es: *Die Presse sollte in erster Linie im Interesse der Allgemeinheit handeln, Informationen geben und verbreiten, Kritik ausüben und damit zur Verbesserung der Bildung beitragen.* Daraus kann man Schlussfolgerungen ziehen, dass wir natürlich unsere Nachrichten so wählen, Sachen herausnehmen und finden müssen, die der Gegenstand des Interesses für eine große Zahl von Menschen sind, für die repräsentative Mehrheit. Aber natürlich haben wir auch so eine Aufgabe, die in dieser öffentlichen Pflicht entspringt, d.h. auf die Nachfrage zu reagieren. Die Informationen über die Nachbarn sind offensichtlich nicht so wünschenswert wie die anderen. Aber wir wissen auch, dass wir solche Informationen zur Verfügung stellen möchten, im Sinne des erläuternden und orientierten Journalismus. Ich muss allerdings zugeben, dass es eine sehr schwierige Aufgabe ist zu identifizieren, welche Informationen in der Grenzregion interessant sind (das entdecken wir immer noch in unserer Zeitung), und welche auch die Menschen in Schwerin interessieren könnten. Ich denke jetzt, dass wir letzte Woche neue Formate zu schaffen versuchten, in denen wir jetzt regelmäßig über die Grenzregion, soziales Verhalten in der benachbarten Region Polens und die Bedeutung des Ganzen für unsere eigene Region schreiben wollen. Im Zusammenhang damit hatten wir also eine Menge Diskussionen, als wir zunächst erklären mussten, was wir tun wollen, was wir tun können und was man regelmäßig tun kann. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass man manchmal die Nachfrage selbst erstellen muss.

Bogdan Twardochleb:

Information ist natürlich eine Ware, wie Michael sagte. Aber wenn wir mit Informationen nur als mit Ware umzugehen hätten, so vermute ich, dass wir vor allem Artikel veröffentlichen würden, die gekauft werden, wonach es die Nachfrage gibt. So würden wir ausschließlich auf die Erwartungen der Leser antworten. Vielleicht würden wir deswegen nur gängige Stereotype verbreiten. Und so wäre es abgelaufen. Jede Zeitung oder jedes so genannte Medium muss sich selbst eine Nachfrage nach Informationen schaffen. Und hier gebe ich ein vielleicht kleines, aber charakteristisches Beispiel. Mehrere Tausend Leser von "Kurier", meiner Zeitung, kauft die Zeitung, unter anderem, weil wir von April bis Ende November Gutscheine für Ermäßigungen beim Kauf von Eintrittskarten für den Zoo in Ueckermünde drucken. Wir haben das mit dem Direktor des Zoos überprüft, wie viele dieser Gutscheine zu ihnen kommen. Doch bevor das möglich war, waren viele unterschiedliche Projekte in Szczecin und in Ueckermünde sowie in anderen Städten notwendig, um die Nachfrage in Szczecin nach dem Zoo in Ueckermünde zu schaffen. Außerdem ist das Projekt gemeinsam mit "Nordkurier" durchgeführt. Also, wenn wir die Information als Ware behandeln, ist hier die Nachfrage wichtig, die Nachfrage kann man schaffen. Wir - ich kann so sagen - erstellten die Nachfrage nach dem Zoo in Ueckermünde. Aber manchmal schafft die Situation selbst die Nachfrage. Seit 2-3 Jahren verkaufen sich sehr gut in unserer Zeitung und auch in anderen, alle Informationen über Preise von Häusern, allgemein gesagt - im Landkreis Uecker-Randow. Ich nehme an, dass sich ab dem 1. Mai sehr gut Informationen über Arbeitsplätze in Uecker-Randow, in Ostvorpommern, in ganz Vorpommern

verkaufen werden. Und wir veröffentlichen diese Informationen, aber wir können uns nicht damit begnügen. Wenn wir über die Preise von Häusern schreiben, wenn wir über die Arbeitsplätze schreiben werden, wenn wir über den Zoo schreiben, dann müssen wir diese Informationen erweitern. Denn wenn wir jemanden ermuntern, zu fahren und die Nachbarn zu besuchen, müssen wir ihm auch Auskunft geben, wohin und wozu er fährt, wen er da trifft, was er dort findet. Und das ist die nächste Aufgabe, sehr wichtig oder sogar noch wichtiger. Aber diese Aufgabe schafft einen weiteren Bedarf an Informationen, wenn die Tätigkeit konsequent ist. Wir probierten es mehrmals aus, zum Beispiel organisierten wir während der Wahlkampagne Ausflüge zum Landtag in Ueckermünde. Und dann gab es Fragen, warum solche Plakate aufgehängt wurden, und was für Parteien das sind, und warum viele von ihnen hier sind und da weniger. Hier treten wir also in den Bereich der Notwendigkeit für regelmäßige, ergänzende Informationen über die Nachbarn.

Michael Seidel:

Du hast Recht! Bestimmte Informationen, die z.B. für die Arbeitnehmer oder Arbeitgeber wichtig sind, führen fast automatisch zur Nachfrage nach anderen, weil sie Ergänzungen, Erklärungen erfordern. Dann werden Informationen über Immobilienpreise, den Arbeitsmarkt oder spezielle Angebote automatisch die gewünschten Informationen. Danach kann man unseren Bürgern auch erklären, wie die Arbeitslosigkeit in Polen aussieht, wie der Arbeitsmarkt funktioniert, wie sich dieser Markt im Laufe der vergangenen 10 Jahre entwickelt, die letzte große Welle der polnischen Migration über Deutschland und weiter nach Irland oder England und wie es nun teilweise mit ihrer Rückkehr in die Heimat aussieht. Angesichts des territorialen Umfangs des Bundeslandes, in dem unsere Zeitung veröffentlicht wird, möchten wir den Menschen Informationen vermitteln, die vor allem mit Stereotypen und Vorurteilen kämpfen. Wir wollen Polen als ein Land zeigen, wo die Touristen gehen können, für den so genannte Gesundheitstourismus, wir wollen zeigen, dass jenseits der Grenze eine große Metropole mit hohem Potenzial liegt, wo es günstige Preise und einen ganz großen Arbeitsmarkt gibt. Und so hoffen wir, dass diese Information durch eine andere ergänzt wird, und durch die Nachfrage nach Informationen, die wir unter den Menschen erstellen, gut funktionieren wird, jede Information wird den Bedarf an den nächsten erhöhen.

Andrzej Kotula:

Die meisten von uns hier an diesem Tisch sind seit etwa 20 Jahren mit der Arbeit an der Grenze beschäftigt. In erster Linie mit der journalistischen Informationsarbeit. An dieser Grenze ist jedoch die Sprachbarriere immer noch eine Quelle und Ursache der Hindernisse für den Informationsaustausch. Und dies wiederum schafft eine Barriere der Unwissenheit - immer noch eine große gegenseitige Unkenntnis über sich selbst bei den Nachbarn. Das ist, meiner Meinung nach, eine triviale Behauptung. Und die zweite: dass von der Qualität und Quantität der Informationen weitgehend die Qualität der nachbarrlichen Beziehungen abhängt, hier an der Grenze. An der Grenze sind wir in so einer günstigen Lage, dass die Quelle unseres Wissens über die Nachbarn auch persönliche Erfahrungen und Beobachtungen sind. Doch je weiter von der Grenze, desto mehr Wissen und Ansichten über die Nachbarn holen Polen und Deutschen aus verschiedenen Informationsquellen ein, nicht aus eigener Erfahrung. Daher die Frage vor allem an Ruth nach ihrer subjektiven Meinung. Glaubst du nach zwanzig Jahren dieser Arbeit, dass sich die Nachbarn an der deutsch-polnischen Grenze besser kennen, besser verstehen, als zum

Beispiel im Jahr 1993, als wir unseren Journalistenklub gegründet haben ? Dass die Anzahl der Kontakte nach dem Beitritt Polens zur Schengen stieg, ist es mit bloßem Auge zu sehen, kann man aber die Qualität des Wissens über die Nachbarn und das Niveau des gegenseitigen Verständnisses irgendwie beurteilen ?

Ruth Henning:

Ja, sicherlich ist es viel besser. Diese Qualität ist besser, vor allem dank der Arbeit von Journalisten. An der Grenze gibt es eine große Unterschiedlichkeit. Es scheint mir, dass es am besten in Frankfurt an der Oder und Slubice ist, es hat sicherlich viel Gemeinsames mit der Universität Viadrina, wo polnische Studenten studieren können. Ja, es sieht nicht schlecht aus. Zum Beispiel ist der Bürgermeister in Gubin, übrigens bereits die zweite Amtszeit, Balomiej Bartczak, der die Wahlen mit großer Mehrheit gewonnen hat, und er ging zur Schule in Guben, machte ein deutsches Abitur, dann studierte an der Viadrina und - und das ist wirklich selten - kam nach Gubin zurück, statt nach Berlin oder anderswo weiter zu fliehen. Und eine allgemeine Bemerkung - ich sehe einen Unterschied zwischen der Situation, als wir in den frühen 90er Jahren unsere Zusammenarbeit begannen und was wir heute haben - nur dass die Initiativen von denjenigen angenommen waren, die es besser wussten, wie es gemacht werden sollte und sie wollten einen Einfluss auf andere haben, aber sie hatten auch - auf beiden Seiten der Grenze - große Schwierigkeiten, die Menschen zu gewinnen. Heute gibt es viele Initiativen auf verschiedenen Ebenen, zum Beispiel treffen sich Diabetiker, was eigentlich eine ziemlich gewöhnliche Ebene ist, denn egal, ob sie Polen oder Deutsche sind, sind sie krank und sie möchten wissen, wie man mit dieser Krankheit umgehen soll. Oder Sprachkurse in deutsch-polnischen Gruppen, wo der Pole und der Deutsche sich gegenseitig helfen, die Sprache des Nachbarn lernen. Die Frage ist nur: was können solche Initiativen in den Zeitungen suchen ? Aber es gibt Fälle, in denen gesellschaftliches Interesse eigentlich von Anfang an vorhanden ist, und doch sind diese Themen nicht in den Zeitungen. Ich erinnere mich zum Beispiel an antipolnische Plakate NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Görlitz in den letzten Kommunalwahlen. In diesem Fall - zumindest glaube ich so - schrieb die Presse von Szczecin sehr gut zu diesem Thema, sich in allen Problemen, in allen Schwierigkeiten gut auszukennen, einschließlich der besten Kontakten oben und unten. Sie berichteten, was passierte und auf diese Weise konnte die Situation vermieden werden, dass der polnische Leser mit einem Missverständnis der Situation, was auf der anderen Seite der Grenze passiert, gelassen wird. Oder mit Stereotypen, zum Beispiel, dass es - sozusagen - ein Phänomen ist, das typisch deutsch oder germanisch ist. Nein - ich folge dieser Sache und dann folgte ich ihr auch - die Leser hatten die Möglichkeit, aus der Presse von Szczecin ihre eigenen Schlüsse zu ziehen. So, aus den Initiativen gegen die NPD in Mecklenburg-Vorpommern (in Görlitz war es schon ein wenig anders) könnten sie etwas lernen, was vielleicht auch in polnischen Umständen, in dem gesellschaftlichen Leben von Nutzen sein könnte, was sie auch mobilisieren könnte. Dies ist die Sache, die auch von der sozialen Entwicklung abhängig ist. Zum Beispiel sind bei uns Nichtregierungsorganisationen oder Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke. Leider gibt es noch nicht bei uns Demonstranten aus Szczecin, die an den Protesten gegen den Transitzug mit Atommüll teilnehmen würden.

Andrzej Kotula:

Jetzt eine Frage an die Politiker. Szczecin ist eine Grenzstadt, der Landkreis Uecker-Randow ist ein Grenzlandkreis. Wir arbeiten seit Jahren immer enger und intensiver mit. Welche Informationen über den Nachbarn brauchen Sie als Politiker und Beamte in Ihrer täglichen Arbeit ? Fühlen Sie sich gut informiert ? Haben Sie das Gefühl, dass Sie die Nachbarn und verschiedene Umstände der Ereignisse in ihrem Land, Entscheidungen, Prioritäten in ihren Tätigkeiten kennen ? Und die nächste Frage: Woher holen Sie in Ihrer Arbeit Informationen über den Nachbarn ein ? Was fehlt Ihnen, um Ihre Ämter innezuhaben und wirksam in diesen Tätigkeiten zu sein, die sich auf die deutsch-polnische Nachbarschaft beziehen ? Weil - ich glaube - kaum ein Aspekt des täglichen Lebens der Grenzbewohner keine Verbindung mit den Nachbarn hat.

Krzysztof Soska:

Vielleicht, weil ich mich immer mehr Journalist als Politiker fühle, fange ich an, mich auf die Frage zu beziehen, was sich seit 1989 verändert hat. Sicherlich hat sich sehr viel verändert, ich teile die Auffassung, die Frau Redakteurin Henning ausgedrückt hat. Aber ich denke, wir erzielten eine solche Stufe dieser Kontakte, das wir einfach ehrlich, ohne politische Korrektheit darüber sprechen können, wie sie in Wirklichkeit sind. Und hier wollte ich über meine Frustration sagen. Es handelt sich nicht darum, was uns gelungen ist zu tun, aber was wir nicht getan haben. Ich denke, unser Appetit - hier in diesem Kreis können wir wohl alle diese Ansicht teilen - ist viel größer als das, wozu wir heute im Jahr 2011 gekommen sind. Wenn hier Fragen über die Nachfrage nach Wissen über den Nachbarn gefallen sind, sage ich, dass - meiner Meinung nach - die Nachfrage gering ist. Wenn wir es zum Beispiel in der Sprache des Handels ausdrücken würden, ist es eine Nachfrage, die sicherlich ermöglichen würde, einen Hipermarkt zu bauen. Ich weiß nicht, ob es einen kleinen Laden sein könnte, eher - ein Kiosk. Hier haben wir ein sehr positives Beispiel - ich denke an "Kurier Szczecinski" und "Nordkurier" - die leider Ausnahmen auf dem Medienmarkt sind. Ich kann wohl auch sagen, als Journalist und als eine Zeit lang Chef eines der Medien, dass Journalisten den Herausforderungen nicht gerecht wurden, die in der Linie der deutsch-polnischen Zusammenarbeit standen. Aber vielleicht ist das auch ein Problem, dass wir eine Versuchung haben, eine Art von sozialen Technologie zu machen, inzwischen müssen bestimmte Prozesse auf natürliche Weise durchgeführt werden. Und sie verlaufen, aber langsamer als wir es erwarteten. Ich fühle leider in der deutsch-polnischen Beziehungen weiter eine enorme Mauer - die aus einem Mangel an Wissen übereinander resultiert, aus der Sprachbarriere. Doch das größte Problem, das ich in diesen Beziehungen sehe, ist es die Gleichgültigkeit. Ich wage zu behaupten, dass sich ein junger Bürger aus Mecklenburg-Vorpommern gar nicht dafür interessiert, was auf der anderen Seite der Grenze geschieht, und umgekehrt - ein junger Bewohner aus Szczecin eigentlich kein Interesse daran hat, was in Mecklenburg-Vorpommern passiert. Vielleicht ist dies eine etwa allzu provokative These, aber ich denke, dass sie leider der Wahrheit ziemlich nahe ist. Aber um nicht so pessimistisch zu sein, muss ich auch über das Positive sagen. Es ist hier Marek Sztark, der für die Bewerbung von Szczecin um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt verantwortlich war. Und obwohl dieses Projekt uns misslang, war doch sein Erfolg, dass mehr als hundert deutsch-polnische Projekte als Ideen für die Zusammenarbeit in den kommenden Monaten und Jahren vorgelegt wurden.

Ruth Henning:

Warum gelingen Ihnen diese Projekte nicht ? Haben Sie jetzt dafür kein Geld ?

Krzysztof Soska:

Das ist natürlich ein anderes Thema des Gespräches. Szczecin kam nicht zur nächsten Phase des Kampfes um den Titel der Kulturhauptstadt Europas, aber ich hoffe, dass zumindest einige dieser Projekte, die eingereicht wurden, können durchgeführt werden. Auch die Förderung von den benachbarten deutschen Städten an der Grenze an Szczecin war für uns sehr wichtig. Also, ich bin der Überzeugung, dass hier in dieser unmittelbaren Nähe, wenn wir über die grenzüberschreitende Metropolregion sprechen, hat Szczecin eine Chance - und ich habe den Eindruck, dass es auch eine solche Erwartung auf der deutschen Seite gibt - Szczecin, als ein starkes Zentrum wird mit grenzüberschreitenden Initiativen auftreten. Ich kann im Namen des Präsidenten der Stadt versprechen, dass Szczecin sich darum bemühen wird. Ich zähle sehr darauf, dass die Umwelt der Journalisten diesen Tätigkeiten entgegenkommt.

Ruth Henning:

Als ich von dem Projekt hörte, dass Szczecin als Kandidat für den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2016 aufgestellt wird, fand ich es unernst. Welche Chancen hat Szczecin, im Vergleich mit zum Beispiel, Wroclaw oder Lublin ? Ich dachte, nein, es wird nichts daraus! Und dann in der Diskussion, während der Arbeit an dieser Idee, merkte ich, dass es sich in erster Linie nicht um den Titelgewinn selbst handelt, aber darum, die Menschen in so einer Stadt wie Szczecin um diese Idee herum zusammenzubringen, Ideen, Projekte sammeln, die später etwas Gutes bringen können. Diese ganze Initiative, meiner Meinung nach, musste nicht damit beenden, was sowieso nicht geschehen würde: d.h. mit dem Gewinn des Titels der Kulturhauptstadt Europas, aber es sollte die Energie befreien und positive, kreative Prozesse stärken. Und so war es gut und es wird immer wieder gut sein, wenn diese Mobilisierungsfunktion tätig wird. Und jetzt gaben Sie auf – das verstehe ich nicht !

Dr. Volker Boehning:

Ich würde gerne in Bezug auf frühere Aussagen betonen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht automatisch geschieht. Darum muss man sich bemühen. Aber ich sehe es sehr positiv, auch wenn ich weiss, wie die Situation vor 20 Jahren im Vergleich zur heutigen aussah. Zur Zeit werden die meisten grenzüberschreitenden Kontakte, meiner Meinung nach, über Projekte aufgenommen, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Im Rückblick würde ich hier gerne die Rolle der Euroregion Pomerania betonen, die Bedeutung der Leistungen dieser Projekte, die immer mit der Beteiligung aller Partner durchgeführt werden. Manchmal sind das Ideen von der Art: wir bauen einen gemeinsamen Weg oder versuchen, gemeinsam etwas zu erfinden, zu organisieren. Aber das sind Projekte, die zu einem guten Ziel führen. Ich möchte hier noch ein Hindernis hervorheben, das sicherlich die Sprachbarriere ist, Unkenntnis der Sprache des Nachbarn von den Bewohnern der beiden Grenzregionen. Und mein Traum ist es, eine Zeitung in deutscher Sprache herauszugeben, die Angelegenheiten, Projekte, Veranstaltungen beschreiben würde, die in Polen stattfinden. So dass, nachdem ich am Morgen die Zeitung geöffnet habe, kann ich mich auf Projekte und Veranstaltungen vorbereiten, die in

Szczecin oder in Police organisiert sind, und diese wählen, an denen ich teilnehmen möchte. Es scheint mir, dass eine solche vernünftige Idee wäre, Treffen zu organisieren, an denen beide Seiten ein ziemlich allgemeines aber fachliches Bild der Situation erhalten könnten, die auf beiden Seiten der Grenze vorkommt. Auch in Bezug auf Wahlen. Von unserer Seite gibt es daran Interesse, wie die Wahlen in Polen verlaufen, wer gewählt wird, was die verschiedenen Parteien und ihre Chancen bei der Wahl sind. Ich möchte hier noch die Rolle des Gymnasiums in Löcknitz betonen, wo junge Leute aus Deutschland und Polen gemeinsam lernen, gleichzeitig beide Sprachen sehr gut beherrschen und sie werden sicher keine solchen Probleme in der Zukunft haben, die wir hier besprechen. Natürlich gibt es auch für Erwachsene und für jeden anderen, der lernen will, intensive Kurse, wo man Polnisch lernen kann. So zum Beispiel habe ich hier in Pasewalk einen Freund, den ich jederzeit auch wenn in die Stadt Police senden kann, wo er mit dem entsprechenden Partner über aktuelle Themen sprechen, nach Deutschland zurückkehren und mir die ganze Situation berichten kann. Ich möchte hier noch unterstreichen, dass ich nicht völlig pessimistisch bin, dass ich die Situation optimistisch sehe. Aber sicherlich kann man nicht erwarten, dass die Fortschritte in einem überraschend schnellen Tempo erfolgen können. Es sind kleine Schritte, wir gehen langsam voran, es werden Projekte organisiert ... Aber sicher geht es darum, die engeren Beziehungen zwischen den beiden Nationen nicht zu verlieren, und einfach die Situation entwickeln, die wir jetzt haben, und zwar die Näherung - in der Zukunft, so ist der Plan - ohne die Sprachbarriere.

Andrzej Kotula:

Wojtek Pomianowski hörte sehr lange Zeit, jetzt ist er an der Reihe. Wojtek, am Anfang möchte ich sagen: wir sind sehr damit zufrieden, was wir auf Deiner Visitenkarte lesen. Obwohl wir als deine Freunde glauben, dass Medien und Leser an dieser Änderung verloren haben, daran, dass du aus Journalismus zur Diplomatie übergegangen bist. Aber wir freuen uns nicht nur darüber - zumindest ich in diesem Moment - dass du ein hochrangiger polnischer Diplomat bist, der jetzt alltags in Berlin arbeitet, in dem deutschen Außenministerium, aber auch, weil wir als Deine Freunde wissen, dass du als kaum ein Warschau-Berliner Journalist die Grenzregion kennst. Davon zeugen Deine Texte, die du seit vielen Jahren in "Zycie Warszawy", in "Rzeczpospolita" oder in "Kurier Szczecinski" veröffentlichst. Und wir als Bewohner der Grenze, wie du weißt, haben seit Jahren einige Kommunikationsprobleme mit Hauptstädten. Da wir manchmal einen sehr schmerzhaften Eindruck haben, und selbst Sicherheit, dass die Hauptstädte nicht verstehen, die Besonderheiten des Grenzlandes nicht kennen. Die Besonderheit in all ihrer Dynamik und Wechselhaftigkeit. Also nehme ich respektvoll Deinen Plan auf, damit im Sommer Staatsministerin Frau Cornelia Pieper die Grenzregion von der Ostsee bis zum Sudetenland besucht, um diese Region persönlich besser kennen zu lernen. Doch zu den wichtigsten Themen unseres Gesprächs zurückzukehren: Was ist Deine Erfahrung aus Deiner Sicht als Diplomat ? Steigt das Auskennen der polnischen Diplomaten, Vertreter der polnischen Regierung, in der Komplexität und Spezifität der Grenze ? Ist die Grenzregion auf der Ebene der Hauptstädten Warschau und Berlin schon besser zu verstehen, als mehrere Jahre hinweg? Die Frage ist nicht ohne Grund - denn in einem Moment möchte ich nach der Verantwortung dafür fragen, was in der Zukunft hier geschieht.

Wojciech Pomianowski:

Vielen Dank vor allem für ein schönes Lob für meine journalistischen Erfahrungen. Mich auch reizt diese Diskussion mit journalistischen Beobachtungen zu beginnen, aber ich verstehe, dass ich hier vor allem als Diplomat eingeladen wurde, also lasse ich journalistische Bemerkungen für später.

Andrzej Kotula:

Nein, nicht nur! Wir würden uns sehr freuen, wenn du die alte, uns sehr gut bekannte Haut anlegtest.

Wojciech Pomianowski:

Ich mache das gern, aber lass mich doch vom "Anfang der Welt" starten. Weil es für unsere Diskussion und den Blick dafür, was zwischen Polen und Deutschland, auch an der Grenze passiert, nicht ohne Bedeutung ist. Nun, vor zwei Monaten war ich mit dem Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland Christian Wulff in Warschau, zum 40. Jahrestag des Normalisierungspakts von Brandt. Und ich erkannte einen unglaublichen Kontrast zwischen der damaligen - ich erinnere mich daran - Wirklichkeit und der heutigen, und dass es mir noch mehr bewusst machte, wohin wir in gegenseitigen Beziehungen gekommen sind! Es war nicht so einfach, denn ich erinnere mich, dass ich als Korrespondent für "Zycie Warszawy" im Jahre 1991 eine Frage an Professor Klaus Zernack stellte, der damals Mitvorsitzende der deutsch-polnischen Schulbuchkommission war, wie lange wir mit Stereotypen auf beiden Seiten kämpfen müssen. Und er lenkte dann meine Aufmerksamkeit darauf, was man sich bewusst machen soll. Er hat gesagt: Hören Sie bitte, erst im Jahre 1989-1990 hat sich wirklich die negative Politik der Preußen und Deutschland gegen Polen beendet, die 250 Jahre dauerte. Aber auch: Polen führte viele Hunderte Jahre lang – aus verschiedenen, ganz anderen Gründen – de facto_eine negative Politik gegenüber Deutschland. Als Journalist von "Zycie Warszawy" verfolgte ich oft in den achtziger Jahren Hupka und Czaja, so wie heute Frau Steinbach verfolgt wird. Nun ist die dritte Beobachtung: Ich war bis August vorigen Jahres 5 Jahre lang stellvertretender Botschafter Polens in Deutschland. Und seit dieser Zeit, seit August sitzt der stellvertretende Botschafter Polens in Deutschland im Büro des Vize-Außenminister von Deutschland und hat Zugang zu sehr vielen - ich sage nicht zu allen, aber sehr vielen - diplomatischen Geheimnissen des fremden Landes. Ebenso befindet sich mein deutscher Kollege im Büro von Herrn Minister Dowgielewicz, stellvertretendem Außenminister, der für europäische Fragen in dem polnischen Außenministerium zuständig ist. Ich will damit sagen, dass dies ein großer Sprung der drei Epochen der Geschichte in Laufe der 20 - 40 Jahre. Desto mehr, dass die Deutschen den Austausch von Beamten nur mit Frankreich haben, und wir haben mit niemandem außerhalb Deutschlands.

Die zweite Sache, die ich berühren wollte: Was kann die Politik ? Die Politik kann einen Rahmen für echte oder zukünftige Wirklichkeit schaffen. Solchen Rahmen schufen wir gemeinsam mit Deutschland in 1990-1991 durch zwei Hauptabhandlungen, deren Jahrestag gerade gefeiert wird. Wie füllten wir diesen Rahmen - nicht nur wir als Politiker, aber auch wir als Journalisten, wir als Bürger – das wird zeigen u.a. ein Überblick der Verwirklichung dieser Verträge oder des Hauptvertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, an dessen

Bewertung wir jetzt arbeiten. Wenn es bereits genau um Fragen der Grenzregion geht, so schrieben wir im Laufe der Verwirklichung dieser Verträge und in den Verträgen selbst einige Systemlösungen ein, die auch die deutsch-polnische Grenze umfassen. Unter anderem ist seit vielen Jahren der deutsch-polnische Zwischenstaatliche Ausschuss für Regional- und Grenzzusammenarbeit tätig. Du hast erwähnt, dass ich Frau Minister Pieper in diesem Sommer auf die Reise entlang der Grenze eingeladen habe. Ich schlug es ihr vor allem vor, weil ich mich an eine frühere Reise des ehemaligen Botschafters Polens in Deutschland, Janusz Reiter und seiner deutschen Partner erinnere. Diese Reise fand genau vor 20 Jahren statt. Es besteht also deutlich ein politisches Defizit. Ich denke aber, dass sowohl im Journalismus als auch in der Grenzregion sehr viel von den "Schauspielern" selbst in diesen beiden Bereichen abhängt. Ich weiß, es gibt ein gewisser Widerwille seitens der Regionen, nicht nur der Grenzregionen gegen Warschau, und bestimmte Mechanismen der Macht, die durch das zentralisierte System in Polen geprägt wird. Ähnliche kritische Bemerkungen werden an uns von unseren deutschen Partnern gerichtet. Aber das hindert nicht daran, dass die Grenzgemeinden und ihre Vertreter eine Partnerschaft wie die Oder-Partnerschaft oder Kommunalvereinigungen sowie auch andere Formen der Zusammenarbeit bilden. Zwar kann die Politik einen Rahmen schaffen, sollte sie aber nicht mit Gewalt erfüllen und diese Gemeinschaften glücklich machen.

Andrzej Kotula:

Eine Frage an Krzysztof Soska: vielleicht haben Sie etwas sehr Wichtiges bemerkt. Es ist ein Paradox: einerseits haben Sie festgestellt: "Unser Appetit auf Wissen über den Nachbarn ist größer." Andererseits: "Es gibt keinen Bedarf an dieses Wissen, es gibt Desinteresse an dieses Wissen." Ich stimme im Prinzip - wenn auch vielleicht nicht so radikal - mit diesen Aussagen überein. Nur, meiner Meinung nach, liegt die Hauptfrage in der Feststellung: "Unser Appetit ist größer." Also meine Frage ist: "Unser" das heißt, wessen? Wem, nach Ihnen, liegt es am meisten daran, den Nachbarn gut zu kennen und ihn zu verstehen? Und warum?

Krzysztof Soska:

Dass wir heute hier sind, zeigt, dass es uns viel bedeutet. Und wir - ich glaube - fühlen dieses Defizit. Ist es ein allgemeiner Eindruck? - lasst uns diese Frage stellen. Heute würde ich wagen, festzustellen, dass es kein allgemeiner Eindruck ist. Aber es ist die Rolle der Eliten, die Situationen zu schaffen, die zum Anstieg des Interesses auf beiden Seiten führen wird. Und für mich, der gerade die Ereignisse der letzten 20 Jahre beobachtete, endeten mit dem größten Erfolg alle Programme, die mit Bildung, Zugrundearbeit, Jugend- und Studentenaustausch, wie die Universität Viadrina ... verbunden waren. Sie haben langfristige, sehr offenbare Effekte gebracht. Natürlich will ich nicht alle Infrastrukturprojekte kritisieren. Aber ich beobachte die Durchführung von einigen EU-Programmen, bei denen die Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Partnern rein geschäftlich ist. Dies erfordert ein tiefes Überdenken von den Personen, die über unsere Strategien, unsere Prioritäten entscheiden, was am wichtigsten ist, worauf wir den größten Wert legen sollten. Ich denke, dass das Leben, die offene Grenze, der bald offene Markt neue Situationen bringen werden. Dass wir uns immer näher kommen werden. Trotz einem Ton des Pessimismus in meinen Aussagen über die Prozesse zwischen unseren Völkern bin ich sehr optimistisch.

Andrzej Kotula:

Ich habe eine Frage, die sich aus langjährigen Beobachtungen der Grenzregion ergibt und - wie ich glaube - für uns, die seit langem hier arbeiten, sehr wichtig ist. Ist die Information in der Lage, die Bildung zu ersetzen ? Oder anders ausgedrückt: Ist die Information auch die Bildung ? Weil ich den Eindruck habe, dass hier an der Grenze die Medien und Journalisten nicht ihre Arbeit tun, nicht ihre Rolle spielen. Die Journalisten informieren, aber auch erklären, erläutern die ganze Komplexität der Prozesse und Phänomene in der deutsch-polnischen Beziehungen an der Grenze und immer noch, wie vor mehreren oder zwanzig Jahren, erklären zum Beispiel, worin sich Landrat, Landtag und Landbrot unterscheiden. Ist es nicht so, dass unsere Kinder schon mit den elementaren Kenntnissen die Schule verlassen sollen ? Erhält ein Gymnasiast zum Beispiel aus Szczecin eine höhere Dosis und eine höhere Qualität des Wissens über die deutschen Nachbarn, als ein Gymnasiast, zum Beispiel in Kielce ? Meiner Meinung nach, nein! Und auch ein durchschnittlicher Schüler, zum Beispiel in Brandenburg bekommt kein tieferes oder breiteres Wissen über den polnischen Nachbarn als ein Gymnasiast, zum Beispiel in Düsseldorf. Dies bedeutet, dass in zwanzig Jahren Journalisten weiterhin den nächsten Generationen erklären werden, worin sich Landtag, Landrat und Landbrot voneinander unterscheiden. Dies ist eine Sackgasse! Ich freue mich, dass in der Deutsch-Polnischen Zwischenstaatlichen Kommission für Regional- Grenzzusammenarbeit gerade ein neuer Abschluss für Bildung entstand. Mich interessiert, womit sich dieser Abschluss befassen wird, was er für Priorität in seiner Arbeit halten wird. Wir haben heute unter uns, während dieser Debatte, Lehrer, Schulleiter, Vertreter der Bundesländer oder der Regierung in Warschau, die für die Bildung zuständig sind. Aber ich will fragen, ob Sie meine Ansicht teilen, dass der Mangel an Wissen über den deutschen Nachbarn in den Lehrplänen der Schulen in der polnischen Westwoiwodschaften und an Wissen über den polnischen Nachbarn in den Schulprogrammen der ostdeutschen Bundesländer, und dass es grundsätzlich wenig darüber gesprochen wird, als über ein bestimmtes Defizit, Herausforderung, Aufgabe und Priorität - auch unser gemeinsamer Misserfolg ist ?

Bogdan Twardochleb:

Es ist so, dass selbst wenn der Lehrer die Schüler lehren will, worin sich Landrat und Landtag unterscheiden, müssen noch die Schüler es lernen wollen. Die Bildung und die Information sind miteinander seit immer verbunden und sie werden immer verbunden sein. Ich sage etwas Banales: Es wird immer neue Leute sein, die gehen, lesen und schreiben lernen müssen und Kenntnisse über den Nachbarn gewinnen müssen. Dies sind ständige Prozesse des Lernens, die ständige Bildung ist sehr wichtig und im Rahmen dieser Bildung sollte das Informationssystem gesehen werden ..

Ich wollte ein wenig auf die Aussage von Präsidenten Soska antworten. Natürlich konnte man noch mehr tun. Aber hier an der Grenze, kam es diese 20 Jahre hindurch zu revolutionären Veränderungen. Vor unvorstellbar 20 Jahren! Wojtek Pomianowski sprach über diese Änderungen, über die Gespräche mit Professor Zernack und vor kurzem mit Präsidenten Wulf, von ihren hohen Perspektive. Aber wir beobachten ähnliche revolutionäre Veränderungen jeden Tag, in einer kleinen Dimension, hier an der Grenze. Die Bewohner der Grenzregion schauen den Nachbarn heimlich zu und führen bei sich selbst Sitten ein, die sie einmal nicht verstanden und über die sie lachten. Zum Beispiel, hängt man vor Ostern Eier an den Bäumen im Garten.

Andrzej Kotula:

Und in den Gärten vor den Häusern in Szczecin stehen bereits die Zwerge.

Bogdan Twardochleb:

Natürlich ist es nicht und es wird nie ein allgemeines Phänomen. Wenn es allgemeine Phänomene geben sollten, würden wir uns gar nicht voneinander unterscheiden. Und wir interessieren uns nicht füreinander und wären nicht aufeinander neugierig. Ich bin sogar froh, dass diese Phänomene nicht weit verbreitet sind, denn es gibt noch viel zu entdecken. Gibt es kein Interesse an dem Nachbarn ? Wenn die Hälfte der Besucher im Sommer im Zoo in Ueckermünde, am Strand an einem schönen See in Löcknitz, in Ozeaneum in Stralsund, die Hälfte der Kinderpublikum auf den Aufführungen in Ueckermärkischen Bühnen in Schwedt (nicht nur in dem Handelszentrum Oder-Center), Polen sind und am Freitag sind in den Konzerten in der Philharmonie von Szczecin viele deutsche Einwohner der Grenzregion, zeugt dies von einem Mangel an Interesse ? Woher sind sie da ? Das Interesse ist immer noch vorhanden, man muss nur ständig seine praktischen Voraussetzungen finden. Die Information, wenn sie praktisch ist, hat eine Chance, zu bestehen und darauf kann man größere Dinge, Wissen und Interesse aufbauen. Und wir haben hier viel zu tun! Leider, gibt es z.B. im Nationalmuseum in Szczecin, das von vielen Deutschen besucht wird, immer noch sehr wenig Informationen in deutscher Sprache. Im Allgemeinen gibt es in den öffentlichen Einrichtungen viel zu wenig zweisprachige Informationen! Zum Beispiel gibt es keine Informationen in deutscher Sprache auf den Parkuhren in Szczecin. Damit wir, Deutsche und Polen, im öffentlichen Leben vor dem Gesetz alle gleich sind, wie gewünscht, ist die zweisprachige Information nicht genug! Und dies ist das Hindernis und auch die Aufgabe für die Behörden. Wir sollen uns um die praktischen Informationen bemühen, und dann wird es viel leichter das Wissen aufzubauen und das Bedürfnis zu erwecken, einen Nachbarn kennen zu lernen.

Was wird daraus, dass wir die deutsche Jugend nach Szczecin zu einem ausgezeichneten Konzert einladen, wenn dieser junge Mann dann keine Möglichkeit haben wird, nach Hause zurückzukommen. Weil es keine Zug-, Busverbindungen gibt ... Und er steigt nicht in das Auto ein, nachdem er ein Bier getrunken hat, weil er gleich um die Ecke gehalten wird...

Krzysztof Soska:

Sicher war es mir wichtig, dass wir über unsere Zusammenarbeit an der Grenze nicht auf eine taktvolle Weise sprechen, dass wir nicht politische Korrektheit betreiben, nur einfach sagen, wie es ist. Lassen Sie mich die Frage stellen: wann haben Sie das letzte Mal im Fernsehen, in unserem lokalen Fernsehen in Szczecin, ein Programm darüber gesehen, was zum Beispiel in Pasewalk oder Löcknitz passiert? Ich nehme an, keiner von uns hat längst ein solches Programm gesehen, vielleicht letztens, als es da antipolnische Neonazi-Plakaten erschienen. Es ist viel zu tun, ich bin mir dessen bewusst. Vielleicht aus diesem Grund habe ich dazu beigetragen, dass in Szczecin ein Radiosender gegründet wurde, der Nachrichten und Programme in der deutschen Sprache sendet. Dies ist wahrscheinlich die einzige Station in Polen, die Programme in deutscher Sprache sendet. Aber vor uns ist wirklich die ganze Zeit noch mehr zu tun als das, was wir bisher geschafft haben.

Andrzej Kotula:

Eine wichtige Frage ist, ob die Polen in den Zoo nach Ueckermünde fahren, um Deutschland zu sehen und die Deutschen zu treffen - oder Affen und Schlangen ?

Wojciech Pomianowski:

Ich nahm an der Eröffnungssitzung des Ausschusses für Bildung (im Rahmen der Deutsch-Polnischen Zwischenstaatlichen Kommission) teil, die Mitte Januar in Neustrelitz stattfand. Da wurden viele sehr nützliche Ziele geschrieben: von der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, durch Partnerschaften von Schulen, den Austausch von Lehrkräften allmählich bis zu gegenseitiger Anerkennung von akademischen Abschlussdiplomen, etc.. Natürlich, sind das in diesem Moment nur Absichte oder Projekte der Aktivitäten, und wie es in der Praxis aussehen wird, das wird sich erst zeigen. Und ein wenig Teer zu gießen, sage ich, dass im Mai letzten Jahres habe ich an dem Austausch von Dokumenten zwischen Polen und Deutschland über das Abordnen einen polnischen Lehrer in die Berliner Schulen teilgenommen. Und es ist sehr schön, dieser Lehrer arbeitet bereits da, aber die Debatte über dieses Thema dauerte 10 Jahre! Über einen Lehrer! Hier in der Tat kann man ohne die politische Unterstützung aus dem obersten Regal nicht viel tun. Da es eine bürokratische Barriere gibt, die - wie Sie sehen können - nicht zu überspringen ist.

Und ich sage noch ein paar Worte in Bezug darauf, was Präsident Soska über polnisches Fernsehen gesagt hat ... Als Diplomat und Politiker sollte ich nicht und ich habe kein Recht, die Medien zu kritisieren, oder überhaupt mich auf sie zu beziehen. Daher werde ich es als Journalist tun, weil, wie man weiß, ein Journalist ist immer ein Journalist, nie hört man auf, ihn zu sein. Wenn wir mit einer Situation zu tun haben, dass die größte Zeitung in Polen ihre Korrespondentabteilung im Land unseres wichtigsten Nachbarn schließt, und zwar - hat Gazeta Wyborcza seine Abteilung in Berlin geschlossen, weiter wenn der Korrespondent der zweitgrößten Zeitung in Polen aus dem letzten Loch pfeift, weil ihm alle möglichen Mittel weggenommen wurden, wenn die Existenz des polnischen Fernsehens in Deutschland für eine lange Zeit in dem Pendeln eines Kameramanns und Journalisten aus Polen bestand, dann was erwarten wir ? Dies gilt auch, warum wir journalistische Materialien auf politische Anfrage haben. Deshalb haben wir in den Medien und in der Politik eine Hysterie betreffs Frau Steinbach. Einfach fehlt es hier an intelligenten Menschen, die mit Bedacht weitergegeben hätten, was in diesem Land passiert. Manchmal komme ich zu dem Schluss, dass ich es in den 90er Jahren leichter hatte, weil sowohl als Korrespondent für "Zycie Warszawy" als auch für "Rzeczpospolita" weitgehend der Redaktion diktieren konnte, was ich schreiben will. Und ich war auch in der Lage, das in der Zeitung zu veröffentlichen. Aus meiner Sicht haben sich die Medien unter anderem auf diese Weise verändert, dass es jetzt der Überschuss an Form über den Inhalt gibt. Dies ist ein Übel der Medien in der ganzen Welt, auch in Deutschland. Dies ist natürlich auch eine Frage der Mittel, die benötigt sind. Deutschland ist ein viel reicheres Land, und die deutschen Redaktionen sind auch reicher. So können sie sich es leisten, ein anständiges Netz von Korrespondenten in Polen beizubehalten. Obwohl es sich auch über einige von ihnen schwarze Wolken sammeln.

Michael Seidel:

Ich möchte zu der Ausgangsfrage zurückkommen: Bildung und Information. Eines der Beispiele aus der Praxis und der Themen, das der neue Zwischenstaatliche Ausschuss für Bildung aufgenommen hat, ist ein Projekt, das das Lernen der polnischen Sprache in den deutschen Kindergärten einführt, das Projekt hat eine Deutsch-Polnische Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen, und es funktionierte sehr gut, u.a. dank den in das Projekt angelegten Mitteln. Und seine Entwicklung nimmt die Umwandlung in ein wirklich grenzüberschreitendes Projekt an, und damit die Einführung des Deutschunterrichts in die polnischen Kindergärten. Und dies ist, wie immer, ein Problem der Finanzierung und der Quellen der Finanzierung. Polen ist ein zentralistisches Land, Deutschland – ein Bundesland. Für die Bildungsthemen sind die Bundesländer zuständig, und so muss man mit ihnen mitarbeiten können. Aber sie wissen auch nicht immer, wie man sich miteinander verständigt. In Frage kommen Interessen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die nicht immer übereinstimmen. Aber ich möchte betonen, dass wir nicht beklagen sollen, dass bestimmte Sachen so langsam weiter gehen. Manchmal ist das Brett, die wir bohren müssen, sehr dick. Dies ist sowieso ein großer Fortschritt im Vergleich damit, was wir vor ein paar Jahren hatten. Und viele Probleme finden dann ihre Lösung, wenn zum Beispiel Polen schon in der Eurozone wird, die Arbeitsmärkte zusammen wachsen werden, wenn wirtschaftliche Folgen dieser Prozesse erscheinen. Aber trotzdem müssen die Eliten vorangehen, sie müssen bestimmte Dinge voraussehen, einleiten, und der Rest wird mit der Zeit kommen.

Ruth Henning:

Wenn es um Berichte, sowohl aus Deutschland in den polnischen Zeitungen als auch aus Polen in den deutschen geht, sehe ich große Fortschritte im Hinblick auf Reichweite und thematische Vielfalt. Es gibt viel mehr Bereiche als zuvor und viel schnellere Reaktionen auf Ereignisse. Ein Beispiel kann das Thema von Plakaten NPD sein, das sich schnell in vielen Städten erschienen ist, nicht nur an der Grenze, und es gab viele Informationen.

Wenn ich unsere Diskussion zusammenfassen müsste, würde ich sagen: Auf die Politiker kann man sich nicht verlassen. Nicht, weil ich grundsätzlich etwas gegen sie hätte. Es ist oft der Fall, dass einer tut, was er nur kann und gewisse Entschlüsse fasst, und dann kommt der nächste und setzt es nicht fort. Ein solches Beispiel kann auch Szczecin sein. Jetzt spreche ich nicht über große Politik, sondern über viele kleine Städte und über die lokale Ebene an der Grenze. Aus meiner Erfahrung geht hervor, dass kein Netzwerk von lokal aktiven Menschen geschaffen wurde, die überall sind, hier denke ich an Lehrer, Forscher von Regionalismen, Künstler ... etc. Aber diese Leute sind überall, sie sind tätig, bleiben hier und entfalten ihre Aktivitäten. Und alles, was in diesem Bereich gelang, zu tun, wäre sehr positiv. Transoder Online unternimmt einen weiteren Versuch, ein solches Netzwerk zu schaffen. Dies ist ein Web-Portal, mit dem alle zusammenarbeiten können. Wir suchen Leute an der Grenze, die sich auf dieser Website für die Ortschaften verantwortlich fühlen würden, in denen sie leben, mit denen sie sich beschäftigen und über die sie informieren möchten und können.

Wojciech Pomianowski:

Viele Beispiele belegen, was Ruth erzählt hat: die entscheidende Rolle spielt die Bürgergesellschaft.

Andrzej Kotula:

Es gibt keine Pointe, weil bei einem solchen Thema kann sie nicht sein. Die Diskussion ist im Gange und wird auch weiterhin geführt werden.

Debatte V

Effektive Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Szczecin, den 8. März 2011

Teilnehmer:

Paweł Bartnik

Direktor des Vereins der Polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania

Dr. Volker Böhning

Landrat des Landkreises Uecker – Randow

Peter Heise

Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Pomerania e.V.

Jürgen Oser

Leiter der Beratungszelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische
Angelegenheiten beim Präsidium des Verwaltungsbezirks Freiburg

Moderatoren:

Irena Stróżyńska, Marschallamt der Woiwodschaft Westpommern,
Patryk Ceran, Stadtamt Stettin



Irena Stróżyńska:

Ich denke, dass man jetzt, wenn wir über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unserer Region sprechen, die Euroregion Pomerania und ihre Strukturen erwähnen muss. Im Dezember haben wir 15 Jahre dieser Form der Zusammenarbeit, das 15jährige Jubiläum der Euroregion Pomerania gefeiert. Ich glaube, das ist eine gute Gelegenheit, um zu beurteilen, was in dieser Zusammenarbeit gelungen ist und was nicht.

Peter Heise:

Zum Glück ist uns alles gelungen. Indem wir über die Euroregion als über eine Ganzheit sprechen, können wir mit einer sehr konkreten Zusammenarbeit prahlen, im Rahmen deren wir auch die Dänen zur Zusammenarbeit eingeladen haben. Die Dänen haben sich entschieden, an unserer Initiative nicht teilzunehmen, aber im Jahre 1998 sind uns die Kollegen aus Schweden beigetreten.

Indem wir über die Konstruktion der Euroregion sprechen, ist uns der historische Hintergrund bekannt. Ich denke, dass Herr Paweł Bartnik auch ein bisschen von der Geschichte der Euroregion erzählt. Es war keine einfache Geschichte. Wenn jemand meint, dass die Euroregion Pomerania der Euroregion Neiße ähnelt, kann ich sagen, dass jener Euroregion in relativ kurzer Zeit entstanden ist. Ein Grund dafür, warum die Euroregion Pomerania viel länger entstanden ist, ist vor allem die Tatsache, dass wir hier mit einer Stadt zu tun haben, die bisher nicht so aktiv auf der Ebene der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wie z.B. Frankfurt an der Oder war.

Stettin war ein bisschen geschlossen, es gab hier nicht besonders viele Initiativen zwischen Polen und Deutschland. Es gab wenige Ebenen, auf denen wir uns verständigen könnten. Deshalb war diese Zusammenarbeit ganz anders als die Zusammenarbeit in der Euroregion Neiße. Die Unterschiede zwischen unserer Stettiner Region und der Euroregion Neiße sind wesentlich. Einige vergessen das. Stettin war einmal eine deutsche Stadt und jetzt ist sie eine polnische Stadt. Viele Einwohner, die sich hier angesiedelt haben, kommen aus fernen Gegenden im Osten. Auf der deutschen Seite sah die Situation sehr ähnlich aus. Deutsche, die im Grenzgebiet wohnen, lebten früher im westlichen Teil Preußens oder in Pommern. Ich persönlich führte in den Zeiten der DDR verschiedene demographische Untersuchungen durch und die Ergebnisse vieler dieser Untersuchungen bewiesen, dass Kleinstädte, die eben in dieser Region liegen, in über 80% durch die sog. Umsiedler bewohnt waren. Man kann auf dieser Grundlage feststellen, dass in diesem Gebiet nicht viele Personen wohnten, die hier geboren sind. Die Anzahl der hier aufgewachsenen Personen ist also sehr klein. 1992 kamen wir zur Schlussfolgerung, dass man eine Zusammenarbeit aufnehmen soll. Nach dem Fall der Berliner Mauer kamen wir zur Schlussfolgerung, dass jetzt die nächste Mauer fallen muss. Wenn ich mich nicht irre, erschien drei oder vier Tage früher in der polnischen Zeitung ein Artikel, den man auf folgende Weise verstehen konnte: die Gründung der Euroregion Pomerania wäre der erste Fall des Wiederbekommens dieser Gebiete durch die Polen. Ich sage das aus der Sicht des Deutschen, der in jener Zeit diesen Artikel gelesen hat. Das war natürlich nicht einfach zu verstehen. Im Jahre 1992 war die Gründung der Euroregion nicht möglich. Doch im Angesicht eines sehr starken Strebens nach Zusammenarbeit der Partner haben wir damals festgestellt, dass man die Euroregion Pomerania gründen soll. Aus der heutigen Perspektive können wir beurteilen, dass das ein guter Schritt war. Auch die heutige Diskussion unterscheidet sich von der Diskussion, die vor ein paar Jahren stattfand. Dank der Medien, durch den Kontakt mit Menschen verbesserte sich stark die interregionale Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland. Wir wollten dieses Thema nicht selbstständig aufgreifen, wir erweiterten die Euroregion Pomerania auch um schwedische Partner und wir luden dänische Partner aus Bornholm ein. Diese beiden Länder befanden sich in der sog. Zeit der Restrukturierung. In Südschweden gab es noch zwei Regionen: aus der Stadt Malmö und Kristianstadt. Auch in Süddänemark kam es oft zu Restrukturierung. Die Insel Bornholm befindet sich im Gebiet, das zu der Euroregion Pomerania gehören könnte. Das Prinzip, nach dem wir von Anfang an strebten, ist vor allem das Prinzip der Gleichberechtigung aller Mitglieder der Euroregion Pomerania. Indem wir auf die Zahlen schauen, sprechen wir heute von über drei Millionen Einwohner – die Kollegen aus Schweden repräsentieren hier ca. 60 Tausend Personen.

Wir haben also eine Form gebildet, die man bis heute beobachten kann. Die ganze Zeit führen wir Gespräche über die Zukunft. Das ist ein Thema, das sich aus mehreren Perspektiven und mehreren Ebenen betrachten lässt. Nach dem Jahr 1995 wurde die Zusammenarbeit zwischen der Regierung des deutschen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und der polnischen Regierung und den Vertretern der Woiwodschaft Westpommern (damals noch der Woiwodschaft Stettin) aufgenommen. In Polen führte man die Verwaltungsreform durch. In der Präambel des Vertrags über die Gründung der Euroregion Pomerania (vor dem Beitritt der schwedischen Partner, noch der deutsch-polnischen) befindet sich eine entsprechende Verpflichtung, die über die Pflichten beider Seiten spricht. Nicht immer lässt sich aber diese Pflichten einfach erfüllen. Im Jahre 1995, als die Euroregion Pomerania sich noch in der Entstehungsphase befand, gehörte Polen noch nicht der Europäischen Union. Polen trat ihr erst

2004 bei. Wir dagegen, die deutsche Seite, haben schon 1995 zum ersten Mal an dem Interreg-Programm teilgenommen.

Wir hatten Glück, dass in jener Zeit Herr Delors, der damals der Vorsitzende des EU-Rates war, die Polen und Deutschland betreffenden Probleme sah. Im Juni 1993, mit Hilfe der Mittel, die uns in jener Zeit von der Europäischen Union gewährt wurden, konnten wir noch nicht viel tun. Die polnische Seite, die zu der EU damals nicht gehörte, hatte beschränkte Tätigkeitsmöglichkeiten. Der EU-Rat erhörte diese Argumentation und deshalb entstand schon im September 1993 neue sog. Haushaltslinie. Sie betraf die EU-Mitgliedsländer und mit Hilfe dieses Interreg-Programms konnte man die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern befestigen.

Indem wir über die Konzeption der Zusammenarbeit in der Euroregion Pomerania sprechen, scheint es, dass sie nicht immer einfach zu verstehen ist. Die Konstruktion der Verwaltung der einzelnen Seiten des Vertrags war nicht identisch. Polnische Gemeinden und Selbstverwaltungsinstitutionen bekamen nicht dieselben Aufgaben, wie die deutsche Seite. Auch wenn wir über Warschau sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass die Struktur der polnischen Zentralverwaltung sich von der in Deutschland geltenden Struktur, also dem Feudalismus, unterscheidet. Die Konzeption, die die Ausgleicheung der Unterschiede zwischen beiden Ländern voraussetzte, entstand als Konsequenz der Unterschiede in politischen Systemen. Unterschiedlich sind auch die Rechtssysteme. Das, was uns 1995 gelungen ist, folgte auch aus damaliger Rechtssituation.

Heute sind die Vertreter der Euroregion Pomerania auf der polnischen Seite besser als wir. Ich muss das auf eine besondere Weise betonen. Die polnische Staatspolitik ist auf eine viel bessere Weise geführt. Das sicherte Euch bestimmt einen konkreten Erfolg.

Paweł Bartnik:

Über die Geschichte hat Herr Direktor Heise schon viel gesagt. Ich nenne einige Beispiele für diese euroregionale Zusammenarbeit, vor allem die deutsch-polnische. Das erste ist die Telemedizin, das zweite – die Kläranlage in Swinemünde und das Schöpfwerk in Heringsdorf und anderen Seeortschaften in Deutschland. Das ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit. Das dritte, das mir einfällt, ist der Zoo in Ueckermünde. Denn ohne das Potenzial von Stettin und unserer ganzen Woiwodschaft hätte dieser Zoo-Garten nicht so große Erfolge, wie er sie hat, indem wir seine Besucher aus Polen berücksichtigen. Zu diesem Erfolg trug auch die finanzielle Unterstützung des Interreg-Programms bei, über das Herr Direktor Heise gesprochen hat. Ich möchte auch auf die gute kulturelle Zusammenarbeit aufmerksam machen – es gibt hier viele Beispiele. Das letzte sehr aktuelle Projekt ist die „Transkultur“, dank dem man bessere Möglichkeiten zur Teilnahme der Deutschen an polnischen kulturellen Ereignissen und der Polen an deutschen geschaffen hat. Alles geschieht mit Hilfe des Informationsprogramms und der Busse, die diese Leute fahren. Dazu auch das Tal der Unteren Oder, der Grenzübergang Gryfino-Mescherin und alles, was dort im Grenzgebiet geschieht, von Gryfino bis nach Chojny auf der polnischen Seite und von Gartz bis nach Schwedt auf der deutschen. Wir können hier auch auf die Erfolge hinweisen, die wir in den vergangenen Jahren geleistet haben. Es ist bestimmt schon eine ganz andere Wirklichkeit als vor 15 Jahren. Aber wir befinden uns jetzt in diesem Zeitpunkt. Wir müssen über diese Sachen sprechen, die uns heute in diesem Grenzgebiet betreffen und auch überlegen, wie man dessen gerecht werden kann, welche neue Aufgaben

unserer euroregionalen Vereinbarung stellen kann, damit sie der Wirklichkeit entsprechen. Ich bringe bestimmt nichts Neues ein, wenn ich sage, dass die Lebens- und Zusammenarbeitsbedingungen im Grenzgebiet sich nach den 15 Jahren sehr geändert haben. Erstens: es gibt die Europäische Union, zweitens: es gibt das Schengen-Abkommen und keine Grenzkontrollen mehr, drittens: große Anzahl – wenn wir die demographische Situation auf der anderen Seite der Grenze berücksichtigen – junge Polen reiste nach Deutschland, kauften dort Häuser und wohnen dort jetzt. Diese Leute fahren meistens nach Stettin zur Arbeit. Einige nutzen soziale Sonderrechte, die ihnen in Deutschland zustehen (das ist auch eine der Motivationen, die einige unserer Bürger zur Änderung des Wohnortes bewegt). Wir haben auch, auf beiden Seiten der Grenze, vor allem aber auf der deutschen, mit einer großer demographischen Krise zu tun – die Gesellschaft des Grenzgebiets wird immer älter. Das verursacht, dass schon heute, aber besonders für die Zukunft, eine große Gefahr für die Entwicklungspotenziale dieses ganz deutsch-polnische Gebiet besteht. Das ist der Hauptaspekt, den die Politiker auf beiden Seiten der Grenze in ihrem Denken über die Zukunft dieser Region berücksichtigen sollten. Daraus entstehen zahlreiche wirtschaftliche Probleme, die natürlich mal größer, mal kleiner sind, aber generell die Tendenz auf beiden Seiten der Grenze nicht besonders gut ist, trotz vieler Bemühungen, die durch die beiden Seiten untergenommen werden.

Das, was heute vor uns steht, ist die Änderung des gemeinsamen Denkens über das ganze grenzüberschreitende Gebiet, das sich innerhalb der Euroregion befindet, vor allem ihres deutsch-polnischen Teils.

Deshalb, weil wir oft in dieser Zusammenarbeit und in den häufigen Kontakten an unser gemeinsames Interesse gedacht haben. Für diese Denkweise braucht man einen guten Partner und wir – meiner Meinung nach – sind solche Partner. Ich finde, dass es schon höchste Zeit dafür ist, dass man das Wort „wir“ mit „gemeinsam“ ersetzt. Aber auf solche Weise, damit das nicht nur ein politischer Spruch ist, der wie früher nur zur Gründung der Euroregion erforderlich war, sondern dafür, damit wir gemeinsam diese Region entwickeln können und überlegen, was hier in 15 Jahren sich ändern soll. Das Wort „gemeinsam“ ist immer in unseren Köpfen da und die mit mir an diesem Tisch sitzenden Personen keine Probleme damit haben. Ich denke aber auch, dass man die Gründung neuer Struktur erwägen oder neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit schaffen soll, damit das Wort „gemeinsam“ häufiger als bisher verwendet wird. Meiner Meinung nach ist diese Denkweise viel zu selten in der Tätigkeit im Grenzgebiet anwesend, in Bezug auf die Situation, in der wir uns befinden. Das ist meine erste Forderung für die Zukunft, die vor uns steht.

Die zweite Forderung ist die Bewusstmachung, wie wichtig für die Entwicklung der Euroregion in diesem Grenzgebiet die Rolle Stettins ist. Meiner Meinung nach ist diese Rolle entscheidend für die Entwicklung dieses ganzen Gebietes. Ich weiß, dass meine Kollegen aus Deutschland – ich spreche hier über die Bürgermeister, Selbstverwalter, Beamter und meinen nächsten Mitarbeiter, Herrn Peter Heise – von Stettin erwarten, dass seine Rolle als Hauptstadt der Region tatsächlich grenzüberschreitend ist. Denn das ist für Stettin einerseits ein Privileg, es betont den Rang der Stadt, andererseits aber ist es eine große Pflicht. Dieses Pflichtgefühl Stettins muss auch auf der deutschen Seite sichtbar sein. Ich denke, dass die Selbstverwaltungen und Einwohner der anderen Seite der Grenze diese Gesellschaft Stettins sehr brauchen. Sie verbergen das nicht und sprechen darüber offen. Vor 15 Jahren gab es dieses Problem nicht.

Jetzt spricht man aber darüber offen und ausdrücklich. Ich denke, dass man diesen Erwartungen gewachsen sein soll.

Noch ein Wort über Schweden, unsere verehrten Kollegen, mit denen wir zusammenarbeiten. Einerseits verläuft diese Zusammenarbeit nicht so gut, wie wir uns das wünschten, denn die Europäische Union hat einmal festgestellt, dass das Meer keine Grenze ist und es gab deshalb keine finanziellen Mittel mehr für diese Zusammenarbeit. In der neuen Haushaltszeit bekamen wir Geld im Rahmen des Programms „Die südliche Ostsee“ und man sieht hier eine größere Aktivität. Und das ist gut. Andererseits aber, wenn wir die Erfahrungen unserer schwedischen Nachbarn betrachten, sehen wir gute Beispiele dafür, dass man die Krise überleben und erfolgreich überwinden kann. Malmö, die Hauptstadt von Schonen, unseres Hauptpartners aus Schweden, erlebte vor 10 Jahren eine große Krise: die größte Fabrik in dieser Stadt – die Werft in Malmö - machte bankrott. Heute ist sie aber eine der sich am besten entwickelten europäischen Städten. Es lohnt sich, diese Erfahrungen zu nutzen. Das ist auch ein gutes Beispiel dafür, dass man im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit das Know-How der schwedischen Kollegen verwenden kann, dass die gegenwärtigen Schwierigkeiten und das, was uns Sorgen macht – auf der deutschen und polnischen Seite – keine dauerhafte Situation sein muss, dass indem wir optimistisch in die Zukunft blicken, gemeinsam eine Lösung für die Zukunft finden können.

Und der letzte Satz. Wenn wir in die Praxis die Philosophie und Vorgehensweise, die mit Hilfe des Wortes „gemeinsam“ ausgedrückt werden, einführen, gibt es eine Chance darauf, dass wir gemeinsam ein wichtiger Partner für Berlin, Warschau und Brüssel werden. Jetzt ist jeder von uns ein Einzelpartner für diese drei Hauptstädte. Wir konzentrieren noch nicht gemeinsam unsere Potenziale, Möglichkeiten und Tätigkeiten. Wenn wir eine Gemeinschaft bilden werden, werden wir ein interessanter und bedeutender Partner für diese Hauptstädte sein. Gemeinsam bringen wir auch Einfälle und Vorschläge für Lösung der Probleme auf beiden Seiten der Grenze ein. Das betrifft nicht nur die Probleme Polens und Deutschlands, sondern auch der ganzen Europäischen Union.

Patryk Ceran:

Diesen Faden möchte ich in Gang halten. Versuchen Sie bitte die Hauptherausforderungen zu definieren, die – Ihrer Meinung nach – vor dem Euroregion Pomerania stehen. Teilweise folgen Sie heute wahrscheinlich daraus, dass Polen zu der Europäischen Union und dem Schengen-Abkommen gehört. Ich denke hier an die größere Berufsmobilität im Grenzgebiet und größere Gesellschaftsmobilität, also die räumliche Verlagerung von Bevölkerung. Man kann hier bestimmt ein Element der demographischen Krise bemerken, es gibt auch wirtschaftliche Probleme... Ich möchte aber Fragen, wie Sie die wichtigsten Herausforderungen definieren und ob die gegenwärtige Struktur der Euroregion Pomerania schon erschöpft ist oder ob sie weiter den gegenwärtigen Herausforderungen entspricht? Verlangen so definierte Herausforderungen strukturelle Änderungen und die Umwandlung der gegenwärtigen Struktur z.B. in den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit?

Dr. Volker Böhning:

Ich berufe mich auf die Ergebnisse der letzten Untersuchungen, die die Euroregion Pomerania betrafen, also die sog. Evaluation. Aus meiner Sicht veranschaulicht das, dass Fakten und Punkte, die unsere Region charakterisieren, vor vielen Jahren angegeben wurden und unsere gemeinsame Kooperation betreffen, vor allem diese sind: die Annäherung der Lebensbedingungen, die Aufrechterhaltung der Wohnortsstruktur, der Ausbau der Infrastruktur, die Stärkung der eigenen Unternehmungsinitiative und die Entwicklung der regionalen Potenziale. Das gewährleistet auch das, dass in den nächsten Jahren das wirtschaftliche Potenzial und der Unternehmungsgeist, die Wirksamkeit und das aktive Marketing dieser grenzüberschreitenden Region wesentlich stärker werden. Das waren Punkte, die wir bis zur – wenn ich mich so ausdrücken darf – Halbzeit im Spiel erreicht haben, das unsere Zusammenarbeit in der Euroregion Pomerania ist. Wir nähern uns dem Ende der finanziellen Unterstützungszeit unserer Projekte.

Das, was wir während der letzten Debatte gesagt haben, kann man sagen, hundertprozentig mit diesen Argumenten überein stimmt, die ich jetzt präsentiere. Mit diesen Angelegenheiten, die ich Ihnen vor ein paar Minuten vorgestellt habe, werden wir uns natürlich weiter befassen. Indem ich über neue Gebiete spreche, kann ich von der Stimulation der Wirtschaft auf beiden Seiten der Grenze, von der Unterstützung der kulturellen Identifikation und der Bodenschätze, von der Entwicklung der Lebensperspektiven der ganzen Region erzählen. Dies galt vor 15 Jahren, aber es gilt auch heute. Punkte, die ich heute erwähne, betreffen jetzt die Zusammenarbeit unserer grenzüberschreitenden Region – und werden groß geschrieben. Wir müssen uns das bewusst machen. Ich betone nicht, dass einer dieser Punkte bisher nicht realisiert wurde. Aber die Entwicklung, die man bis jetzt beobachten konnte, betrifft vor allem Probleme, die man gemeinsam bewältigen soll. Wir sollen hier ein neues Signal, einen neuen Impuls zum weiteren Handeln geben. Die Frage lautet also, auf welchen Gebieten wir solchen Impuls geben sollen und wo – aus unserer Sicht – wir unser Handeln und unsere Zusammenarbeit verbessern können. Das kann z.B. die Segregation der Abfälle betreffen oder das, was Herr Bartnik schon genannt hat - die Medizin.

Die Situation Stettins als Stadt, die eine große Rolle spielt, ist auch sehr bedeutend. Für mich ist Stettin mit seiner großen Einwohnerzahl der Hauptpunkt unserer Region, der Hauptpunkt der Euroregion Pomerania. Alle Tätigkeiten, die immer untergenommen werden, werden die Rolle und das Potenzial Stettins berücksichtigen. Ich denke, dass wir auch in dieser Frage übereinstimmig sind. Alle Kleinstädte, die sich um diese Metropole herum befinden, werden von ihr abhängig sein. Wir, auf der deutschen Seite befinden uns viel weiter von z.B. Hamburg oder Berlin. Wir sind näher Stettin, als den großen deutschen Städten. Deshalb soll die Entwicklung eben in diese Richtung verlaufen. Wir sehen alle damit verbundenen Möglichkeiten und möchten betonen, dass wir in der nächsten Zukunft noch schnellere Entwicklung polnischer Nachbarn möchten, aber nicht nur Warschau, sondern auch anderer Regionen und politischer Initiativen. Das ist meiner Meinung nach die Folge unserer Tätigkeiten und betrifft nicht nur die Stadt Stettin, sondern die ganze Euroregion Pomerania.

Wir müssen Punkte vorbereiten, mit denen man sich in der Zukunft beschäftigen soll. Wir streiten uns oft über verschiedene Themen. Es gibt Fragen, wer die Subvention in der nächsten Finanzierungszeit bekommt. Ich denke, dass jeder hier entsprechende Argumente vorbereiten

soll, die er seinen Partnern auf der anderen Seite der Grenze präsentiert. Dann werden wir anfangen können, über sie zu diskutieren. Wenn wir uns nicht an den Tisch setzen und keine entsprechende Debatte anfangen, kommt es zur Konfrontation und das kann negative Folgen für die Euroregion Pomerania haben. Das Wohl und Ziel dieser Euroregion ist vor allem das Wohl der Menschen. Deshalb sollen alle Tätigkeiten die Zusammenarbeit beider Seiten unserer Partnerschaft unterstützen. Wir sollen überlegen, was wir in der nächsten Finanzierungszeit machen werden, auf welche Weise wir die Qualität unserer Tätigkeiten verbessern können. Das ist ein kontinuierlicher Prozess der Zusammenarbeit. Wir möchten, dass diese Zusammenarbeit noch besser verläuft. Das ist kein einfacher Prozess, es ist selbstverständlich. Die nächste Finanzierungszeit ist die Zeit, in der wir im Stande werden, noch intensiver zu arbeiten. Argumente, die von den beiden Seiten präsentiert werden, sollen erhört werden, damit sich die ganze Zusammenarbeit in dieselbe Richtung entwickeln kann. Ich sehe hier große Vorteile der Euroregion. Man muss aber gut überlegen, wie man die Qualität der Zusammenarbeit verbessern kann.

Einmal kam zu mir ein Mechaniker und sagte: *Unterschreiben Sie bitte hier, denn dank ihrer Unterschrift bekomme ich Geld.* – *Wo soll ich unterschreiben,* fragte ich. Ich habe unterschrieben und dieser Mechaniker hat sich sehr gefreut, dass er auf diese Weise verdienen kann. Jemand begann aber das zu kontrollieren. In der Euroregion, im Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit wird das sehr oft kontrolliert. Jeder der Mitglieder dieser Gruppierung muss die Verbesserung der Qualität der Zusammenarbeit wollen. Wir müssen also über dieselbe Themen sprechen. Meine Vorstellung über die Qualität und den Wert, die wir im Vordergrund haben sollen unterscheidet sich nicht von den anderen Vorstellungen. Das Hauptziel, das ich erreichen möchte, ist vor allem die Verbesserung der Qualität unserer Zusammenarbeit. Jeder soll mit einer Stimme sprechen...

Paweł Bartnik:

Ich versuche in Punkten diese Sachen zu wiederholen und zu ergänzen, über die ich früher gesprochen habe. Erstens: die gesellschaftliche Änderung an der deutsch-polnischen Grenze, in unserer ganzen Woiwodschaft. Das ist eine Änderung, die einerseits neue Potenziale bildet. Bestimmt die Tatsache, dass in Löcknitz, Blankensee und anderen Ortschaften Polen wohnen, bildet neue Potenziale. Das kann aber auch eine Gefahr sein. Wir müssen das wissen. Im Rahmen unserer euroregionalen Zusammenarbeit müssen wir auch eine Antwort darauf finden. Eine dieser Antworten ist die Kontaktstelle, die Peter Heise in Löcknitz gegründet hat – und das ist eine sehr gute Handlung. Aber nur dieser Punkt löst nicht alle Probleme, die an dieser Grenze entstehen. Es gibt auch mentale aus den Sprachenunterschieden, der sozialen Hilfe usw. folgende Probleme. Ich bin der Meinung, dass die Vielfalt sehr interessant ist, die immer Potenzial bildet aber immer auch eine Gefahr sein kann. Es liegt in unserem Interesse, dass wir diesen Polen und diesen Deutschen helfen, die jetzt in derselben Straße, Haus am Haus wohnen, damit sie gut miteinander ganz einfach leben können. Damit sie sich verstehen und miteinander zusammenarbeiten können, denn das bringt bestimmt uns allen Nutzen.

Die zweite Sache ist, meiner Meinung nach, strategisch wichtiger für diese ganze Region – das ist die Stettiner grenzüberschreitende Metropole. Ich möchte heute nicht auf ihre Grenzen hinweisen, wo sie beginnt und wo sie endet. Am wichtigsten ist das Wort „grenzüberschreitend“. Die Tatsache, dass Stettin heute, wie nie bisher, die Hauptstadt des deutsch-polnischen

Grenzgebiets werden soll. Mit allen daraus folgenden Pflichten (ich werde schon nicht über Privilegien und Nutzen sprechen). Besonders jetzt, wenn Stettin sich um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt beworben hat. Die Bewerbungen sind zwar misslungen aber verursachten interessante und positive Gesten der deutschen Partner. Deutsche Selbstverwaltungen verabschiedeten Beschlüsse, die Stettin bei diesen Bewerbungen unterstützten. Andererseits war die Zusammenarbeit mit Stettin mit Zuschüssen auch für die deutsche Seite verbunden, für gemeinsame oder selbständige Projekte, was die Ergänzung des kulturellen Angebots der beiden Seiten wäre. Das ist eine Aufgabe für Stettin und ein gutes Beispiel dafür, worin die Rolle der Hauptstadt an der Grenze besteht.

Die dritte Sache ist die Bildung. Wir, Deutsche und Polen, müssen ein interessantes Bildungsangebot für unsere Bürger haben, damit junge Leute von euch zum Studium nicht z.B. nach Berlin und von uns z.B. nach Polen fahren, sondern dass sie in der Region bleiben. Es handelt sich nicht nur um die Stettiner Jugend, sondern auch um die Jugend aus Goleniów oder Piryce, wenn wir über die polnische Seite sprechen. Denn die besten wählen nicht immer das Studium in Stettin, obwohl sie hier ein großes Angebot haben. Sie verreisen oft nach Warschau, Posen und andere europäische Städte im Ausland. Das ist die Aufgabe der Stettiner Hochschulen aber auch der Universitäten in Greifswald oder Neubrandenburg. Damit das von uns gemeinsam geschaffene (dann ist es effektiver) Bildungsangebot so attraktiv ist, dass die meisten jungen Leute aus unserer Region hier studieren wollen. Denn meistens ist es so, dass wir dort bleiben, wo wir unser Studium abgeschlossen haben. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, dass unsere Jugend bei uns studiert und bei uns bleibt.

Diese gesellschaftlichen Änderungen verursachen auch – meiner Meinung nach – die Änderungen der Infrastruktur. Bisher, über zehn Jahre lang bewarben wir uns um Grenzübergänge. Damit es von denen mehr gibt, damit es keine Schlangen mehr gibt... Jetzt gibt es diese Übergänge nicht mehr, sie sind nicht mehr nötig. Die Leute wollen aber, dass wir neue Verkehrsinfrastruktur bauen. Als ein Beispiel gebe ich – das ist aber nicht das einzige Beispiel - Blankensee/Buk an. Auf der deutschen Seite wohnen Polen, die jetzt zur Arbeit in Stettin auf einem Feldweg fahren. Aber nur auf der polnischen Seite, weil die Deutschen einen eleganten Asphaltweg bis zu der Grenze bauten. Auf der polnischen Seite fehlt es an dem Verbindungsweg – 400 oder 500 Meter – damit man zu einem anderen normalen Weg fahren und nach 15 Minuten schon in Stettin sein kann. Bis jetzt, seit drei Jahren, konnten wir dieses Problem mit den Selbstverwaltungsbehörden, diesmal des Landkreises Police nicht lösen, weil in seinen Grenzen sich dieses Gebiet befindet. Ich könnte noch viele solche Beispiele nennen.

Ein anderes Thema ist die sog. westliche Umgehungsstraße Stettins. Sie hat eine Schlüsselbedeutung für Stettin als grenzüberschreitende Hauptstadt des Grenzgebiets. Sie soll alle Verkehrsprobleme in diesem Gebiet lösen. Diese Frage ist wichtig für die Entwicklung der ganzen Region, auf der deutschen und auf der polnischen Seite. Ähnlich wie die Modernisierung der Eisenbahnlinie Berlin-Szczecin auf der deutschen Seite ist für Stettin von großer Bedeutung. Die wichtigste Sache, nicht nur im Grenzgebiet, aber auch im ganzen gegenwärtigen Europa, sind junge Leute. Nur sie geben eine Chance auf die Entwicklung. Wir müssen Interesse in jungen Leuten wecken. Nicht für alte, leider nicht für uns. Wir müssen interessant für unsere Kinder sein. Dann ermöglichen wir die Entwicklung der ganzen Region. Unsere Prioritäten sollen also Bildung, Infrastruktur und bequemes Leben sein – darum geht es eben. Unsere Region ist interessant: sie liegt nahe dem Meer, nicht weit von Berlin – der großen europäischen

Metropole, gleich daneben, an der Grenze befindet sich die große polnische Stadt Stettin, mit vielen Angeboten, die jeder Mensch im Leben braucht. Man muss das nur richtig nutzen. Das sind Aufgaben, die meiner Meinung nach vor uns stehen.

Patryk Ceran:

Das deutsch-französische Grenzgebiet ist bestimmt mehr komplex. Es gibt dort wesentlich mehr verschiedene Formen der Zusammenarbeit.

Wie haben Sie früher Ihre Herausforderungen definiert und haben sie entsprechend die von Euch durchgeführten Änderungen der Struktur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beeinflusst? Wie haben Sie Probleme gelöst, die wir heute definieren, indem wir über unser Grenzgebiet sprechen?

Jürgen Oser:

Ein paar Worte über mich. Ich komme aus einer ganz anderen Region, die von Eurem über 1000 Kilometer entfernt liegt. Im Jahr 2005 bin ich zum ersten Mal in Stettin angekommen und konnte es ein bisschen während der 3-tägigen Seminare kennen lernen. Seit diesem Moment kann ich nicht aufhören, an Stettin zu denken. Meiner Meinung nach ist dieses Gebiet eines der interessantesten in Europa. Auf vielen Ebenen sieht man ein paar Analogien mit unserer Region. Wenn Sie meinen, dass die Zusammenarbeit bei Euch sich sehr langsam entwickelt, kann ich sagen: nein, bei uns dauerte es viel, viel länger. Die grenzüberschreitende Organisation bei uns ist die Zwischenregierungskommission. Solche Kommission funktioniert auch zwischen Polen und Deutschland. Wir haben auf sie über 39 Jahre gewartet, von 1945 bis 1975. Erst im Jahr 1991 gründete die zwischenstaatliche Regierungskommission die sog. Oberrhein-Konferenz und führte dazu, dass wir unser Handeln auf das deutsch-französische Grenzgebiet konzentrierten. Deshalb finde ich, dass die Euroregion Pomerania viel schneller funktioniert und viel schneller ihre Ziele erreichen kann. Ihr Vorteil ist die Möglichkeit der Lehre aus unseren Fehlern bei Gründung Euer Strukturen. Wenn sie irgendwelche Änderungen einführen möchten, besuchen Sie bitte uns und sehen Sie selbst, welche Fehler wir begangen haben. Denn es ist nicht alles Gold, was glänzt. Die Oberrhein-Region hat die Natur auf solche Weise geschaffen, dass sie sich zwischen drei Bergketten befindet. In der sog. Wanne, in der Mitte, befindet sich der Fluss Rhein. In diesem Gebiet leben 6 Millionen Menschen. Betonenswert ist die Tatsache, dass es hier in jedem möglichen historischen Moment Kriege geführt wurden. Schon unter Ludwigs XIV. Herrschaft und dann alle Kriege, über die wir in historischen Büchern lesen können, über den ersten, den zweiten Weltkrieg... Das verursachte, dass Menschen vor allem auf der französischen Seite der Grenze, alle Probleme auf unterschiedliche Weise lösen wollten, als es bisher gemacht wurde. Wir freuen uns also, unter anderem auch ich persönlich, dass wir uns heute verstehen können und auf bessere Weise miteinander kommunizieren können. Unser Grenzgebiet hatte keine Industrie, weil man in jener Zeit in Grenzregionen keine Industrie entwickeln konnte. Heute sind die Umsätze, die wir erzielen, nur ein bisschen kleiner als in Dänemark. Aber wir haben sehr viel Demut und sind sehr dankbar dafür, was nach dem zweiten Weltkrieg passierte. Strukturen, über die Sie gesprochen haben, fehlen bei uns. Wir verfügen über zwei öffentliche Vereine. Bisher ist uns gelungen, ca. 400 Projekte zu realisieren. Idee, die alle Tätigkeiten unserer Organisation begleitete ist vor allem die Gründung der Struktur und das Repräsentieren jedes Landes durch einen Vertreter. Was bedeutet das? Mit einem Satz ausgedrückt bedeutet

das: wir mieten einen Büroraum, stellen eine Assistentin ein, auf den Tisch legen wir ein Blatt Papier, wir bezahlen Strom-, Wasser- und Gasrechnungen. Die Vertreter der einzelnen drei Länder aber werden von ihren Regierungen berufen. Diese Personen sind aktiv im Verein. Jedoch arbeiten sie den ganzen Tag in einem Büro, Französer, Deutschen und Schweizer. Kosten, die hier entstehen, sind also nicht besonders groß und deshalb können wir eine Struktur bilden, sie auf mehr effektive Weise funktionieren kann. Es ist eine Initiative, die – im Gegensatz zu vielen anderen Strukturen in Europa – keine Konflikte verursacht. An der Spitze dieses Projektes steht mal ein Franzose, mal ein Deutscher und mal ein Schweizer. Jedes Jahr kommt zu uns zur Konferenz ein Vorsitzender. Wenn der Vorsitzende aus der Schweiz kommt, ist sein Assistent auch ein Schweizer. Im nächsten Jahr kann er aus Deutschland kommen, denn jeden zweiten Monat beruft jedes Land seinen Repräsentanten. Jeder weiß also genau, wann er an der Reihe ist und auf effektive Weise er seine Programme realisieren kann. Die zweite Frage ist: auf welche Weise wir gute Mitarbeiter erwerben, denn solche finde ich nicht in der Verwaltung. Zum Beispiel im Fall des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit können wir nicht über die Lust auf Delegierung guter Menschen reden. Diese Personen haben ihre Heime, Familien und im Fall der Arbeit für den EVTZ müssen wir 2-3 Jahre widmen und auf eigenes Privatleben verzichten. Das ist auch ein Grund dafür, warum wir uns auf Personen entscheiden, die nach einiger Zeit – wenn sie feststellen, dass sie nicht mehr für uns arbeiten möchten – eigenen Karriere-Weg gehen können. Das ist auch eine finanzielle Frage, denn es gibt große Unterschiede zwischen Frankreich und der Schweiz. Ich bin ein Beamter in Deutschland, meine Frau dagegen arbeitet in Frankreich, wir bekommen fast dieselbe Netto-Vergütung, doch brutto erzielt sie fast zweimal höheres Einkommen als ich, weil Gebühren und Steuern in Deutschland viel höher sind. Wenn ich also in Frankreich verdienen würde und Steuern dem deutschen Fiskus abgeben müsste, wäre ich nicht im Stande meine Familie zu unterhalten. Sogar wenn ich die besten Diplome der besten Universitäten hätte, könnte ich meiner Familie den Lebensunterhalt nicht sichern.

Das sind Hauptprobleme, auf die man in der Struktur des EVTZ zwischen Deutschland und Frankreich stoßen kann. In unserer Region gibt es zwei solche Gruppierungen. Eine befindet sich in der Region Strasbourg und die zweite in der Nähe des Städtchens Pamina. Im Fall des deutsch-französischen Grenzgebiets beruhen diese Gruppierungen auf französischem Recht. Es ist uns bisher nicht gelungen, eine Region zu bilden, die sich nach deutschem Recht richtete.

Im Fall der 400 Projekte, die wir realisiert haben, benutzten wir nur einmal Mittel, die dem EVTZ gewährt wurden. Es betraf den Brückenbau. Wir dürfen Brücken ohne einen zwischenstaatlichen oder kommunalen Vertrag bauen. Zwei Gemeinden haben also entschieden, dass sie eine Brücke bauen, die zwei voneinander um einige Dutzend Meter entfernte Ortschaften verbindet. Wir mussten Dienstleistungen eines Bauunternehmens nutzen und entscheiden, wer wofür verantwortlich sein soll, z.B. für die Erteilung der Baugenehmigung usw. Für dieses Projekt bestimmten wir ca. 1,5 Millionen Euro. Hier ist auch eine Kasse und ein Haushalt notwendig. Hier sind wir zu einer sehr interessanten Lösung gekommen. Bei uns wird die Kasse von der Stadtverwaltung in entsprechendem Bundesland, wo unsere Region normalerweise arbeitet, geführt. Freiburg ist also für die Führung der Kasse zuständig und deshalb können wir ruhig schlafen. Das Geld wird sowohl in der Schweiz als auch in Frankreich eingezogen. Doch am Ende des Projektes landet es auf dem Konto des entsprechenden Unternehmers. Wir brauchen auch keinen speziellen Buchhalter. Alle notwendigen Tätigkeiten

werden durch die Stadtverwaltung ausgeführt. Deshalb müssen wir keine zusätzlichen Buchhalter einstellen.

In den letzten Jahren dachten wir auch über eine folgende Frage nach: Kann die Politik, so wie man in den diese Zusammenarbeit bestimmenden Verträgen berücksichtigt hat, auch von zwei Seiten solcher Region realisiert werden? Wir setzten uns an einen Tisch auch mit Vertretern aus Brüssel und innerhalb der letzten vier Jahre entwickelten wir die sog. Horizontalverwaltung. Wir dachten vor allem an folgende Struktur. Für den Kontakt mit Brüssel ist eine Person zuständig, ganz unten dagegen befinden sich Vertreter der einzelnen Distrikte, der einzelnen Regionen. Die Politik kann aber nicht alles entsprechend definieren, deshalb haben wir uns entschieden, unsere Aktivität in Bereiche zu teilen: Wissenschaft, Ökonomie (also Wirtschaft), Gesellschaft, Bildung und Hochschulbildung. Diese Struktur hat sich bewährt. Universitäten und Hochschulen dieser drei Länder setzten sich an einen Tisch und erarbeiteten einen dieser Pfeiler, d.h. Bildung und Hochschulbildung. Deutsche Industriekammern schalteten sich auch in diese Gespräche ein, indem sie eine entsprechende deutsch-französisch-schweizerische Institution gründeten. Im Rahmen eines der Interreg-Projekte fragten wir die Gesellschaft, wo es Probleme gibt.

Anfrage- und Identifizierungsformen aller Bedürfnisse der Gesellschaft realisieren wir auf drei verschiedene Weisen. Vor allem: Wünsche der Bürgergesellschaft. Wir brauchen Personen, die realisieren und die mit uns bei der Realisierung der Programmvorsätze zusammenarbeiten werden. Vier Pfeiler dieses Programms: Politik, Wirtschaft, Bürgergesellschaft, Hochschulbildung und Wissenschaft müssen also gemeinsam vereinbaren, in welche Projekte man investieren soll. In unseren Grenzgebieten studieren viele Studenten. In diesem Bereich gibt es wichtige Ziele, die wir durch gemeinsame Arbeit entsprechend definieren sollen. Wir haben hier zwei Ziele: das innere – die Verengung der Zusammenarbeit und das äußere – die Präsentation unserer Region. Wir möchten zeigen, dass wir eine Region sind, die ein wesentliches Potenzial im Bereich der Touristik hat, das Interesse wecken und neue Unternehmer zum Ansiedeln eben in diesem Gebiet anspornen kann. Eins der Hauptthemen ist hier der Umweltschutz. Viele Personen wegen hoher Energiekosten haben sich für die Isolierung ihrer Häuser entschieden und deshalb können sie sparsamer die Energie verwalten und niedrigere Kosten tragen. Zu diesem Zweck wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe gebildet, die mit vielen Universitäten zusammenarbeitet. Dieses führt die Energiewirtschaft betreffende Gebiet zur Entstehung vieler Arbeitsplätze, denn seine Konsequenz ist die Schaffung neuer Möglichkeiten im Bereich der Wirtschaft.

Wir kamen zur Schlussfolgerung, dass wir keine neuen Strukturen bilden werden, sondern daran arbeiten, was wir bis jetzt erreicht haben. Deshalb haben wir ins Leben Koordinatoren gerufen, von denen jeder für einen Pfeiler unserer Aktivität und Zusammenarbeit verantwortlich ist. Wir können dann auf die effektivste Weise mit ihm zusammenarbeiten. Wir sprechen hier über einen politischen, wirtschaftlichen Pfeiler, den Pfeiler der Bürgergesellschaft und der Hochschulbildung. Die Koordinatoren arbeiten nicht im gemeinsamen Sekretariat. Aber ich glaube, dass etwa Tausend Personen für unsere Region arbeiten. Der Meinung der Gesellschaft nach ist das eine viel zu große Anzahl. Wir konzentrieren uns auch auf die Steuer und die ganze Zeit überlegen wir, wie wir das goldene Mitte finden können, um zu investieren und die Mittel auf beste Weise zu bestimmen, um auf dem Markt zu bleiben und keine zusätzlichen, unnötigen Arbeitsstellen zu schaffen.

Irena Stróżyńska:

Es ist sehr interessant zu hören, wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in anderen Regionen, an anderen Grenzen der Europäischen Union aussieht. Als Sie über Euer gemeinsames Sekretariat gesprochen haben, erinnerte mir das an meinen Arbeitsplatz, d.h. das Gemeinsame Interreg-Sekretariat 4a, weil wir nach demselben Prinzip arbeiten, das Sie beschrieben haben – wir sind von den Mutterinstitutionen zur gemeinsamen Arbeit delegiert, Polen und Deutsche sitzen gemeinsam. Nach diesen schon drei guten Jahren der Arbeit dort kann man feststellen – ich denke, das ist nicht nur meine Schlussfolgerung – dass, man tatsächlich viel besser den Nachbarn verstehen kann, wenn man neben ihm sitzt. Man kann auch viel schneller und auf viel effektivere Weise mehrere Sachen erledigen.

Ich wies darauf hin, was Sie gesagt haben: die Zielstrebigkeit der Nutzung der schon bestehenden Strukturen statt der Gründung neuer Strukturen. Unabhängig davon, indem ich das resümiere, was wir von beiden Herren Direktoren der Büros der Euroregion Pomerania gehört haben – denke ich, dass der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit bei uns nicht als Gründung einer zusätzlichen Struktur, sondern als eine neue Formel der Zusammenarbeit, die Intensivierung dieser Zusammenarbeit, die es schon gibt, betrachtet wird. Damit wir nicht – so, wie Herr Bartnik schon gesagt hat – in den Kategorien „wir Polen“, „wir Deutschen“, sondern „wir, Einwohner der Euroregion Pomerania“ denken. Und ich meine, dass – indem man perspektivisch auf die zukünftige Programmierungszeit schaut, denn die Arbeiten beginnen schon bald – viel mehr Tätigkeiten in Richtung der jungen Leuten gerichtet werden sollen. Es handelt sich hier nicht nur darum, den Zustand der schon bestehenden Infrastruktur und die Lebensqualität dieser Einwohner zu verbessern, die diese Region bestimmt nicht verlassen, sondern man muss auf mehr intensive Weise sich nach jungen Leuten richten. Damit wir das mit ihnen verbundene und von ihnen repräsentierte Potenzial nicht verlieren. Dazu braucht man bestimmt ein sehr interessantes Bildungsangebot. Ich denke, dass wir auch die Zweisprachigkeit unterstützen sollten. Das fehlt uns noch. Wenn wir nicht eine gemeinsame Sprache sprechen – Englisch ist leider noch nicht so populär, damit es in deutsch-polnischen Kontakten Polnisch oder Deutsch ersetzen könnte – werden wir einfach nicht im Stande sein, sich zu verständigen. Für mich ist das der Kern unserer Zusammenarbeit, etwas, mit dem man anfangen soll. Auf der polnischen Seite sinkt leider das Interesse an der deutschen Sprache. Warum? Denn junge Leute wollen hier nicht bleiben. Deutsch können sie im Grenzgebiet nutzen aber schon nicht mehr z.B. in Warschau oder anderem Teil Polens.

Paweł Bartnik:

Ich möchte noch von einer Sache erzählen, die uns nicht gelungen ist. Die politische Struktur der Euroregion ist uns nicht gelungen. Mindestens funktioniert sie heute nicht mehr. Die Politik in der Euroregion gestalten heutzutage drei Direktoren der drei kommunalen die Euroregion bildende Vereine, d.h. des polnischen, schwedischen und deutschen. Wir haben zwar den Rat und das Präsidium der Euroregion aber sie üben, meiner Meinung nach, keinen politischen Einfluss auf das Funktionieren dieser Euroregion aus, z.B. auf die Veranstaltung solcher Diskussion wie diese. Es geschieht so, weil die Behörde sich darauf verlässt, dass man über etwas entscheidet, dass man Mittel besitzt, dass man diese Mittel ausgibt. Wenn es keine Mittel gibt, geht es nur darum, miteinander zu reden und das ist schon keine Behörde mehr. Leider

ahnten diese Väter-Gründer, die die Struktur des Euroregion-Rates ausgedacht haben – also desjenigen Parlaments der Euroregion, wo es Vertreter aus Polen, Schweden und Deutschland gibt, nicht, dass nach einiger Zeit diese Idee ihre Kraft verliert. Deshalb werde ich für einen Menschen gehalten, der sehr zur Gründung des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit, besonders seine deutschen Kollegen, überreden möchte.

Ich möchte sie vor allem deshalb überreden, dass wir einen gemeinsamen Verein gründen. Ich weiß, dass es damit Million Probleme verbunden sind. Ich stimme mit Ihnen in dieser Frage überein – Sie haben eigene Erfahrungen aus dem deutsch-französisch-schweizerischen Grenzgebiet. Wenn wir aber einen gemeinsamen Verein ins Leben rufen, also hier eine Gemeinschaft bilden werden und wahrscheinlich so unsere Verantwortung untereinander verteilen werden müssen, dass wir Rotationsfunktionen bilden und mal ein Kollege aus Deutschland, mal aus Polen (denn das ist eine vernünftige Lösung) verwaltet wird, zwingt das uns zu dem gemeinsamen Denken und das Wort „gemeinsam“ eine Wirklichkeit wird. Unser Rat der Euroregion, der eine wichtige Rolle gleich nach der Gründung der „Pomerania“ gespielt hat, mit der Zeit an Bedeutung verloren hat. Und heute muss man etwas tun, was gemeinsam ist. Das verursacht, dass wir gemeinsam an die Zukunft dieser ganzen Region denken, statt nur an eigenen Teil. Die Euroregion ist eine große Leistung aller, die sie bildeten und dieser, die zusammenarbeiteten und das weiter tun. Wir haben nur eine neue Wirklichkeit. Wir müssen im Stande sein, ihr Stirn zu bieten, u.a. indem wir nach solchen rechtlichen Lösungen suchen, die uns das erleichtern.

Peter Heise:

Die Wirklichkeit unserer beiden Länder ist nicht vergleichbar. Wir haben großes Glück, dass es zwischen unseren beiden Regionen ein paar Ähnlichkeiten gibt. Man soll überlegen, was wir in der Politik erreichen möchten. Indem wir sowohl über die Bundesrepublik Deutschland, als auch über Polen sprechen, müssen wir uns bewusst machen, dass die Verordnung über den EVTZ einen sehr langen Prozess nach sich zieht. Denn die Situation sieht viel schwieriger aus als jeder sich das vorstellen könnte. Wir haben schon mehrmals wiederholt, dass wir auf den in Grenzregionen gesammelten Erfahrungen basieren sollen. Man muss natürlich positive Formen der Zusammenarbeit, wie der EVTZ überlegen. Zum Beispiel das Rotationsverfahren ist eine der Lösungen, über die man diskutieren sollte.

Bisher haben wir folgendes Thema nicht angefangen. Es handelt sich um die euroterritoriale Zusammenarbeit und Kohärenz, die eben dort berücksichtigt werden sollen. Der die Kohärenz der Euroregion betreffende Rapport, der erarbeitet wurde, bezieht sich vor allem auf Änderungen, die man auf der polnischen und deutschen Seite beobachten kann. Das betrifft nicht nur die Euroregion Pomerania, sondern auch andere, z.B. diese in Luxemburg. Der Terminus „regionaler Spieler“ ist ein sehr wichtiger Terminus. Wir müssen uns bewusst machen, dass man Mittel finden soll, die uns helfen, die besten Lösungen zu finden. Man kann hier entsprechende Analogien bemerken, doch auf keinen Fall sollen wir uns mit der Region an der deutsch-französisch-schweizerischen Grenze vergleichen. Sie sprechen hier über 6 Millionen Einwohner, die bei Euch wohnen. Bei uns beträgt diese Anzahl nur über 3 Millionen. Es ist also ein sehr großer Unterschied. Es ist einer der Unterschiede, über die man laut und offen sprechen soll. Wenn wir heute über die Zusammenarbeit der 30 Krankenhäuser sprechen können, muss man betonen, dass es niemandem vor vielen Jahren eingefallen wäre, dass Krankenhäuser aus

Deutschland und Polen zusammenarbeiten könnten. Indem ich mit vielen Kollegen spreche, die sich auch mit den Transformationsprozessen beschäftigen, bin ich oft gelobt, dass das, was wir in so kurzer Zeit geschaffen haben, echt groß ist. Aber das, was wir noch in der Zukunft erreichen möchten, kann nur durch eine Debatte erreicht werden. Nur durch das gemeinsame Gespräch an einem Tisch, werden wir im Stande sein, zu einer Schlussfolgerung zu kommen. Über jedes Problem kann man sprechen, jede Entscheidung, die getroffen wird, muss genau überlegt werden. Denn nur dann werden wir in der Lage sein, sie hundertprozentig zu verstehen.

Das, was unserem Handeln vorschwebt und das, was wir erreichen möchten, ist vor allem das gemeinsame Interesse aller Einwohner. Ich sage es sehr deutlich – wir wollen keinen Zusammenschluss der Verwaltungsbehörden aus Warschau, Potsdam und Schwerin. Ihre Aufteilung in vier Pfeiler der Tätigkeit Eurer Region gefällt mir. Betonenswert ist die folgende Frage: entweder haben wir Kraft und Lust auf Gründung und Entwicklung dieser Gruppierung oder wir haben sie nicht. Dank den Instrumenten, die uns vorhanden sind, müssen wir im Stande sein, alle Tätigkeiten zu realisieren, die unserer Zusammenarbeit vorschweben.

Es gibt natürlich viele Probleme, die in der Zukunft gelöst werden sollen: wirtschaftliche Probleme, die Gesellschaft betreffende Themen, Beschäftigung. Ohne Beschäftigung haben wir kein Geld. Ohne Geld haben wir keine Steuern. Ohne Steuern werden Probleme Gemeinde und Landkreise haben. Wir müssen auf diese Weise, perspektivisch denken. Deshalb richte ich an Sie und Euch eine Bitte – das, was wir schon im Dezember gesagt haben – bilden wir eine Arbeitsgruppe, damit sie an verschiedenen möglichen Lösungen arbeitet. Eine Arbeitsgruppe, die diese schwierige, technische Arbeit beginnt, die zur Implementierung aller Verordnungen und Entscheidungen beiträgt, die feststellt, welche Sachen man auf die einfachste Weise ändern kann und welche schwieriger zu ändern sind. Diese Leute, diese Gruppe sollen so schnell wie möglich ins Leben gerufen werden. Wir möchten uns vergewissern, dass die beiden Seiten über dieselben, auf keinen Fall über unterschiedliche Sachen sprechen. Das schlimmste, was uns passieren könnte, ist der Stagnationsprozess. Wir möchten, dass unsere Kinder viele Möglichkeiten haben, dass die Kinder neue Kinder haben, damit sie auf die beste Weise ihre Zukunft gestalten.

Debatte VI

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach 2013

Stettin, den 13. Mai 2011

Teilnehmer:

Ursula Brautferger

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Touristik in Mecklenburg-Vorpommern

Olgierd Geblewicz

Marschall der Woiwodschaft Westpommern

Dennis Gutgesell

1. stellvertretender Landrat des Kreises Uecker-Randow

Prof. Dr. habil. Danuta Hübner

Die ehemalige EU-Kommissarin für Regionalpolitik, die Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die Vorsitzende der Kommission für Regionalentwicklung

Piotr Krzystek

Stadtpräsident von Stettin

Moderator:

Daniel Wacinkiewicz (Stadtamt Stettin)



Danuta Hübner

Das ist ein sehr gutes Moment und ein sehr guter Platz für eine Debatte über die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Regionalpolitik. Es ist selbstverständlich nicht der Anfang der Debatte, weil wir hinter sich eine ziemlich lange, seit 2007 dauerte Diskussionszeit über die Zukunft der Regionalpolitik in der Europäischen Union haben. Während der letzten zwei Jahre wurden auch viele Diskussionen über die Entwicklungsstrategie der Europäischen Union „Europa 2020“ geführt. Ich denke, dass die Krise, welche Europa erlebt und Globalisierungsprozesse deutlich zeigen, wie die Vertiefung der europäischen Integration und der Zusammenarbeit im Rahmen der Union wichtig ist.

Im Juli 2011 präsentiert wahrscheinlich die EU-Kommission neue, die europäische Regionalpolitik nach 2013 betreffende Regulierungen. Viel deutet darauf hin, dass es wieder eine siebenjährige Periode sein wird. Die neue Finanzperspektive soll die Jahre 2014-2020 umfassen.

In dem Europäischen Parlament beendet ihre Arbeit eine Sonderkommission für zukünftige Haushaltsperspektive. Jetzt befindet sie sich auf der Etappe der Einreichung von Änderungsanträgen, im Juni findet die Abstimmung statt, wir kennen auch die Stellung des Europäischen Parlaments gegenüber dem zukünftigen jahrelangen Haushalt.

Zur Zeit ist es aber schwierig genau vorauszusehen, wann die Verhandlungen zu Regulierungen und die Regulierungen zum Haushalt enden, viel hängt davon ab, wie viel Mittel in Europa für die gemeinsame Nutzung sein wird. Davon soll es auch abhängen, wie sehr ambitionierte Politik sich die Union erlauben kann. Es gibt kleine Chancen darauf, dass die Verhandlungen über Haushalt während der dänischen Präsidentschaft enden, weil im Mai 2012 in Frankreich die Wahlen stattfinden. Es kann schwierig sein, in derselben Zeit die Gespräche zu Ende zu führen. Am wahrscheinlichsten enden sie während der zyprischen Präsidentschaft, in der zweiten Hälfte nächsten Jahres.

Eine Neuigkeit in diesen Verhandlungen ist die Rolle des Europäischen Parlaments, das zum ersten Mal mit denselben Rechten wie der Rat über alle Regulierungen der Regionalpolitik entscheiden wird. Bisher beschränkte sich die Rolle des Parlaments in meisten Fällen zum Erstellen von Gutachten. Die endgültige Gestalt der Regionalpolitik wird durch die den Haushalt betreffenden Entscheidungen bestimmt.

Das Europäische Parlament ähnlich wie die Europäische Kommission hofft, dass der Haushalt für die Regionalpolitik auf mindestens demselben Niveau bleibt. Wir rechnen natürlich mit einer heftigen Diskussion während der Haushaltsverhandlungen, die immer sehr schwierig sind, und besonders in der Krisenzeit.

Doch scheint die Stellung des Parlaments und der Kommission bekannt zu sein. Die Mehrheit ist davon überzeugt, dass Europa keine andere das ganze europäische Gebiet umfassende Politik hat, die man zur Realisierung der meisten Ziele der Strategie Europa 2020 verwenden könnte. Die Regionalpolitik gelangt zu dem lokalen und regionalen Niveau und ermöglicht die volle Mobilisierung des ganzen Entwicklungspotenzials, die die Union für Realisierung gemeinsamer Ziele besitzt.

In allen bisherigen Diskussionen im Rat, in der Kommission, im Europäischen Parlament, unter den die europäischen Regionen vereinigten Organisationen herrscht eine Ansicht über die Notwendigkeit der Stärkung der Europäischen territorialen Zusammenarbeit, die in der gegenwärtigen Programmierungszeit nicht nur eine Initiative in Form des INTERREG-Programms ist, sondern sie wurde zum offiziellen Ziel der Regionalpolitik.

Der gegenwärtige Anteil der ETZ im Haushalt der Regionalpolitik ist klein und beträgt ca. 2,5%. Das Europäische Parlament schlägt die Erhöhung des Haushalts für die ETZ bis zum 7% der ganzen Summe für die Regionalpolitik vor. Das Parlament begründet dieses Postulat mit der steigenden Rolle aller Entwicklungsherausforderungen, die die Grenzen nicht respektieren, die das gemeinsame Handeln, gemeinsame Lösungen und die bessere Nutzung der Mittel verlangen. Die Zusammenarbeit ist zurzeit die beste Methode für die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit, auch der Konkurrenzfähigkeit der EU-Wirtschaft in der Welt.

Indem das Parlament überlegte, warum man die territoriale Zusammenarbeit stärken soll, berücksichtigte es die Tatsache, dass trotz der über 50 Jahre der europäischen Integration und der 7 Jahre des Funktionierens der neuen erweiterten Union, die Grenzen nicht verschwinden. Das beeinflusst negativ die Effektivität der Union. Wenn wir auf den Binnenmarkt schauen, gibt es hier immer noch viele Barrieren. Das bedeutet, dass wir sehr innovativ bei der Suche nach Methoden der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sein müssen. Außerdem gibt es auch

kulturelle, sprachliche und soziale Barrieren und sie spielen manchmal eine wesentliche Rolle. Es fehlt in Europa immer noch an entsprechender Infrastruktur in verschiedenen Bereichen unseres Lebens. Es handelt sich hier nicht nur um die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch um die Mängel im Bereich der Untersuchungen, der Entwicklung, Bildung und verschiedener öffentlichen Dienstleistungen. Die Rolle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Aufhebung dieser Barrieren ist groß.

Die ETZ muss also nach 2013 einfacher, besser, stärker mit strategischen Zielen der EU verbunden, besser an die spezifische Situation der konkreten Gebiete und Grenzen angepasst werden. Man muss auch besser das Potenzial nutzen, das der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit gibt. Notwendig ist auch die bessere Verbindung der grenzüberschreitenden Projekte mit den Programmen der Haupttendenz, deren Ziel die regionale Konvergenz und Konkurrenzhaft sind.

Zur Realisierung dieser Ziele braucht man, wie bei jeder Investition, entsprechende Mittel. Deshalb ist hier die Höhe des Haushalts für Regionalpolitik sehr wichtig.

Von großer Bedeutung ist für mich auch eine eigene Regulierung für die ETZ. Bisher war sie ein bisschen verloren in der allgemeinen Verordnung über die Kohärenzpolitik. Dieses Argument wurde erhört und es entsteht solche Regulation. Das gibt Chancen auf die Einführung der Änderungen, die von den Praktikern vorgeschlagenen werden, also Akteure und Institutionen, die Projekte realisieren.

Der wichtigste Teil der ETZ bleibt am wahrscheinlichsten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die zurzeit ca. 70% der Mittel der ganzen territorialen Zusammenarbeit bildet. Wichtig ist, dass alle jetzt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Realisierenden die schon bestehende Verbindungskette erhalten, damit man trotz neuer Regulierungen die Kontinuität der Zusammenarbeit aufrechterhalten kann.

Man darf auch nicht vergessen, dass sogar der größte EU-Haushalt immer zu klein ist. Modernisierungsbedürfnisse in ganz Europa, nicht nur in neuen Mitgliedsländer, sind riesig. Die Krise hat das deutlich gezeigt. Während die Landeshaushalte gekürzt werden, soll die Rolle des EU-Haushalts als des Katalysators für Wandlungen sehr groß sein.

In der neuen Programmierungszeit wird die Notwendigkeit der thematischen Konzentration betont. Mann muss besonders darauf achten, dass alles, was für die Regionen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wichtig ist, ihre Widerspiegelung in den Verträgen findet, die zwischen der EU-Kommission und den Regionen für Regionalprogramme und den Regierungen, für Landes- und Sektorenprogramme. Das verursacht bestimmt ein stärkeres Streben nach der Verbindung der Politik und des Investierens mit den Ergebnissen.

Der große Unterschied zwischen den deutschen Bundesländern und den polnischen Woiwodschaften betrifft die Allokation der Mittel für die territoriale Zusammenarbeit – unabhängig davon, ob sie einem konkreten Programm, den Landes- oder Regionalhaushalten zugeteilt werden. Bisher wollten die Mitgliedsländer nicht, dass die Mittel in die Programme allokiert werden. Es gibt aber viele Gebiete in Europa, wo die Zusammenarbeit schon solche Geschichte hat, dass die Mittel bestimmt nicht direkt in die Programme allokiert werden. Es ist sicherlich ein Bereich, innerhalb dessen viele Diskussionen geführt werden.

Niemand stellt in Frage die Notwendigkeit der Vereinfachung der Regionalpolitik. Das Problem besteht darin, dass es nicht so einfach ist, einen Kompromiss in der Frage der Vereinfachung der Regionalpolitik zu erreichen. Jeder Partner sieht das ganz anders. Schließlich entsteht ein Gemisch, das überhaupt keine Vereinfachung ist. Manchmal muss man, um eine wirkliche Vereinfachung zu bekommen, eigene Prioritäten opfern. Man soll hier auch das Landes- und Regionalniveau berücksichtigen, um hier keine Elemente hinzuzufügen, die dann die Realisierung der Politik erschweren.

Der Anteil des Privatsektors an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist zurzeit sehr klein. Man argumentiert das mit der Schwierigkeit der Prozeduren. In der zukünftigen Regulierung sollte man solche Lösungen berücksichtigen, die den Anteil des Privatsektors an der Zusammenarbeit erleichterten und erhöhten, weil sonst der öffentliche Haushalt nie größer sein wird. Deshalb muss man andere Quellen des Kapitals anziehen.

Zum Schluss ein paar Worte über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit, denn wir müssen alles tun, um die Rolle dieses besonderen Instruments der territorialen Zusammenarbeit in der zukünftigen Programmierungszeit zu erhöhen. Man hat die Konsultationen abgeschlossen, die EU-Kommission bereitet jetzt den Rapport und Änderungsanträge der Verordnung über den EVTZ vor. Der Gegenstand der Konsultationen waren rechtliche Aspekte und notwendige Modifikationen in diesem Bereich, und auch die Funktionen dieses Instruments. Es gibt sehr viele Ideen, besonders in dem Ausschuss der Regionen. Änderungen der gegenwärtigen Verordnung vom 2006 werden am frühesten Ende diesen Jahres oder Anfang nächsten Jahres fertig sein. Man betont auch hier die Notwendigkeit der Vereinfachungsänderungen und die Eröffnung dieses Instruments für Privatsubjekte. Man berührte auch die Frage der Zugänglichkeit des EVTZ für die Drittländer, die zwar berücksichtigt wird aber aus verschiedenen Gründen nicht funktioniert. Die Diskussion betrifft auch die Verwaltung des Programms mit Hilfe des EVTZ und folgende Fragen: die Bestimmung der Aufgaben, die von dem EVTZ realisiert werden könnten, die Koordination der Politik, das Vorbereiten einer bestimmten Struktur für die Zusammenarbeit, die selbständige Rolle der Gruppierung als Verwaltungsinstitution. Dieses Spektrum soll möglichst breit und offen sein, damit jeder eine Lösung finden könnte, die seiner Spezifität entspricht. Aus der Konsultation resultiert auch, dass der Prozess der Gründung des EVTZ viel langsamer verläuft als man erwartete. Man muss deshalb Änderungen einführen, die die Gründungsprozeduren und die Nutzung des EVTZ als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erleichterten. Der EVTZ hat viele Vorteile. Er erlaubt u.a., Unterschiede in rechtlichen Ordnungen der Partner zu umgehen - z.B. in dem Arbeitsrecht oder den Funktionierungsprinzipien der Unternehmen. An der deutsch-holländischen Grenze funktioniert ein Unternehmen, das Sonnenpaneele herstellt. Der Sitz des Betriebes befindet sich direkt an der Grenze, die mit einer gelben Linie markiert wird. Ein Teil des Unternehmens, das für die Beschäftigung verantwortlich ist, zog alle drei Monate um, denn er wollte die mit den Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt verbundenen Probleme vermeiden. Es gibt mehr Beispiele für die Versuche der Umgehung der rechtlichen Unterschiede. Der EVTZ ermöglicht das im Rahmen einer Struktur. Der beste Vorteil des EVTZ ist die Chance auf die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Projektes außerhalb der Zeit, für die europäische Mittel für seine Realisierung zugeteilt werden. Der EVTZ kann eine dauerhafte Struktur werden, die zum selbstständigen Funktionieren fähig ist. Ich hoffe, dass in der neuen Regionalpolitik, und vor allem in der ETZ, Impulse zur besseren Nutzung dieses Instruments

erscheinen. Ich denke, dass dieses Instrument die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg und Westpommern auf ein ganz anderes, mehr wirksames und viel schnelleres Handeln ermöglichendes Niveau einführte.

Daniel Wacinkiewicz:

Ende Januar des laufenden Jahres wurde der Prozess der sozialen von der EU-Kommission geführten Konsultationen abgeschlossen, die die Vorsätze der Reform der Kohärenzpolitik betrafen. Wie beurteilen Sie das Ergebnis dieser Konsultationen? Sie haben erwähnt, dass sowohl das EU-Parlament und die Kommission als auch die europäischen Institutionen die Notwendigkeit der Entwicklung der Kohärenzpolitik und der Hervorhebung der grenzüberschreitenden Elemente betonen. In wie fern wird dieses Problem von den Teilnehmern der sozialen Konsultationen, also vor allem den Benefizienten und Subjekten des Privatsektors, wahrgenommen?

Danuta Hübner

In allen Diskussionen, die jetzt in Europa über die Innovativität geführt werden, sucht man die Antwort auf die Frage, auf welche Weise die EU mehr innovativ, attraktiv und kohärent im territorialen Sinne werden kann. Auf welche Weise kann die EU die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft, besonders zwischen Klein- und Mittelunternehmen, denn eben sie bilden 99% aller Unternehmen in Europa, und den Universitäten und Untersuchungszentren im Kontext der Innovativität Europas verengen. Nach dieser langen Diskussion, die mit der Nullrolle für die Regionalpolitik, vielseitige Verwaltung, Städte und Regionen begonnen hat, haben wir einen großen Fortschritt gemacht und heute in den die Zukunft der EU betreffenden Dokumenten, wird sehr klar die Rolle der Regionalpolitik, derjenigen Politik, die in die Realisierung der gemeinsamen europäischen Ziele dank der Unterstützung des EU-Haushalts eben Städte, Regionen (auch Dorfreionen) einbezieht. Man kann das schon nicht mehr ändern. Zum Bewusstsein der Entscheidungsträger kam es schon, dass die Bildung eines anderen Instruments im Rahmen des EU-Haushalts Jahre dauern wird. Die Kohärenzpolitik soll in den nächsten Jahren ein sehr wichtiges Instrument zur Realisierung der strategischen Ziele der EU sein, auch des auf der Innovativität und dem Wissen beruhenden Wachstums. Deshalb hat die Regionalpolitik einen gesicherten Platz. Jetzt werden wir darum „kämpfen“, dass die Unterstützung aus dem EU-Haushalt auf einem guten Niveau ist. Einige, vor allem die Engländer, vertreten den Standpunkt, dass wenn wir jetzt die Landeshaushalte kürzen müssen, dieselbe Logik den EU-Haushalt betreffen soll. Ich stimme damit nicht überein, denn die Landeshaushalte sind im wesentlichen Maße Investitionshaushalte. Auf dem lokalen und regionalen Niveau sieht das ein bisschen anders aus, aber es gibt in Europa viele Regionen und Städte, in denen die einzigen Mittel für Investitionen aus der Europäischen Union kommen. Als Ganzes genommen ist der EU-Haushalt eigentlich ein Investitionshaushalt, 5% sind Verwaltungsausgaben. Man kann natürlich überlegen, ob die Mittel für Agrarpolitik einen Investitionscharakter haben aber im Allgemeinen bilden die Investitionsausgaben die Mehrheit. Wenn wir also die Mittel für Investitionen wegnehmen, woher soll der Wachstum in Europa kommen, über den alle so laut sprechen. Die Gegner der Kohärenzpolitik argumentieren, dass man die ihr zugeteilten Mittel für das Investieren in die Innovativität bestimme sollte. Man muss dann fragen: worin investiert die Kohärenzpolitik? Damit endet meistens die Diskussion. Die Kohärenzpolitik ist eine Politik, in der jeder Euro in Frage gestellt und von allen Seiten betrachtet wird. Und so soll es sein, denn

mit dem Geld, das auch hier in Mecklenburg und Westpommern gelangt, soll am besten gewirtschaftet werden und es soll das Privatkapital anziehen.

Die polnische Präsidentschaft soll in dieser Hinsicht sehr wichtig sein. Das von Frau Minister Bieńkowska in Brüssel vorgestellte Programm ist ein sehr gutes Programm. Die polnische Präsidentschaft wird eine Grundlage der Haushaltsverhandlungen für die neue Programmierungszeit sein. Keine wichtigen Entscheidungen werden in dieser Zeit getroffen aber man muss diese Chance auf die Bewerbung der Kohärenzpolitik nutzen.

Daniel Wacinkiewicz:

Die bisherigen mit der Nutzung der Mittel der Kohärenzpolitik verbundenen Erfahrungen sind evident positiv. Besonders wichtig, von den früher von Frau Professor angegebenen Informationen, ist diese, die die eigene Regulierung für die ETZ betrifft. Die institutionelle Ausgliederung ist sehr wichtig. Indem wir auf die Zahlen schauen – der Wachstum vom 2,5% jetzt sogar bis zum 7% - ist das auch ein sehr positives Signal, das davon zeugt, dass das Mittelvolumen für die territoriale Zusammenarbeit ständig wachsen soll. Ich bitte Frau Ursula Brautferger und Herrn Olgierd Geblewicz, also die Vertreter der Regionalstrukturen in Deutschland und Polen, damit sie zu der eventuellen Perspektive der Erhöhung der Mittel für die ETZ Stellung beziehen. Welche Entwicklungschancen sehen Sie im Zusammenhang mit der Nutzung dieser Mittel, ob man deswegen schon heute in den Entwicklungsstrategien auf dem Niveau des Bundeslandes und der Woiwodschaft potenzielle Bereiche einer größeren Absorption der Mittel sehen kann?

Ursula Brautferger:

Ich danke sehr Frau Professor für einen sehr interessanten Vortrag. Wahrscheinlich alle, die in diesem Saal versammelt sind, stellen einstimmig fest, dass die der ETZ zugeteilten Mittel mindestens 7% aller Mittel für Kohärenzpolitik betragen sollen. Wenn es sich um die Gesamtheit der Ausgaben auf dem regionalen Niveau handelt, kennen wir sie noch nicht, wir haben noch nicht solche Information. Ich kann aber versichern, dass wir zurzeit über Daten verfügen, die in der nächsten Zeit über unsere Entwicklungskonzeption in der Euroregion Pomerania nach 2013 entscheiden werden. Ich denke auch, dass das Ideen werden, die schon heute bekannt sind und die wir früher in unseren Plänen nicht berücksichtigt haben.

Danuta Hübner:

Ich möchte eine wichtige Sache betonen. Zurzeit gibt es noch keine Entscheidungen über die Allokation der Mittel in der neuen Finanzierungsperspektive, deshalb spreche ich heute darüber, was wir in unserem Rapport berücksichtigen, im Rapport, an dem der deutsche Abgeordnete Markus Pieper arbeitet. Die Erhöhung des Anteils der ETZ bis zum 7% ist unser Vorschlag. Ich möchte auch betonen, dass östliche Bundesländer, die früher das Ziel Konvergenz mit seiner Reichweite erfasste, wachsen langsam aus diesem Ziel heraus, sie erfüllen nicht die im Ziel 1 enthaltenen Kriterien. Deshalb dauert jetzt im Europäischen Parlament eine Diskussion darüber, ob man eine neue Kategorie für Regionen zwischen 75% und 90% des mittleren Bruttoinlandsproduktes je Einwohner erarbeiten soll. Heute ist es also schwierig festzustellen, wie die endgültige Architektur der Kohärenzpolitik aussehen wird. Wir wissen, dass es weiter die Gruppe der ärmsten Regionen (75%) und die Gruppe der reichsten Regionen geben wird,

denn die Politik bleibt unverändert für alle Regionen, und ob es noch eine Mittelkategorie zwischen 75% und 340% entsteht (London), stellt sich erst heraus.

Olgierd Geblewicz:

Aus der regionalen Sicht freut uns am meisten die Tatsache, dass nach der die Frage der Aufrechterhaltung der Kohärenzpolitik betreffenden Diskussion, über die Frau Professor gesprochen hat, wir uns heute in solchem Punkt befinden, in dem man ruhig sagen kann, dass die Kohärenzpolitik sich verteidigt hat. Aus der Sicht anderer Regionen, wie z.B. Masowien, ist es wichtig Kategorien der Regionen zu bilden, die schon 75% des BIP überschritten haben aber nicht zu viel. Aus unserem Sicht dagegen ist am wichtigsten, dass die Kohärenzpolitik aufrechterhalten wird. Wenn es sich um die Rolle der ETZ in der Kohärenzpolitik handelt, bin ich der Meinung, dass man dazu Stellung beziehen soll, über das Frau Professor in ihrem ersten Vortrag gesprochen hat, nämlich zu der Frage der Konkurrenzfähigkeit Europas. Der Frage, wie Europa eigentlich sein und sich in der globalen Konkurrenz wiederfinden soll. Zur Zeit wohnt 40% der EU-Einwohner in den Grenzgebieten und 36% davon in den Regionen direkt entlang der inneren EU-Grenzen, in den Peripherieregionen im Vergleich zum Staatszentrum, also zum Hauptaussenmarkt, in denen man genau sieht, wie viel Kapital infolge der ungünstigen Lage verloren wird und wie viel ungenutztes Potenzial sich in diesen Regionen befindet. Deshalb scheint die Erhöhung der Rolle der ETZ eine richtige und unvermeidliche Richtung zu sein, wenn wir die Konkurrenzfähigkeit Europas aufrechterhalten möchten.

Ich kenne nicht die Einzelheiten aber ich freue mich, dass die Diskussionsrichtungen der ETZ gewogen sind. Ich denke, dass die nächste Zukunft und die nächsten Diskussionen sehr interessant werden, als Regionen müssen wir sie aufmerksam beobachten und uns an sie beteiligen, denn es werden viele Fragen berührt, die eine fundamentale Bedeutung für die spätere Nutzung der einzelnen Instrumente, wie z.B. der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit, und für die größere grenzüberschreitende Kohärenz hat. Es handelt sich hier um streng praktische Probleme, wie z.B. die auch von Frau Professor erwähnte Frage, ob die Hilfe im Bereich der territorialen Zusammenarbeit an die Programme gerichtet werden soll oder an die Landeshaushalte und vom Landesniveau verteilt werden. Länder, die sich immer noch unsicher in der EU fühlen, werden befürchten, dass sie im Rahmen der Programme viel verlieren können, dass es besser vorbereitete grenzüberschreitende Gebiete geben wird und die zustehende Parität nicht genutzt wird. Andererseits soll man im Fall der Verteilung der Mittel auf dem Landesniveau danach fragen, in welche Richtung die einzelnen Länder gehen – ob sie die Stärkung der grenzüberschreitenden Politik in den äußeren EU-Gebieten oder an den inneren Grenzen wählen, oder ob sie sich bemüht werden, das Gleichgewicht zwischen diesen zwei Bereichen zu erhalten. Aus der Sicht unserer Region ist das eine Schlüsselfrage. Vom Ministerium für Regionalentwicklung kommen zu uns Signale, dass in der Zukunft im Rahmen der territorialen Zusammenarbeit Gebiete, die entlang der äußeren EU-Grenzen liegen, beworben werden, was für uns unzulässig ist. Wir müssen die Konkurrenzfähigkeit durch die Überwindung der Barrieren bauen, die an den inneren EU-Grenzen bestehen bleiben. Ich denke, dass Stettin und die Woiwodschaft Westpommern das beste Beispiel für die unvollständige Nutzung des Potenzials wegen der zu nahen Grenze ist. Stettin soll auf natürliche Weise den bestimmten Radius um seine Lage herum beeinflussen. Zur Zeit kann man wegen der Trennung mit der Grenze feststellen, dass es ein Vogel mit einem Flügel ist. Der „zweite Flügel“ hat aber jetzt auch große Probleme, er ist ein Gebiet, das sich entvölkert, in dem es an entsprechenden

wirtschaftlichen Impulsen fehlt. Es scheint, dass man diese Impulse nur in einer engen Zusammenarbeit mit der größten Metropole in der Region wiederherstellen kann.

Diese Überwindung der Barrieren, unser Beitritt zum Schengen-Abkommen, die Eröffnung des deutschen Arbeitsmarktes sollen bestimmt ein weiterer Schritt in die Richtung der besseren Nutzung der gegenseitigen Potenziale sein. Diese Potenziale kann man zweifellos mit Hilfe solches Instruments wie die ETZ verstärken.

Indem ich die Frage beantworte, wie unsere Region für die zukünftige Perspektive vorbereitet ist, muss ich betonen, dass am 19. Oktober 2010 der Sejmik der Woiwodschaft Vorpommern die Annahme der Initiative über die Gründung des EVTZ beschlossen hat, um die einzelnen Politiken in unserem Grenzgebiet besser zu harmonisieren und besser die Mittel zu verwalten.

Daniel Wacinkiewicz:

Es ist schwierig um eine bessere Begründung des Funktionierens der Europäischen territorialen Zusammenarbeit als die Beschreibung unseres Grenzgebiets, die vor einer Weile Herr Marschall präsentierte. Wenn wir die Grenze bemerken, die verursacht, dass wir immer noch mit zwei verschiedenen rechtlichen, institutionellen Systemen zu tun haben und damit zustimmen, dass der EVTZ ein Instrument zur Überwindung dieser Grenze sein kann, ein neues und innovatives Instrument, das verursachen soll, dass diese Ebene der Zusammenarbeit einfacher wird, muss man nicht über die Wirksamkeit dieses Instruments überzeugen. Die Deklaration der Regionalbehörde über die Möglichkeit der Nutzung des EVTZ in ihren Tätigkeiten ist sehr wichtig. Auch aus der Sicht der lokalen Selbstverwaltungen, den ich mich jetzt zuwenden möchte.

Alle Informationen, die wir heute über die Kohärenzpolitik und die Europäische territorialen Zusammenarbeit bekommen haben, vor allem die über die finanziellen Parameter, sind auch ein gutes Signal für die Lokalbehörden. Ich möchte jetzt an Herrn Dennis Gutgesell und Herrn Piotr Krzystek eine Bitte um die Beurteilung der zukünftigen Nutzung der Mittel und der Kohärenzpolitik selbst aus der lokalen Sicht, und vor allem aus der Sicht der Stettiner Agglomeration als Metropolgebiet, richten.

Dennis Gutgesell:

Ich danke für die Einladung. Ich denke, dass wir alle wissen, dass die Europäische Union Geld nicht nur für Unterstützung entsprechender Regionen ausgibt, sondern auch für Realisierung vieler Aufgaben. Ich denke, dass die Funktion des EVTZ vor allem die Ermöglichung der Nutzung der EU-Mittel für Realisierung aller Projekte ist, die wir uns zum Ziel setzen. Ich finde, dass in der Zukunft noch mehr heftige Debatte über die Realisierung dieser Ziele auf uns wartet. Wir sollen uns treffen und die Frage beantworten, welche Potenziale für uns besonders wichtig sind, welche Ziele in der ersten Reihe realisiert werden sollen und auf welche Weise die finanziellen Mittel nutzen, um den Einwohnern unserer Region zu helfen.

Ich denke, dass das, worüber wir bisher gesprochen haben, weniger wichtige Sachen betraf. Es ist die höchste Zeit, sich mit den wichtigeren Sachen zu beschäftigen. Wenn wir hier über den Arbeitsmarkt sprechen, kann man Personen bemerken, die aus einem Land nach einem anderen

fahren, um dort zu arbeiten. Jeder weiß schon, dass seit 1. Mai 2011 die siebenjährige Übergangsphase aufgehoben wurde. Deshalb hat man in Stettin eine spezielle Kontaktstelle eröffnet, in der man den Bürgern rät, wie man am besten von Deutschland nach Polen und umgekehrt reisen kann. Die zweite Frage, mit der wir uns hier beschäftigen sollen, ist die Sprache. Aus den Erfahrungen, die ich gesammelt habe, folgt, dass das Interesse an der polnischen Sprache unter den Deutschen sehr groß ist. Man kann beobachten, dass das nach Westen „gehende“ Polen das Interesse weckt und eins dieser Ergebnisse eben die Lust aufs Lernen der polnischen Sprache ist. Wichtig ist auch das Thema der Bildung, der Zusammenarbeit mit der Universität in Greifswald. Ich stimme mit Herrn Marschall überein, der über dem Vogel mit einem Flügel gesprochen hat. Ohne diesen Flügel fliegt er nirgendwo. Es gibt schon Grundlagen, wir haben also alles, was wir brauchen, damit unsere Region noch besser funktioniert. Wir werden aktiv an diesen Diskussionen teilnehmen und auf die beste Weise zur Verbesserung der Tätigkeit der Euroregion beitragen.

Piotr Krzystek:

Ich freue mich sehr über die Worte der Frau Professor, denn die EU-Politik in dem Bereich der Kohärenzpolitik scheint zu reifen. Ich freue mich auch über die neue Betrachtungsweise der mit der grenzüberschreitenden Entwicklung verbundenen Fragen. Vor Europa steht eine große Herausforderung. Es muss seinen Platz in der Welt finden, die wie wir sehen, sich sehr dynamisch entwickelt und leider nicht Europa der Hauptmotor der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Wenn wir daran teilnehmen möchten und ein Partner für Potentaten aus Asien und den Vereinigten Staaten werden, müssen wir alles tun, damit Europa die größte Kohärenz bildet und die Zusammenarbeit einen Synergieeffekt bringt, den wir alle sehr brauchen. Das ist besonders eine Herausforderung für Grenzgebiete. Wir alle betonen, dass wir in zwei verschiedenen Systemen leben. Obwohl es schon keine Grenze mehr gibt, bleibt es noch die Barriere – sprachliche, mentale, Barriere der rechtlichen Systeme. Ich freue mich sehr, dass wir so gute Erfahrungen der Euroregion Pomerania haben. Ich denke, dass wenn es diese Zusammenarbeit nicht gäbe, wären wir heute viel ärmer, wenn es um die Möglichkeit der Nutzung der Chancen geht. Diese Erfahrung erlaubt uns jetzt auf kompetente Weise über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit zu diskutieren.

Ich möchte auf die besondere Rolle Stettins aufmerksam machen, denn es zu der kleinen Gruppe der großen europäischen Städte gehört, die direkt an der Grenze liegen. Ich denke, dass wir wegen der Grenze in großem Maße von unserem natürlichen Hinterland abgesperrt wurden. Heute haben wir eine Chance diese Situation zu ändern. Wenn wir hören, dass es mehr Mittel für die territoriale Zusammenarbeit geben kann, ist das für uns eine Herausforderung. Deshalb unterstütze ich Herrn Marschall und alle Tätigkeiten, deren Ziel die Gründung des EVTZ ist, denn es ist für uns eine Chance auf noch bessere Integrierung in verschiedenen Bereichen.

Frau Professor erwähnte eine wichtige Frage, die gleich auch Polen betreffen wird. Wir befinden uns schon auf dieser Entwicklungsstufe, dass das Investieren ohne äußerliche Mittel nicht mehr möglich ist. Das betrifft noch nicht Stettin aber es gibt schon solche Städte in Polen. In den westlichen Städten wurde das schon zum Standard. Wir kommen auch dazu. Das ist der nächste Grund dafür, sich gut auf die beste Nutzung jedes Euro und jedes Zloty vorzubereiten. Dieses Jahr sollen wir die gemeinsame Einstellung auf beiden Seite der Grenze ausarbeiten und das Jahr

2012 schon mit einer neuen Konzeption beginnen. Stettin soll bestimmt einer der Führer und hinsichtlich seines Metropolcharakters der Hauptmotor dieses Unternehmens sein.

Daniel Wacinkiewicz:

Ich möchte mich auf die mehr technische das Funktionieren des EVTZ betreffende Frage beziehen. Es herrscht eine Überzeugung, dass die territoriale Zusammenarbeit ein Erfahrungslabor der ganzen europäischen Integration ist. Deshalb ist der EVTZ eins der Hauptinstrumente der Realisierung der Europäischen territorialen Zusammenarbeit. Frau Abgeordnete hat zugleich erwähnt, dass man nicht weiß, welche Impulse einzusetzen, um in größerem Maße zur Nutzung des EVTZ anzuspornen. Die Intensivität der Nutzung dieser Lösung ist immer noch nicht befriedigend. Gibt es Ihrer Meinung nach besondere Impulse, die die Selbstverwaltungen dazu bewegen könnten, dass sie in größerem als bisher Maße zu dem EVTZ greifen.

Danuta Hübner:

Weil ich für die Verordnung über den EVTZ verantwortliche Kommissarin war, erinnere ich mich noch gut daran, dass nachdem sie 2006 in Kraft getreten ist, gaben wir den Mitgliedsländern ein Jahr für die Anpassung ihrer rechtlichen Ordnungen, denn die Verordnung verlangte Schaffung der rechtlichen Möglichkeiten der Tätigkeit. Es nahm sehr viel Zeit und verzögerte sehr den Start. Einige EVTZ begannen dort zu entstehen, wo das möglich war. Zur Zeit gibt es schon 15 gut funktionierende Gruppierungen und zwei mal so viel befindet sich in dem Vorbereitungsprozess. Sie haben unterschiedlichen Charakter: es gibt Gruppierungen, die nur für ein einziges Projekt gegründet wurden und Gruppierungen, die feste Rahmen der Zusammenarbeit bilden. Ich denke, dass die zweite Lösung sehr attraktiv ist, denn obwohl auch gemeinsame Investitionen notwendig sind – ich stelle es nicht in Frage – bin ich im Allgemeinen davon überzeugt, dass es sich lohnt, feste Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Woiwodschaft Westpommern zu bilden. Das fehlt wohl am meisten. In Polen, trotz der fortschreitenden Dezentralisierung, wird eine ganze Menge der Entscheidungen sehr zentralisiert und der Wojewode oder der Marschall müssen sich oft an Warschau wenden. Der EVTZ könnte helfen, den Kompetenzunterschied zwischen dem Bundesland und der Woiwodschaft zu umgehen.

Das werden aber immer noch formale Rahmen sein. Wichtig ist das, worüber man früher gesagt hat, dass man wissen soll, was man will, welche Probleme mit Hilfe dieser Gruppierung man lösen will. Man muss an gemeinsame Strategie arbeiten, die Analyse der Potenziale auf beiden Seiten der Grenze durchführen, bestimmen, wie man sie am besten gemeinsam nutzen und zugleich den Anwälten die Vorbereitung guter rechtlichen Rahmen beauftragen kann, damit diese Prozeduren am schnellsten beendet wurden. Ich denke, dass solche parallele Arbeit weiter geführt werden soll, ich denke, dass es in diese Richtung geht. Wir werden uns im Parlament darum kümmern, dass es vereinfacht wird. Wie Herr Präsident schon gesagt hat, haben Sie das nicht als eine funktionale Region bezeichnet und sich nicht mit dem Begriff „elastische Geographie“ bedient, aber es handelt sich eben darum, dass das natürliche Hinterland Stettins und der Bereich seiner Einwirkung die Grenzen überschreitet. Heute soll man in Grenzgebieten eben in den Kategorien der funktionalen Regionen denken. Auch im Kontext der Zukunft des Arbeitsmarktes, denn bald wird die Situation in beiden Ländern nicht so komfortabel sein wie

jetzt. Die reale Arbeitslosigkeit in Polen ist viel kleiner als das, was uns die Statistiken zeigen. Wir haben in Polen keine Arbeitskraft-Reserve, auf die wir in der Zukunft zählen könnten. Deshalb könnte die gemeinsame Arbeitsmarktstrategie, ein bisschen andere als die gegenwärtige sich eben hier entwickeln.

Daniel Wacinkiewicz:

Ich möchte fragen, ob in der neuen Finanzierungsperspektive ein solcher Impuls die Bevorzugung, als Benefizienten der Mittel, solcher Regionen sein könnte, die den EVTZ gegründet haben? Ich frage also nach dem Beruhen auf den Erfahrungen, die bisher zeigten, dass die Institutionalisierung der Zusammenarbeit in Form eines EVTZ gute Effekte bringt und der Empfehlung solcher Vorgehensweise.

Danuta Hübner:

Diese Vorgehensweise wird schon bestimmt praktiziert. Ich weiß, dass auch hier eine Konferenz stattfand, an der die Vertreter der schon bestehenden EVTZ teilgenommen haben. Ich denke, dass wenn ihr mit den Vertretern von Mecklenburg sich an den Tisch setzen, wäre es gut an diesem Tisch auch Vertreter der Regionen haben, die eine ähnliche Betrachtungsweise davon haben, also den EVTZ als ein beständiges Instrument der Zusammenarbeit betrachten. Offen bleibt die zweite Frage – wie die Mittel für die territoriale Zusammenarbeit verteilt werden. Vielleicht, im Moment wenn ein EVTZ entsteht, entsteht der eigene Haushalt für jede Gruppierung. Das muss man auch in zukünftigen Regulierungen berücksichtigen. Ich möchte Sie zu einem Gespräch darüber mit Frau Bieńkowska und zum Senden Ihrer Vorschläge und Einfälle an das Europäische Parlament anspornen.

Olgierd Geblewicz:

Ich möchte mich zu der Finanzierungsmethodologie äußern, denn früher stellten Sie eine Frage nach den Ermunterungen und Impulsen. Ich möchte die ganze territoriale Zusammenarbeit nicht nur auf das Geld simplifizieren. Wir wissen aber, dass finanzielle Mittel bestimmt die Möglichkeiten erhöhen. Ich denke, dass der Vorschlag, eigene Haushalte für den EVTZ vorzubereiten, zweifellos den Prozess ihrer Entstehung beschleunigte.

Indem wir von dem polnischen Niveau auf die Verwaltung der grenzüberschreitenden Programme schauen, sehen wir das Problem, über das Frau Abgeordnete gesprochen hat, also die Notwendigkeit der häufigen Reise nach Warschau. Wir haben ungleichmäßige Verteilung der Akzente, die aus unterschiedlicher Verwaltungsstruktur folgt. Auf der deutschen Seite haben wir starke Bundesländer, die selbständig diese Politik führen können und auf der polnischen Seite müssen wir Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Regionalentwicklung koordinieren. Das führt dazu, dass alle Entscheidungen im Ministerium für Regionalentwicklung getroffen werden. Das Ministerium hört zwar den Stimmen der Städte und Regionen zu aber die Perspektive vom Niveau Warschaus sieht oft ganz anders aus als vom Niveau einer Region. Deshalb wäre die Beschränkung der Verwaltung der entsprechenden Programme auf das EVTZ-Niveau eine zusätzliche Ermunterung zur Entwicklung solcher Initiativen und Stärkung der Potenziale, die wir haben und zur Realisierung der Idee des für unser Grenzgebiet funktionalen Gebiets.

Daniel Wacinkiewicz:

Ich möchte mich noch zu dem Begriff Multilevel Governance äußern. Soll die Nutzung der Instrumente der vielseitigen Verwaltung der Meinung Frau Professor nach von uns, also der Vertreter der Lokal- und Regionalbehörden, auf eine besondere Weise berücksichtigt werden? Sollen wir selbst unsere Teilnahme an dem vielseitigen Entscheidungstreffen auf dem EU-Niveau vorschlagen? Wenn wir damit einverstanden sind, dass die Richtung, die der EVTZ ist, schon jetzt eine deutlich gekennzeichnete Richtung ist, bedeutet das auch, dass in gewissem Maße unsere lokale und regionale Möglichkeit der Beeinflussung der getroffenen Entscheidungen sich auf gewisse Weise hier realisieren sollte. Wie wird aus der EU-Perspektive dieses Element der vielseitigen Verwaltung betrachtet und welche Rolle im Kontext des EVTZ soll den Lokal- und Regionalbehörden zugeschrieben werden?

Danuta Hübner:

Diese Frage ist für mich sehr wichtig. 2006 führten wir in die Regionalpolitik den Begriff der vielseitigen Verwaltung ein. Die Multilevel Governance hat schon ihren entsprechenden Platz gefunden. Im Europäischen Parlament achten wir auch darauf, dass dieser Begriff in verschiedenen Dokumenten auftaucht. Es entstand die Konzeption des sog. „territorialen Paktes“, also ein soziales Abkommen zwischen den Lokal- und Regionalbehörden und Europa über die Beteiligung an der Realisierung der europäischen Politiken. Diese Initiative setzt sich sehr langsam durch aber schreitet fort. Es erlaubt ein neuer Vertrag, der das „vielseitige Europa“ einführt. Er erweitert also das Subsidiaritätsprinzip, das bisher als „Europa und Mitgliedsländern“ verstanden war, um regionales und lokales Niveau. Das bildet die Grundlagen zur vollkommeneren Berücksichtigung der Rolle des lokalen und regionalen Niveaus in der Realisierung verschiedener Politiken schon auf der Konzeptionsetappe. Es wird bestimmt lange dauern, bis es zur Wirklichkeit in Europa wird. Es ist aber ein Prozess, den man nicht stoppen kann. Der Vorsitzende wurde damit einverstanden, dass der Berater Herr Luc van de Brande wird, der ein Förderer der Vielseitigkeit der Verwaltung in Europa ist und hier ziemlich viele Erfolge hat. Zur Zeit soll infolge der Dezentralisierung in Polen der immer größte Teil des Haushaltsdefizites lokal und regional gebildet werden, denn dort befinden sich die Kompetenzen und auch die Mittel. Ich bin der Meinung, dass die Reform aus dem Jahr 1990 die wichtigste Transformationsreform in Polen war und die sehr wichtige Prozesse initiierte. Man muss also auf die Verantwortung für den Haushalt und Qualität der Lokal- und Regionalbehörden im Verwaltungssinn achten, damit wir über eine Lokal- und Regionalverwaltung verfügen könnten, die auf diese neue Rolle in der vielseitigen Verwaltung in Europa vorbereitet ist.

Der EVTZ, über den wir heute diskutiert haben, ist auch eine Art wichtiger Dezentralisierung, weil er die Landesgrenzen überschreitet. Ich bin der Meinung, dass wenn wir gute Lokal- und Regionalbehörden haben, die Effektivität der Investitionsentscheidungen auf diesem Niveau höher ist als die Effektivität der Entscheidungen, die in der Hauptstadt getroffen werden. Und das Wichtigste ist die Tatsache, dass diese Entscheidungen das Eigentum- und Pflichtgefühl hervorrufen, was in dem politischen Prozess von großer Bedeutung ist.

Gerard Lemke, Chojna-Gryfinoer Vereinigung für ein gemeinsames Europa (Chojna):

Die Frage betrifft die Tätigkeit der Vereinigungen, die auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit realisieren. Kommt es zu Änderungen im Rahmen der neuen Haushaltszeit bei der Gewährung und Finanzierung der sog. kleinen Grenzprojekte? Gegenwärtige Bedingungen können von vielen kleineren Organisationen nicht erfüllt werden, vor allem wegen der Notwendigkeit der Finanzierung von oben und des Wartens auf die Rückerstattung der Gelder, die erst nach einem halben Jahr, eventuell nach einem Jahr folgt. Kleine Organisationen verfügen nicht über Mittel, die sie voraus für Realisierung eines konkreten Projektes bestimmen könnten.

Olgierd Geblewicz:

Ich denke, dass die heutige Diskussion zeigt, in welchem Punkt wir uns noch befinden, wenn es sich um die zukünftige Programmierungszeit handelt. Heute denken wir noch, aus der Sicht kleiner Projekte, an sehr große Angelegenheiten – an die Kohärenzpolitik und ihre Rolle, an die Bedeutung der territorialen Zusammenarbeit im Rahmen der Kohärenzpolitik. Ihre Aussage verzeichne ich als eine Stimme in der Diskussion, die noch vor uns steht, die die Prinzipien der Realisierung der grenzüberschreitenden Projekte betreffen wird. Ich denke, dass es in diesem Saal Personen gibt, die verantwortlich für die Einführung dieser Projekte sind und auch diese Stimme verzeichnen.

Danuta Hübner:

Die endgültige Entscheidung in dieser Frage gehört zu den Landes-, Regional- und Lokalbehörden. Ich denke aber, dass die Chance auf eine Änderung in der Regionalpolitik, die auf dem Abgehen von dem System der Rückerstattung der schon ausgegebenen Mittel beruht, sehr klein ist. Es gibt natürlich ein System der den Mitgliedsländern überwiesenen Anzahlungen, die auf unterschiedliche Weise genutzt werden. In einigen Ländern werden diese Mittel auf das Bankkonto angewiesen und bilden Zinsen, in anderen gibt es rechtliche Lösungen, die die Übergabe dieser Mittel den Benefizienten in Form der Anzahlungen ermöglichen. Polen besitzt hier eine gute Regulierung, obwohl es Mitgliedsländer gibt, besonders die neuen, die behaupten, dass die Gewährung solcher Anzahlungen ein großes Risiko ist.

Der Prozess der Rückerstattung der Mittel soll der Entwicklung des Finanzmarktes dienen, und auch der Banken, die, indem sie eine Gewährleistung haben, welche die Rückerstattung der Gelder aus der EU-Kommission ist, günstige Kredite den lokalen, solche Projekte realisierenden Organisationen einräumen könnten. Es ist nicht die erste Stimme in dieser Frage. Dieses Problem ist uns bekannt und wir werden nach entsprechenden Lösungen suchen, damit die Finanzierungsprinzipien der Projekte den Zugang zu den Mitteln nicht beschränken. Jedoch, wie Herr Marschall schon gesagt hat, auf konkrete Lösungen muss man noch ein bisschen warten.

Paweł Bartnik, Direktor des Vereins der Polnischen Gemeinden der Euroregion Pomerania:

Ich möchte mich zu dem EVTZ äußern, über den Frau Professor gesprochen hat. Außer Einzelheiten, die wir noch besprechen sollen, sind bestimmt die Behörden in Warschau und Schwerin ein Hindernis in der Realisierung dieses Unternehmens. Das polnische Auslandsministerium nimmt die Stellung, die man zusammenfassen kann: der EVTZ ist keine

gute Richtung, beschäftigen Sie sich nicht damit. Die Behörde von Mecklenburg-Vorpommern ist auch kein Befürworter solcher Tätigkeit. Ich möchte dieses Problem nicht aufbauschen, aber ich möchte zeigen, auf welcher Etappe sich unsere Diskussion befindet. Ich stimme damit überein, was Herr Marschall über andere Formen der Ermunterung zur Gründung des EVTZ gesagt hat. Im Rahmen der Euroregion Pomerania haben wir schon viele Erfolge. Man braucht aber einer „neuen Eröffnung“, weil wir eine neue Wirklichkeit haben. Diese „neue Eröffnung“ soll nicht auf dem Prinzip „wir, euch“, sondern „gemeinsam“ beruhen, was übrigens Frau Professor betont. In der neuen Kohärenzpolitik muss man die Nutzung der Chancen den grenzüberschreitenden Metropolen ermöglichen. Ich betone das, weil zur Zeit in Polen eine politische Diskussion über Metropolen geführt wird. Man diskutiert aber überhaupt nicht über grenzüberschreitende Metropolen, denn wir sind die einzige Stadt in Polen, die ein solches Problem oder Privileg hat, je nachdem wir das betrachten. Man soll nicht nur in Brüssel, nicht nur auf dem EU-Niveau, sondern auch in Warschau darüber diskutieren, dass es solche Stadt wie Stettin gibt, die de facto eine grenzüberschreitende Metropole ist.

Piotr Krzystek:

Ich danke Herrn Bartnik, dass er uns darauf aufmerksam machte. In den die Frage der Metropolen betreffenden Arbeiten in Warschau habe ich diese Frage berührt. Ich stieß auf Verwunderung der Beamter, die überhaupt nicht wissen, wie man sich auf dieses Problem beziehen und es lösen soll. Ich denke, dass das für uns eine Herausforderung ist, auch in der polnischen Legislative Lösungen vorzuschlagen, die die Überschreitung der Grenze, die jetzt eigentlich nur eine Linie auf der Landkarte ist, erlauben.

Krzysztof Bogusławski (Westpommersche Technologische Universität, Akademisches Informatik-Zentrum):

Ich repräsentiere das Projekt „Telemedizin in der Euroregion Pomerania“, das eins der größten Projekte in unserer Region, wenn nicht im ganzen Polen, ist. Der Haushalt des Projektes beträgt 13 Millionen EUR.

Zur Zeit sind die rechtlichen und institutionellen Barrieren die Hauptbarriere in der Realisierung und eventuellen Fortsetzung des Projektes. Das Projekt ist bereit und dafür vorbereitet, professionelle Bedienung der Patienten durch Ferndiagnostizierung durchzuführen. Jedoch sind jetzt weder das polnische noch deutsche Recht an den Austausch der medizinischen Daten angepasst. Es fehlt noch gute institutionelle Vorbereitung, ich meine hier NFZ auf der polnischen und Krankenkasse auf der deutschen Seite. Ich finde, bitte bestätigen Sie das oder verneinen, dass der EVTZ dieses Problem nicht löst, dass man woanders nach der Lösung suchen soll – entweder auf dem Niveau der EU-Kommission oder auf dem Niveau der bilateralen deutsch-polnischen Kommission. Ich denke, dass dieses Problem eine große Barriere in der neuen Programmierungszeit sein kann, wenn die erhöhten Mittel nicht richtig genutzt werden können.

Dennis Gutgesell:

Während der letzten sechs Debatten berührten wir viele Themen: die Geschichte unserer schönen Region, wirtschaftliche Themen, zwischenmenschliche Kontakte. Ich denke, dass der Weg, den wir zurücklegten, imponierend ist.

Stettin, als die Hauptstadt der Woiwodschaft Westpommern, wurde auf der deutschen Seite bemerkt und diese Erfahrungen, sowohl positive als auch negative, müssen wir nutzen. Wir sollen eine Debatte anfangen, in der wir Themen berühren, die sowohl die Behörden in Berlin als auch in Warschau betreffen, denn nur auf diese Weise können wir vorangehen. Ich weiß nicht, ob wir über die Elektrifizierung der Eisenbahnverbindung Berlin-Szczecin oder über ein anderes Projekt diskutieren werden aber ich finde, dass es eine Mission ist, mit der wir uns in der nächsten Zukunft beschäftigen werden.

Man soll auch in zwischenmenschliche Kontakte investieren, vor allem unter den jüngsten, weil sie unsere Zukunft sind.

Ursula Brautfeger:

Nach der heutigen Debatte wissen wir schon, worauf wir nach 2013 zählen können. Das sind Grundlagen, mit denen wir uns in der nächsten Zeit beschäftigen sollen. Prozeduren, über die schon heute die Rede war, sind sehr komplizierte Prozeduren. Im Jahr 2013 gelingt uns vielleicht, sie zu vereinfachen, damit die Euroregionen noch mehr attraktiv werden. Ich denke, dass das Wissen und die Erfahrung, die wir während der Debatten gesammelt haben, in der Zukunft gute Ergebnisse bringen sollen.

Ich weiß, dass Stettin die Metropole der Woiwodschaft Westpommern ist und deshalb wird in der Zukunft sich noch dynamischer entwickeln. Ich denke, dass wir in 20 Jahren im Grenzgebiet sowohl Polnisch als auch Deutsch auf demselben Niveau sprechen werden. Unsere Aufgabe ist, dazu beizutragen. Ich danke auch für die Vorstellung der Probleme, die unser Grenzgebiet betreffen. Als die für das INTERREG-Programm zuständige Person, hoffe ich, dass ich im Stande bin, noch bessere Zusammenarbeit zu sichern und ich konzentriere mich auf die Erfolge.

Danuta Hübner:

Ich möchte mich für eine kurze Weile dazu äußern, was Herr Bartnik gesagt hat, denn ich habe nicht erwähnt, dass in der nächsten Generation der Kohärenzpolitik nach dem Jahr 2013 Fragen des lokalen Niveaus häufiger berührt werden. Bestimmt wird auch die Politik der Städteentwicklung verstärkt. Die Frage der grenzüberschreitenden Metropolen ist sehr wichtig im Kontext des EVTZ. Man muss hier die Rolle der Städte verstärken.

Ich freue mich, dass ich an dieser Debatte teilnehmen konnte, dass sich unter uns auch Vertreter aus Deutschland befinden. Aus allen deutsch-polnischen Diskussionen folgt deutlich die Notwendigkeit einer viel näherer Zusammenarbeit im Kontext dessen, was in Europa geschieht. Unsere Aufgabe auf dem lokalen und regionalen Niveau ist, pragmatisch zu sein, im Kontext konkreter Tätigkeiten zu denken, ich sporne sehr dazu an...

***Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Polen zum 20. Jahrestag der
Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und
freundschaftliche Zusammenarbeit:
Nachbarn und Partner***

20 Jahre gute Nachbarschaft

In den 20 Jahren seit der Überwindung der Teilung Europas haben Deutschland und Polen so gute Beziehungen entwickelt wie nie zuvor. Zum ersten Mal in der Geschichte leben unsere Länder und Völker vereint in Frieden und Freiheit als gleichberechtigte Mitglieder der Europäischen Union und des Nordatlantischen Bündnisses. Uns verbinden tausend Jahre alte Bande der Kultur und der Zivilisation. Die schwierigen und leidvollen Kapitel in unserer gemeinsamen Geschichte bleiben für uns eine Mahnung für die Zukunft. Heute stützen sich die deutsch-polnischen Beziehungen auf die Grundsätze der Freundschaft sowie auf gemeinsame Werte und Interessen. Sie sind geprägt vom Gefühl der Mitverantwortung für die Zukunft des vereinten Europas.

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, dessen 20. Jahrestag wir heute feierlich begehen, hat eine stabile Grundlage für unsere zukunftsorientierte Zusammenarbeit geschaffen. Zusammen mit dem Vertrag über die Bestätigung der gemeinsamen Grenze bildet er das Fundament der guten Nachbarschaft und Partnerschaft, ohne die das vereinte Europa von heute nicht denkbar wäre. Auf der Grundlage dieser beiden Verträge haben wir besonders dynamische und enge politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Beziehungen entwickelt. Die Länder und Woiwodschaften, Kreise und Städte leisten durch ihr vielfältiges Engagement hierzu einen wichtigen Beitrag.

Wir freuen uns über das in den letzten 20 Jahren Erreichte. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, die Zusammenarbeit in allen Bereichen zu vertiefen, insbesondere in jenen, in denen die Möglichkeiten noch nicht vollständig genutzt sind. Zu diesem Zweck haben wir ein Programm der Zusammenarbeit für die kommenden Jahre vereinbart. Konkrete und wichtige Projekte der Zusammenarbeit haben wir in die Anlage zu dieser Erklärung aufgenommen.

Grundlagen der deutsch-polnischen Verständigung

Wir wollen das gegenseitige Vertrauen durch einen offenen Dialog auch über Fragen der Vergangenheit vertiefen. Wir sind entschlossen, den Versöhnungsprozess zwischen Deutschen und Polen fortzusetzen. Diesem Ziel dient insbesondere die Entwicklung des Jugendaustauschs sowie des akademischen und des wissenschaftlichen Austauschs. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder, die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung, die Stiftung für Deutsch-Polnische Aussöhnung und die Begegnungs- und Gedenkstätten sind wichtige Pfeiler der Verständigung, gerade für die jüngere Generation.

Die gegenseitige Kenntnis der Kultur und der Sprache des Nachbarlands ist eine wertvolle und wichtige Voraussetzung für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Daher beabsichtigen wir, diesen Bereich der Zusammenarbeit noch weiter auszubauen.

Wir sind der Auffassung, dass die polnischstämmigen deutschen Bürger und alle Personen, die sich in Deutschland zur polnischen Sprache, Kultur und Tradition bekennen, sowie die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen eine wichtige Rolle beim Aufbau der Verständigung zwischen den Gesellschaften spielen. Wir bekräftigen die Verpflichtung, diese Gruppen bei der Pflege ihrer kulturellen Identität und ihrer Muttersprache zu unterstützen, die sich sowohl aus dem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit als auch aus den europäischen Standards ergeben. Beide Seiten werden konkrete strukturelle und finanzielle Maßnahmen zur Umsetzung der im Vertrag vereinbarten gleichen Rechte für die deutsche Minderheit in Polen und die polnischstämmigen deutschen Bürger ergreifen. In Zusammenarbeit mit allen Beteiligten werden wir die Vereinbarungen umsetzen, die im Rahmen der deutsch-polnischen Gespräche am Runden Tisch erarbeitet worden sind. Wir werden diesen Dialog fortsetzen.

Wir beabsichtigen auch, Gespräche über die mit Kulturgütern und Archivalien in Zusammenhang stehenden Fragen zu führen.

Mit dem Gedanken, die Kontakte zwischen unseren Bürgern auszuweiten und zu erleichtern, möchten wir die grenzüberschreitende und die regionale Zusammenarbeit intensivieren. Zu diesem Zweck werden wir u.a. eine Verbesserung der Infrastruktur bei Bahn-, Straßen- und Wasserstraßenverbindungen für Personen und Güter anstreben.

Partnerschaft für Europa

Deutschland und Polen wollen durch enge Abstimmung und gemeinsame Initiativen in der Europäischen Union ihren Beitrag zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Europas leisten. Diesem Ziel dient auch das Zusammenwirken im Weimarer Dreieck. Europa muss seine Wettbewerbsfähigkeit stärken, um seine Position in der Welt zu behaupten. Voraussetzung hierfür sind ein funktionierender Binnenmarkt, die Wiederherstellung solider öffentlicher Finanzen und ein nachhaltiges und sozial ausgewogenes Wachstum. Wichtig ist zugleich die Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union und die Gewährleistung einer dauerhaften Stabilität der Eurozone als Ganzes. Daher engagieren sich Deutschland und Polen für die volle Umsetzung des "Euro Plus Paktes".

Deutschland und Polen unterstützen den Erweiterungsprozess der Europäischen Union. Dabei messen sie der Erfüllung aller Beitrittskriterien und der Integrationsfähigkeit der EU große Bedeutung bei.

Durch ein gemeinsames Vorgehen und Initiativen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wollen Deutschland und Polen einen Beitrag zur Stärkung der Rolle Europas in der Welt sowie zur Stärkung des Verhältnisses zu den strategischen Partnern der Europäischen Union leisten. Die enge deutsch-polnische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft dient der Demokratisierung und Entwicklung der Länder in der Nachbarschaft der Europäischen Union im

Osten wie im Süden. Unser gemeinsamer Dialog mit Russland und die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks tragen zu einer weiteren Intensivierung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation bei.

Die Entwicklung in der Welt sowie die Ereignisse der letzten Monate haben die Bedeutung einer schnellen und effizienten Krisenreaktion der EU unterstrichen. Deshalb streben wir gemeinsam und im Rahmen des Weimarer Dreiecks eine Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU an. Beide Seiten sind der Auffassung, dass für eine effizientere Krisenreaktionsfähigkeit der EU zivil-militärische Planungs- und Führungsfähigkeiten geschaffen und die gemeinsamen militärischen Fähigkeiten verstärkt werden müssen.

Deutschland und Polen setzen sich weiterhin für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik ein, die auf die Stärkung der Energiesicherheit, die Diversifizierung der Energiequellen und der Transportwege sowie die Steigerung der Energieeffizienz ausgerichtet ist. Beide Seiten treten für die Erarbeitung eines neuen, völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzabkommens ein. Es sollte auch für die größten Volkswirtschaften der Welt bindend sein und vom Grundsatz einer gemeinsamen und differenzierten Verantwortung für die Reduktion des Kohlendioxidausstoßes ausgehen.

Deutschland und Polen in der Welt

Als Mitglieder der Vereinten Nationen, von NATO, EU und OSZE tragen Deutschland und Polen zur Wahrung von Frieden und Sicherheit bei und werden weiterhin für die Einhaltung der Grundsätze einer friedlichen Weltordnung eintreten. Im Rahmen des zivilen und militärischen Krisenmanagements der NATO und der EU arbeiten beide Seiten eng zusammen, so z.B. beim Einsatz in Afghanistan. Beide Seiten begrüßen das beim NATO-Gipfel in Lissabon im Jahr 2010 verabschiedete neue Strategische Konzept, das den Verteidigungscharakter der Organisation bestätigt und sie an das moderne Sicherheitsumfeld zur Abwehr herkömmlicher und neuartiger Bedrohungen angepasst hat. Deutschland und Polen werden gemeinsame Initiativen im Bereich der Abrüstung und der Kontrolle konventioneller Streitkräfte und taktischer Kernwaffenarsenale in Europa ergreifen. Wir wollen die enge Zusammenarbeit unserer Streitkräfte weiter intensivieren. Ein gutes Beispiel stellt in diesem Bereich das gemeinsame Engagement Deutschlands und Polens im Rahmen des Multinationalen Korps Nord-Ost in Stettin dar.

Stärkung der institutionellen Zusammenarbeit

Die polnische und die deutsche Flagge wehen neben der Fahne der Europäischen Union. Deutschland und Polen führen einen intensiven, partnerschaftlichen politischen Dialog zu allen bilateralen, europapolitischen und internationalen Fragen. Wir befürworten, dass dieser Dialog auf allen Ebenen, einschließlich der Präsidenten, der Parlamente und der Regierungen, weiter intensiviert wird. Diesem Ziel dienen auch die regelmäßigen Regierungskonsultationen. Diese können auch in Form gemeinsamer Kabinettsitzungen mit thematischem Schwerpunkt durchgeführt werden. Regelmäßige Konsultationen vor den Tagungen des Europäischen Rates sowie auf der Ebene der Außen- und Fachminister dienen der Abstimmung unserer Positionen und der Formulierung gemeinsamer Initiativen.

Zu diesem Zweck sollte auch die Zusammenarbeit der Ministerien durch einen umfassenderen Personalaustausch vertieft werden. Wir freuen uns, dass von der engen und regelmäßigen Zusammenarbeit der beiden Parlamente wichtige Impulse für unsere bilaterale Zusammenarbeit ausgehen. Dies trifft auch für die Partnerschaften der Städte und Regionen sowie die zwischengesellschaftlichen Kontakte zu.

Wir bekräftigen die besondere Bedeutung der deutsch-polnischen Partnerschaft. Wir wollen uns gemeinsam für das Wohl der Bürger Deutschlands und Polens sowie ganz Europas einsetzen.

Warschau, den 21. Juni 2011

Programm der Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vereinbart

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit leitete ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen ein. Anlässlich des 20. Jahrestags seiner Unterzeichnung geben beide Länder ihrem Willen Ausdruck, die Zusammenarbeit in folgenden Bereichen zu vertiefen:

1. Politischer Dialog

Deutschland und Polen führen einen intensiven, partnerschaftlichen politischen Dialog zu Allen bilateralen, europapolitischen und internationalen Themen. Der Wandel, der sich in den letzten zwanzig Jahren in Polen, Deutschland und Europa vollzogen hat, wäre ohne den Durchbruch in unseren gegenseitigen Beziehungen kaum vorstellbar. Unsere reife Nachbarschaft wollen wir zur Formulierung gemeinsamer Initiativen nutzen.

- 1.1 Die Regierungen von Deutschland und Polen beabsichtigen, ihre jährlichen Regierungskonsultationen fortzusetzen, den Dialog der Außenminister durch mindestens zwei Treffen pro Jahr zu stärken und eine enge Abstimmung zwischen den Fachministern und den Europa-Staatssekretären vorzunehmen.
- 1.2 Wir dehnen den Beamtenaustausch auf die Kanzlei des Ministerpräsidenten und das Bundeskanzleramt sowie auf weitere Fachressorts aus, was zu einer noch engeren Vernetzung auf fachlicher Ebene beitragen wird.
- 1.3 Wir wollen die Zusammenarbeit unserer Botschaften in Drittländern ausweiten und Möglichkeiten der Einrichtung gemeinsamer Vertretungen in ausgewählten Ländern prüfen.
- 1.4 Wir möchten die Rolle der Koordinatorin für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit und des Beauftragten für die deutsch-polnischen Beziehungen, die einen großen Beitrag zur Versöhnung, zur Intensivierung der gegenseitigen Zusammenarbeit und zur Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft leisten, fördern. Sie werden die Umsetzung der in diesem Dokument festgelegten Ziele überwachen. In regelmäßigen Begegnungen und in Abstimmung mit den Fachministerien stimmen sie weitere Projekte ab, die für beide Seiten wichtig sind.

2. Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Deutschland und Polen teilen eine lange gemeinsame Grenze. Den Alltag zwischen unseren beiden Ländern haben die Regionen mit ihrem unermüdlichen Einsatz hier konkret erlebbar gestaltet. Die deutsch-polnische Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit ist das zentrale Gremium der Verbesserung der Zusammenarbeit der Regionen. Insbesondere in den Grenzregionen sind bedarfsgerechte Verkehrs- und Infrastrukturprojekte für ihre Bewohner und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

von Bedeutung. Nachhaltige Impulse, insbesondere in den Bereichen Hochschule, Forschung und Industriezusammenarbeit wird die Oderpartnerschaft weiterhin geben. Die Infrastrukturkarte für die Entwicklung des überregionalen Verkehrs begrüßen wir als gutes Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Wir danken ausdrücklich den Ländern und Woiwodschaften für ihr herausragendes Engagement und die zahlreichen Projekte in so vielfältigen Bereichen, deren einzelne Aufzählung den Rahmen dieses Programms übersteigen würde. Beispielhaft seien hier Ausstellungen, Schul-, Jugend-, und Pädagogikprojekte genannt, die für einen besseren Verständnis der Denkweisen und Traditionen des Nachbarlandes dienen.

- 2.1 Unser Ziel ist es, die Fahrzeit auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Breslau ab Ende 2011 deutlich zu reduzieren. Auch den Schienenweg von Berlin nach Stettin wollen wir modernisieren und möglichst eine Fahrzeit von unter 90 Minuten für Personenzüge auf der Strecke Berlin-Stettin erreichen.
- 2.2 Auf Grundlage des Abkommens vom April 2003 und des Vertrags vom Februar 2008 sind wir entschlossen, den zweigleisigen Ausbau des Bahnabschnitts deutsch-polnische Grenze-Horka-Hoyerswerda einschließlich der Elektrifizierung sowie den Neubau der Eisenbahngrenzbrücke bei Horka zum Abschluss zu bringen sowie die noch fehlenden Abschnitte der Eisenbahnverbindung Breslau-Dresden zu elektrifizieren.
- 2.3 Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen den für den grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr zuständigen Behörden und den Eisenbahnbehörden durch die baldige Unterzeichnung des im Oktober 2010 paraphierten deutsch-polnischen Abkommens über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs an der deutsch-polnischen Grenze stärken. Wir wollen mit diesem Abkommen auch für die Eisenbahnverkehrsunternehmen im grenznahen Bereich die Festlegung von Grenzbetriebsstrecken und Strecken des vereinfachten Eisenbahndurchgangsverkehrs erleichtern.
- 2.4 Wir befürworten die weitere Entwicklung des grenzüberschreitenden regionalen Personenverkehrs im deutsch-polnischen grenznahen Raum.
- 2.5 Wir möchten den Prozess des Baus neuer Straßenverkehrsverbindungen in der grenznahen Region fortsetzen. Grundlage hierfür sind die Abkommen zwischen Deutschland und Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken aus den Jahren 1995 und 2000.
- 2.6 Wie werden den im Operationellen Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG IVA) genehmigten Bau der Grenzbrücke zwischen Coschen und Zytowan (Seitwan) fortsetzen.
- 2.7 Auf dem Gebiet des Seeverkehrs wollen wir die Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten im Interesse einer verbesserten Sicherheit im Ostseegebiet und des Umweltschutzes verstärken. Durch den baldigen Abschluss eines deutsch-polnischen Abkommens wollen wir gemeinsam Meeresverschmutzungen durch Öl und andere Schadstoffe in diesem Raum bekämpfen.
- 2.8 Wir werden die Zusammenarbeit im Rahmen des Projekts BaltSeaPlan durch die Förderung einer integrierten Raumplanung auf See und die Schaffung nationaler Strategien für die Seegebiete der Ostseeanrainerstaaten fortsetzen.
- 2.9 Im Bereich der Raumordnung wollen wir die in den Jahren 1992/93 ausgearbeiteten Empfehlungen zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktualisieren, und mit dem Vorhaben „Wettbewerb für modellhafte Kooperationsprojekte im deutsch-polnischen Grenzraum“ möchten wir Anstöße für

kreative zukunftsgerichtete Ideen geben. Wir werden die Erarbeitung der gemeinsamen Vision einer Strategie für die Entwicklung der grenznahen Räume Deutschlands und Polens unterstützen.

- 2.10 Wir wollen auch die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit der Binnenschifffahrt auf den Grenzgewässern von Oder und Lausitzer Neiße fortsetzen.
- 2.11 Auch im Bereich Gesundheitsfürsorge befürworten wir eine Enge Zusammenarbeit, insbesondere im grenznahen Raum. Die Unterzeichnung des Rahmenabkommens zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Rettungsdienste noch im Jahr 2011 wird dieses Ziel begünstigen. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit tragen die „Deutsch-Polnischen Sommerakademien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich des medizinischen Rettungswesens“ sowie die gemeinsamen Initiativen zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen der Zentren des Rettungsmeldewesens (CPR) bei.
- 2.12 Der rasche und unbürokratische Einsatz beider Seiten beim Katastrophenschutz und der Hochwasserbekämpfung, u. a. an der Oder und der Warthe im Jahr 2010, hat gezeigt, dass enge und effektive Zusammenarbeit Voraussetzung für einen wirksamen Schutz ist. Zu diesem Zweck werden Maßnahmen zur Erarbeitung eines Gemeinsame Alarmplans für die Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit und der Rettungsmaßnahmen im Fall von Hochwasser ergriffen werden. Wir wollen unsere Zusammenarbeit durch gemeinsame Trainings- und Schulungsmaßnahmen verstärken. Wir wollen auch die über die Jahre bewährte gute Zusammenarbeit in der Grenzgewässerkommission für Oder und Neiße fortsetzen. Wir streben eine Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet an (Hochwasserschutz, Durchfluss- und Schifffahrtsbedingungen).

3. Verkehr und Infrastruktur

Deutschland und Polen werden Maßnahmen zur Verwirklichung von kohärenten und effektiven Verkehrsverbindungen in den bilateralen Beziehungen sowie in der europäischen Dimension unterstützen. In Erkenntnis des zunehmenden Mobilitätsbedürfnisses der Bevölkerung der EU-Länder und unter Berücksichtigung der Wachstumstendenzen im Verkehrssektor werden wir die Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsverbindungen, insbesondere hinsichtlich der im TEN-T-Netz definierten, intensivieren. Wir werden den Ausbau der Bahnverbindungen fortsetzen und dabei die Entwicklungstendenzen im Verkehrssektor berücksichtigen.

- 3.1 Wir wollen die Zusammenarbeit für die Entwicklung von möglichen Hochgeschwindigkeitseisenbahnverbindungen zwischen Deutschland und Polen fortführen.
- 3.2 Wir werden die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit durch den Austausch von gegenseitigen Erfahrungen und den erfolgversprechendsten Methoden („best practice“) entwickeln.
- 3.3 Wir werden gemeinsame Projekte zur Verbesserung der Sicherheit und des Verkehrsflusses im Straßenverkehr auf den grenzüberschreitenden Verkehrswegen, zur gemeinsamen Sicherheitsinfrastruktur und zum Erfahrungsaustausch von Polizeibeamten im Bereich gemeinsamer grenzüberschreitender Maßnahmen durchführen.

- 3.4 Im Bereich der Infrastrukturfinanzierung werden wir den Erfahrungs- und Meinungsaustausch fortsetzen, um dabei verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für Infrastrukturprojekte, z.Bsp. durch Öffentlich-Private Partnerschaften zu klären.
- 3.5 Wir möchten die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den an der Entwicklung und dem Einsatz neuer Technologien im Verkehrswesen Interessierten fördern, insbesondere im Bereich der Intelligenten Verkehrssysteme (Intelligence Transport Systems).

4. Öffentliche Sicherheit

Wir messen der Zusammenarbeit im Bereich öffentliche Sicherheit und öffentliche Ordnung große Bedeutung bei. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass die gemeinsam zu ergreifenden Maßnahmen für den Kampf gegen die Kriminalität, den Terrorismus sowie andere Formen von Bedrohungen mit internationalem Charakter zur Stärkung des Gefühls der Sicherheit unter den Bürgern unserer Staaten, wie auch in der ganzen Europäischen Union, beitragen werden.

- 4.1 Wir wollen die Zusammenarbeit im Rahmen des Deutsch-Polnischen Zentrums für die Zusammenarbeit der Grenz-, Polizei- und Zollbehörden in Swiecko zur Bekämpfung und Verhütung der Kriminalität sowie zum Schutz vor Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung im Schengen-Raum weiterentwickeln. Wir streben eine Fortentwicklung des jetzigen Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und der Grenzschutz- und Zollbehörden in den Grenzgebieten an, um eine Verbesserung und Intensivierung der Zusammenarbeit der für den Schutz von öffentlicher Ordnung und Sicherheit zuständigen Dienste zu erreichen. Grundlegender Ansatz des neuen Abkommens ist die Einbeziehung des gesamten Hoheitsgebiets Deutschlands und Polens sowie die Aufnahme von Regelungen, die die neue internationale Realität nach dem Beitritt Polens zur EU und zum Schengen-Raum berücksichtigen.. Durch das neue Abkommen werden der Handlungsrahmen und die Instrumente für eine noch effektivere polizeiliche Zusammenarbeit geschaffen. Auf dieser Grundlage werden wir an der Einrichtung gemeinsamer deutsch-polnischer Grenzdienststellen arbeiten, die Aufgaben im Bereich der Vorbeugung und Bekämpfung der illegalen Migration und der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität wahrnehmen.
- 4.2 Wir werden die Zusammenarbeit der Polizeikräfte im Zusammenhang mit den im Jahr 2012 in Polen und in der Ukraine stattfindenden Fußball-Europameisterschaften und den Erfahrungsaustausch bei der Organisation von sportlichen Großveranstaltungen fördern.
- 4.3 Wir werden auf dem Gelände des Polizei-Ausbildungszentrums in Legionowo die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität, u. a. auch im Rahmen des Internationalen Ausbildungszentrums zur Bekämpfung von illegalen Rauschgiftlaboren, weiterentwickeln.
- 4.4 Wir werden im Rahmen des Ausbildungsprojekts Euroeast Police zusammenarbeiten, dessen wichtiges Ziel die Gewährleistung der Unterstützung im Bereich der Ausbildung an den für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung der von der Östlichen Partnerschaft erfassten Staaten verantwortlichen Dienststellen ist.

5. Zivilgesellschaft und Soziales

Tragende Säule der deutsch-polnischen Beziehungen sind die persönlichen und freundschaftlichen Kontakte zwischen den Menschen. Ohne das Netz intensiver Verbindungen zwischen den beiden Gesellschaften hätten sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht so partnerschaftlich entwickeln können. Die polnischstämmigen deutschen Bürger und alle Personen, die sich in Deutschland zur polnischen Sprache, Kultur und Tradition bekennen und die polnischen Staatsangehörigen, die der deutschen Minderheit angehören, spielen eine wichtige Rolle beim Aufbau unserer Gesellschaften.

5.1 Den 2011 erstmals initiierten Deutsch-Polnischen Tag wollen wir als dauerhafte Einrichtung auf Bundes- und Länder- bzw. Woiwodschaftsebene verstetigen. Beide Regierungen ermuntern die Länder und Woiwodschaften, dass sie auf regionaler und kommunaler Ebene diesen Tag aktiv mit Leben füllen.

5.2 Beide Seiten beabsichtigen, das Deutsch-Polnische Forum als wertvolle Dialogplattform zu modernisieren.

5.3 Das Engagement der Stiftung Kreisau ist wichtig für die deutsch-polnischen Beziehungen, wobei sich beide Seiten insbesondere für den Erhalt und die Entwicklung der Stiftung Kreisau und der von ihr getragenen internationalen Jugendbegegnungsstätte Kreisau einsetzen.

5.4 Beide Seiten möchten die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen jungen Menschen aus Deutschland und Polen fördern und unterstreichen die Rolle des Deutsch-Polnischen Jugendwerks – DPJW –, das deutsch-polnische Begegnungen bezuschusst und eine ganze Reihe eigener Programme und Initiativen umsetzt, die der Verbesserung der Qualität der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und des Jugendaustauschs dienen.

5.5 Wir werden die Vereinbarungen des deutsch-polnischen Runden Tisches umsetzen, insbesondere in Bezug auf:

Einrichtung und finanzielle Unterstützung einer Geschäftsstelle der Polonia in Berlin durch die deutsche Seite, die die Interessen aller polnischen Organisationen in Deutschland wahrnehmen wird; im Rahmen der Geschäftsstelle Schaffung eines Internet-Portals für alle polnischen Organisationen in Deutschland; Einrichtung und Erhalt einer Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland. Dafür wird aus Bundesmitteln eine Machbarkeitsstudie finanziert, mit der festgestellt wird, in welcher Form und mit welchen institutionellen und finanziellen Kooperationen diese Dokumentationsstelle im Haus des Bundes der Polen in Deutschland in Bochum eingerichtet werden kann. Möglichst rasche Erarbeitung durch die zuständigen deutschen Vertreter im gemeinsamen Bildungsausschuss einer Strategie für den Polnischunterricht als Muttersprache unter Beteiligung des Runden Tisches und der polnischen Organisationen in Deutschland; unter Berücksichtigung der im Antrag des Deutschen Bundestages ausgesprochenen Rehabilitierung der Mitglieder der ehemaligen polnischen Minderheit, die von den Nazis verfolgt und ermordet worden sind, wird die deutsche Seite der Opfer gedenken, die polnischen Vertreter in Beratungsgremien von Gedenkstätten nationalsozialistischer Gewaltherrschaft stärker einbinden, sowie eine Auflistung dieser Einrichtungen in Deutschland erstellen.

Die deutsche Seite wird dahingehend wirken, dass beauftragte Vertreter auf Bundes- und Länderebene für die Zusammenarbeit mit den polnischstämmigen Bürgern polnischer Herkunft und den Polen in Deutschland und deren Organisationen ernannt werden.

Die polnische Seite wird Maßnahmen ergreifen, um die undemokratischen Praktiken der Volksrepublik Polen aus der kommunistischen Zeit gegenüber polnischen Bürgern und Staatenlosen deutscher Herkunft wissenschaftlich aufzuarbeiten und diese Ergebnisse zu veröffentlichen. Eine Machbarkeitsstudie soll die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten der Einrichtung einer Stelle zur Koordinierung von Forschungen zur Kultur und Geschichte der deutschen Minderheit prüfen. Es werden Beauftragte für nationale und ethnische Minderheiten in jenen Woiwodschaften ernannt, in denen dies noch nicht geschehen ist. Sie werden auch mit Fragen der deutschen Minderheit in Polen beauftragt sein. Die zuständigen staatlichen Stellen werden die bereits vorhandene Bildungsstrategie für die deutsche Minderheit in Polen überprüfen. Eine Unterstützung für die museale Präsentation und Archivaliensicherung von die deutsche Minderheit betreffenden Dokumenten wird gewährleistet. Der Förderung der Organisationen der deutschen Minderheit wird größerer Nachdruck verliehen, insbesondere der Förderung des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz.

- 5.6 Die Mobilität zwischen unseren Ländern entwickelt sich mit dem Wegfall der letzten Zugangsbeschränkung zum deutschen Arbeitsmarkt nach dem 1. Mai 2011 ungehindert. Die so entstehenden vielfältigen Erscheinungsformen der Mobilität fordern von uns eine erhöhte Informationsbereitstellung und Betreuung von Arbeitnehmern. Das gemeinsame, von den Gewerkschaften beider Länder getragene Projekt „Faire Mobilität“ soll interessierten Arbeitnehmern für die nächsten drei Jahre Beratung gewährleisten.
- 5.7 Wir befürworten eine Intensivierung der Zusammenarbeit unserer Länder im Bereich der Freiwilligenmobilität und zählen hierbei auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesfreiwilligendienst und der Stellen, die diese Tätigkeit in Polen koordinieren. Wir sprechen uns für den Erfahrungsaustausch der in diesem Bereich zuständigen Nichtregierungsorganisationen aus.
- 5.8 Für grenzüberschreitende Fälle des Sorge- und Umgangsrechts wollen wir im Wege der Mediation zu Lösungen in diesen Bereichen beitragen. Es soll eine Vereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe geschlossen werden, die unter Hinzuziehung von Experten Grundsätze der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Mediation in Familienangelegenheiten fördern soll.
- 5.9 Deutschland und Polen unternehmen Schritte zur Einführung neuer Personalausweise gemäß den europäischen Standards für die elektronische Identität und Signatur, damit die Bürger beider Länder staatliche Verwaltungsdienste und gewerbliche Angebote über das Internet auch im Nachbarland sicher nutzen können. Im Rahmen eines ersten Pilotprojekts für den grenzüberschreitenden Online-Identitätsnachweis sollen Berechtigte auf ihr Konto beim staatlichen Rentenservice im Nachbarland zugreifen können.
- 5.10 Wir möchten auch intensiv im Bereich der psychiatrischen Betreuung zusammenarbeiten, u. a. durch die Veranstaltung von trilateralen (deutsch-polnisch-ukrainischen) universitären Summer Schools (2011 in Deutschland, 2012 in Polen und 2013 in der Ukraine) sowie durch die Durchführung von Modellprojekten in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft für Seelische Gesundheit (PNTZP).

- 5.11 In unseren Gesellschaften leben immer mehr ältere Menschen. Wir wollen daher unsere Erfahrungen austauschen und in den Bereichen der Pflegeleistungen, der Organisation von Pflegeeinrichtungen und der Arbeitsweise von Hospizen enger zusammenarbeiten.
- 5.12 Die Stiftung für deutsch-polnische Aussöhnung als eine die Aussöhnung und die historische Bildung fördernde Einrichtung verwirklicht zukunftsgerichtete Projekte unter Beteiligung junger Deutscher und Polen sowie Erziehungsprojekte unter Beteiligung von Zeitzeugen. Wesentlich bleiben auch die Zusammenarbeit und Hilfe Deutschlands und Polens im Rahmen der bestehenden Regelungen zugunsten der noch lebenden Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, darunter Leistungen im Gesundheitsbereich, Maßnahmen gegen den gesellschaftlichen Ausschluss dieser Opfer sowie die Zusammenarbeit und Entwicklung internationaler institutioneller Kontakte.

6. Kultur

Deutschland und Polen verbindet ein reiches kulturelles Erbe und das in Jahrhunderten der Zivilisation gemeinsam Erreichte. Wir messen der Vertiefung der kulturellen Beziehungen und der Entwicklung des gesellschaftlichen Dialogs besonderes Gewicht bei. Mit diesem Ziel streben Deutschland und Polen die Verwirklichung gemeinsamer Kulturprojekte auf Allen Ebenen an.

- 6.1 Die Vorbereitung und Durchführung der gemeinsamen Ausstellung „Tür an Tür. Deutschland-Polen 1000 Jahre. Kunst und Geschichte“ im Berliner Martin-Gropius-Bau von September 2011 bis Januar 2012 wird es ermöglichen, die jahrhundertalten, engen kulturellen Verflechtungen der beiden Länder sichtbar zu machen. Die Ausstellung wird einen wichtigen Schritt im Prozess der Versöhnung zwischen unseren Völkern darstellen.
- 6.2 Die kulturelle und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks soll den politischen Dialog ergänzen. Deshalb wollen wir ein europäisches Modell der kulturellen Bildung erarbeiten und die aktive Teilnahme der jüngeren Generationen an den schöpferischen Prozessen zur Verbesserung der kulturellkünstlerischen Kompetenzen sichern. Wir wollen dies u. a. durch die intensive Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte im Rahmen der Stiftung Genshagen erreichen.
- 6.3 Wir wollen bei der Digitalisierung des kulturellen Erbes zusammenarbeiten und bilateral sowie über die europäischen Programme gemeinsam Methoden und Standards der Zugänglichmachung erarbeiten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Digitalisierungsprozess bei den Beständen von Bibliotheken, Archiven, Museen, im Bereich Film sowie im audiovisuellen Bereich. Die polnische Nationalbibliothek und die Staatsbibliothek Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz werden in diesem Zusammenhang eine Kooperationsvereinbarung über die Digitalisierung ihrer Bibliotheksbestände abschließen.
- 6.4 Unser kulturelles Erbe wollen wir schützen und erhalten. Deswegen werden wir im Bereich des Erfahrungs- und Technologieaustauschs, bei der Förderung des Restaurierungswesens und der Denkmaldokumentation zusammenarbeiten. Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit im Bereich des Denkmalschutzes sind unsere gemeinsamen Maßnahmen bei der Erhaltung des Parkes Bad Muskau als eines in der UNESCO-Liste des Welterbes aufgeführten deutsch-polnischen Objekts.

- 6.5 Wir betonen die Bedeutung des Films für unsere kulturelle Zusammenarbeit und die Rolle, die der Film im 21. Jahrhundert bei der Entwicklung gemeinsamen Verständnisses spielt. Bei der Filmförderung, der Filmbildung, der institutionellen Kooperation und bei Austauschprogrammen wollen wir zusammenarbeiten. Daher streben wir den Abschluss eines deutsch-polnischen Filmabkommens an, das unserer Zusammenarbeit u. a. bei Koproduktionen dienen wird.
- 6.6 Basierend auf der Erklärung der Kulturminister Deutschlands, Polens, Ungarns und der Slowakei vom 2. Februar 2005 ist das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität ins Leben gerufen worden. Ziel des Netzwerks ist die Erforschung und Dokumentation der Ursachen und Folgen der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts sowie die Verbreitung des Wissens zu diesem Thema mit besonderer Hinwendung zu den jüngeren Generationen. Deutschland und Polen wollen sich gemeinsam mit Ungarn und der Slowakei bei diesem Projekt engagieren und sich auch um die Gewinnung weiterer Partner für seine Umsetzung bemühen.

7. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Nachbarschaft lebt von gegenseitigem Verständnis und Verständigung. Das Nachbarland kennenzulernen, setzt Wissen und Lernbereitschaft voraus. Eine besondere Rolle spielt hierbei Bildung, darunter auch zweisprachiger Unterricht, Wissenschaft, Forschung und Innovation. Von grundlegender Bedeutung ist die von Schulen sowie Bildungsträgern und -einrichtungen verwirklichte unmittelbare Zusammenarbeit. Mobilität im Bereich der Bildung, Zusammenarbeit und Jugendaustausch tragen zu einer umfassenderen Öffnung unserer Länder bei und stellen eine zusätzliche Entwicklungschance für die junge Generation dar. Für unsere Zukunftsfähigkeit kommt den Ländern und Woiwodschaften eine Schlüsselfunktion zu.

- 7.1 Wir werden das Erlernen der Sprache des Partnerlands fördern und weiter intensiv dafür werben. Wir möchten, dass die Woiwodschaften und die Bundesländer immer mehr Bildungsprojekte verwirklichen, die der Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Hochschulwesen, Zusammenarbeit und Jugendaustausch sowie Weiterbildung von Lehrkräften dienen. Zur Förderung der polnischen Sprache als Fremd- und Herkunftssprache streben die Länder mit den hierfür geeigneten Voraussetzungen an, aufeinander aufbauende Bildungs- und Unterrichtsangebote in der Kindertageseinrichtung, der Primarstufe und den Sekundarstufen I und II zu unterbreiten. Lehrer, Muttersprachler und Fremdsprachenassistenten sowie ein erweiterter Erzieher- und Schüleraustausch sollen den Spracherwerb unterstützen.
- 7.2 Eine Deutsch-Polnische virtuelle Bibliothek soll Studenten aus beiden Ländern einen erleichterten Zugang zu Fachliteratur und Publikationen ermöglichen.
- 7.3 Wir streben an, Gruppen von Studenten, die im Rahmen eines Hochschullektorats Deutsch oder Polnisch lernen, die Möglichkeit eines Aufenthalts in Deutschland oder Polen zu gewähren, damit sie das Partnerland kennenlernen und seine Sprache erlernen können.
- 7.4 Wir werden Polnisch- und Deutschlektoren entsprechend an deutsche und polnische Hochschulen entsenden, um das Unterrichtsniveau im Bereich Kultur, Literatur und Sprache des Nachbarlands anzuheben.
- 7.5 Es sind gemeinsame Maßnahmen zur Steigerung der akademischen Mobilität zu ergreifen. Zu diesem Zweck werden wir die Erarbeitung und Implementierung von

Lösungen zur Intensivierung des Austauschs von deutschen und polnischen Studenten und Doktoranden im Rahmen des Erasmus-Programms der Europäischen Union anstreben und dabei besonderes Augenmerk auf eine optimale Nutzung der Möglichkeiten dieses akademischen Austauschs richten. Darüber hinaus erwägen wir die Möglichkeit, deutschen und polnischen Studenten zur Verwirklichung von gemeinsamen wissenschaftlichen Projekten Zuschüsse oder Stipendien zu gewähren.

- 7.6 Der Bildungsausschuss der deutsch-polnischen Regierungskommission für grenznahe und regionale Zusammenarbeit ermuntert im Rahmen des Weimarer Dreiecks zur Erarbeitung eines dreiseitigen, deutsch-polnisch-französischen Lehrerfortbildungsprojekts, das u.a. dem Erfahrungsaustausch im Weimarer Dreieck dient und zusätzliche Erfahrungen und Anregungen für einen projektbezogenen dreiseitigen Schüleraustausch vermitteln soll. Beide Seiten befürworten die Aufnahme der Zusammenarbeit auf den Gebieten Bildung und Jugendaustausch, die sich in vielfältiger Richtung an die Partner in den mittel- und osteuropäischen Ländern, insbesondere an diejenigen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, wendet.
- 7.7 Unser Ziel ist die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Einrichtungen, die wissenschaftliche Forschung betreiben und finanzieren, mit dem Ziel, gemeinsame Forschungsprojekte in Bereichen von gemeinsamem Interesse zu verwirklichen, die unter dem Gesichtspunkt der bilateralen oder der europäischen Zusammenarbeit von Bedeutung sind. Insbesondere streben wir die Entwicklung gemeinsamer Forschungsprogramme sowie von Instrumenten zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschung an, auch mit Unterstützung der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung.
- 7.8 Wir streben eine deutsch-polnische Initiative an, die der Stärkung des Europäischen Forschungsraums dient. Wir befürworten auch eine Intensivierung der Forschungszusammenarbeit zum Thema demografischer Wandel.
- 7.9 Die Europa-Universität Viadrina hat in der deutsch-polnischen Hochschulzusammenarbeit Pionierarbeit geleistet. Das von der Viadrina und Adam-Mickiewicz-Universität in Posen gemeinsam eingerichtete Collegium Polonicum in Slubice besitzt Modellcharakter für weitere grenzüberschreitende Initiativen. Mit Befriedigung nehmen wir zur Kenntnis, dass ein Zentrum für interdisziplinäre Polenstudien an der Viadrina bereits im Wintersemester 2011 seine Arbeit aufnehmen wird. Projekte und Vorhaben, die von Studierenden und Wissenschaftlern aus beiden Ländern realisiert werden, werden beide Länder im Rahmen der deutsch-polnischen Wissenschaftsstiftung auf Antrag ko-finanzieren.
- 7.10 Nach Durchführung eines Auswahlwettbewerbs wird an einer deutschen Universität auf Anregung der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, des Deutschen Akademischen Austauschdiensts und der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung ein Zentrum für Polen-Studien eingerichtet.
- 7.11 Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern im Bereich der beruflichen Bildung stärken. In diesem Zusammenhang nehmen wir mit Befriedigung die Einrichtung des Europäischen Berufsbildungszentrums in Piotrkow Trybunalski zur Kenntnis.
- 7.12 Der Vorbereitung eines deutsch-polnischen Geschichtsbuchs messen wir große Bedeutung bei. Die erste wichtige Etappe der Umsetzung des Projekts ist abgeschlossen. Nach Bearbeitung des Lehrbuchs und nach seiner Zulassung für den schulischen

Gebrauch in Deutschland und Polen werben wir für die umfassende Einführung des Lehrbuchs an deutschen und polnischen Schulen.

- 7.13 Die Arbeiten des Bildungsausschusses der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für grenznahe und regionale Zusammenarbeit tragen zur verbesserten Umsetzung der Verpflichtungen für den Spracherwerb, sei es als Fremdsprache oder als Muttersprache im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bildungs- und Hochschulwesen beider Länder bei und ermöglichen, ein Konzept für gemeinsame Abschlüsse im Bildungsbereich, unter Anwendung der deutsch-französischen Erfahrungen (AbiBac) und unter Einbeziehung daran interessierte Länder auszuarbeiten. Durch neue Vorschläge und Anregungen wollen wir die Bildungsmobilität erleichtern sowie die Zusammenarbeit und den Jugendaustausch intensivieren.

8. Wirtschaft und Energie

Der wirtschaftliche Austausch zwischen unseren Ländern ist der Antrieb und Motor für unsere Beziehungen. Von den stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren Unternehmer auf beiden Seiten. Diese weiter zu fördern und zu sichern ist uns ein gemeinsames Anliegen. Dabei messen die beiden Seiten der Stärkung der langfristigen Wachstumskräfte und einem funktionierenden EU-weiten Binnenmarkt eine besondere Bedeutung für die rasche und nachhaltige Entwicklung der beiden Länder bei. Wir möchten auch auf die neuen Herausforderungen reagieren, die mit der Notwendigkeit der Gewährleistung der Energiesicherheit und der Erarbeitung effizienterer Methoden des Energieverbrauchs verbunden sind.

- 8.1 Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung einer regelmäßigen und bedarfsgerechten Versorgung deutscher und polnischer Raffinerien über bestehende Transportwege mit Erdöl aus Russland und zur Gewährleistung der Wirtschaftlichkeit der Raffinerien Płock, Schwedt und Spergau.
- 8.2 Zusammenwirken zur Sicherung der Stabilität der Übertragungsnetze in der Region Mittelosteuropas unter Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Stromflüsse.
- 8.3 Die Unterstützung des Baus von Erdgasinterkonnektoren an der deutsch-polnischen Grenze, darunter der Ausbau der Transportkapazitäten der Erdgasverbindung in der Umgebung Lasow (Görlitz).
- 8.4 Schaffen der technischen Voraussetzungen zur Umkehrung der Gasströmung (reverse flow) in der Pipeline Jamal aus Russland im Falle einer Lieferungsstörung gemäß der Gasversorgungssicherheitsverordnung.
- 8.5 Wir wollen geeignete Rahmenbedingungen für den Ausbau der Übertragungsnetze in der Region Mittelosteuropa schaffen, um einen EU-weiten Energiebinnenmarkt voranzutreiben, die Energieversorgungssicherheit zu verbessern und die Sicherheit des Stromtransits von Nord- nach Südeuropa sowie von Westeuropa ins Baltikum zu erhöhen.
- 8.6 Wir wollen gemeinsame Projekte durchführen, um den Anteil erneuerbarer Energiequellen in der Energiebilanz zu erhöhen und im Bereich der Gewinnung von erneuerbaren Energien unsere Erfahrungen auszutauschen.
- 8.7 Die Energiegewinnung aus Rohstoffen agrarischer Herkunft sollte weiterentwickelt werden, unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Effizienz und der nachhaltigen Entwicklung. Mittels der im Jahr 2009 eingerichteten deutsch-polnischen

Arbeitsgruppe Bio-GEPOIT werden wir auch weiterhin gemeinsame Maßnahmen und Projekte verwirklichen und den Erfahrungs- und Wissensaustausch pflegen.

8.8 Wir werden unser Engagement bei wissenschaftlichen Forschungsarbeiten im europäischen Forschungsrahmenprogramm und im Rahmen der Europäischen Strategischen Energietechnologieplans (SET-Plan) unter anderem in folgenden Bereichen stärken:

- Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Technologie der Stromspeicherung, für eine neue Generation von Autobatterien und von Antriebssystemen von Elektrofahrzeugen,
- Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Energieeffizienz in der Industrie, den Kommunen sowie bei öffentlichen und privaten Gebäuden,
- Forschung und Entwicklung für saubere Kohletechnologien, zur Steigerung der Energieeffizienz bei der Verbrennung von Braun- und Steinkohle sowie zur Reduktion der CO₂-Emissionen, unter anderem bei Technologien für die CO₂-Speicherung.

8.9 Wir beabsichtigen, bilateral und im europäischen Rahmen im Bereich der Telekommunikation zusammenzuarbeiten, insbesondere im Bereich der Telekommunikationsregelungen.

9. Umweltschutz

Unsere Umwelt muss, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen, von uns nachdrücklich und wirksam geschützt werden. Dies ist unsere Pflicht gegenüber künftigen Generationen.

9.1 In Fortsetzung unserer bisherigen Kooperation im Bereich des Naturschutzes wollen wir die Zusammenarbeit zum Schutz und Management von Gebieten, die zum europäischen Schutzgebietsnetz „NATURA 2000“ gehören, u. a. im Unteren Odertal, vertiefen und fortentwickeln.

9.2 Wir wollen mit gemeinsamen Maßnahmen zum Schutz bedrohter Tierarten wie dem Seggenrohrsänger beitragen. Die grenzüberschreitende Wolfspopulation wollen wir nach abgestimmten Standards in einem Monitoring- und Managementprogramm erfassen, managen und erhalten.

9.3 Für den Hochwasserschutz an Oder und Lausitzer Neiße werden neue Elemente des Hochwasserrisikomanagements aufgrund der europäischen Vorgaben einbezogen werden, z.B. die Erstellung von Hochwasserrisiko- und Gefahrenkarten sowie von Hochwasserrisikomanagementplänen. Das Hochwasserrisikomanagement bleibt eine zentrale Aufgabe, die in deutsch-polnisch-tschechischer Partnerschaft in der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder koordiniert wird und deren langjährig bewährte und gute Zusammenarbeit wir fortsetzen wollen.

9.4 Die grenznahen Kohlekraftwerke wurden teilweise saniert oder stillgelegt. Hierdurch verringerte sich der Ausstoß von Luftschadstoffen beträchtlich. In deutsch-polnischer Kooperation wird das Fernwärmesystem in Zgorzelec modernisiert, um eine deutliche Reduzierung der Feinstaubbelastung in der Region der Städte Görlitz und Zgorzelec zu erreichen.

9.5 Wir wollen durch die Aktualisierung unseres 2007 in Kraft getretenen Regierungsabkommens zur Durchführung grenzüberschreitenden

Umweltverträglichkeitsprüfungen den gewonnenen Erfahrungen Rechnung tragen. Zugleich wollen wir die Durchführung von grenzüberschreitenden Strategischen Umweltprüfungen für bestimmte Pläne und Programme, zum Beispiel bei der Erarbeitung von Raumordnungsplänen, ermöglichen.

10. Zusammenarbeit auf europäischer Ebene

Deutschland und Polen bekennen sich als Mitglieder der Europäischen Union zu Gemeinsamen Werten. Wir sind überzeugt von der Bedeutung des Einigungsprozesses in Europa. Wir sind uns unserer Rolle in Europa bewusst und werden alles daransetzen, die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten und zu stärken. Die Europäische Union sollte ihre Rolle als Verfechterin von Freiheit, Sicherheit und Demokratie stärken und im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeiten. Deutschland und Polen wollen durch enge Abstimmung und gemeinsame Initiativen ihren Beitrag zur Entwicklung einer starken und effektiven Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik leisten.

- 10.1 Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich, wie wichtig die Stärkung der Stabilität im Euroraum und der Wettbewerbsfähigkeit ist. Wir wollen uns in Finanz- und Wirtschaftsfragen von europäischer Bedeutung abstimmen und europäische Initiativen zur Förderung von nachhaltigem wirtschaftlichen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Dazu gehört unter anderem, dass wir die im Rahmen des Euro Plus Paktes eingegangenen Verpflichtungen schnellstmöglich umsetzen.
- 10.2 Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Zusammenarbeit auf dem Weg Polens hin zur Übernahme der gemeinsamen europäischen Währung richten, was zu den Schwerpunkten der polnischen Wirtschaftspolitik gehört.
- 10.3 Wir werden zusammenarbeiten, unsere Meinungen und Erfahrungen austauschen und uns abstimmen in Fragen der wirtschaftspolitischen Koordinierung der EU, insbesondere mit dem Ziel der Sicherung langfristiger Stabilität der öffentlichen Finanzen. In dieser Hinsicht stellt für uns die Einführung des neuen Verfahrens zur Überwachung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte, die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die Einrichtung eines wirksamen Europäischen Stabilitätsmechanismus eine Angelegenheit von höchster Bedeutung dar. Wir sind der Auffassung, dass die in diesem Bereich ergriffenen Maßnahmen sowohl die Interessen der Mitgliedsstaaten, die der Eurozone angehören, als auch die Interessen derjenigen, die noch außerhalb stehen, angemessen berücksichtigen sollten.
- 10.4 Im Hinblick auf die bevorstehende polnische EU-Ratspräsidentschaft werden wir uns bei der Vorbereitung des EU-Haushalts 2012 sowie des mehrjährigen EU-Finanzrahmens nach 2013 zusammenarbeiten.
- 10.5 Wir werden die Umsetzung der richtungweisenden Maßnahmen, wie sie in der von der Bundeskanzlerin und dem Ministerpräsidenten Polens am 28. Januar 2011 unterzeichneten gemeinsamen Stellungnahme zur Zukunft der EU-Energiepolitik genannt werden, unterstützen.
- 10.6 Wir möchten auch die Zusammenarbeit vertiefen im Bereich der EU-Steuerpolitik (z. B. im Bereich der Gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage) sowie im Bereich der Finanzen der Gebietskörperschaften.

- 10.7 Wir befürworten eine starke Gemeinsame Agrarpolitik, die den gesellschaftlichen Erwartungen gegenüber der Landwirtschaft gerecht wird, u. a. hinsichtlich der Gewährleistung einer hohen Qualität und Sicherheit Lebensmittel, des Tierschutzes und des Schutzes der Ressourcen sowie der Entwicklung der ländlichen Räume. Deshalb wollen wir unsere Zusammenarbeit und unsere Konsultationen intensivieren, um die Prozesse in der EU mitzugestalten.
- 10.8 Im Ergebnis der Initiativen, die das Weimarer Dreieck im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergriffen hat, wollen wir die zivil-militärischen Krisenmanagementfähigkeiten der Europäischen Union weiterentwickeln, insbesondere den übergreifenden zivil-militärischen Ansatz bei der Planung und Führung von zivilen Missionen, militärischen Operationen und zivil-militärischen Missionen auf strategischer und operativer Ebene sowie bei den Gefechtsverbänden zur schnellen Krisenreaktion.
- 10.9 Wir wollen zusammen mit unseren französischen Partnern im Weimarer Dreieck den Dialog mit Russland und unseren östlichen Partnern führen. Dabei sollten die Modernisierungspartnerschaft mit Russland und die Erweiterung und Vertiefung der Östlichen Partnerschaft, u. a. auch um Aspekte der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen uns einsetzen für die Umsetzung der Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Östlichen Partnerschaft, die in dem gemeinsamen Brief des deutschen und des polnischen Außenministers an die EU-Außenbeauftragte und an den EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik genannt worden sind.
- 10.10 Die Außenministerien beider Länder werden ihre Zusammenarbeit mit ihren russischen Partnern im Rahmen trilateraler Konsultationen fortsetzen, deren grundsätzliches Ziel der Ausbau und die Stärkung des Vertrauens auf dem europäischen Kontinent ist.

11. Sicherheit, Verteidigung und humanitäre Hilfe

Deutschland und Polen sind über ihre europäische Partnerschaft hinaus weltweit engagiert. Um dauerhaft für Frieden, Sicherheit und Demokratie einzutreten und den Opfern humanitärer Krisen zu helfen, wollen sich beide Länder eng in den VN-Gremien abstimmen. Die Konfliktherde mehren sich weltweit und stellen die Erhaltung unserer Sicherheit vor immer neuen Herausforderungen. Transformationspotentiale fordern diplomatische, zivile und militärische Kapazitäten unserer Länder. Deutschland und Polen teilen Gemeinsame sicherheitspolitische Überzeugungen und wollen diese durch praktische Zusammenarbeit auch mit dritten Partnern weiter fördern.

- 11.1 Bei der Umsetzung gemeinsamer Initiativen wollen wir eng zusammenarbeiten für die Abrüstung und die Kontrolle substrategischer/taktischer Kernwaffenarsenale in Europa. Wir werden uns dabei insbesondere im Rahmen des trilateralen Dialogs mit Russland sowie im NATO-Russland-Rat für Maßnahmen zur Bildung von Transparenz und Vertrauen einsetzen. Deutschland und Polen unterstützen zudem die Bemühungen um eine Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa.
- 11.2 Zu den wichtigsten Tätigkeiten des 1999 in Stettin gegründeten Multinationale Korps Nordost zählen die Erlangung der vollständigen operativen Fähigkeit im Jahr 2006 sowie die zweimalige Beteiligung an Afghanistan-Einsätzen in den Jahren 2007 und

2010. Die gegenwärtig noch andauernde Prüfung der Führungsstruktur des Korps sollte einen Zuwachs an Fähigkeiten in Übereinstimmung mit den aktuellen Standards der NATO-Streitkräfte zur Folge haben. Um dies zu ermöglichen, werden Deutschland und Polen die Tätigkeit des Korps aktiv unterstützen und sich u. a. auch um eine weitere Internationalisierung sowie die Verstärkung des Engagements der gegenwärtigen Teilnehmerstaaten bemühen.

- 11.3 Gemeinsam mit unseren französischen Partnern werden wir uns im Rahmen des Weimarer Dreiecks für die Aufstellung der European Union-Battlegroup I/ 2013 einsetzen. Wir wollen ein effizientes und wirksames militärisches Instrument schaffen, das bei Bedarf in der Lage ist, auf die unterschiedlichsten Bedrohungen zu reagieren, und das gleichzeitig auch eine treibende Kraft für die Weiterentwicklung militärischer Konzepte und operationeller Verfahrensweisen darstellt.
- 11.4 Wir möchten unsere Erfahrungen im Bereich der bodengebundenen Luftverteidigung austauschen und die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Flugabwehrraketengeschwader 2 in Bad Sülze und der polnischen 3. Luftabwehrbrigade in Warschau beleben und weiterentwickeln. Dies schließt gegenseitige Beobachter bei Raketenschießvorhaben, die von den kooperierenden Einheiten organisiert werden, mit ein.
- 11.5 Wir werden ein Regierungsabkommen über unsere bilaterale Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich unterzeichnen, um unsere bilateralen Beziehungen im Verteidigungsbereich zu festigen und weiter auszubauen.
- 11.6 Wir beabsichtigen, weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich des Einsatzes und der Ausbildung von Personal, der logistischen Unterstützung bodengebundener Luftverteidigung sowie der gemeinsamen Teilnahme an Übungen zu prüfen.
- 11.7 Im Zusammenhang mit der dynamischen Transformation der Streitkräfte der beiden Staaten beabsichtigen wir, die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den militärischen Einheiten aller Teilstreitkräfte weiterzuentwickeln. Ein gutes Beispiel bietet hier die Partnerschaft zwischen der 10. Panzerkavalleriebrigade und der 21. Panzerbrigade Deutschlands sowie die Eingliederung der 10. Panzerkavalleriebrigade in die Strukturen der 1. Panzerdivision Deutschlands im Rahmen der Schnellen Eingreiftruppe der NATO.
- 11.8 Wir werden unsere partnerschaftlichen Beziehungen auf den Bereich der gegenseitigen logistischen Unterstützung zwischen den logistischen Brigaden und den taktischen Verbänden der Bundeswehr ausdehnen.
- 11.9 Wir werden Maßnahmen ergreifen, die auf eine Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den maritimen Minenabwehrkräften abzielt, u. a. auch im Bereich gemeinsamer Minenräumereinsätze in den küstennahen Gewässern der Ostsee. Wir erwägen die Möglichkeit der Nutzung von Minenabwehreinheiten im Rahmen der EU-Initiative „pooling and sharing“.
- 11.10 Wir werden die Anregung einer Ausbildungszusammenarbeit im Bereich von Unterwassereinsätzen unter Nutzung des deutschen Ausbildungspotenzials sowie unter Einsatz polnischer Unterseeboote bei operativen Trainingseinheiten anstreben.
- 11.11 Wir werden die Möglichkeit der Durchführung von gemeinsamen Fallschirmspringerschulungen auf der Basis des polnischen Zentrums für Aeromobile und Fallschirmausbildung prüfen.

11.12 Deutschland und Polen wollen als Partner in der Humanitären Hilfe und Ko-Vorsitzende des Genfer VN-Arbeitsgruppenprojekts des „Good Humanitarian Donorship“ dazu beitragen, dass die Unterstützung der Opfer von Krisen und Katastrophen noch effizienter wird.